

137,1

Verfassungsklage gegen Merkel

Eine harte Probe für den Verfassungspatriotismus

Begeht die Regierung einen Rechtsbruch mit ihrer Asylpolitik? Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier erhebt schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

15.01.2016, von PATRICK BAHNERS

Lob und Tadel für **Angela Merkel**. Lob vom **griechischen Migrationsminister Ioannis Mouzalas**: „Deutschland hat Europa zusammengehalten und dazu beigetragen, dass dieses Europa der Aufklärung nicht ins Mittelalter zurückgefallen ist.“ Tadel von **Hans-Jürgen Papier, dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts**: „Die Flüchtlingskrise offenbart ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief.“ Mouzalas, dessen politische Freunde die Souveränität Griechenlands bis vor kurzem durch Schmähungen der deutschen Regierung demonstrierten, hält Frau Merkel entschlossenes Handeln zugute. Papier, Mitglied der CSU, verlangt von ihr im „Handelsblatt“ ein solches Handeln: „Ein Umsteuern ist unausweichlich. Kanzlerin Merkel muss die Außengrenzen des Landes sichern.“



Autor: Patrick Bahners, Feuilletonkorrespondent in München.

Der griechische Arzt und der deutsche Staatsrechtslehrer kommen überein in der Bezeugung eines historischen Moments. Nach Mouzalas hat Frau Merkel eine weltgeschichtliche Zäsur abgewendet, einen Rückfall Europas in vormoderne Zeiten. Nach Papier ist sie für eine Krise des Rechtsstaats verantwortlich, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel ist. Im Lichte der Bedeutung des Rechts für die deutsche Staatsräson ist diese verfassungsgeschichtliche These Papiers kaum weniger dramatisch als die Zeitdiagnose von Mouzalas, in die sicher die Neigung griechischer Politiker zur hyperbolischen Rede eingegangen ist. Der Rechtsstaat, um dessen Fortbestand Papier fürchtet, ist die Errungenschaft jenes Europas der Aufklärung, dessen Rettung Mouzalas der Kanzlerin zuschreibt.

Auf die Frage, welche rechtlichen Grenzen die **Bundesregierung** übertreten habe, antwortet Papier: „**Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren.**“ Immerhin hat Papier für den gefährlichen Regierungskurs ein Bild gefunden, das zum Nationalcharakter passt: Frau am Steuer, das wird teuer! Die Vorstellung einer Sprengung der Leitplanken mag man als rhetorischen Knalleffekt durchgehen lassen, sozusagen als das griechische Würzelement in Papiers Gutachterstil. Es irritiert aber, dass die asylrechtlichen Regeln, die als Leitplanken den Verkehrsfluss sicherten, andererseits das Fahrzeug gewesen sein sollen, das an die Wand gefahren worden ist. Jedenfalls beruht Papiers Schuldzuweisung an die deutsche Regierung auf der Prämisse, dass alle anderen Akteure sich an die Flüchtlingsstraßenverkehrsordnung gehalten haben. Stimmt das?

Die Europäische Union steht im Ruf, einen Zwangsoptimismus zu kultivieren. In der „Agenda zur Migrationspolitik“, welche die EU-Kommission im Mai 2015 bekanntmachte, fehlen Euphemismen. Die „fortschreitende Fragmentierung“ des „Asylsystems“ habe zum Schwund des Vertrauens unter den Mitgliedstaaten geführt. Das Dublin-System, der Mechanismus der Verteilung der Asylsuchenden, funktioniere nicht so, wie es solle. Es sieht vor, dass ein Flüchtling seinen Asylantrag in dem EU-Staat zu stellen hat, den er als ersten betritt.

Frau Merkel wird vorgeworfen, sie zerstöre die Ordnung von Dublin, weil Deutschland Schutzsuchende nicht auf den Balkan zurückschicke. Deutschland bearbeitet derzeit sehr viel mehr Asylanträge, als die Dublin-

Verordnung vorsieht. Genau eine solche einseitige Übernahme von Asylverfahren wurde im Mai 2015 von der Kommission empfohlen: als Maßnahme der Solidarität. **Die Staaten an der Südgrenze der EU sind seit Jahren mit ihren Dublin-Pflichten überfordert:** Sie schaffen es noch nicht einmal, von jedem Ankömmling einen Fingerabdruck zu nehmen. So fehlt es an der logistischen Voraussetzung für eine kontinentale Flüchtlingsverwaltung. ?????????????? (die versuchen's gar nicht...)

Verfassungspatriotismus auf die Probe gestellt


Papiers Kritik an der Bundesregierung durchzieht die Entgegensetzung von Recht und Politik. **Dass Deutschland „die unbegrenzte Einreise“ gewähre, basiere „nicht auf einer rechtlichen Verpflichtung, sondern auf einer politischen Entscheidung“.** Der rechtsfreie Raum, das Gegenbild zum Rechtsstaat, taucht im Interview zweimal auf: „Wir haben rechtsfreie Räume bei der Sicherung der Außengrenzen.“ Und: Die „Grundsatzentscheidung“ über die Grenzen der Zuwanderung dürfe „nicht allein von der Regierung in einem rechtsfreien Raum getroffen werden“. **Papier** **verkennt, wie stark die Exekutive in der Asylpolitik auch dort rechtlich gebunden ist, wo das Parlament sie gewähren lässt. Grundgesetz, Völkerrecht und Europarecht ergeben ein so dichtes wie empfindliches Gewebe von Vorgaben. Laut Papier verfolgt die Regierung migrationspolitische Ziele, ohne sich ums Recht zu scheren. In der Sicht der Regierung dienen auch die einseitigen politischen Initiativen Deutschlands dem Zweck, das europäische Asylrecht zu stabilisieren.**

Papier übersieht sogar die Rechtspflichten, die das Bundesverfassungsgericht der Regierung auferlegt hat. 2009, als er noch Präsident war, setzte das Gericht die Abschiebungen von Asylsuchenden nach Griechenland aus. 2011 sprach der Europäische Gerichtshof ein Grundsatzurteil, dessen springender Punkt die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit betrifft. Soll allein der Buchstabe der Dublin-Verordnung maßgebend sein, wonach alle EU-Staaten rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleisten? Oder sind vor einer Abschiebung in das zuständige Land die tatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen? Die Dublin-Verordnung wurde im Sinne des Urteils geändert: Ein Land, in dem die Verletzung rechtsstaatlicher Standards „systemisch“ ist, wird unzuständig. Das Pathos des griechischen Ministers Mouzalas hat einen Grund darin, dass in seinem Land die Erschöpfung der staatlichen Kapazitäten Wirklichkeit ist, die in Deutschland herbeigeredet wird.

Der Regierung den Handlungsrahmen vorgeben

Unterschiedlich bewerten die deutschen Verwaltungsgerichte die Frage, ob **in Ungarn** noch mit rechtsstaatlicher Behandlung von Asylsuchenden gerechnet werden kann. Kritiker der Bundesregierung feiern **Viktor Orbán** als Heros des Rechtsbodens, der seine Dublin-Pflicht tue. Ein anderes Bild zeichnet das **Verwaltungsgericht Bremen im Urteil vom 30. März 2015** auf der Grundlage einer Auskunft des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. **Personen, die gemäß der Dublin-Verordnung nach Ungarn überstellt werden, werden bei der Einreise in Haft genommen. Zu Arztterminen werden sie „wie Strafgefangene in Handschellen und an einer Leine ausgeführt“.** **Im Dezember verbot das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zwei Urteilen Abschiebungen nach Ungarn, weil unter dem neuen Asylgesetz aus dem August zu erwarten sei, dass Ungarn die Abgeschobenen nach Serbien weiterschiebe.**



© DPA  Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio (2. von rechts), sieht die Bundesregierung in der Pflicht, „ein System kontrollierter Einwanderung“ zu schaffen.

Die hohe Aufnahmequote in Deutschland erleichtert den Grenzstaaten der EU die rechtsstaatsgemäße Behandlung der Flüchtlinge. **Ziel muss es sein, „auch mit Hilfe europäischer Solidaritätsmaßnahmen eine den humanitär vorgeschriebenen Standards entsprechende Unterbringung und Verfahrensgestaltung in**

allen Mitgliedstaaten sicherzustellen“, damit die Gründe „gegen die Rücküberstellung in den zuständigen Mitgliedstaat entfallen“. So steht es in dem Gutachten, das Papiers früherer Kollege **Udo Di Fabio** für die bayerische Staatsregierung erstellt hat. Selbst Thomas de Maizière hätte die Ratio der Regierungspolitik nicht besser erklären können.

Di Fabio postuliert eine „**Rechtspflicht der Bundesregierung**, darauf hinzuwirken, eine vertragsgemäße europäische Grenzsicherung (wieder)herzustellen und ein System kontrollierter Einwanderung mit gerechter Lastenverteilung zu erreichen“. Er muss zugeben, dass die Wahl der Mittel für dieses Hinwirken unter das „politische Gestaltungsermessen“ der Regierung fällt. **Erst wenn alles nichts hilft und „das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem“ gestört bleibt, wird der Bund laut Di Fabio verpflichtet sein, „wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder aufzunehmen“**. Könnte Bayern die Erfüllung dieser Pflicht mit einer Verfassungsklage erzwingen? Hier fährt Papier Di Fabio in die Parade. „Dafür sehe ich keine Grundlage.“ Es sei „kein justiziabler Streit“.

Amerikanische Verhältnisse

Dieses Ergebnis verblüfft. Das Offenhalten der Grenzen gefährdet laut Papier die „verfassungsstaatliche Souveränität“. Er weist die Regierung in die Schranken: „Der Verfassungsstaat muss funktionieren, er darf durch die Politik nicht aus den Angeln gehoben werden.“ **Dieser Schutz des Rechtsstaats vor der Politik ist die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. Seit Monaten hört man den Vorwurf, Angela Merkel breche permanent das Recht und sogar die Verfassung. Zuletzt wurde so etwas im Streit um die Ostverträge einem Kanzler entgegengehalten.** Mit Papier hat sich nun der ranghöchste Kundige an die Spitze der Kampagne gestellt. Aber wie kann es sein, dass es gegen die Verfassungsverletzung der Regierung keine Abhilfe geben soll? Vielleicht ist der Vorwurf doch nicht ganz so ernst zu nehmen.

Die Flüchtlingskrise stellt auch den Verfassungspatriotismus auf die Probe. Wenn den Deutschen weiter daran gelegen ist, mit ihrer Regierungschefin die Idee der Rechtstreue zu verbinden, sollten sie sich die Gestalt des Rechts verdeutlichen, das der Regierung den Handlungsrahmen vorgibt. **Auch die Existenz der Europäischen Union und die Geltung der Menschenrechte sind Elemente unserer Verfassung.** Wer partout glauben möchte, dass Frau Merkel für ihre Flüchtlingspolitik keine rechtlichen Gründe hat, nimmt in Kauf, dass sich der politische Streit in Richtung **amerikanischer Verhältnisse entwickelt. In den Vereinigten Staaten provoziert der Präsident mit jeder Handlung den Vorwurf des Verfassungsbruchs.**

EU????????????? Funktioniert nicht! Menschenrechte für alle, für die ganze Welt? Und Deutschland garantiert sie?

Kriminelle Nordafrikaner, ein lang gehütetes Staatsgeheimnis

Sie stehlen, trinken, belästigen Frauen. Aus Angst, Ausländerfeindlichkeit zu schüren, schwiegen Polizei und Politiker jahrelang über das Problem mit gewalttätigen Migranten aus Nordafrika. Bis jetzt.

Von Till-Reimer Stoldt

Die Ermittlungen zu den massenhaften Übergriffen der Kölner Silvesternacht zeigen: Alle bislang Beschuldigten stammen aus Nordafrika. Von dort kamen zuletzt auch deutlich mehr Asylbewerber. Quelle: Die Welt

Seit 1980 sitzt der Herr mit dem grauen Bärtchen im Düsseldorfer Landtag. Lothar Hegemann, CDU, ist der dienstälteste Volksvertreter in Nordrhein-Westfalen. Nennt er etwas historisch, hat das Gewicht. **Am Montag debattierte der Innenausschuss des Landtags über die Kölner Silvesternacht – für Hegemann eine Zäsur: "Zum ersten Mal seit Jahren" hätten die Abgeordneten "offen über Ausländerkriminalität reden können, ohne gleich als rechts beschimpft zu werden".**

Klar wie selten wird in NRW über Zuwandererkriminalität gesprochen – als wäre da etwas zu kompensieren. **Ist es auch.** Schon 2014 wussten der Innenminister, sein Staatssekretär und Innenpolitiker aller Fraktionen, dass es unter Flüchtlingen **eine Problemgruppe gab: Nordafrikaner, die massiv klauten, tranken, Frauen belästigten und Gewalt verübten. Doch dieses Wissen wurde überaus diskret behandelt, von allen Seiten.**

Die Schweigekultur hat in [NRW](#) Tradition, so sehen es manche. Über Jahre wurde von Politik und Polizei über [ausländische Straftäter](#) deutlich leiser gesprochen als über deutsche, klagten CDU-Innenpolitiker wie eben Hegemann oder Gregor Golland. Seit Köln scheint das Schweigen passé. Im einwohnerstärksten Bundesland vollzieht sich ein politischer Klimawandel: mehr von dem Wagen, was vorher politische Inkorrektheit hieß wagen.

Diese Woche nahm keiner mehr ein Blatt vor den Mund – vom Innenminister Ralf Jäger (SPD) über Teile der Grünen bis zur Opposition. **Jäger sprach von den Kölner Tätern als "nahezu ausschließlich Migranten" und "auch 2015 eingewanderten Flüchtlingen".** Kriminaldirektor Dieter Schürmann beschrieb, wie "nordafrikanisch-arabische Männer" den Frauen "die Kleider vom Leib rissen" und sie "penetrierten". **Präzise legte er dar, wie durch diese Migranten "ein neues Kriminalitätsphänomen" importiert worden sei: sexuelle Gewalt von Männergruppen, die [Opfer einkreisen](#), misshandeln, ausrauben.**

Wer warnte, wurde ausgelacht

Die grüne Innenpolitikerin Monika Düker wehrte sich gegen die "Unterstellung", SPD und Grüne kehrten "Straftaten krimineller Ausländer" unter den Teppich. **Für "eine hochproblematische Gruppe jüngst eingetroffener Migranten aus Marokko und Algerien" sei ein "repressives Konzept" nötig. In NRW sind das revolutionäre Worte.** Als vor Jahren CDU-Mann Golland warnte, die Politik müsse die "Antänzer" unter die Lupe nehmen, nordafrikanische Banden, die ihre Opfer ablenkten und ausraubten, **lachten einige von SPD, Grünen und Piraten noch Tränen über eine so skurrile Idee.** Im Plenum forderten sie, die CDUler sollten die angeblichen Tricks der Antänzer mal vortanzen.

Aufschlussreich war eine Sitzung des Innenausschusses im Oktober 2014. Damals sprach der Ausschuss ein einziges Mal breit über die Problemgruppe junger Nordafrikaner – **aber wie über ein Staatsgeheimnis.** Von Innenminister Jäger über dessen Staatssekretär Bernhard Nebe bis zu Innenpolitikern **von CDU, FDP und**

Grünen kam man überein, dass es in NRW tatsächlich eine gefährliche Gruppe nordafrikanischer Asylbewerber gebe, die exzessiv trinke, Bürger angreife, Geschäfte ausraube.

CDU-Innenpolitiker Werner Lohn hatte aus Wickede gehört, dass "allein reisende Nordafrikaner wirklich massive Exzesse im Zusammenhang mit Alkoholkonsum, Angriffe und Pöbeleien in Richtung Geschäftsleute" verübt hätten. **"Ganze Gruppen" gingen in Geschäfte, um "dann sozusagen das Bezahlen zu vergessen"**. Auch Joachim Stamp, FDP, kannte "die Probleme mit dieser Zielgruppe". **Die Grüne Düker stimmte zu.** Sie kenne einen Bericht aus Urbach, "der mich ein wenig besorgt macht".

Parteiübergreifendes Schweigen

Innenminister Jäger sagte, da dürfe "man nichts beschönigen". Mit dieser Personengruppe "einen Umgang zu finden, ist ganz und gar nicht einfach. Ich habe da keine Lösung parat." **Dann aber, nachdem man sich das Problem eingestanden hatte, befanden fast alle Ausschussmitglieder, hierdurch könnte "Angst" vor Flüchtlingen geschürt werden und "die öffentliche Wahrnehmung kippen", so Nebe.**

Auch der Liberale Stamp warnte, "dass von interessierter Seite entsprechend Stimmung gemacht wird". Man müsse ja "froh sein" über "die derzeitige vernünftige mediale Berichterstattung zu den steigenden Flüchtlingszahlen". Aber es gebe "einen außerparlamentarischen Wettbewerber", "den wir nicht unbedingt stärken wollen". **Vulgo: Wer das Nordafrikanerproblem publik macht, unterstützt Fremdenfeinde und die AfD.** Man wurde sich offenbar parteiübergreifend einig, dies zu unterlassen. So hielten es auch die Politiker in Kommunen, die von den Gangs heimgesucht wurden. Zwar wandten sich, wie Staatssekretär Nebe bestätigte, schon 2014 Bürgermeister ans Innenministerium wegen der Problemzuwanderer. **Aber öffentlich schwiegen sie. Obwohl sie dem Ministerium drastische Vorgänge schilderten, etwa aus dem beschaulichen Wickede, blieb alles intern.**

In den Medien wurde ein anderes Bild gemalt. Der WDR berichtete noch 2015 aus Wickede, wie harmonisch man dort mit den Flüchtlingen lebe. Konflikte? Nö.

Die stille FDP und CDU

Und die Polizei? **Seit 2008 gilt ein Erlass, der sie mahnt, die Nationalität von Tätern und Tatverdächtigen nur ganz zart zu benennen: "keine Stigmatisierungen, Kategorisierungen oder pauschalen Bezeichnungen für Menschen". "Auf die Zugehörigkeit zu einer Minderheit" werde "in der Berichterstattung nur hingewiesen, wenn sie für das Verständnis des Sachverhalts oder für die Herstellung eines sachlichen Bezugs zwingend erforderlich ist".** Medienauskünfte dürften "auf Beteiligung nationaler Minderheiten" nur hinweisen, "wenn im Einzelfall ein überwiegendes Informationsinteresse oder Fahndungsinteresse" bestehe. Was das bewirkte, schildert Sebastian Fiedler, Landeschef des Bundes deutscher Kriminalbeamter: **"Um auf der sicheren Seite zu stehen, erwähnten die meisten Polizisten die Nationalität nicht deutscher Täter von da an überhaupt nicht mehr."**

Nun will Minister Jäger den Erlass neu interpretieren: Man dürfe ihn nicht als "Anweisung" missverstehen, "dass Nationalitäten in internen oder externen Polizeiberichten nicht genannt werden dürfen". Polizeivertreter rieben sich verwundert die Augen.

CDU und FDP blieben auffallend still. Kein Wunder, es war der damalige Innenminister Ingo Wolf von der FDP, der den umstrittenen Erlass 2008 verfasste – in Absprache mit dem christdemokratischen Koalitionspartner.

Asylschnellverfahren für Nordafrikaner geplant

Die Chancen von Asylbewerbern aus Nordafrika sind schlecht, viele werden straffällig. Ihre Anträge sollen nun schneller bearbeitet werden. Im Düsseldorfer „Mahgreb-Viertel“ erhöht die Polizei den Druck auf Kriminelle.

17.01.2016



© DPA Mit Hunderten Beamten rückte die Düsseldorfer Polizei zu einer Razzia ins sogenannte Mahgreb-Viertel ein.

Asylbewerber aus Marokko, Algerien und Tunesien sollen künftig weitgehend so behandelt werden wie Antragsteller aus den als sicher eingestuftem Balkanstaaten. Die Union will sie nicht mehr auf Kommunen in ganz Deutschland verteilen, sondern in speziellen Einrichtungen ein Schnellverfahren durchlaufen und gegebenenfalls direkt abschieben lassen. Die SPD zeigte sich am Sonntag offen für Gespräche, um auch diese nordafrikanischen Länder als sichere Herkunftsstaaten einzustufen.

In Düsseldorf ging die Polizei mit einer Großrazzia gegen Nordafrikaner vor. Im Bahnhofsviertel, wo viele von ihnen leben, überprüften 300 Polizisten am Samstagabend 294 Menschen. 38 wurden wegen illegalen Aufenthalts vorübergehend festgenommen. Die Polizei stellte in 10 weiteren Fällen Strafanzeige - wegen Drogendelikten, Diebstahls, Betrug und unerlaubten Waffenbesitzes. Das „Maghreb-Viertel“ gilt als Rückzugsort für Drogendealer und Diebe, die überwiegend aus Marokko, Algerien und Tunesien stammen.

Schon vor einem Jahr war die Polizei dort ähnlich vorgegangen. Auch die jetzige Razzia soll bereits vor den Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht geplant worden sein. Einsatzleiter Frank Kubicki sagte am Sonntag: „Gleichwohl rechnen wir mit Erkenntnissen, die die Ermittlungen vorantreiben könnten.“ Auch in Köln hat die Polizei überwiegend Nordafrikaner als Täter ermittelt.

Grüne: Vorschnelle Symbolpolitik

Die „Welt am Sonntag“ berichtete, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) wollten mit Algeriern und Marokkanern so wie mit Balkanflüchtlingen verfahren, noch bevor beide Länder gesetzlich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt würden. Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien und das Kosovo waren zuvor per Gesetz zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden. Für Algerien und Marokko streben CDU und CSU das zwar ebenfalls an, brauchen aber die Zustimmung des Koalitionspartners SPD und im Bundesrat die Unterstützung mindestens eines von den Grünen mitregierten Landes.

Die SPD zeigte sich offen für die rechtliche Neubewertung nordafrikanischer Länder. „Darüber werden wir sicherlich zu reden haben“, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) bei einer Klausur der Parteispitze am Sonntag im brandenburgischen Nauen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Katrin Göring-Eckardt kritisierte: „Sonderverfahren für Flüchtlinge aus Algerien und Marokko ist vorschnelle Symbolpolitik, die weiter Misstrauen schürt.“

Eine Unterbringung von Nordafrikanern in bayerischen Rückführungszentren könnte die CSU-Landesregierung dagegen in Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einfach verfügen. Dort gibt es aktuell Platz, da die Zahl der Asylbewerber vom Balkan zurückgegangen ist. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Thomas Kreuzer, sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe: „Es spricht alles dafür, auch

Migranten ohne Bleibeperspektive aus dem nordafrikanischen Raum in die Rückführungseinrichtungen in Bamberg und Manching zu bringen.“ Nach Informationen der Funke-Mediengruppe prüft Bundesinnenminister Thomas de Maizière außerdem, das BAMF anzuweisen, Anträge aus Algerien, Marokko und Tunesien vorrangig zu bearbeiten.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel warf der Union vor, die Menschen in der Flüchtlingskrise immer wieder mit Ablenkungsmanövern zu verunsichern. Auch der jüngste Vorstoß, Flüchtlinge aus Marokko und Algerien mit geringen Asylchancen in speziellen Einrichtungen unterzubringen, sei ein alter Hut. „Wir müssen einfach mal einhalten, was wir versprochen haben, statt jeden Tag eine neue Idee durchs Land zu schicken“, sagte Gabriel in Nauen. Wichtiger sei es, den Regierungen in Nordafrika klar zu machen, dass sie abgelehnte Asylbewerber zurücknehmen müssten. Indirekt deutete der Vizekanzler an, dass es andernfalls weniger Geld für Länder wie Algerien und Marokko geben könnte: „Man kann nicht deutsche finanzielle Unterstützung wollen und gleichzeitig in dieser Frage nicht mit uns zusammenarbeiten.“

Die Herkunftsstaaten weigern sich

Denn eine große Hürde für Abschiebungen bleibt, dass sich viele afrikanische Staaten weigern, ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, oder dass sie die Ausstellung benötigter Dokumente verschleppen. Diese Blockadehaltung betrifft genau die nun immer wieder genannten nordafrikanischen Länder. Etwa 5500 Algerier, Marokkaner und Tunesier in Deutschland seien laut einem internen Papier der Länder-Innenbehörden Ende Juli „ausreisepflichtig“ gewesen, berichtete die Zeitschrift „Der Spiegel“ am Samstag. Lediglich 53 hätten im ersten Halbjahr 2015 in ihre Heimatländer abgeschoben werden können.

Die Beamten führen in dem Dokument aus, Rückführungen nach Marokko seien „aufgrund des unkooperativen Verhaltens der Botschaft nur sehr eingeschränkt möglich“. Das Verhalten der tunesischen Behörden bewerten sie als „völlig unzureichend“: „Schon die Kontaktaufnahme mit der Botschaft ist äußerst schwierig. Bis auf wenige Einzelfälle gibt es keine Reaktion und keine Ergebnisse.“ Mehrmalige Beschwerden der Bundesregierung bei den Maghreb-Staaten blieben ohne Erfolg. Auf die Drohung, die Entwicklungshilfe zu kürzen, verzichtete Deutschland bisher vor allem aus politischen Gründen.

137,8

Konflikte in der EU

Europas Zerreißprobe

Flüchtlingskrise, Brexit-Abstimmung, der Konflikt mit Polen: Nie war das Ende der EU so realistisch wie heute. Greifbar wird das in Brüssel – wo bald jeder gegen jeden kämpfen könnte.

16.01.2016, von HENDRIK KAFSACK, BRÜSSEL

Es ist die Zeit der Neujahrsempfnge in Brüssel. Parteien, Verbnde, Landesvertretungen und EU-Staaten laden ein, um auf ein weiteres Jahr Europäische Union anzustoßen. Eines jedoch ist in diesem Jahr anders. Dem Neujahrsgr folgt oft die bange Frage: „Könnte es das letzte Jahr sein?“



Autor: Hendrik Kafsack, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Folgen:

Der deutsche Kommissar **Günther Oettinger** warnt: Zum ersten Mal habe er das Gefühl, dass ein Auseinanderfallen der Union eine ernsthafte Gefahr sei. Und Parlamentspräsident Martin Schulz sagt: „Die EU war nie so herausgefordert, wie das zurzeit ist.“ Das Jahr 2015 – die erste Hälfte geprägt von der Griechenland-Krise, die zweite vom Andrang der Flüchtlings – steckt ihnen allen in den Knochen. **„Das schlimmste Jahr meiner politischen Arbeit“, sagt Schulz.**

Es könnte kaum schlimmer kommen. Der Flchtlingsandrang über den Westbalkan ist trotz des schlechten Winterwetters nicht abgerissen, der Konflikt mit Griechenland allenfalls vorübergehend gelöst. Das wirtschaftliche Auseinanderdriften des Euroraums ist ungebremst. Der Streit zwischen dem Süden und Norden über die Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen ist angesichts der Flüchtlingskrise nur in den Hintergrund getreten.

Wie groß die Divergenzen weiterhin sind, hat vor Weihnachten der Wutausbruch des italienischen Ministerpräsidenten **Matteo Renzi** gezeigt, als er – **frustriert von der ablehnenden deutschen Haltung zu einer europäischen Einlagensicherung – die vermeintliche Dominanz Deutschlands anprangerte.**

Alles andere als eine Liebeserklärung

Wohl kurz vor oder nach der Sommerpause werden die Briten über ihren Verbleib in der EU abstimmen. Seit Wochen sucht Brüssel nach einem Weg, die Forderungen von Premierminister David Cameron für ein „Ja“ zu erfüllen, ohne in Konflikt mit den EU-Verträgen zu geraten – **und nun kommen auch noch die Spannungen mit der neuen polnischen Regierung hinzu.**

Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro hält sich mit Höflichkeit wie Neujahrswnschen nicht auf, als er vergangenen Montag auf die Kritik der Europäischen Kommission an den Reformen der neuen nationalkonservativen Regierung reagiert. Das Schreiben des Ministers an den Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, ist alles andere als eine Liebeserklärung aus Warschau an die EU.

Es ist ein Frontalangriff. Ziobro zeigt sich „befremdet“, wirft der Kommission „Ahnungslosigkeit“ vor und den Versuch, ein demokratisch gewähltes Parlament unter Druck zu setzen. Zwei Tage später reagiert die Kommission und leitet ein Verfahren gegen das Land ein. Der Umgang der Regierung in Warschau mit dem Verfassungsgericht und den Medien hat ihr keine Wahl gelassen. Der Tonfall des Begleitbriefs von Timmermans an Ziobro ist sachlich.

„Britischer“ Blick der Osteuropäer

Die Kommission will jede weitere Eskalation vermeiden. „Wenn wir auf Konfrontationskurs gehen, stärken wir die Regierung nur“, heißt es in der Behörde. Die heftige Kritik der beiden deutschen EU-Politiker Schulz und [Oettinger](#) an Polen habe genug Schaden angerichtet. Zudem habe die Erfahrung mit der ungarischen Regierung von Viktor Orbán gezeigt, dass sich im Dialog mehr erreichen lasse.

Tatsächlich dürfte noch etwas anderes eine Rolle gespielt haben: Die EU kann es sich schlicht nicht erlauben, eine weitere Front zu eröffnen – erst recht nicht mit den Osteuropäern. Seit Jahren fremdeln die alten Staaten Kerneuropas mit den nach 2003 beigetretenen ehemaligen Ostblock-Staaten. Das Unbehagen über den willkürlichen Umgang mit dem Rechtsstaat in Ländern wie Polen, Ungarn oder Rumänien spielt eine Rolle.

Vor allem aber stört viele in Brüssel und den Hauptstädten von Berlin bis Paris der nüchterne auf eigene Interessen konzentrierte – „britische“ – Blick vieler Osteuropäer auf die EU. „Mehr Dankbarkeit“ für die Aufnahme in die EU fordert mancher und meint Unterordnung unter die Interessen des alten Europa. Bis zur Flüchtlingskrise ließ sich das meist übertünchen. **Nun aber wirft selbst mancher Berufseuropäer in Brüssel die Frage auf: War die Ost-Erweiterung ein Fehler?**

„Koalition der Willigen“

Zwei Gruppen treffen sich inzwischen vor den EU-Gipfeln, um ihre Positionen zur Flüchtlingskrise abzustimmen: das alte Europa um Schweden, Österreich, die Benelux-Staaten und Deutschland, das sich nun „Koalition der Willigen“ nennt, und deren Hauptgegner, die vier Vizegrád-Staaten Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen.

Die Antwort der „Koalition der Willigen“ auf die Krise ist trotz des durchaus geäußerten Unbehagens über die Willkommenskultur von Kanzlerin [Angela Merkel](#) die klassische Gemeinschaftslösung. Zu ihr gehört allen voran die – bislang nicht funktionierende – Umverteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU. Die Antwort der Vizegrád-Staaten ist der Bau von Grenzzäunen. Sie waren von Anfang nur eingeschränkt zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit.

Die Slowakei und Ungarn haben sogar gegen die einmalige Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen geklagt, die gegen ihren Willen beschlossen worden war. Die „Willigen“ werfen ihnen deshalb mangelnde Solidarität vor. Die EU unterstütze die Wirtschaft in Osteuropa Jahr für Jahr mit Milliarden aus den Strukturfonds. Da sei es nicht zu viel verlangt, wenn diese Staaten Deutschland oder Schweden Flüchtlinge abnähmen.

Deutscher Nettobeitrag steigt

Schulz geht so weit, die Flüchtlingskrise zur reinen Solidaritätskrise umzudeuten. Wenn man die Zahl von rund 1 Million Flüchtlingen, die 2015 nach Deutschland gekommen seien, ins Verhältnis zu den 500 Millionen Einwohner der EU setze, gebe es keine Krise, rechnet Schulz am Donnerstag im Brüsseler Europaparlament vor. Die Flüchtlingskrise sei das Resultat der Solidaritätskrise. Von dieser Analyse ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der vom österreichischen Bundeskanzler [Werner Faymann](#) schon vor Monaten **angedrohten Kürzung der Strukturhilfen für die unwilligen Osteuropäer.**

Druckpotential hätte die Maßnahme, wie ein Blick auf die Zahlen offenbart. **13,75 Milliarden Euro mehr bekommt Polen im Jahr von der EU, als es in den Haushalt einzahlt. Das sind 3,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung.** Ungarn erhält zwar „nur“ 5,7 Milliarden Euro. Das entspricht aber sogar 5,6 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. **Das bezahlen genau die Länder, die Ziel der Flüchtlinge sind: Schweden, Deutschland und Österreich.**

Der deutsche Nettobeitrag zum EU-Haushalt ist auf 15,5 Milliarden Euro gestiegen. Der von Schweden und Österreich beträgt 2,3 Milliarden und 1,2 Milliarden Euro. Auch die Gelegenheit gäbe es. Der EU-Haushalt soll ohnehin bald auf den Prüfstand gestellt werden. So haben es die Staats- und Regierungschefs vereinbart.

Widerstand wächst auch in den alten Staaten

In der EU-Kommission will man eine Diskussion über die Strukturhilfen dennoch mit allen Mitteln vermeiden. „Dann fliegt uns die Gemeinschaft endgültig auseinander“, heißt es dort. Auch in Berlin macht sich die Erkenntnis breit, dass sich die Flüchtlingskrise nicht mit Druck auf die osteuropäische „Koalition der Unwilligen“ lösen lässt. Die Staaten seien eben 25 Jahre nach dem Ende des „Eisernen Vorhangs“ noch nicht so weit, heißt es in Brüssel in jüngster Zeit immer wieder. Dass der von der Kommission vorgeschlagene dauerhafte Mechanismus zur Umverteilung von Flüchtlingen noch von den EU-Staaten angenommen wird, glaubt außerhalb der Behörde und des Europäischen Parlaments kaum noch jemand.

Schließlich wächst der Widerstand auch in den alten EU-Staaten. Die innenpolitisch unter Druck stehende französische Regierung hat schon angekündigt, keine weiteren Beschlüsse zur Umverteilung von Flüchtlingen mitzutragen, obwohl das Land erst vergleichsweise wenige Flüchtlinge aufgenommen hat. Zudem hat sich in den vergangenen Wochen im Kreis der Willigen die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Zustrom zurückgehen muss, wenn die EU die Kontrolle behalten soll.

Auf die Kooperation mit der Türkei allein will sich niemand mehr verlassen. Dazu waren die ersten Ergebnisse zu entmutigend. **Die niederländische Ratspräsidentschaft, die im ersten Halbjahr die Geschäfte der EU-Staaten führt, hat deshalb die Sicherung der Außengrenzen ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt.** Ministerpräsident Mark Rutte spricht zwar davon, dass das Teil eines Gesamtpakets sein soll, zu dem die Verteilung der Flüchtlinge gehören müsse.

„Dann heißt es jeder gegen jeden“

„Über die Verteilung von Flüchtlingen können wir immer noch reden, wenn wir es geschafft haben, die Flüchtlingszahlen unter Kontrolle zu bringen“, sagt hingegen sein Migrationsminister Klaas Dijkhoff. **Priorität habe zu verhindern, dass immer mehr Staaten Grenzkontrollen einführen und der Schengen-Raum in Gefahr gerate – eine Horrorvorstellung, nicht nur für ein Land wie die Niederlande, deren Wirtschaft am grenzüberschreitenden Handel hängt.**

Der stete Flüchtlingsdruck treibt damit alte und neue EU-Staaten wieder aufeinander zu – auch wenn das noch nicht so weit geht, dass der einst heftig kritisierte Bau des ungarischen Grenzzauns plötzlich als vorbildlich gelten würde. **Viel Zeit bleibt den Niederländern nicht, um die Sicherung der EU-Außengrenzen voranzubringen.** Bis zum Frühjahr, wenn der Weg über das Meer wieder leichter zu bewältigen ist, spätestens zum Ende ihrer Amtszeit wollen sie Fakten schaffen.

Bis dahin müssen sie nicht zuletzt die heikle Frage beantworten, ob die EU Grenzsicherer auf dem Gebiet von Mitgliedstaaten einsetzen soll, auch wenn diese das nicht wollen. **Im Fokus ist damit wieder ein alter Problemkandidat der Euro-Krise: Griechenland.** „Gelingt das nicht, müssen wir uns über Konflikte zwischen West- und Osteuropa oder Nord- und Südeuropa keine Gedanken mehr machen“, warnt ein hoher EU-Beamter. „Dann heißt es jeder gegen jeden.“

Das wäre das Ende des Reisens und Handels ohne europäische Grenzkontrollen. Das Ende der EU. Im besten Fall könne sich die Koalition der Willigen zu einer Art Mini-Schengen zusammenschließen. So weit werde es nicht kommen, sagt Rutte. „Wir werden eine Lösung für diese Krise finden, das ist meine Vision“, sagt er bei der Auftaktveranstaltung der EU-Ratspräsidentschaft in Amsterdam und stützt. **„Die Zeit für Visionen ist in der Europäischen Union vorbei“, hat er noch kurz zuvor verkündet.**

Quelle: F.A.Z.

"Extrem fordernd, unzuverlässig und aufdringlich"

Sie begann ihre Arbeit in einer Hamburger Erstaufnahmestelle mit viel Idealismus. Doch die Erfahrungen mit den Flüchtlingen haben ihr alle Illusionen geraubt. Eine Angestellte über ihren Alltag.

Seit dem Herbst 2015 arbeite ich hauptberuflich und fest angestellt in einer Hamburger Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge. Auf diesen Job hatte ich mich explizit beworben, das war genau das, was ich machen wollte. Als ich die Zusage dafür dann endlich in meinem Briefkasten hatte, habe ich mich wie verrückt darüber gefreut; endlich konnte ich nicht nur theoretisch helfen, sondern auch wirklich praktisch etwas für die Flüchtlinge tun.

Dementsprechend bin ich dann auch bestens gelaunt an meinem ersten Arbeitstag in die Erstaufnahmestelle gegangen; ich war natürlich aufgeregt, klar, ist man ja immer am ersten Arbeitstag im neuen Job, aber ansonsten hat es mir da gut gefallen. Die Kollegen waren engagiert und sehr nett, mit den Flüchtlingen hatte ich da zwar noch keinen direkten Kontakt, aber ich habe voller Begeisterung in die Gegend gegrüßt und fand die alle ganz toll.

"Das wird sicher richtig super hier", habe ich mir gedacht. In den nächsten Tagen habe ich mich dann absolut motiviert in die Arbeit gestürzt. Die sollte mit den bis zu 1500 Flüchtlingen stattfinden, die dort untergebracht waren. Ich war für deren Sozialberatung zuständig, sollte also Ansprechpartnerin für alle sozialen Probleme der Flüchtlinge sein, sie bei ihrem Asylverfahren unterstützen oder Arzttermine festmachen, wenn sie welche brauchten.

Tja, und dann kamen die ersten Flüchtlinge in mein Büro, in dem ich die Sozialberatung abhalten wollte – und ich habe schon nach den ersten paar Besuchen von ihnen gemerkt, dass meine sehr positive und idealistische Vorstellung von ihnen und ihrem Verhalten sich doch deutlich von der Realität unterschied. Natürlich darf man auf keinen Fall pauschal über alle Flüchtlinge urteilen, es gibt unter ihnen viele, die sehr freundlich sind, sehr dankbar, sehr integrationswillig, sehr froh hier zu sein. Aber wenn ich ehrlich bin, dann ist die Zusammenarbeit mit 90 Prozent von denen, die ich treffe, eher unangenehm und leider nicht so, wie ich mir das vorher gedacht habe.

Wohnung, schickes Auto und am besten ein richtig guter Job

Erstens sind viele von ihnen extrem fordernd. Kommen zu mir und verlangen, dass ich ihnen jetzt sofort eine Wohnung und ein schickes Auto und am besten auch gleich noch einen richtig guten Job beschaffe, weil ich das ja müsste, dafür sitze ich ja da und sie seien ja nun mal hier angekommen. Wenn ich das dann ablehne und stattdessen versuche, ihnen zu erklären, dass das nicht geht, dann werden sie oftmals laut oder auch mal richtig aggressiv. Ein Afghane hat erst letztens gedroht, er werde sich umbringen. Und ein paar Syrer und eine Gruppe Afghanen haben erklärt, sie würden in den Hungerstreik treten, bis ich ihnen helfen würde, an einen anderen Platz zu ziehen. Eine ursprünglich aus dem arabischen Raum stammende Kollegin von mir haben sie mal wirklich angeschrien "Wir köpfen dich!". Wegen solcher und anderer Sachen war die Polizei mehrmals in der Woche bei uns.

Zweitens machen sie häufig sehr unzuverlässige Angaben. Sie kommen zu mir, haben ihre Papiere dabei und erzählen dann eine Geschichte, die so gar nicht ganz stimmen kann. Aber sie halten daran fest und ich kann mir dann erst sicher sein, wenn ich mit meinen Kollegen darüber gesprochen habe und die sagen dann oft, dass die Person am Tag vorher schon bei ihnen gewesen war und da alles ein bisschen anders erzählt habe. Es gab beispielsweise einen Bewohner, der kam mit seinem Abschiebe-Bescheid zu mir und wollte wissen, was nun passieren würde. Ich habe es ihm erklärt, er ist dann gegangen. Bald darauf kam er zu meiner Kollegin und zeigte plötzlich völlig neue Ausweispapiere auf einen anderen Namen vor und sagte, er sei dieser Mensch mit dem anderen Namen. Er wurde dann nicht mehr ausgewiesen, sondern nur in ein anderes Lager verlegt.

Drittens halten sie sich nur selten an Absprachen. Ich mache ja auch die Arzttermine für die Flüchtlinge fest. Alle von ihnen müssen eine Grunduntersuchung über sich ergehen lassen, das heißt durchs Röntgen, eine Impfung und einen generellen Check-up durch. Aber viele von ihnen wollen noch zu anderen Ärzten, vor allem zu einem Zahnarzt oder zum Orthopäden. Dann mache ich Termine für sie, aber wenn der Termin da ist, tauchen sie einfach nicht auf. Das passiert so häufig, dass die Ärzte uns mittlerweile schon gebeten haben, nicht mehr so viele Termine festzumachen – aber was soll ich denn da tun? Ich kann ja nicht einfach die Bitte um einen Termin ablehnen, nur weil ich vermute, dass der Bittende dann nicht erscheinen könnte.

Und viertens, und das ist für mich das Schlimmste: Einige der Flüchtlinge verhalten sich indiskutabel uns Frauen gegenüber. Es ist ja bekannt, dass es vor allem alleinstehende Männer sind, die hierher zu uns kommen, etwa 65 Prozent oder vielleicht sogar 70 Prozent, würde ich mal ganz persönlich so schätzen. Die sind alle noch jung, erst so um die 20, höchstens 25 Jahre alt.

Und ein Teil davon achtet uns Frauen überhaupt nicht. Sie nehmen es hin, dass wir da sind, das müssen sie ja auch, aber sie nehmen uns überhaupt nicht ernst. Wenn ich als Frau ihnen etwas sage oder ihnen eine Anweisung geben will, dann hören sie mir kaum zu,

tun es sofort als unwichtig ab und wenden sich danach einfach noch einmal an einen der männlichen Kollegen. Für uns Frauen haben sie oft nur verächtliche Blicke übrig – oder eben aufdringliche. Sie pfeifen einem laut hinterher, rufen einem dann noch etwas in einer fremden Sprache nach, was ich und die meisten meiner Kolleginnen nicht verstehen, lachen. Das ist wirklich sehr unangenehm. Es ist sogar mal passiert, dass sie einen mit dem Smartphone fotografiert haben. Einfach so, ungefragt, auch wenn man protestiert hat. Und letztens bin ich eine etwas steilere Treppe hinaufgegangen. Da sind mir einige von den Männern hinterher gelaufen, hinter mir die Stufen hochgegangen und sie haben die ganze Zeit gelacht und – vermute ich – über mich geredet und mir etwas zugerufen.

In den letzten Wochen ist es schlimmer geworden

Kolleginnen haben mir erzählt, dass ihnen auch schon Ähnliches zugestoßen ist. Sie haben aber gesagt, dass man nichts dagegen machen kann. Dass es hier halt zum Job dazu gehört. Das kommt so oft vor, wenn man da jedes Mal jemanden anzeigen oder gleich verlegen würde, wäre die Einrichtung deutlich leerer. Also ignorieren sie es und versuchen, es nicht weiter an sich rankommen zu lassen – und so habe ich es dann eben auch gemacht. Bin mit nach vorne gerichtetem Blick weitergegangen, wenn die mir hinterhergepfiffen oder mir etwas nachgerufen haben. Habe nichts gesagt und das Gesicht nicht verzogen, um sie nicht darin zu bestärken, um ihnen nicht das Gefühl zu geben, dass sie mir damit weh tun oder mich beeinflussen können.

Doch das hat nicht geholfen; es ist sogar schlimmer geworden – ehrlich gesagt: besonders in den letzten Wochen, als immer mehr Männer aus Nordafrika, aus Marokko, Tunesien oder Libyen, hierher zu uns in die Einrichtung gekommen sind. Die waren noch aggressiver. Da konnte ich es dann nicht mehr ignorieren – und habe reagiert. Um mich nicht weiter dem auszusetzen.

Konkret heißt das: Ich habe begonnen, mich anders anzuziehen. Ich bin eigentlich jemand, der gern auch mal etwas engere Sachen trägt – aber jetzt nicht mehr. Ich ziehe ausschließlich weit geschnittene Hosen und hochgeschlossene Oberteile an. Schminke benutze ich sowieso immer schon sehr wenig, höchstens mal einen Abdeck-Stift. Und nicht nur äußerlich habe ich mich verändert, um mich etwas vor dieser Belästigung zu schützen. Ich verhalte mich auch anders. So vermeide ich es zum Beispiel, auf unserem Gelände an diejenigen Orte zu gehen, an denen sich die alleinstehenden Männer oft aufhalten. Und wenn ich es doch mal muss, dann versuche ich, sehr schnell da durchzukommen und lächle dabei niemanden an, damit man das nicht falsch verstehen kann.

Aber meist bleibe ich in meinem kleinen Büro, wenn möglich, dann sogar den ganzen Tag über. Und ich fahre nicht mehr mit der Bahn zur Arbeit hin oder wieder zurück – denn letztens ist eine Kollegin von einigen der jungen Männer bis zur U-Bahn-Station verfolgt und sogar noch in der Bahn belästigt worden. Das möchte ich mir ersparen und komme daher mit dem Wagen.

Ich weiß, dass sich das alles heftig anhört: Anders anziehen, bestimmte Räume meiden und nur noch das Auto nehmen. Und ich finde es selber furchtbar, dass ich das alles mache und ich es für nötig erachte. Aber was soll ich denn tun, was wäre die Alternative? Mich einfach weiter anstarren und anmachen zu lassen, das kann es ja nicht sein. Von offizieller Seite habe ich da keine große Hilfe zu erwarten. Weder bei dieser Sache, noch bei den anderen Problemen, die es bei uns gibt, weder bei der Innenbehörde noch beim hiesigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wenn man bei denen anruft, gehen die oft gar nicht mehr ans Telefon.

Mir bleibt also eigentlich wirklich nur noch die Kündigung. Doch die habe ich bisher immer für mich ausgeschlossen; ich mag meine Kollegen sehr gern, die Flüchtlingskinder auch. Und ich war doch vorher so sehr überzeugt von dem Job und von der ganzen Sache an sich – da fällt es sehr schwer, sich einzugestehen, dass das alles doch ein wenig anders ist, als man es sich vorgestellt hat. Und die Kündigung wäre natürlich genau dieses Eingeständnis. Mittlerweile denke ich trotzdem konkret darüber nach. Viele Kollegen und Kolleginnen wollen ebenfalls kündigen. Weil sie es nicht mehr aushalten, weil sie nicht mit ansehen können, wie schief das hier alles läuft und dass sie nichts dagegen machen können. Und wenn ich ehrlich bin: Ich halte es auch nicht mehr aus."

Die Angestellte in einer Hamburger Erstaufnahmestelle berichtete unserer Redakteurin Sophie Lübbert von ihrem Alltag, möchte jedoch anonym bleiben.

Italy Versus Germany: Europe's Latest Fault Line

Rome's discontent reflects the view that rules of the EU game are rigged in Berlin's favor

By [SIMON NIXON](#)

Jan. 17, 2016 3:34 p.m. ET

Europe is currently riddled with tensions: over Greece; the migration crisis; how to stabilize the eurozone; whether the U.K. will remain a member; whether the new Polish government's changes to its judiciary and state media are a breach of European standards. To this long list must be added a new one: Italy's growing rift with the European Commission and Germany over the future direction of the [European Union](#).

In recent weeks, these tensions have boiled over into a public war of words. Rome finds itself increasingly at odds with Brussels and Berlin over a range of issues. They include the eurozone's fiscal rules and its own fiscal targets, [EU](#) gas pipeline policy, Italian state aid for the steel industry and its banks, and how best to strengthen the eurozone.

In matters concerning Europe's migration crisis, Prime Minister [Matteo Renzi](#)'s government and Brussels have clashed over funding for refugee camps in Turkey and Italy's failure to fingerprint refugees. Mr. Renzi blames German-led austerity for the rise of populist politics across the [EU](#) and accuse the commission of being biased toward Berlin. Commission President [Jean-Claude Juncker](#) in turn last week criticized Mr. Renzi for attacking Brussels at "every street corner."

What lies behind this rift? Mr. Juncker last week spoke for many in Brussels when he speculated that Mr. Renzi is playing to the domestic political gallery. Years of recession have taken their toll on Italian enthusiasm for the [EU](#); support for euro membership now stands at 53%, according to the Eurobarometer survey. As a result, Mr. Renzi's Democratic Party is likely to face a strong challenge in June's mayoral elections in several major cities from the euroskeptic 5 Star Movement and Northern League.

Mr. Renzi's newly confrontational approach to the [EU](#) may also be driven by a more immediate domestic political objective: to persuade Brussels to relax Italy's tough fiscal targets. That would enable him to push ahead with planned tax cuts, which he hopes will boost the current modest recovery and help smooth the way to an election victory. Elections could possibly come in the spring of next year after a referendum planned in October, when he hopes that voters will back far-reaching changes to the constitution and electoral system.

As things stand, the government's budget forecasts a deficit of 2.4% this year, compared with a previous target of 1.8%. Rome argues that it should be allowed to take advantage of new flexibility built into the eurozone fiscal rules which allow countries to run higher deficits in return for growth-enhancing substantial structural reforms and infrastructure investment. But Brussels isn't convinced that Mr. Renzi's proposals are sufficiently growth-enhancing to justify such a big budget miss or that it is prudent for a country with a debt-to-GDP ratio of 133% to run such large deficits rather than prioritize debt reduction. The commission has deferred judgment on Italy's budget targets until the spring.

But Mr. Renzi's dissatisfaction with the current [EU](#) leadership clearly goes beyond narrow domestic politics. It also reflects a widely held view in Rome that [EU](#) rules aren't being applied consistently, that Germany is standing in the way of reforms needed to make the [EU](#) and the eurozone stronger, and that the concerns of countries such as Italy are being ignored.

This distrust of Brussels and Berlin was bought to a head by the migration crisis: there is resentment in Rome at the way the [EU](#) treated the crisis in the Mediterranean as a purely Italian problem throughout 2014, ignoring Italian proposals for a common European response until large numbers of refugees started arriving in Germany in mid-2015.

Now Rome fears the [German government](#) is standing in the way of other reforms needed to strengthen the European economy: the creation of a common European bank-deposit insurance fund which many believe is vital to underpin confidence in the eurozone's banking union; and further steps to deepen the single market, particularly in services.

Rome, above all, is frustrated by Brussels's failure to confront Berlin over its vast current-account surplus, currently 8%, well above the [EU](#)'s definition of excessive. It believes that if Germany undertook the kind of structural reforms it has been urging on others, including liberalizing its highly regulated product and services markets and open up its infrastructure markets to private investment, the positive spillovers to the wider European economy could be substantial.

Mr. Renzi's style jars with that of Brussels officials, some of whom accuse him of failing to understand the rules of the European game. They argue that the way to achieve results in the [EU](#) is through patient diplomacy and behind-the-scenes alliance-building. But that is unlikely to deter Mr. Renzi, who believes the current rules of the game are rigged in Germany's favor. He believes that by reasserting Italy's right to a place at the [EU](#)'s top table, Rome is acting in the interests of all of Europe rather than adding to its problems.

137,14

EUROPE

E.U.'s Open Borders Are in Danger, German Minister Warns

By JAMES KANTERJAN. 15, 2016

Photo

BRUSSELS — The pressures facing [Germany](#) as it contends with record levels of migration burst into the open on Friday as **the country's finance minister warned the rest of the [European Union](#) that freedom to move within the bloc could be “close” to ending.**

The minister, Wolfgang Schäuble, an influential member of Chancellor [Angela Merkel](#)'s government, made the remarks in Brussels at the end of a two-day meeting of finance ministers. **He said that Europe's open internal borders, known as the Schengen system, faced grave threats and could soon collapse as more countries — including [Germany](#) — re-establish border controls and checkpoints to regulate who can enter and leave.**

“Nobody should think that it's a problem of one country,” Mr. Schäuble told reporters, referring to the influx of migrants that brought more than a million arrivals to Germany last year.

Mr. Schäuble suggested that Germany could follow the example of Sweden, which, like Germany, has been a leading destination for migrants, and which now requires that anyone arriving from Denmark by bus, train or boat have their documents checked first.

But, Mr. Schäuble said, **“If Germany took such a decision, that would not be a German problem, but a huge threat for Europe.”**

The comments by Mr. Schäuble were a sign of how worried Berlin has become about the future of the Schengen system and whether Europe can muster an effective response to the [crisis](#) after Mrs. Merkel threw open Germany's borders to migrants last year in a humanitarian gesture that earned her, and Germany, accolades.

While pointing out a real danger, Mr. Schäuble's comments appeared to amount to less of a threat than an attempt to spur action from [European Union](#) partners to help reduce the flow of refugees and migrants to Europe.

The comments came **after it emerged on Friday that [Italy was holding up a plan for the 28 European Union member states to contribute 3 billion euros, about \\$3.2 billion, to Turkey in order to help its government improve the conditions of the refugees living there.](#)** In turn, Ankara is supposed to do more to stop migrants from attempting to reach the Greek coast, which is a common arrival point for migrants who move north in the hope of gaining asylum in countries like Germany and Sweden.

Italy, which wants more flexibility from Brussels about its ability to manage its national budget, has demanded that the money for Turkey come from the European Union's central budget.

As such, **Mr. Schäuble** also noted that the way to avoid undoing the Schengen system was “if we solve the problems quicker, through better and more effective protection of the external borders and through more and more intensive support and cooperation with the regions and the countries in the neighborhood, the region of origin and neighboring regions, **so that the flow to Europe clearly declines.**”

“And for that,” he added, “we will need a lot more money.”

But after nearly a year of seeking a unified response to the influx, speed has not proved to be the European Union’s specialty. It is still improvising solutions even as the war in Syria, which is helping to drive the exodus, looks likely to continue. Plans developed months ago by the European Union to relocate tens of thousands of migrants arriving in Italy and Greece have failed to gain traction, and **fewer than 300 people have been moved so far.**

The bloc is still discussing whether to allow specialized border guards to take over responsibility from national officials in countries like Greece in order to ensure external security.

Overshadowing those efforts are growing concerns about a cultural gulf between Europeans and newly arrived migrants after a spate of robberies and cases of [harassment and sexual attacks against women](#) in Germany and Sweden. Many of those episodes reportedly involved foreign men, including some refugees.

In recent weeks, Germany has been moving to shift its policies as criticism mounts within the country that Mrs. Merkel has failed to clearly articulate a plan for an integration process that is likely to last many years.

Since the start of the year, Germany has tightened its screening of migrants trying to enter the country from Austria, even as other European countries like Hungary have erected fences or border checkpoints to block or divert the flow of migrants.

Migrant men and European women

To absorb newcomers peacefully, Europe must insist they respect values such as tolerance and sexual equality

Jan 16th 2016 | [From the print edition](#)



FOUR months ago, the body of three-year-old **Aylan Kurdi** washed up on a beach in Turkey after he, his brother and his mother drowned while trying to reach Greece. A photograph of Aylan quickly became the defining image of the masses of refugees fleeing Syria's civil war. **The picture helped cement a brief consensus that the Middle Eastern migrants risking death to get to Europe should be allowed in to apply for asylum. Angela Merkel, Germany's chancellor, announced that her country would accept asylum applications from any Syrians who reached its borders. Much of Europe seemed on the verge of joining the project.**

But Europe never joined. The task of absorbing the migrants has been left to Germany and Sweden, with a bit of help from the Netherlands and a few other countries. German and Swedish eagerness to welcome so many refugees has gradually been worn down. Now the events of New Year's Eve in Cologne and other German cities may have buried it for good.

That night, gangs of young men, mainly asylum-seekers, formed rings around women outside Cologne station and then robbed and sexually assaulted them. **More than 600 women reported to the police that they had been victimised. After Cologne, when Europeans think of refugees, many no longer picture persecuted families or toddlers. Instead they see menacing young men imbued with the sexism that is all too common across the Middle East and north Africa.**

Sex and the citadel

Such fears, though overblown, are not absurd, and will not be allayed by pointing out that the alleged attackers in Cologne so far identified are mostly Moroccan or Algerian, not Syrian. There really is a cultural gulf between rich, liberal, secular Europe and some of the countries from which recent migrants come. It is impossible to conduct surveys in Syria right now, for obvious reasons, but a 2013 Pew poll of Muslims around the world makes sobering reading. More than 90% of Tunisians and Moroccans believe that a wife should always obey her husband. Only 14% of Iraqi Muslims and 22% of Jordanians think a woman should be allowed to initiate a divorce. And although Arab societies take a harsh view of sex crimes, women who venture alone and in skimpy clothing into a public space in, say, Egypt can expect a barrage of male harassment.

Migrants are no more likely to commit crimes than natives.

But it would be otherworldly to pretend that there is no tension between the attitudes of some and their hosts. **European women cherish their rights to wear what they like, go where they like and have sex or not have sex with whom they please. No one should be allowed to infringe these freedoms.**

However, it does not follow from this that Germany was wrong to offer a haven to Syrian refugees. The moral imperative has not changed since Aylan washed up on that beach. Half of Syria's cities have been blasted to rubble, hundreds of thousands of people lie dead and tens of thousands are starving in towns under siege. Thousands more refugees arrive in Greece every week. **Those who would shut them out must explain where they should go instead.**

Rather than succumbing to moral panic, Europe needs to work out how to manage the flow of refugees and help them assimilate. ??????????????????????, It never worked in the past?????????...

A good place to start would be to insist that they obey the law. Police in Cologne clearly failed to take on the harassers. Perhaps they did not recognise what was going on quickly enough, or were afraid of being accused of racism. Or it may have been simple incompetence. **Women have complained for years that German police are slow to stop sexual harassment in the drunken crowds at the Munich Oktoberfest.**

Whatever the precise nature of the failure, it needs to be fixed. **Security cameras in public places would make it easier to convict those who hide in crowds—Germans should overcome their queasiness about such surveillance.** With luck, the police will learn from their mistakes and work out how to prevent such incidents. Molesters should be punished. **Asylum-seekers who flout the law should face prison or deportation.** No one can be sent back to Syria, but **Mrs Merkel is right to argue that Morocco and Algeria are safe enough** (see [article](#)). They won't be accepted in...

Work and family

When it comes to assimilating new arrivals, Europe could learn a thing or two from America, which has a better record in this regard. It is not “culturally imperialist” to teach migrants that they must respect both the law and local norms such as tolerance and sexual equality. And it is essential to make it as easy as possible for them to work. This serves an economic purpose: young foreign workers more than pay their way and can help solve the problem of an ageing Europe. It also serves a cultural one: **immigrants who work assimilate far more quickly than those who are forced to sit around in ghettos. In the long run most children of migrants will adopt core European values,** but the short run matters too. look at third generation Muslims in France...

Migrants who take the most hazardous routes into Europe, for example by crossing the Mediterranean in leaky boats, **are disproportionately young men** (see [article](#)). **Overall they make little difference to Europe's sex ratio, but in some areas and age brackets they may skew it. This is a problem—**districts with more young single men than women are more prone to violence, especially if those men are jobless. **That is why it is daft to restrict the ability of refugees to bring their spouses and other family members to join them, as Denmark's government is now doing.**

The process of absorbing refugees will be neither quick nor easy, but it is the right thing to do and will ultimately benefit Europe. Ideally, all European countries would do their part. **It is scandalous that so few have agreed to take more than a handful of Syrians, and that European governments have yet to agree on a beefed-up border agency to police the EU's external frontiers.** Even in Germany, there is a risk that Mrs Merkel will be forced to abandon her policy of compassion. If she is to salvage it, she must take the lead again, spelling out how Germans can make *Willkommenskultur* work—and how the newcomers themselves must adapt to basic European values.

This article must be the most stupid and irresponsible I have ever read.

I have been reading the Economist for 40 years.

I thought the nadir was reached with Bagehot's worship of Tony Blair's underside.

New depths are plumbed as the race to the Beano gathers pace.

guest-niinssa Jan 16th, 22:36

"Ideally, all European countries would do their part. It is scandalous that so few have agreed to take more than a handful of Syrians."

What about all the other middle east gulf states? Most have not taken in a single Syrian "refugee". Is there something they know that Europe and America don't or are they just racist? Wouldn't the Syrian refugees have an easier time of assimilating into another Muslim culture rather than a totally different European culture?

Geoffrey2000 Jan 16th, 12:27

"Migrants are no more likely to commit crimes than natives."

What a load of drivel this article is. Migrants in Germany form less than 9% of the population, yet more than 25% of the rapes and murders in Germany are committed by migrants. The figures for other crimes are also disproportionately high.

As for the suggestion that migrants should be allowed to work as soon as possible, work as what? Germany needs skilled technicians who can speak German.

Really, whenever I read an article on Germany it gives me another reason not to renew my subscription. I live in Germany and know what goes on here. It makes me wonder whether TE articles about other parts of the world are also so superficial and ill-informed.

Konrad Duda Jan 16th, 09:46

Just because Europe will face a problem of aging and labor shortages in the future does not mean we should rush towards the first alternative. There are hundreds of millions of people around the world who face persecution, malnutrition, and violence and would be grateful to receive a spot in absolutely ANY of the European countries.

Instead we invite en masse people from the most strikingly different and difficult to assimilate culture in the world. They come from a religious and ideological hot-zone which is mired in 7th century practices, ideas, and superstition. They are incompatible with almost all countries on the planet outside of their own cultural sphere.

We should make effort to invite those with skills and those willing to assimilate no matter where they come from - just like Canada does. Mr. Trudeau would not invite millions uneducated, belligerent young men, but instead skilled, middle-age men with their families who oftentimes already speak some English.

And when it comes to your nation's future, there is nothing wrong with being picky...

guest-nileiic Jan 18th, 03:03

Please provide the source for your claim that "migrants are no more likely to commit crimes than natives", because at this point it is very clear that it was not German men who sexually assaulted German women en masse in Cologne, nor was it native European men who carried out mass assaults of European women in other affected cities. It is also very clear that those assaults are historically unprecedented. Whatever excuses you may wish to make in support of "progressive" ideology, don't insult your readers with patently phony claims of relativism. The heinous, despicable crimes at issue were unquestionably committed by migrants and migrants alone.

felitin2000 Jan 18th, 01:31

The writer of this article is not only delusional but reflects the same liberal failed policy of Muslim immigration acceptance in Europe. The more I read the more insane I get. Muslims are taking over Europe and still thinking about economic advantages of such immigration. Germany school system is chaotic because failure of the Muslim immigrant to assimilate the western culture. They rob, steal, fight, rape, disrespect teachers, etc...By 2030 Europe might have a Muslim majority meaning...the end of the European culture.

guest-wlwsiiic Jan 18th, 01:10

This whole "belief" that migrants can help with "the problem of ageing Europe" is never challenged. People just parrot this cliché just because they have always heard it & never challenge it. It is taken as gospel that endless growth is always good. What is wrong with letting the population of a country shrink (like Japan is doing) vs. taking in a ton of immigrants from the ME and Africa and possibly altering forever the culture & the indigenous ethnic make up of European countries forever? Yes it will mean the less economic output, falling population, falling home prices, etc... BUT it may create more space, lower cost housing, more nature, less crowds, better quality of life, etc... Japan, South Korea, China are not taking in a ton of immigrants from ME & Africa and ruining their native culture. Why is Europe always expected to? The USA is a bad comparison. Since European settlers landed in the 1600's, the USA has always been a nation made up immigrants. Europe has not and the cultures and populations are much more fragile. Many of the larger cities of western Europe no longer even feel European (other than the old buildings). Why continue to destroy Europe more then it already has been? And if you are going to take non-European immigrants, start with educated Asians & Indians first.

Nguyen P T Hien Jan 18th, 00:17

Here are the figures for Finland.

According to a study done by Martti Lehti et al (2014), 28 percent of the suspects for crimes associated with rape were first generation immigrants while second generation immigrants formed a little less than 1 percent. The number of crimes per immigrant who lives in Finland is almost eight times as high as that of native Finns when looking at rape related crimes. It was also stated that the immigrants originating from Africa and Middle East commit the highest levels of crimes, with the level being seventeen times as high as that of native Finns. The offenses committed by the immigrant groups most often target the natives of the area.

And where it is referenced from:

<http://www.optula.om.fi/material/attachments/optula/julkaisut/tutkimuksi...>

guest-nilmwv Jan 17th, 22:04

Europe must help them assimilate? Did you just say that? So when you are a guest in someone's country, they feed you, house you, provide resources you need to be told not to fucking rape women? What the hell- ARE YOU COMPLETELY OBLIVIOUS TO THE REALITY? Many of these people DO NOT want to assimilate - how the hell do you "help" when that is the starting point. You need a serious reality check.

guest-wloamin Jan 17th, 14:02

This really gets up my nose - pure ideology posing as informed comment in the usual Guardianista fashion- ie moralising certainties totally ignoring real world facts and considerations that present a counterargument or contraindication or simply illustrate additional complexities.

Main issues here (though there are many more):-

1) How many migrants is the EU obliged under Guardianista morality to admit? The pool is infinite. Are we obliged to admit them all? If not, what is the reason for a limit and what is it? How do we know when we have reached it? If that is rising trouble or problems of some sort, why can we not anticipate these and stop the admitting migrants before these possibly permanent troubles arise in our societies?

2) There is a nod in the direction that some trouble can be expected by migrants from (simply put) Islamic cultures. Yet it is assumed that these people will all cast aside their own ways and be convinced by tuition in Western liberalism? Where is the evidence for that? (One of the main troubles is how Guardianistas, believing that religious belief is just nonsense and that all would be well if copies of Dawkin's 'The God Delusion' were handed out and read, simply cannot accept that other people's beliefs and thought patterns may run very deep and be resistant to change.

guest-swwasae Jan 17th, 12:17

The whole article is full of proofless statements that are being presented as facts. This has nothing to do with serious journalism and the author should be ashamed of himself. Here are some:

"Much of Europe seemed on the verge of joining the project" - source?

"alleged attackers in Cologne so far identified are mostly Moroccan or Algerian, not Syrian" - source?

"Migrants are no more likely to commit crimes than natives" - source?

Because I can prove the opposite: https://en.wikipedia.org/wiki/Immigration_and_crime

"The Handbook of Crime Correlates, a 2009 review of studies of statistical aspects of crime, states that most studies on immigrants confirm their greater overall criminality."...."European statistics show higher crime rates among immigrant populations."

<http://www.information.dk/189994>

<http://www.dw.de/identifying-the-roots-of-immigrant-crime/a-1953916>

"Women have complained for years that German police are slow to stop sexual harassment in the drunken crowds at the Munich Oktoberfest." - source? And even if, was it organized and at such a scale as in Cologne?

"young foreign workers more than pay their way and can help solve the problem of an ageing Europe." - source?

"In the long run most children of migrants will adopt core European values" - source?

"The process of absorbing refugees will be neither quick nor easy, but it is the right thing to do and will ultimately benefit Europe" -source? Or at least any logic behind this?

Interestingly, all statements in this article that are somehow negative towards refugees or muslims (those statistics about their views on women, that they are mostly young men etc.) are all supported by a source, but not a single one out of those that should put Middle East migrants to more favourable light. So we can assume those latter are just made up.

And of course, those "arguments" about Middle Eastern men saving ageing European population can't miss, right? To that I just say, we still have tens of millions unemployed Europeans, many of them young. Especially in Spain, Italy, Greece. Obviously, there is more than enough young people here.

Pr0ph3t Jan 17th, 11:53

Let's say war breaks out in Italy, I have to escape with my family to safety and I can choose between a nearby European country, say Slovenia, or get on a boat to reach Saudi Arabia. I would choose the country that is closest to me, both culturally and geographically, it's only logical. I am only saying this because the author of the article asked where should the migrants go, well to Saudi Arabia, Bahrain, Qatar, Kuwait, Iran, etc. depending on whether they are Sunni or Shia Muslims. Not to Europe, where everything is so different for them and not as they want obviously, with myriads of women doing what they want instead of respecting Muslim customs, where there is no Sharia law, etc. Why do they choose to risk their lives and that of their loved ones to come here instead, when they could easily walk to most rich Arab countries near Syria?

GHE Jan 17th, 11:31

Assuming a Gaussian distribution of willingness to abide by local laws, an influx of 1M refugees into Germany and 1-2% of outlaws (incarceration rate in US) = ~20,000 criminals, terrorists, etc.

Barracuda008 Jan 17th, 11:26

Really I hope that one day the Economist will stop its political correct campaign that illegal immigration is always good and fantastic.

a) TE must understand that the Law requirement for refugees is NOT TO ABSORB THEM but to protect them and then return all to their country.

b) TE must understand that these are ilegal immigrants and no refugees. These are not people in fear of their lives or prosecution. These are people that are crossing 6-12 safe countries in look for the best benefits. Under ANY criteria they must be consider refugees.

c)TE must understand that is not always correct to accept people inside of any borders if there is a clear risk to national security and the group being accepted does not accept or in any way follow our values.

d) TE must star reporting the facts. Not only Cologne but the many other similar and worse incidents that have not been reported due to political correct cover up (most recently Sweeden for an episode that happened 5 months ago).

Please TE Open your brain to reason and uncloud your mind to political corectness

mrpareto Jan 17th, 10:25

"Migrants are no more likely to commit crimes than natives."

That is not correct: https://en.wikipedia.org/wiki/Immigration_and_crime

137,21

Fighting French unemployment

Mode d'emploi

François Hollande has one last chance to tackle rising jobless rates

Jan 16th 2016 | PARIS | [From the print edition](#)

IN HIS New Year message President François Hollande declared a double state of emergency in France: one to fight terrorism, the other to tackle unemployment. The image was a stretch, but the self-criticism apt. In 2012 Mr Hollande was elected on a pledge to curb joblessness and make “youth” his priority. Yet unemployment has since climbed from 9.7% to 10.1%; youth unemployment is more than twice this, and still rising. On January 18th the government will unveil new plans to train young job-seekers and encourage job creation. But it looks likely to be too little, too late.

Neighbouring countries on Europe’s southern fringe have far higher absolute levels of youth unemployment than France. Yet since the start of 2014 a loosening of labour laws has helped to bring down joblessness among the under-25s in both Spain and Italy (see chart). In France, by contrast, over the same period the figure has inched up to 26%—an all-time record. Youth unemployment in France is now over three times the rate in Germany.



Not only do young people in France find it difficult to get work, but when they do it is often short-lived. The labour market is divided into “insiders”, those with permanent, protected, full-time jobs, and “outsiders”, whose work is insecure and temporary. Only 5% of those over 50 are on short-term contracts; but the figure rises to nearly 30% for those under 25, who often drift for years on back-to-back temping. (In France only a fifth of temps are in permanent jobs three years later, compared with almost half in Britain, according to the OECD.) For employers faced with the mind-numbing rules governing permanent jobs (and the need to make a case to a labour tribunal before shedding them), using temps and interns is a way to eke out some flexibility.

“Psychologically, it can create a real lack of confidence,” says Ange-Mireille Gnao, a young Franco-Ivorian, who has been looking for a permanent job in communications since 2012. “If you don’t have a permanent contract in France, it’s impossible to rent a flat, or get a loan.” The fruitless search for permanent work leads to “a lot of disillusion”, says Kadija James, deputy director of Nos Quartiers ont des Talents, which uses mentors to help get job-seekers from the *banlieues* (the heavily immigrant outer suburbs) into work.

For years, the French left refused to link the country’s poor record on job creation to its over-protective labour law. But now, in an important acknowledgment, Manuel Valls, the Socialist prime minister, has called the 3,800-page labour code “unreadable”, and promised to simplify it. (He has ruled out changes to the 35-hour

working week, however.) Mr Hollande has vowed to train 500,000 job-seekers through apprenticeships and other schemes. Yet in a pre-election year it is proving difficult for the government's reformists—such as Emmanuel Macron, the economy minister, who wants bolder deregulation in order to encourage firms to create jobs—to prevail over those who fear upsetting unions and the Socialists' friends on the left.

Given the amount of public money that France pumps into subsidising jobs, the wonder is that it has not dented youth unemployment. But French rules on schemes like apprenticeships or subsidised job creation change faster than firms can fill in the forms, or decipher the alphabet soup of acronyms such schemes are known by. The number of apprenticeships fell in 2013 and 2014, in part because apprentices were siphoned into other new aided-job schemes Mr Hollande had devised.

“Technically we could cut the unemployment rate in half,” says Nicolas Bouzou, a French economist; “the difficulty is political.” Much of the French left regards ideas such as a lower minimum wage for younger workers, as Britain allows, to be exploitation, not a way into the job market—even though, by default, self-employed youngsters work for less than the statutory minimum. There is still a residual snobbery within the education system about vocational training. And France's biggest unions, for all their revolutionary rhetoric, have become talented and conservative defenders of insider privileges, at the price of shutting too many young people out of decent jobs altogether.

From the print edition: Europe

Cologne's aftershocks

The ultimate victim of sexual assaults by migrants could be Angela Merkel's liberal refugee policy

Jan 16th 2016 | BERLIN | [From the print edition](#)



FOR a brief moment at the turn of the year, Angela Merkel seemed to have recaptured control of Germany's careering debate over refugees. The chancellor's traditional New Year's Eve address was acclaimed for striking just the right note. For the first time ever it was broadcast with subtitles, in Arabic and English, so that refugees as well as Germans would get her message. Mrs Merkel reminded the 1.1m asylum-seekers who arrived in Germany in 2015 to respect German rules and traditions. She urged her German viewers not to let themselves be divided, and warned of "those who, with coldness or even hatred in their hearts, lay sole claim to be German and seek to exclude others".

Yet even as Mrs Merkel was speaking, about a thousand men, described by police as mainly migrants of north African or Arab origin, began massing between Cologne's railway station and cathedral, where fireworks were about to begin. Around midnight they broke into clusters and formed huddles around women who had turned out to celebrate. They then set upon the women, harassing and groping them, stripping them of clothing and valuables. One victim was raped. Of the more than 600 women who have since come forward, many described the ordeal as "running the gauntlet".

The news took four days to get out. Inexplicably, Cologne's police initially reported "relaxed" festivities. (On January 8th Wolfgang Albers, the local police chief, was suspended for this and other failings.) The public news networks were also slow to pick up the story, providing grist for the conspiracy mills of populists who denounce the mainstream media as a politically correct "liars' press".

But as the extent of the crimes became clear, it raised questions about Mrs Merkel's liberal response to the crisis in Syria and the wider Middle East. The chancellor has repeatedly told Germans: "We can handle this." Now her optimism is being hurled back at her with disdain. One of the Cologne offenders purportedly taunted police: "I am a Syrian, you have to treat me nicely—Mrs Merkel invited me!"

Growing numbers of Germans worry about the large influx of Muslims. In a survey by INSA, a pollster, 61% of respondents have become less happy about accepting refugees since the assaults; 63% think there are already too many asylum-seekers in Germany, and only 29% still agree with Mrs Merkel that the country can handle it. The sceptics are not only on the populist right. Alice Schwarzer, Germany's leading feminist, says that Germany is "naively importing male violence, sexism and anti-Semitism".

For now Mrs Merkel and her governing coalition have responded by talking tough. At a gathering of her centre-right Christian Democrats, she promised that the offenders will “feel the full force of the law” and suggested that more asylum-seekers who commit crimes would be deported. Even her centre-left coalition partners, the Social Democrats, want to crack down hard. Sigmar Gabriel, their boss, wants offenders to serve their prison time in their home countries to spare German taxpayers.

Yet the legal hurdles to increased deportation are daunting. First, it is not clear how many of the Cologne offenders can be identified. Second, German judges typically cannot deport criminals with sentences of less than three years; the sexual offences in Cologne mainly fell short of rape, and would carry lighter penalties than that. On January 12th the interior minister, Thomas de Maizière, and the justice minister, Heiko Maas, said they would expand the definition of rape (currently, an assault does not count as rape unless the victim fights back). They also promised to lower the deportation threshold, making it an option even for those on probation. But even with these changes, the Geneva conventions forbid deporting people to a country where they might be executed, tortured or harmed. Finally, home countries must co-operate; many don't. Mr Gabriel

Playing into xenophobes' hands

Germany's legal reaction will therefore be slow and nuanced. But the transformation of its public debate has been swift and blunt. The assaults were a boon to Germany's xenophobic right—from a movement that calls itself Pegida (short for “Patriotic Europeans against the Islamisation of the Occident”) to the new Alternative for Germany (AfD) party. Predictably, AfD has called on Mrs Merkel to resign. In social media and on the streets, the angry are more audible than the nuanced. In Cologne 1,700 anti-migrant demonstrators faced off against 1,300 pro-migrant demonstrators until the police broke it up. Thugs roamed the streets attacking foreigners, injuring two Pakistanis and one Syrian.

Among the indirect victims of Cologne are the many migrants who would not dream of assaulting anyone, and who came to Germany seeking safety for themselves and their families. Four refugees have drafted an open letter to Mrs Merkel in which they express their support of women's rights and their shock at the assaults. They are handing the letter round to collect signatures. Many refugees and German Muslims fear being tarred with the same brush as the offenders.

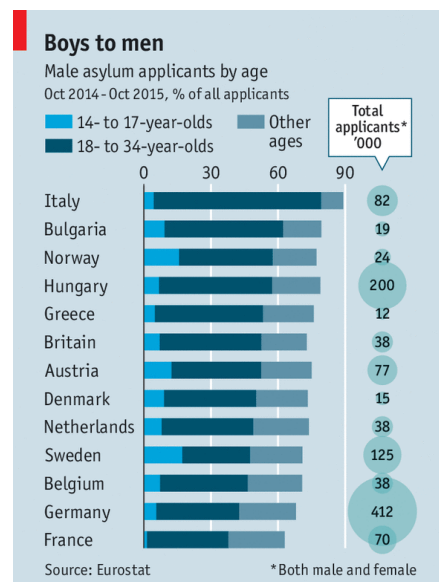
In retrospect it is clear that Mrs Merkel's hopeful New Year's address coincided with the appearance of immigration's dark side on German streets, and that her warnings have not been heeded. Some refugees have not respected German rules and traditions. Germans are divided. Germany's neighbours, from Hungary and Poland to Switzerland and Denmark, have sneered at Mrs Merkel's “welcome culture”. It now looks tenuous even at home.

Migrant statistics

Oh, boy

Are lopsided migrant sex ratios giving Europe a man problem?

Jan 16th 2016 | [From the print edition](#)



Economist.com

SINCE the attacks in Cologne several commentators have argued that Europe has a “man problem”. Writing in *PoliticoMagazine*, Valerie Hudson, a political scientist, argued that “the sex ratios among migrants are so one-sided...that they could radically change the gender balance in European countries in certain age cohorts”—especially young ones. Is this the case?

More young men than young women have indeed been coming to Europe. Of the 1.2m asylum applicants in the last 12 months of available data, 73% were men, up from 66% in 2012. Those men skew increasingly young: according to Eurostat, the proportion of male asylum claimants who were 18- to 34-year-olds was 40% in October 2015 (the latest available data), up from 35% in 2012. Males between 14 and 17 years old accounted for 11% of all asylum-seekers, up from 5% in 2012.

The numbers, however, differ by nationality. Around 60% of all male asylum-seekers from Algeria and Morocco were 18- to 34-year-olds. By contrast just 48% of the Iraqis, 38% of the Syrians and 31% of the Afghans fell into this age group. Proportions of young males also differ by host country (see chart). Sweden took three asylum-seekers for every 1,000 inhabitants in the 12 months to September 2015. That is the highest ratio in Europe. Alongside this, it also has more young male asylum-seekers: in the past 12 months 17% were 14- to 17-year-olds, compared with only 6% in Germany.

This will alter the sex ratio for some age groups in Sweden. As Ms Hudson points out, the teenage population will become more male: currently there are 106 male 14- to 17-year-olds for every 100 women. If all asylum applications are granted, this will change to 116 men to 100 women, while for those aged between 18 and 34 the male-to-female ratio will go from 105:100 to 107:100. This is worrisome. Skewed sex ratios would mean lots of sexually frustrated young men, which is a recipe for trouble.

But the example of Sweden does not reflect what will happen across the whole of Europe. (Ms Hudson also conflates asylum applications with asylum granted. Not all of the 20,000 16- to 17-year-olds she says entered Sweden in 2015 will receive full refugee status; on current trends, around 17,000 will.) The countries that will be most affected are small, with populations under 10m. Sweden, Hungary, Austria and Norway would see the biggest sex-ratio changes (and only if they accepted all the asylum-seekers who applied). Germany has less to worry about. If it accepted all the young males who sought asylum in the year to October 2015, its sex ratios would go from 106:100 to 107:100 for 14- to 17-year-olds and from 105:100 to 106:100 for 18- to 34-year-olds. Europe does not have a man problem. Sweden may have.

Britain and the European Union

Let the campaigners begin

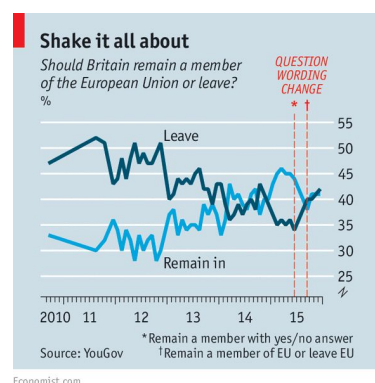
The Leave side faces stiffer challenges than the Remain side—but it could yet prevail

Jan 16th 2016 | [From the print edition](#)



THE starting gun for the referendum on whether Britain should leave the European Union has yet to be fired. But David Cameron has made clear that he expects to finish renegotiating his set of EU reforms in Brussels by the end of February. Since the referendum act provides for a minimum four-month campaign, some say that the vote could now take place before the end of June—though insiders think late September is still more likely.

Either way, the pro and anti campaigns are gearing up, starting by raising cash. It is up to the Electoral Commission to designate, for each side, a lead organisation that gets extra money, free leafleting and broadcasting rights in exchange for strict spending limits. The choice is clearer on the Remain side: it will be Britain Stronger in Europe, chaired by Lord Rose, a former boss of the Marks and Spencer retail chain. Its director, Will Straw, says it is a broad cross-party group akin to the Better Together group that won the 2014 referendum on Scottish independence, but intent on making a more positive and patriotic case.



Britain Stronger in Europe had a shaky start, but now looks more effective. Yet it still seems outgunned by its opponents, who have a simple and seductive message about escaping Europe's chronic mess. This may be why the polls have narrowed (see chart). Alan Johnson, who runs the Labour Party's In campaign, laments that, although his side has the best lyrics, his opponents have the best tunes. Yet the Leave campaign has problems of its own—starting with the fact that it is divided.

Leave.eu, financed by Arron Banks, a businessman, is closely linked to the UK Independence Party's leader, Nigel Farage, and focuses on immigration. Vote Leave, run by Matthew Elliott, is broader based, and includes UKIP's sole MP, Douglas Carswell, as well as members of other parties. It seems more likely to win official designation, not least because Mr Elliott and his colleague, Dominic Cummings, are veterans of previous successful campaigns, including the defeat of a referendum on electoral reform in 2011 and of plans for a North-East regional assembly in 2004.

Both sides are keen to draw lessons from previous referendums in Britain and from other countries. Among them are the view that it is important to start early; that basic concerns such as jobs and the economy weigh heavily; that there is a bias in favour of the status quo; and that, although negative messages about the other side can work, they need to be supplemented by positive ones. In the EU case, Mr Cameron's renegotiation will count for little but his (and his government's) view will count for a lot. And ever present is the risk of a vote being hijacked by unrelated issues.

Most of these lessons ought to favour the Remain side. The main business and trade union organisations support Britain's EU membership on economic grounds, as does most of the British establishment. The status quo or inertia vote will lean towards staying in, though on this Vote Leave is trying to argue that, since the EU is changing so fast and moving inexorably towards closer political union, the real status quo vote should be one to leave.

Similarly, a negative message is harder for Vote Leave to fend off. As in Scotland, it is vulnerable to the charge that it is not offering a clearly thought-through alternative to EU membership. Would Britain keep full access to the single market, which takes almost half its exports? Might it, like Norway and Switzerland, have to accept most EU rules and even pay money to Brussels in return? The Leave campaign insists that, as a big economy and large market for other EU members, Britain would secure a favourable deal, but it remains vulnerable on the question of alternatives.

http://cdn.static-economist.com/sites/default/files/imagecache/original-size/20151024_WOC501_2.png

Cameron will be a formidable asset to the Remain campaign, and he will win over some waverers by trumpeting the results of his renegotiation. Yet the Leave campaign has already dismissed this as "trivial". And it has strong political backers besides UKIP, especially in the Tory party. Mr Cameron has conceded that cabinet ministers should be allowed to fight to leave the EU without quitting, calling for the party to remain "harmonious". On January 13th Chris Grayling, the leader of the House of Commons, wrote in the *Daily Telegraph* that remaining in the EU on current terms would be "disastrous". Bigger hitters have so far kept quiet. Vote Leave hopes to win over between three and seven ministers.

A majority of Tory MPs are Eurosceptic, but many will back Mr Cameron. Steve Baker, who works with Vote Leave and runs Conservatives for Britain, reckons to have 147 backbench supporters on his books. A new group called Grassroots Out has been started by Tom Pursglove, a Eurosceptic Tory from the 2015 intake. And although the Labour leader, Jeremy Corbyn, promises to campaign to remain, a dozen backbench Labour MPs may fight to leave.

The Remain side may be the more vulnerable to extraneous events, such as renewed euro turbulence or more big rows over migration. Mr Cameron gamely insists that, being outside both the single currency and the Schengen passport-free travel zone, Britain has the best of both worlds. But whereas voters in the 1975 European referendum opted to stay in because Britain was in such a mess, many now feel the opposite.

And then there is the risk from unrelated issues. Danish, Dutch and French voters stropily used referendums to punish governments (see [Charlemagne](#)). Mr Cameron says he would not resign if he lost. But voters may want to send him a message. The result is all to play for—and the campaigns may not be wholly harmonious.

Mountaineering

Onwards and upwards

Why George Ingle Finch, an Australian climber from the 1920s, deserves to be far better known than he is

Jan 16th 2016 | [From the print edition](#)



The Maverick Mountaineer: The Remarkable Life of George Ingle Finch: Climber, Scientist, Inventor. By Robert Wainwright. *Allen & Unwin*; 409 pages; £17.99.

PEOPLE are not made to survive at the top of Mount Everest. At 29,000 feet (8,840 metres) above sea level—just below a commercial jet’s cruising altitude—exposure to the elements can be lethal. Lucky climbers miss snowstorms, avalanches and crevasses. But one killer is inescapable: lack of oxygen. Atmospheric pressure at the summit is two-thirds less than at sea level. Breathing, sleeping and eating become nearly impossible; the body pumps more blood to the brain, often causing fatal swelling. Climbers call anything above 8,000 metres the “death zone”. For every 100 people who conquer Everest, four never return to base camp; more than 200 bodies lie amid the ice and rock.

Those who survive owe much to George Ingle Finch, an Australian chemist who used portable oxygen tanks on the second of three British expeditions to Everest in the 1920s. It was a time when climbers dined on quail and herring, and wore pyjamas under tweed. Finch was different. He wore innovative, custom-made, windproof gear produced from gossamer and down. The oxygen cylinders he designed, although they weighed hefty 16kg for eight hours’ supply, made the death zone a little less deadly. After the original breathing masks were found to be faulty, he saved his expedition by fashioning replacements from bladders of toy footballs halfway up the mountain. Finch was the best technical climber of his time, and he reached farther up Everest than anyone had done before—stopping only to carry a novice companion to safety.

Few Western climbers have contributed as much. But as Robert Wainwright shows in “The Maverick Mountaineer”, Finch’s achievements have been overshadowed by the legend of George Mallory, who died on

the third campaign in 1924. Mallory's obsession with conquering Everest ("because it's there", he once explained) is the mountain's greatest story, more powerful even than the first ascent by Edmund Hillary and Tenzing Norgay in 1953. Mallory's status has remained as unblemished as his body, discovered only in 1999.

Finch's legacy was downplayed. Mountaineering in the early 20th century was dominated by gentlemen who had been to Oxford or Cambridge and had a hefty supply of family money. Finch, a colonial farm boy who trained in the Alps while studying in Zurich before taking up a teaching post at Imperial College, London, was an outsider. His willingness to challenge received wisdom irked members of the Alpine Club in Mayfair, who barred him from two expeditions to Nepal. They believed that using artificial oxygen supplies was cheating, and their comments reveal their prejudice against Finch. "I always knew the fellow was a shit," said one. "Anyone who climbs to 26,000 feet with oxygen is a rotter," sneered another.

Mr Wainwright's biography is detailed, at times too much so. Several chapters are devoted to Finch's unhappy early years: he married three times in six years, and always denied that Peter Finch, who grew up to become an Academy Award-winning actor, was his biological son. The best passages, though, are those that describe the battle of scientific progress against entrenched snobbery—a fight that may have cost Finch the chance to stand on top of the world, but ought to be remembered.

Rechtsbruch oder gar nichts Besonderes?

Juristen streiten über die Verfassungsmäßigkeit von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Der Versuch, notwendige Klarheit herzustellen, wird aber von politischer Seite durch immer neue Unklarheiten und Unschärfen erschwert.

18.01.2016, von JÜRGEN KAUBE



Nachdenklich geworden: Bundeskanzlerin Angela Merkel

In ihrer wöchentlichen Videobotschaft hat [Angela Merkel](#) (CDU) vor Tagen erläutert, wo sie Handlungsspielraum sieht, um die Flüchtlingskrise zu bearbeiten. Kurz gesagt: Nicht dort, wo die Flüchtlinge anlangen, sondern dort, wo sie herkommen. Dabei hat die Kanzlerin allerdings eine merkwürdige Formulierung benutzt. Man müsse die Türkei unterstützen, denn es sei auch im europäischen Interesse, dass es den dort lebenden Flüchtlingen gut gehe, „so dass sie dann keinen Grund sehen zu fliehen aus der Türkei“.



Autor: Jürgen Kaube, Herausgeber. Folgen:

Erlaubt man sich per Analogie den Schluss auf andere Länder, in die [Flüchtlinge](#) des syrischen Bürgerkrieges ihr Land zuerst verlassen, dann sind auch Italien, Spanien und Griechenland in diesem Sinne zu unterstützen. Fast könnten einem politischen Keynesianer bei dieser Liste Worte wie „Ende der Austerität“, „Marshall-Plan“, „Binnennachfrage“ in den Sinn kommen.

Doch bevor man die Frage erörtert, ob Schuldenbremse und Mindestlohn die Flüchtlingskrise überstehen, gilt es eine andere zu beantworten. Die nach jener merkwürdigen Formulierung. Nachdem der Begriff des Asylsuchenden durch den des Flüchtlings praktisch verdrängt worden ist, zeigt jener Satz die anschließende Ausdehnung des Begriffs „Flüchtling“. Der Genfer Konvention von 1951 zufolge ist Flüchtling, wer aus begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe in das Land seiner Staatsangehörigkeit nicht zurückkehren will. Syrer, die aus der Türkei weggehen, würden danach nicht aus ihr fliehen, von solchen ganz zu schweigen, die von der Slowakei nach Österreich und von dort nach Deutschland weiterreisen. Trotz mehr als 900 schändlichen Angriffen auf Flüchtlingsheime in Deutschland im Jahr 2015 würde die Kanzlerin wohl kaum den Satz eines skandinavischen Kollegen akzeptieren, syrische Flüchtlinge flöhen aus Deutschland, wenn sie nach Dänemark und Schweden weiterreisen. Er träfe den Kern des Geschehens auch nicht.

Wo liegen die Grenzen?

Weshalb also wählt Angela Merkel dieses Vokabular? Es muss das Desaster der europäischen Migrationspolitik verdeckt werden. Denn ohne die Behauptung, die Flüchtlinge flöhen aus der Türkei, dann aus Griechenland, den Balkanländern, Ungarn und Österreich, griffe auch diesseits der rechtlichen Konstruktion „sicherer Drittstaaten“ das Pathos ins Leere, das auch an den bayerischen Grenzen noch Menschen in schwerer politischer Bedrängnis stehen sieht. Es anders zu sehen, zwingt noch nicht dazu, diesen Grenzübertritt für illegal zu erklären. Aber es wäre im Sinne einer Klärung der Sachlage, wenn man festhielte, dass diese Menschen vor der deutschen Grenze vom Winter, von Erschöpfung, von Hunger, nicht selten auch von Fremdenfeindlichkeit und von einem Verwaltungschaos bedroht sind – aber nicht von staatlicher Verfolgung.

Als der österreichische Bundeskanzler [Faymann](#) mitteilte, es sei ihm von Beginn des Ansturms an klar gewesen, „dass die Antwort nur eine gemeinsame Lösung mit Deutschland sein kann, weil diese Flüchtlinge ja weiter nach Deutschland wollen“, hat er das implizit genau so gesehen. In derselben Pressekonferenz vom August

2015, in der das berühmte Wort „Wir schaffen das“ fiel, hatte Angela Merkel wiederum ganz ähnlich formuliert, es gelte der Grundsatz der Menschenwürde für jedermann, „gleichgültig, ob er Staatsbürger ist oder nicht, gleichgültig, woher und warum er zu uns kommt“. Ähnlich war das deshalb, weil weder aus dem Willen einer Person noch aus der Menschenwürde ein Recht auf Einreise in einen Staat abzuleiten ist. Großbritannien beispielsweise verstößt mit der Nichtunterzeichnung von Schengen schwerlich gegen die Menschenrechte. Und umgekehrt ist es für einen Grenzübertritt eben rechtlich nicht gleichgültig, woher und warum jemand kommt.

Angela Merkel und die Ihren allerdings erwecken diesen Eindruck. Wie oft war in den vergangenen Monaten nicht zu hören, Grenzen könnten die Leute ohnehin nicht aufhalten. Sogar die Zäune der Vereinigten Staaten an der Grenze verhinderten die Migration nicht. Aber die Frage ist nicht, ob Migration verhindert werden kann, sondern ob es sich, wenn sie stattfindet, um eine legale oder illegale Einwanderung handelt und welche Rechtsfolgen an die jeweilige Variante geknüpft sind.

Gefährdung der Kernaufgaben

Man muss fürchten, dass ein wichtiger Grund für den Unmut, den Angela Merkels Flüchtlingspolitik auf sich zieht, solche bewussten Unklarheiten des Vokabulars sind. Wie man es einmal von der älteren japanischen Malerei gesagt hat: An Stellen, an denen klar würde, dass die Perspektive nicht beherrscht wird, setzt der Maler eine Wolke hin. Aus dem nach Umgehung der Rechtsfragen zu Gebote stehenden bilateralen „Die wollen das“ wird unter der Bedingung des europäischen „Wir sind uneins“ das deutsche „Wir schaffen das“, das seinerseits ein globalperspektivisches „Es gibt keine Alternative“ ins Optimistische wendet, das uns mittels ganz düsterer Dominotheorien erklärt wird: Wenn wir, weil wir uneins sind, nicht schaffen, was die wollen, bricht in Griechenland der Bürgerkrieg aus. Oder mit Werner Faymann gesprochen: „Dann sollte die EU den Friedensnobelpreis zurückgeben!“

Der Bonner Staatsrechtler und ehemalige Verfassungsrichter [Udo Di Fabio](#) hat gerade in einem Gutachten für die bayerische Regierung versucht, entsprechende Klärungen vorzunehmen. Es enthält nicht nur die aufschlussreichen Formulierungen Faymanns, es liefert insgesamt sehr viele Gesichtspunkte, Zahlen, Argumente zur Beurteilung der Flüchtlingskrise. Wer es auf seine Empfehlungen im Streit des Freistaats mit dem Bund reduzieren würde, brächte sich um Vieles.

Di Fabios Hauptargument ist, dass der Bund durch seine kriterienlose Aufnahme von Flüchtlingen an der Staatsgrenze die Länder und Kommunen überfordert, deren Verwaltungen, Polizeistationen, Sozialämter und Schulen die Hauptlast der Migration tragen. Halte der Zustrom an, so gefährde das die Erfüllung ihrer Kernaufgaben diesseits der Flüchtlingshilfe. Zur „Bundestreue“ gehöre nicht nur, dass die Länder nicht in Bundeskompetenzen eingreifen, sondern auch, dass der Bund seine Kompetenzen in einer für die Länder zumutbaren Weise erfülle. Das gilt auch für das Unterlassen staatlicher Pflichten, beispielsweise eben solcher der Grenzkontrolle. So haben zwischen Mitte September und Mitte November bayerische Polizeibeamte mehr als 30.000 nichtregistrierte Migranten und 63 Schleuser aufgegriffen. Die Bundespolizei kontrolliert also offenkundig nicht alle Grenzübergänge zu Österreich mit gleicher Aufmerksamkeit. Hätten die Länder hier nicht die Pflicht, für den Kompetenzträger Bund einzutreten, wenn er seinem Verfassungsauftrag nicht vollständig nachkommt?

Sorglose Argumente

Wie dem auch sei: Ihre Rechtspflicht, für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern zu sorgen, so Di Fabio, können die Länder nur dann erfüllen, „wenn der Bund seinerseits die gesetzlich vorgesehene Einreise wirksam kontrolliert und von der gesetzlich vorgesehenen Zurückweisung Gebrauch macht.“ Aber übertrumpft der menschenrechtliche Gesichtspunkt, den Angela Merkel geltend macht, nicht solche Vorbehalte? Di Fabio dreht diese Frage um: Setzt nicht das Grundgesetz funktionierende Staatlichkeit voraus?

Dass die Kontrolle seiner Grenzen keine beliebige Aufgabe eines Staates ist, liegt nahe. Bloße Rhetorik ist es, wenn die Staatsrechtler Jürgen Bast (Gießen) und Christoph Möllers (Bonn) in einem Kommentar zu Di Fabio – zu lesen auf verfassungsblog.de – darauf so antworten: Entweder der Staat kann die Grenzen nicht kontrollieren, dann hat er auch keine Rechtspflicht dazu, oder er hat sie freiwillig geöffnet, dann habe man es nicht mit einem Verlust an Staatlichkeit zu tun. Können sich die reinen Rechtslehrer keine staatlichen Handlungen vorstellen, die eine staatliche Ordnung in Gefahr bringen? Wir hätten da ein paar historische Beispiele.

Wer in vergleichbarer Sorglosigkeit argumentiert, so schlimm könne es doch nicht sein, es seien ja noch nicht einmal Steuern erhöht worden, verwechselt Politik, Ökonomie und Recht. Würde die Polizei jemanden, der einen Fahrraddiebstahl anzeigen möchte, mit dem Hinweis abweisen, es seien bislang noch immer die meisten auch so pünktlich zur Arbeit gekommen, man würde das wohl widersinnig finden. Wohlstandsgefährdungen, Umverteilung und politische Wünschbarkeiten sind das eine, Erosionen des Rechtsstaats wären das andere.

Was ist zu „schaffen“?

Di Fabio meint sie dort zu erkennen, wo nach europäischem Recht und in Übereinstimmung mit der Flüchtlingskonvention weder Asylsuchende noch Flüchtlinge sich das Land aussuchen können, in dem sie Aufnahme finden. Schon vor der Migrationskrise, im Jahr 2013, also bei einer vermeintlich ungerechten Belastung von Staaten an der Außengrenze der [EU](#) gab es in Italien 27 130 Asylanträge, in Deutschland 127000. Im Jahr 2014 nahm Schweden 8,4 Asylbewerber pro 1000 Einwohner auf, Österreich 3,3, Deutschland 2,5, Frankreich 1 und Spanien 0,1. Wie immer man die einzelnen Fälle beurteilt, so Di Fabio, das geltende Recht nach Schengen, Dublin und Eurodac-Verordnung werde nicht mehr beachtet. Die europäische Richtlinie für den Massenzustrom, die es gibt, wird nicht angewendet, weil die Staaten uneins sind.

Ein Drängen der Bundesregierung auf europäischer Ebene, dass andere Länder ihre entsprechenden Verfahren so gestalten, das Rücküberstellung möglich wird, ist dabei nicht zu erkennen. Den völkerrechtlichen Begriff des „Flüchtlings“ in Artikel 16 des Grundgesetzes, der sich auf politisches Asyl bezieht, hineinzulesen, hält Di Fabio für einen Irrtum. Die Menschenwürde zu achten und zu schützen sei „keine Ermächtigung zur Durchbrechung der verfassungsmäßigen Ordnung“. Die öffentliche Bekanntmachung einer Ministeranordnung, die Einreise aus sicheren Drittstaaten zu erlauben, sei nicht erfolgt, von der Beachtung des Gesetzesvorbehalts ganz zu schweigen.

Nun kann man, so wie es Möllers und Bast tun, rechtlich trotzdem alles, was die Bundesregierung tut, für in Ordnung halten. Di Fabio könne keinen Rechtsbruch benennen. Das europäische Asylrecht habe Vorrang vor dem deutschen Grenzpolizeirecht. Das Dublin-System verlange, dass ein Mitgliedsstaat der EU positiv begründe, warum er für ein Asylverfahren nicht zuständig sei. Weshalb dafür die Beschreibung Österreichs oder Italiens – oder, von Dänemark aus gesehen, Deutschlands – als Rechtsstaaten nicht genügt, erläutern die Juristen nicht. Dass einem Flüchtling bis zu einem solchen positiven Bescheid der Unzuständigkeit Deutschlands provisorisch Aufenthalt gewährt werden muss, ist gewiss so. Dass die Politik der Bundesregierung nicht auf solche provisorischen Aufenthalte zielt, dürfte genau so offensichtlich sein.

Die Fragen Di Fabios führen an dieser Stelle noch einmal zurück zum „Wir schaffen das“. Was ist eigentlich „das“? Provisorische Aufnahme, Prüfung der sicheren Drittlandherkunft, Rücküberstellung? Ein europäischer Verteilungsmechanismus? Oder eine dauerhafte Aufnahme in welchem Umfang zu welchen Kosten? Oder schließlich, noch anspruchsvoller, Integration? Dass die Integration von vielen Migranten, die in dritter Generation hier leben, nicht gelungen ist, war unter wechselnden Schuldzuweisungen in den vergangenen Jahren immer wieder zu hören. Waren das nur Redensarten? Oder heißt „Primat der Politik“, dass der Wille allein genügt, weswegen man nicht einmal rechtlich, ökonomisch und administrativ erläutern muss, worin er besteht?

137,33

La Cour des comptes suggère de réduire les indemnités chômage

Par lefigaro.fr, Marc Landré

Publié le 18/01/2016 à 19:59

La dette de l'assurance chômage menace «la soutenabilité du régime», selon un rapport de la Cour des comptes publié aujourd'hui, qui suggère, entre autres pistes d'économies, de baisser les allocations, à quelques semaines d'une renégociation des règles d'indemnisation. Selon l'Unédic, gestionnaire du régime, la dette devrait atteindre 29,4 milliards d'euros fin 2016, et même 35 milliards fin 2018. Un niveau jugé «préoccupant» par la Cour dans son rapport, qui sera présenté au bureau de l'Unédic demain.

Elle décrit un régime très généreux: un «taux de remplacement élevé par rapport aux autres pays de l'OCDE», le «plus grand nombre de chômeurs couverts», une durée maximale d'indemnisation parmi «les plus élevées» et le «montant maximal d'indemnisation (6200 euros nets par mois) le plus élevé parmi les pays comparables».

Autre piste: «Le passage de la durée maximale d'indemnisation à trois ans pour les plus de 55 ans, au lieu de 50 ans aujourd'hui, représenterait une économie de 450 millions d'euros.» La Cour prévient toutefois qu'une telle mesure aurait un «coût pour les finances publiques», en entraînant une «hausse des prestations versées dans le cadre du régime de solidarité».

Bruxelles exige une réforme

La publication de ce rapport intervient à quelques semaines de la traditionnelle renégociation de la convention d'assurance chômage par les partenaires sociaux qui vont décider des paramètres d'indemnisation des demandeurs d'emploi pour les deux années à venir. Elle intervient surtout le jour même où **François Hollande** s'est invité à la table des discussions en appelant syndicats et patronat à changer ce qu'il considère comme un problème: «**Je rappelle qu'en France la durée d'indemnisation est la plus longue d'Europe mais la durée de formation est la plus courte.**» Et, en les incitant à faire un savant «switch» entre les deux pour accentuer l'incitation de retour à l'emploi des chômeurs.

Le sujet est, il est vrai, plus que sensible. Régulièrement, le régime d'assurance chômage fait la une des journaux et le gouvernement, depuis la ratification de la dernière convention il y a deux ans, ne cesse de demander aux partenaires sociaux de se remettre autour de la table de négociation. **Primo, parce que Bruxelles exige une réforme sur ce point, considérant que le régime d'assurance chômage tricolore dépense trop ; secundo, parce que les paramètres, tels qu'ils sont, ne sont pas tenables financièrement.**

Ces immixtions régulières - la dernière en date remonte à la semaine dernière, Jean-Marie Le Guen, le secrétaire d'Etat chargé des relations avec le Parlement, ayant appelé les partenaires sociaux à faire preuve de courage - **ont le don d'énerver passablement les négociateurs, qui vivent très mal ces ingérences de l'exécutif dans le champ paritaire.**

137,34

Face aux crises, l'Europe menacée de dislocation

Par lefigaro.fr

Publié le 18/01/2016 à 21:50



Migrants, Grèce, Brexit, terrorisme... En ce début de 2016, les périls s'accumulent pour une Europe menacée dans ses fondements par la tentation du repli sur soi et l'absence d'une direction forte.

En 2015, la crise grecque avait fait trembler un pilier de la construction européenne: l'euro. En ce début d'année 2016, un autre vacille déjà sur ses bases: Schengen. La fin de la libre circulation dans une Europe sans frontières n'est plus un scénario tabou. L'Allemagne l'a évoqué ouvertement. Ce serait «le début de la fin du projet européen», prévient la Commission. Les fractures sont aussi régionales: Grèce, Italie, Scandinavie notamment s'estiment livrées à elles-mêmes face à l'afflux de réfugiés. **Mais c'est d'Europe centrale que vient le signal le plus tangible d'un morcellement.**

Seul un sursaut européen permettrait de relever les défis. Or le tandem franco-allemand est au point mort, avec deux dirigeants en sursis jusqu'en 2017. À Paris, Berlin et Londres, certains voient dans une Europe «à plusieurs vitesses» l'ultime planche de salut. **Mais une majorité de Britanniques se déclarent prêts à claquer la porte de l'UE.**

Renzi criticises German dominance in EU

Italian Prime Minister Matteo Renzi has criticised Germany's role in Europe as too dominant. "Europe has to serve all 28 countries, not just one," he said to the Financial Times on Monday.

Renzi has taken up the fight against Germany's anachronistic austerity policy, some commentators write approvingly. Others dismiss his criticism as a cheap way of gaining votes.
Wiener Zeitung - Austria

Renzi's comment that Berlin's dominant policies are responsible for the crises among its European neighbour states hits the nail on the head, the liberal daily Wiener Zeitung believes: "It is true that 'Europe must be there for all 28 members'. The statement by German Finance Minister Wolfgang Schäuble at the CDU party conference that the 'worst must improve', clearly illustrates the dilemma. Germany is the minimum standard for German European politicians. That is arrogant. ... If all EU countries functioned like Germany it would be the end of the EU model. 28 top export nations would flood the world with their goods, which would then resist them tooth and nail. Global economic chaos would be the result. So Renzi is right with his diagnosis. The correct medication would be a European economic policy and European financial compensation. The Germans don't like that idea, but that's exactly why their wings should be clipped." (23/12/2015)

[» full article \(external link, German\)](#)

More from the press review on the subject [» EU Policy](#), [» Germany](#), [» Italy](#)

All available articles from [» Reinhard Göweil](#)
Il Sole 24 Ore - Italy

Italy approved its budget for 2016, which foresees a higher deficit than planned. Rome should not start the battle against the austerity policy on its own, the liberal business daily Il Sole 24 Ore warns: "There are good reasons for an expansive budget manoeuvre. So it would be calamitous if come spring Europe were to force us to correct the budget plan and subject it to the dictates of an anachronistic austerity policy. The European offensive launched by our prime minister must be seen in this context. ... One can debate endlessly about whether national interests are best pushed through with painstaking discussions or by pounding the table with your fist. In both cases the main thing is to be able to count on credible alliances. ... We must assume, or at least hope, that Renzi forged such alliances before he launched his offensive." (23/12/2015)

[» to the homepage \(external link, Il Sole 24 Ore\)](#)

More from the press review on the subject [» EU Policy](#), [» National debt](#), [» Italy](#)

All available articles from [» Fabrizio Forquet](#)
Frankfurter Allgemeine Zeitung - Germany

Criticising Germany's role in the EU is just a cheap ploy for winning votes nowadays, writes the conservative daily Frankfurter Allgemeine Zeitung: "On top of the once again spreading conviction that Berlin's 'austerity policy' is evil, we now regularly hear claims that Germany is using it to subjugate its European partners. This traditional myth is now mobilising voters from Spain to Greece. Spain will 'never become a German appendage', announced Podemos leader Iglesias after the election. The sovereignty of his party was a top priority, he proclaimed. ... In the end, however, they all automatically assume that during restoring of national sovereignty they will be able to rely on European solidarity, or in other words on the redistribution of wealth in every conceivable form. And then too, all eyes will once again be trained on Europe." (23/12/2015)

[» full article \(external link, German\)](#)

More from the press review on the subject [» EU Policy](#), [» Elections](#), [» National debt](#), [» Germany](#), [» Italy](#), [» Spain](#), [» Europe](#)

All available articles from [» Berthold Kohler](#)

137,36

INTERNATIONAL BUSINESS

Hollande Aims 2 Billion Euro Plan at France's High Unemployment

By LIZ ALDERMANJAN. 18, 2016

Photo



President Francois Hollande laid out his plans to counter unemployment to business and labor leaders in Paris on Monday. Credit: Yoan Valat/Agence France-Presse — Getty Images

PARIS — Declaring the French economy to be in a “state of emergency,” President [François Hollande](#) announced on Monday a 2 billion euro plan to subsidize job creation and temporarily move half a million unemployed people off the welfare rolls, as record unemployment threatens his bid for re-election next year.

Critics immediately seized on the measure as having more political than economic meaning. And they questioned whether the new steps, a package worth about \$2.2 billion, would have any more measurable impact than previous stimulus plans Mr. Hollande has announced in his yearslong effort to revive [France](#). Despite being the second-largest eurozone economy after Germany, it has struggled to bounce back from the slowdown that befell much of Europe after the global financial crisis of 2008.

Mr. Hollande has vowed repeatedly not to run for a second presidential term unless there is a downturn in unemployment, which has risen to an 18-year high of 10.6 percent, from around 9.7 percent since he came to power in 2012.

The economy recently began to emerge from three years of stagnation, but it has failed to create enough jobs to reduce the pool of 3.5 million people seeking work. Youth unemployment in France, at 25.7 percent, is among the highest in Europe, adding to social precariousness in the marginalized banlieues — suburban enclaves heavily populated by Muslim residents.

Unemployment is above 40 percent in some banlieues, where young people face particularly high hurdles in finding permanent work.

“There is an economic and social emergency,” Mr. Hollande told business and labor leaders in a speech on Monday describing his plans. The language echoed statements he made after the [Paris attacks](#) in November, when he put France under a state of emergency and pledged to ramp up military spending and domestic security to prevent new terrorist acts on French soil.

With little more than a year to campaign for France’s presidential elections in 2017, the president is facing a growing challenge from rivals. Despite improved poll ratings after Mr. Hollande’s handling of the terrorist attacks, Marine Le Pen, the leader of the far-right National Front, has gained ground against Mr. Hollande by hammering the twin themes of nationalism and economic weakness.

Ms. Le Pen posted a party statement on Twitter on Monday dismissing the plan as “ineffective” and an election ploy, and warned that unemployment would not decline without a “reindustrialization of France.”

In his remarks on Monday, Mr. Hollande acknowledged that the economy, now growing at an annual pace of a little more than 1 percent, remained too weak to reduce France's unemployment rate, which is more than twice Germany's rate of 4.5 percent.

The French economy created only 40,000 private sector jobs last year, although many more jobs were destroyed during the downturn, France's labor minister, Myriam El Khomri, told French newspapers this month. "That means that although the economy is taking off again, growth is still too timid," she said.

Business investment remains weak despite €40 billion in tax breaks approved by Mr. Hollande in 2014 in an effort to spur corporate profitability. Consumer spending, which has also failed to revive, took an extra hit after Islamic State militants killed 130 people in a coordinated terror spree in November.

Mr. Hollande's newest measures, on top of similar initiatives unveiled in the last two years, aim to bolster employment.

The blueprint provides a new layer of subsidies for small and midsize businesses — this time a bonus of €2,000 for companies that hire and retain a full-time employee for more than six months. Last summer, Mr. Hollande unveiled an aid plan of €4,000 for single-person businesses that hired their first worker on a yearlong contract.

More controversial is a plan to put 500,000 unemployed people into vocational training programs this year, on top of 150,000 announced in October — an action that would, at least temporarily, remove more than half a million people from the unemployment rolls.

The government also wants to reduce youth unemployment, in part by putting tens of thousands of young people to work in so-called civic service volunteer programs. In 2015, 60,000 young people were enrolled in civic service programs; this year, the government wants to more than double it to 150,000.

Still, political rivals quickly questioned whether the incentives amounted to little more than putting a bandage on a gaping wound. Last week, for example, the manufacturing giant General Electric announced plans to cut up to 6,500 jobs globally, including 765 positions in France.

Critics also attacked Mr. Hollande's plan as a naked grab to salvage his candidacy at a time when even some members of his Socialist party have suggested that he not automatically be their main candidate heading into next year's elections.

"President Hollande is starting the year with a lie to the French," Éric Woerth, a member of the conservative Republican party, which is led by former President Nicolas Sarkozy, said on Monday. "Even if 500,000 people can get training, you need 500,000 jobs to hire them into," he said. "Otherwise it's back to the unemployment line the day after" the program ends.

Mr. Hollande was already facing his party's opposition to more far-reaching, centrist economic proposals that he had announced in the last year. A so-called responsibility pact, in which the government granted tax breaks in exchange for job-creation pledges by businesses, was opposed by unions, which said the pact gave too many concessions to employers.

Mr. Hollande has also sought to loosen restrictive labor practices, making it easier for companies to lay off employees in some cases and to cut workers' pay and hours when times are hard. So far, though, those measures have had a limited impact.

On Monday, he gave reassurances that the latest measures were not a "statistic artifice" aimed solely at lowering the numbers of unemployed people.

"We can't correct statistics," he said. Employment, he added, is "the only issue that goes beyond the need to assure the security" of France.

137,38

• OPINION
• COMMENTARY

Angela Merkel Is Losing Her Refugee Bet

An open-door policy adopted in a wash of warm feelings now dents the chancellor's credibility and popularity.
By JOHN VINOCCUR

Jan. 18, 2016 3:06 p.m. ET

David Folkerts-Landau, Deutsche Bank's chief economist, last month described the arrival of more than a million refugees from the Middle East in 2015 as "the best thing that could happen to Germany." He said the event would allow the country to remain forward-looking.

That remark belongs to a German world that is no more. Following the New Year's Eve sexual attacks on women in Cologne, largely committed by migrants and asylum-seekers, Germany has become a troubled, markedly less-confident place. It is diminished in its role as Europe's unassailable and often patronizing leader, and, in the majority, skeptical of Chancellor Angela Merkel's notions of a German Willkommenskultur able to take in everyone fleeing Syria or Iraq. The mob's onslaught broke a self-imposed wall of nondisclosure by the political class about some of the realities of the migration.

German officials told me in Berlin that two-thirds of 2015's newcomers were single men. Finance Minister Wolfgang Schäuble, a rare politician to express earlier concern, had spoken of a gradual "avalanche." Now, Stefan Aust, editor of Welt am Sonntag, has concluded discomfitingly that the young-single-and-unskilled contingent is "about the size of the men under arms in the West and East German armies at the height of the Cold War."

If this year's daily pace of new entries were to hold, Germany would be accepting another 1.1 million refugees in 2016. Gerd Müller, Mrs. Merkel's minister for economic cooperation and development, says another million can't be handled. He adds that eight to 10 million more asylum-seekers "remain under way."

So what does Mrs. Merkel do about this? She reads the polls. Last week, the former Nobel Prize candidate for altruism saw that 60% of Germans think the country can't manage such numbers. She also learned that over the past month she fell from first to fourth place in terms of nationwide popularity for politicians, behind Mr. Schäuble.

By way of response, the chancellor talks about reinforcing the European Union's external borders, apportioning refugees among other member countries (they don't want them) and facing up to the causes of mass flight (with Germany leading a Western military charge in Syria?). What she refuses to say: I was frivolous in opening Germany's door, and I'll now close it; let's keep the migrants' numbers short of infinity by limiting family unification for those who are already here; and it's time to use the military to contain situations of civil tension.

Her incapacities go hand in hand with broadening concerns about the non-reforming Merkel economy's prospects, the chancellor's newly recompromised relations with Russia, and the country's often naive notions about integrating Muslims.

Stagnancy lurks. The Organization for Economic Cooperation and Development has said for years that German growth, without significant reform, will fall below 1% annually beginning in 2020. In its 2015 "Going for Growth" report, the OECD rated German responsiveness to its recommendations for reform measures at sixth from the bottom among the 29 members surveyed. Martin Wansleben, chief executive of the German Chambers of Industry and Commerce, says the economy currently "is more appearance than substance."

While Moscow has announced it will station three new army divisions in western Russia, Berlin and German companies (joined by a few European firms) are planning with Gazprom to build a second Nord Stream pipeline to bring Germany more natural gas directly from Russia while steering around Ukraine. This has Mrs. Merkel's approval. The U.S., the European Commission, and even Norbert Roettgen, the Christian Democrat chairman of the Bundestag foreign-affairs commission, are critical of the deal. "We want to reduce dependency on Russia energy," Mr. Roettgen said. "Nord Stream 2 contradicts this goal and counters European security policy."

Ahmad Mansour, a psychologist working in Berlin on the deradicalization of young Muslims, has pointed to political correctness as a barrier to a successful German approach to Islam. He said he rejects dealing with the matter “solely in the context of discrimination and racism,” as is the dominant trend. Rather, he told a German reporter, “fighting terrorism and Islamism must begin much earlier” in schools.

Against this background, Mrs. Merkel has been described as pitching for patience, and suggesting that things will be better soon.

But there is more than just unease in parts of her increasingly nervous political party and in an electorate where, in regard to migrants, only 29% still believe her “We Can Do It” incantation. The chancellor now faces a society that is gagging on the realization that other one-time pillars of national probity have cracked for the world to see—Deutsche Bank with its \$2.5 billion fine by U.S. regulators last year for rate rigging, and Volkswagen, facing massive lawsuits after acknowledging it faked its cars' emission-control capabilities.

By its own standards, Germany is reeling. Angela Merkel no longer has the country fully in her grasp.

137,40

• [OPINION](#)

• [REVIEW & OUTLOOK](#) EDITORIAL

A Terror State in Libya

Islamic State is advancing with too little Western opposition.

Jan. 18, 2016 6:18 p.m. ET

Islamic State fighters launched a naval assault in northern Libya last week, dispatching three boats that fired on an oil terminal at Zueitina. Local guards repelled that attack, but it was a reminder of Islamic State's growing capabilities and reach beyond its heartland in Syria and Iraq. Too bad Western capitals seem unprepared to stop it.

The Zueitina episode was the latest in a string of Islamic State attacks in Libya since the new year. On Jan. 8 an Islamic State truck bomb hit a police academy in Zliten, western Libya, killing 65 people. The same week Islamic State arson attacks ignited two other Libyan oil terminals. Islamic State draws much of its revenue by marketing oil from captured fields in Iraq and Syria.

Following the Zletin truck bombing, the European Union -- 300 miles across the Mediterranean -- offered \$108 million in security assistance to Libya. The aid is supposed to take the form of technical and logistical support to the newly formed Libyan unity government, currently based in neighboring Tunisia.

The problem is that the new government -- the product of a shaky agreement last month between the internationally recognized government based in Tobruk and the Islamist-backed General National Congress, headquartered in Tripoli -- remains a mostly notional entity. The competing governments have been at war for years, even as they both fight Islamic State, and elements of both governments have rejected the unity deal, as have some of their respective tribal and militia supporters. Whether those political divisions can be resolved is anyone's guess, but in the meantime the jihadist threat from Libya is growing larger.

That was underscored in December when Islamic State paraded a police force in the coastal city of Sirte, where it also holds the airport. Islamic State now controls a long strip of the coastline between Tripoli and Benghazi, territory that also serves the group's propaganda purposes in claiming to be an Islamic caliphate.

Britain's Prime Minister David Cameron has pledged to target Islamic State in Libya, while the U.S. last year conducted limited air strikes against jihadists. But Western leaders insist they are waiting for a political solution to the civil war before intervening directly. A negotiated settlement would be welcome but could take months if not years to materialize. That gives Islamic State and other jihadist groups ample time to profit from the chaos.

The West's central interest in the region isn't to salvage a Libyan state, assuming that's even possible. It's to ensure that the territory doesn't become a haven for jihadists with access to oil revenues and a dangerous perch on the Mediterranean. A dedicated NATO bombing campaign, if necessary combined with limited ground forces, to destroy Islamic State in Libya would send the valuable signal that the West won't tolerate such a threat so close to its shores. That signal might also give Libya's factions more incentive to reconcile, but in any case it would make the world safer.

137,41

- OPINION
- COMMENTARY

Germany's Road to 'No We Can't' on Migrants

Germans are quickly realizing they can't easily integrate the new arrivals they have, let alone the millions more on the way.

By JOSEF JOFFE

Mr. Joffe is editor of Die Zeit in Hamburg and a fellow of the Institute for International Studies and the Hoover Institution, both at Stanford.

Jan. 18, 2016 3:08 p.m. ET

Cribbing from Barack Obama, Germany's Chancellor Angela Merkel rendered "Yes we can" as wir schaffen das, literally "we can do it." In August, she flung open Germany's gates to the asylum seekers scrambling into Europe. By year's end, 1.1 million people had decided to find out whether Germany can.

In August 36,000 came. In the first two weeks of January, it was 52,000, belying hopes that nasty winter weather would give the nation a respite from goodness. Add them to the 1.1 million people who had tested Berlin's open-door policy last year: refugees fleeing war in Syria and Iraq, but also economic chancers from the Balkans, Africa and Pakistan. And now it looks like Germany can't do it after all.

Germany was destined to be Europe's Promised Land. Mindful of its Nazi past, the country makes asylum a constitutional right. "Persons persecuted on political grounds," Article 16 flatly states, "shall have the right of asylum." No ceilings.

In a country that doesn't allow for regular immigration the way the U.S. does, "asylum" is the open-sesame. Yet in real life, there are limits. And so, Germany is running up against an iron law: The immigration rate must not exceed the assimilation rate. Why did Sweden, Europe's moral superpower, finally seal its borders?

The numbers tell the tale. In 2014 there were 8.3 refugees living in Sweden per 100,000 residents. Last year, the ratio had doubled to 16.6. So no more "Schengenland," that borderless space from Lisbon to Lodz. Now it's identity checks and drastically tightened asylum rules. Denmark quickly followed.

In Germany, the ratio had quintupled over the same period, to 13.5 from 2.5. Mrs. Merkel stuck to "yes, we can" in her New Year's Eve address. Unfortunately, a thousand young Muslim men called her out on it a few hours later by terrorizing women of all ages passing through Cologne's Main Station and Cathedral Square outside.

Young Christian males also don't always obey Miss Manners when traveling in packs. But their culture doesn't have a word for taharrush gamea, as practiced in some Arab lands: a group-grope where young men encircle women to jeer, molest and rob them. Hundreds of women have filed charges. Two-thirds of the newcomers from Afghanistan, Iraq and Syria are men below the age of 33. More than half of them are below 25. Overwhelmingly unattached, they don't live under the civilizing influence of mothers, sisters or wives.

Acculturation into the strict sex codes of the West takes years, whereas the next batch of 50,000 is due this month, at current rates. With their legendary organizational prowess, Germans at all levels, state and private, have done an exemplary job of absorbing the influx on a day-by-day basis.

Take Munich Central Station, the main port of entry at the end of the "Balkan route" from Turkey to Germany. Off the train, the migrants are whisked away to school gymnasiums and empty army barracks. There,

volunteers take over, handing out food and clothes from mountains of private donations. Others teach German or take the kids to the zoo.

Yet such Band-Aids are the easiest step. The demands of real integration -- jobs and housing, not to speak of culture -- will make mincemeat out of "we can do it" if uncontrolled immigration continues at one million a year, which relative to Germany's population is equivalent to four million flooding into the U.S. annually.

Sadly, these asylum seekers are the "wrong" people for the wrong economy. Low-skill jobs fetching a decent wage are waning throughout the West, but only one-quarter of Iraqis come with completed vocational training. There are no reliable numbers, but back home, argues Munich economist Ludger Wossmann, two-thirds of young Syrians are "functional illiterates by international standards." Tino Sanandaji of the Stockholm Business School told the Frankfurter Allgemeine Zeitung: "It takes an average of seven years before a refugee gets a steady job."

Germany's restrictive housing and land laws are good at inhibiting asset-price bubbles, but bad at meeting rapidly surging demand. With its mandated high wages and low tolerance for hire-and-fire, the German labor market is the worst enemy of immigrants. They cannot play out their inherent competitive advantage by selling their labor at a lower wage as tens of millions of newcomers have done in the U.S.

How about starting a little corner store? In an immigration country like Canada it takes two days to register a business. In Germany it's 15, not counting health checks and exams in commercial and tax law. Driving for money? Uber has essentially given up on Germany where guilds and local governments have put up insurmountable hurdles.

All told, Germany as well as the European Union favor the haves at the expense of those who want to have, the insiders, not the outsiders. Add the pernicious effect of a lavish welfare state that provides asylum applicants with generous stipends, housing allowances and free health insurance. This largess doesn't sharpen incentives to rush into a sclerotic labor market.

Nor does it amuse the natives who ask: "Why them, and not us?" You can't have open borders and a munificent welfare state. Something has to give. Since even Mighty Merkel cannot overturn ancient dispensations, she will inevitably slip into "No, we can't" and close borders, as the Swedes and Danes have done. High-mindedness stops at the ballot box.

137,43

WORLD

Hollande Pledges \$2.2 Billion on French Jobs Push

Cash injection is part of emergency plan to combat unrelenting rise in unemployment

By WILLIAM HOROBIN

January 17, 2016

PARIS--French President François Hollande said Monday **he will pour more than EUR2 billion (\$2.2 billion) in public money into apprenticeships and training schemes as part of an emergency plan to combat the unrelenting rise in unemployment.**

The French leader said economic growth remains too weak to have a sustainable impact on unemployment, which has crept upwards throughout his presidency to reach **10.6% last year, an 18-year high**. Consumer spending is not strong enough and the recovery in business investment is too fragile, **despite EUR40 billion in tax breaks to boost corporate margins, Mr. Hollande said.**

"There is an economic and social state of emergency," Mr. Hollande said addressing business leaders and labor unions.

With little more than a year to go until presidential elections, **it is the Socialist leader's last salvo in his battle against unemployment.**

The state-sponsored initiative--including an extra 500,000 training schemes this year--marks a shift back toward traditional Socialist policies and a declining emphasis on pro-business policies that split Mr. Hollande's support base and contributed to making him the least popular French president on record.

Still, Mr. Hollande also said he will pursue his pro-business stance by offering a EUR2,000 bonus to companies hiring new staff on salaries close to the minimum wage.

The Socialist leader said France must find a model between economic liberalism and "immobility without a future."

"There is a path: encouraged work, valued work and respected work," Mr. Hollande said.

137,44

Les énergies renouvelables battent des records en Allemagne

Par Frédéric De Monicault Publié le 20/01/2016 à 06:00



L'année dernière, le renouvelable (solaire, hydraulique, éolien...) a couvert plus d'un tiers de la consommation d'électricité outre-Rhin. La révolution énergétique est clairement en marche, même si le pays fait également marcher à plein ses centrales à charbon.

Début février, Réseau de transport d'électricité (RTE), la filiale d'EDF en charge des lignes haute et très haute tension, rendra publics les principaux éléments du bilan **électrique** français 2015. En attendant, c'est son homologue allemand qui vient de délivrer les enseignements de l'année écoulée. Le diagnostic est extrêmement intéressant puisque le **renouvelable** a établi un nouveau record de production outre-Rhin en 2015. Les **énergies vertes** ont couvert près d'un tiers de la consommation électrique allemande, à hauteur de 32,5% contre 27,3% en 2014, et 30% de la production électrique. Quant à la production éolienne terrestre, elle se hisse à 78 térawattheures (TWh), soit un bond de 50% par rapport à 2014. Au passage, la consommation d'électricité en **Allemagne** a légèrement augmenté l'an dernier (+0,8%), dans le sillage d'une année plus froide que la précédente.

Arrêt progressif du nucléaire

Dans son analyse du bilan électrique allemand en 2015, le think-tank Agora Energiewende met également en exergue le fait que la production d'électricité à base de lignite est restée quasi stable: **le charbon a contribué l'année dernière à hauteur de 42,2% de la production d'électricité allemande.** «Cette situation se reflète dans le bilan CO2 du secteur électrique, qui reste similaire aux niveaux de 2014, note Agora Energiewende. **On observe même une légère hausse des émissions si l'on considère l'ensemble des secteurs énergétiques.**» Le constat de ces experts est clair: sans mesures complémentaires en faveur du climat, l'Allemagne n'atteindra pas ses objectifs des émissions de gaz à effet de serre d'ici 2020. Un cap ambitieux puisqu'il s'agit de réduire les émissions de 40% par rapport à 1990.

Depuis la catastrophe de **Fukushima** il y a presque cinq ans, l'Allemagne a entamé une révolution énergétique radicale: la chancelière **Angela Merkel** a décrété l'**arrêt progressif de toutes les tranches nucléaires implantées sur le sol allemand.** À charge pour le renouvelable de monter en puissance pour remédier à terme à la disparition totale de l'atome. **En attendant, l'Allemagne fait tourner à plein ses centrales à charbon, ce qui lui vaut de vives critiques de la part des spécialistes du climat.**

137,45

Malika Sorel : «Il faut refonder l'Observatoire de la laïcité»

Par Alexandre Devecchio

Mis à jour le 19/01/2016 à 22:12 Publié le 19/01/2016 à 18:50



FIGAROVOX/INTERVIEW - Manuel Valls a fustigé lundi soir l'appel que le président de l'Observatoire de la laïcité a lancé avec des proches des Frères Musulmans. Mais, pour Malika Sorel, ce n'est pas suffisant : Jean-Louis Bianco doit démissionner.



*Malika Sorel, est un ancien membre du Haut Conseil à l'Intégration. Elle est l'auteur de l'**essai** Décomposition française, comment en est-on arrivé là?*

Invité des Amis du Crif, lundi soir, le premier ministre a fustigé la tribune que le président de l'Observatoire de la laïcité, Jean-Louis Bianco, a signée le 15 novembre dernier. Intitulé «Nous sommes unis» et publié dans Libération, l'appel réunissait notamment Samy Debah et Yasser Louati, directeur et porte-parole du très controversé Collectif contre l'islamophobie en France (CCIF), et Nabil Ennasri, proche du courant des sulfureux Frères musulmans. Que cela vous inspire-t-il?

Un petit rappel s'impose pour vos lecteurs. C'est le 5 avril 2013 que le Président de la République François Hollande a nommé Jean-Louis Bianco à la tête de l'**Observatoire de la laïcité**. L'Observatoire a été placé sous la responsabilité du Premier ministre. À l'époque, c'était Jean-Marc Ayrault, mais ce dernier n'a pas été partie prenante du processus d'installation de l'Observatoire et de désignation de ses membres, puisque toute cette opération a été directement pilotée par l'Élysée. Très vite, cet observatoire a adopté des positions dont un certain nombre vont à l'encontre de la défense du principe de laïcité, ce qui est un comble puisqu'il a pour mission d'«assister le gouvernement dans son action visant au respect du principe de laïcité en France.» Son positionnement n'a eu de cesse d'être dénoncé, y compris par des personnalités qui en sont membres et qui en observent donc le fonctionnement depuis l'intérieur. C'est le cas du député Jean Glavany, de la sénatrice Françoise Laborde et du président du Comité Laïcité République Patrick Kessel, qui avaient exposé au grand jour le fondement de leur désaccord avec les prises de position de cet observatoire. C'est ainsi que le 15 janvier 2015, ils publiaient un **communiqué** dans lequel ils exprimaient - à propos de l'Observatoire de la laïcité - que «sur le fond, au-delà de ces propositions pour l'essentiel angéliques et pusillanimes, cosmétiques dans le meilleur des cas, certaines sont clairement anti-laïques et évidemment inacceptables pour la République [...]» Que le Premier ministre Manuel Valls prenne enfin aujourd'hui la mesure de ce qui se produit est une bonne chose, mais il y aura mis bien trop de temps à mon goût. J'attends à présent de voir s'il va trouver le courage de dépasser le stade des paroles pour prendre enfin les décisions qui s'imposent.

Il suffit qu'une quelconque demande d'ordre religieux, ou perçue comme telle, pointe le bout de son nez, pour que le pouvoir politique fasse aussitôt le choix de bafouer la laïcité.

L'Observatoire de la laïcité a été installé en 2013 par François Hollande. Il remplace le Haut Conseil à l'Intégration (HCI) dissous en 2012 ...

Avec le recul, il apparaît clairement que la création de cet observatoire avait pour objectif de faire disparaître la mission laïcité du Haut Conseil à l'Intégration, dont les rapports gênaient très fortement le pouvoir socialiste. Ce dernier avait d'ailleurs refusé de donner le feu vert à la publication à la Documentation française - ce qui est la coutume - de notre dernier rapport qui tirait la sonnette d'alarme sur les dysfonctionnements et problèmes observés dans l'enseignement supérieur, et décrivait ce qu'il fallait d'urgence mettre en œuvre pour tenter d'endiguer le phénomène. Quant au collège du HCI, il n'a pas été dissous en 2012, mais François Hollande a préféré le choix tactique de le laisser s'éteindre en ne renouvelant pas son décret qui arrivait à échéance en septembre 2013. Pour comprendre l'envers du décor, il faut se remémorer ici le rapport publié par le think-tank Terra Nova en prévision de la présidentielle de 2012 à propos de la «nouvelle identité sociologique de la gauche, la France de demain». Le mérite de ce rapport a été de rendre public ce qui est d'ordinaire tu, ou pire, travesti: «La population des Français issus de l'immigration est en expansion démographique et en mutation identitaire (...) ce sont entre 500 000 et 750 000 nouveaux électeurs, naturalisés français entre 2007 et 2012, qui pourront participer au prochain scrutin présidentiel [...]. Au-delà des non-religieux, ce sont aussi tous les non-catholiques, notamment les individus d'«autres religions», composés à 80 % de musulmans, qui sont plutôt enclins à voter à gauche.» Comme je le développe dans un chapitre de mon livre intitulé «une arithmétique implacable», le pouvoir de gauche, et pas seulement lui, pense qu'il faut nécessairement prendre la laïcité comme variable d'ajustement pour ne pas s'aliéner le vote d'une part non négligeable de l'immigration. Il suffit qu'une quelconque demande d'ordre religieux, ou perçue comme telle, pointe le bout de son nez, pour que le pouvoir politique fasse aussitôt le choix de bafouer la laïcité.

A l'époque Jean-Louis Bianco avait déclaré que la France n'avait pas de problème avec sa laïcité ...

Comme je l'avais alors dit dans vos colonnes, en effet la France - donc son peuple - n'a pas de problème avec la laïcité, qui est plébiscitée, mais c'est une partie conséquente de ses élites qui a de sérieux problèmes avec le respect de la laïcité. Il n'y a pas mieux que le réel - et il est désormais tragique - pour mettre en lumière, aux yeux de l'opinion publique, ceux qui ont vu juste, ceux qui se sont trompés et ceux qui ont sciemment refusé de regarder la réalité en face. Mais le plus grave problème n'est désormais même plus là. Il est dans le fait que ceux qui ont dit faux persistent à rester sur la même voie alors qu'ils devraient tout faire pour participer à protéger notre société. Cela passe par reconnaître les erreurs qui ont été commises et par un changement de trajectoire.

Manuel Valls a déclaré : «L'Observatoire de la laïcité - qui est placé sous ma responsabilité - ne peut pas être quelque chose qui dénature la réalité de cette laïcité. Il doit être clair sur les appels que l'on signe: on ne peut pas signer des appels, y compris pour condamner le terrorisme, avec des organisations que je considère comme participant d'un climat (nauséabond), ça n'est pas possible». Dans ces conditions, le Premier ministre doit-il demander la démission de Bianco?

Non seulement Manuel Valls doit imposer la démission de Jean-Louis Bianco et de son cabinet, mais il doit également renouveler l'Observatoire de la laïcité afin qu'il soit exclusivement composé de personnalités reconnues comme respectueuses de la laïcité républicaine

Les paroles de Manuel Valls ne sont pas suffisantes. Des décisions s'imposent. S'il ne les prend pas, il accrédi­tera lui-même la thèse selon laquelle ses prises de parole peuvent relever de pures opérations de communication. Comment dès lors le prendre au sérieux? Des enquêtes ont mis en évidence à quel point la parole politique s'était au fil du temps démonétisée. Ce discrédit fait peser de lourdes menaces sur notre démocratie. Non seulement Manuel Valls doit imposer la démission de Jean-Louis Bianco et de son cabinet, mais il doit également renouveler l'Observatoire de la laïcité afin qu'il soit exclusivement composé de personnalités reconnues comme respectueuses de la laïcité républicaine - donc non adjectivée, et sincèrement attachées au refus du relativisme culturel qui constitue le véritable cheval de Troie de la répudiation de la laïcité.

Dans votre question, il y a un autre volet extrêmement important qui concerne l'approche sur laquelle s'est fondé l'appel qui a été signé et que vise Manuel Valls. Cette approche a été recommandée par des intellectuels après l'attentat contre Charlie Hebdo et a aussitôt essaimé. En un mot, elle a consisté à dire à l'opinion publique que, nos adversaires visant notre désunion, il fallait éviter de tomber dans le piège qu'ils tendaient à nos sociétés, et pour cela, prôner systématiquement l'unité. Je récusé cette approche qui a eu pour conséquence de venir alourdir encore la chape de plomb qui pesait déjà fortement sur la liberté de pensée et de jugement. Tandis que les Français cherchaient à comprendre comment nous avons pu en arriver là, leurs élites, pour beaucoup, leur répon­daient «unité nationale». Ceux qui respectent la France et sa république ne craignent pas l'exercice de l'esprit critique. Les citoyens ont l'obligation morale de ne pas se résoudre à l'union sans condition qui leur a été imposée.

De manière générale, ces dernières années, les gouvernements successifs se sont-ils montrés laxistes en matière de laïcité? Ont-ils privilégié sans le dire les accommodements raisonnables?

Ce que j'ai pu noter, c'est que sur ce sujet, au sein d'un même gouvernement, les membres peuvent fortement différer. Le clivage passe entre ceux qui sont fidèles à la France et au respect de ses principes républicains, et ceux qui n'éprouvent guère de scrupules à ne pas

respecter eux-même la laïcité ou à la laisser bafouer. La situation dans laquelle nous nous trouvons est extrêmement préoccupante. Ce n'est pas faute d'avoir tenté d'alerter sur ce qu'il convenait de faire et ce qu'il ne fallait pas faire.

Pour commencer, il faudrait cesser de recourir au terme d'“accommodements raisonnables” qui a été emprunté aux Québécois, car au vu de leurs conséquences sur la concorde civile, nous devrions les qualifier d'“accommodements déraisonnables”.

Le fait d'avoir cherché à s'arranger avec des principes qui ne faisaient que traduire, dans la vie quotidienne, l'identité du peuple français a été doublement néfaste. Néfaste pour le peuple français qui s'est senti, à juste titre, trahi dans ce qu'il a de plus précieux et intime - son identité. Néfaste pour les nouveaux entrants et pour la part de l'immigration qui rencontrait des difficultés à s'intégrer culturellement, car cela a envoyé le signal que, tôt ou tard, tout pouvait être accommodé. Dans ces conditions, il était prévisible que les difficultés d'intégration culturelle iraient croissant. Pourquoi s'astreindre en effet à des adaptations culturelles, parfois difficiles et douloureuses, si les politiques sont enclins à renoncer à faire respecter des dimensions importantes de la culture de la terre d'accueil? Il existe une hiérarchie des responsabilités qu'il convient de ne pas perdre de vue. Il ne faut pas oublier non plus le rôle joué par les discours accusateurs envers la France, qui serait responsable de tous les malheurs. Semer les graines du ressentiment dans le cœur des enfants de l'immigration, chercher sans cesse à les dresser contre la France et les Français, se révèle sans surprise préjudiciable au maintien de la concorde civile. Aujourd'hui, plus que jamais, le devoir de vérité sur la réalité des défis et des enjeux communs s'impose.

European Experiment Comes to a Reckoning

Stagnating growth and multiple crises show member countries' self-interest trumps the cohesion of the union

By **SIMON NIXON**

Jan. 19, 2016 4:45 p.m. ET

A year ago, when the world's elite last met in Davos, Europe itself appeared to have survived a series of threats to its cohesion.

The launch of the European Central Bank's quantitative-easing program looked set to underpin a modest recovery. Banks had bulked up on capital. A newly installed European Commission promised steps to deepen the single market, boost investment and reduce red tape.

Today, the survival of the European project looks increasingly precarious.

Two crises -- Greece's brinkmanship that almost culminated in the country's ejection from the eurozone and the turmoil surrounding the surge of migrants -- have exposed deep flaws in the governance of some member states, not least that of Greece.

The EU's crisis-fighting efforts have been overly lopsided. Success in devising new mechanisms to share responsibility within the EU, whether through bailout mechanisms or refugee resettlement programs, hasn't been matched by similar progress in reducing the risks of shocks within countries themselves.

This is particularly true in the economic sphere, where debate over risk reduction has long been trapped in a sterile debate between a simplistic Keynesian faith in monetary and fiscal stimulus, and an equally simplistic German-led attachment to fiscal austerity.

European political debate has yet to internalize the reality of what membership of the EU -- and particularly the eurozone -- actually involves. Governments and voters have still not reconciled themselves to a world where capital and talent are free to move anywhere in Europe.

Instead, many governments responded to the inevitable pressures caused by the creation of a dynamic EU single market in the years before the global financial crisis by introducing new protections and special privileges for influential corporate and social lobbies. The result was that many economies became increasingly inflexible just when they needed to become more flexible.

In a system where capital and talent are free to move out, the job of governments is to create conditions for capital and talent to flow in. That requires a skilled and adaptable labor force, effective public administration, efficient legal systems, fair insolvency procedures, incentives for entrepreneurs to start companies and for small companies to become bigger companies.

Viewed through this prism, few European governments emerge with much credit.

Germany lectures the eurozone on the need for fiscal discipline but has done little in the past seven years to boost its own potential growth rate, widely estimated at little more than 1%. French President Francois Hollande had to threaten to dissolve parliament to pass a law allowing stores to trade for 12 Sundays a year. Spain and Portugal's center-right governments embraced austerity as a badge of pride and pushed through some useful reforms but left intact a highly regulated business environment designed to shield many companies from competition.

The risk now is that the political conditions for deep reforms are deteriorating. The stimulus-induced cyclical recovery has eased the pressure on governments to cut spending and overhaul public administrations. At the same time, frustrated voters are turning against mainstream parties in favor of insurgent parties who oppose reform under the banner of anti-austerity. Meanwhile, the combination of weak growth, dire debt dynamics and political instability, continues to hold back corporate investment with worrying implications for future productivity growth.

That raises the question of what will happen once the current stimulus-driven upturn has run its course. The EU's urgent task in 2016 is to find ways to encourage vulnerable countries to raise potential growth, productivity and private sector investment to levels that will remove doubts over long-term debt sustainability if and when the ECB stops buying government bonds. If this proves too hard, the world will have to brace itself for further European shocks.

137,49

Davos 2016: Refugee crisis 'biggest ever threat' to EU

German president warns that limit on arrivals in Germany will be introduced

[Suzanne Lynch](#) in Davos January 20



German president Joachim Gauck at Davos. He said refugee crisis presents the European Union's with its "biggest ever threat" as he warned that limits would be introduced on refugees arriving in Germany. Photograph: Ruben Sprich/Reuters

German president Joachim Gauck has warned that the refugee crisis presents the European Union's with its "biggest ever threat" as he warned that limits would be introduced on refugees arriving in Germany.

In a keynote speech at the World Economic Forum in [Davos](#) Mr Gauck said that, while Germany would continue its obligation to offer refuge to those in need, he warned that "solidarity is not infinite."

"Forms of control and limitations will be introduced, whatever form they take. They will have to be introduced," he said.

He added that politicians "must have the ability to think forward" in order to bring their citizens with them on the refugee issue.

"It appears therefore that migration is politically viable only to the extent that citizens are willing to accept it. People must believe that politicians have the ability to think forward and that the citizens are prepared to go along with and accept the change."

Nonetheless he defended Germany's response to the refugee crisis in the summer and autumn of 2015, noting that for older German people in particular, it was important "to show solidarity, to show that we would never again become xenophobic or racist."

The obligation to offer refuge to those in need was not only inscribed in the [Geneva Convention](#), it was also contained with the German constitution, he said. Referencing the work of economist [John Kenneth Galbraith](#), he highlighted the economic benefit of migration to the receiving country.

Mr Gauck's intervention on the refugee issue comes as political debate in Germany intensifies over German chancellor Angela Merkel's handling of the issue. The German Chancellor cancelled her regular visit to the World Economic Forum earlier this month, due to domestic political concerns.

The German president said that, while migration is not a new phenomenon, almost 60 million people are currently fleeing their homelands, many at great danger to their own lives. "The hundreds of thousands arriving are presenting the [European Union](#) with its biggest ever test," he said.

In an implicit reference to the New Year's Eve sexual assaults in Cologne he said that "not all migrants have espoused all the fundamental European beliefs", including the perspective on the role of women in society, noting that "migration and integration must be thought of in tandem."

Mr Gauck also urged the European Union to preserve the integrity of the Schengen code and not to "retreat into national solutions" to the refugee crisis.

"The freedom of movement within Schengen can only be preserved if security is guaranteed at the external borders. Conversely...if the external borders are not effectively protected, national borders will once again become important and freedom of movement within Europe will be at risk."

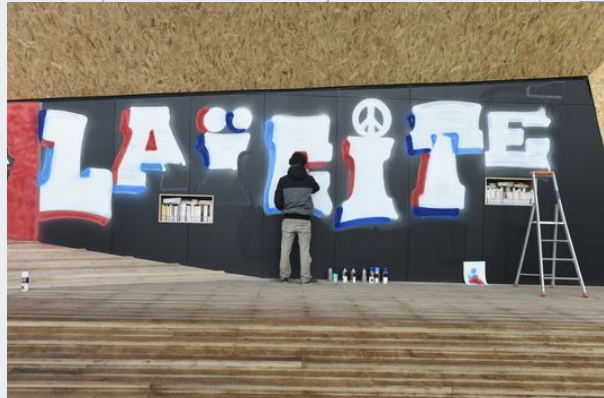
He noted that a growing number of people in Germany were not ruling out the reintroduction of national border checks as a solution to the crisis.

"A good solution would not be the loss of this freedom of movement. Can we not come up with a better idea than this?"

137,50

Pourquoi deux interprétations de la laïcité coexistent-elles en France ?

Le Monde.fr | 19.01.2016 à 20h54 • Mis à jour le 20.01.2016 à 12h46 | Par [Samuel Laurent](#) et [Elvire Camus](#)



Que renferme le concept de laïcité ? Le premier ministre, [Manuel Valls](#), a sévèrement critiqué, lundi 18 janvier, lors d'une conférence des Amis du Conseil représentatif des institutions juives de [France](#), les responsables de l'Observatoire de la laïcité – organisme rattaché à Matignon –, estimant que cette instance « *ne peut dénaturer* » les principes qu'elle doit [défendre](#). Le rapporteur général de cet observatoire, Nicolas Cadène, s'en était pris à la philosophe Elisabeth Badinter, [qui avait affirmé sur France Inter début janvier qu'il ne fallait pas avoir peur de se faire taxer d'islamophobe pour défendre la laïcité](#) :

« Il ne faut pas [avoir](#) peur de se [faire traiter](#) d'islamophobe. A [partir](#) du moment où les gens auront compris que c'est une arme contre la laïcité, peut-être [qu'] ils pourront [laisser](#) leur peur de côté pour [dire](#) les choses. »

A cette intervention, Nicolas Cadène avait répondu par un tweet : « *Quand un travail de pédagogie de trois ans sur la laïcité est détruit par une interview à France Inter d'une personne. A quand un vrai débat clair ?* »

Son message lui avait valu une vive riposte des opposants à la ligne qu'il défend avec le président de l'Observatoire, l'ancien ministre socialiste Jean-Louis Bianco, tous deux accusés par leurs détracteurs de « *repli communautariste au détriment de l'esprit d'une véritable République laïque* ». Mais comment [expliquer](#) qu'il existe une rivalité entre deux parties qui se réclament pourtant d'un même concept ? Quelle est cette « ligne » défendue par l'Observatoire de la laïcité et celle défendue, à l'inverse, par le gouvernement ? Enfin, existe-t-il une définition de la laïcité ?

Que dit la loi ?

Souvent associée à la seule loi de 1905 concernant la séparation des Eglises et de l'Etat, la laïcité s'est progressivement établie en France. Ainsi, [le site vie-publique créé par La Documentation française](#) rappelle que c'est la Révolution française qui a « *posé les bases de la liberté religieuse et de la séparation entre l'Etat et l'Eglise* ».

1789. Selon l'article 10 de la [Déclaration des droits de l'homme et du citoyen](#) : « *Nul ne doit être inquiété pour ses opinions, même religieuses, pourvu que leur manifestation ne trouble pas l'ordre public établi par la loi.* »

1791. [La Constitution confère](#) « *la liberté à tout homme [...] d'exercer le culte religieux auquel il est attaché* ».

1881-1882. L'école « *publique, gratuite, laïque et obligatoire* » est créée par [les lois Jules Ferry](#).

1905. [La loi de séparation des Eglises et de l'Etat](#) établit dans son article 1 que « *la République assure la liberté de conscience. Elle garantit le libre exercice des cultes [...] dans l'intérêt de l'ordre public.* » L'article 2 prévoit que « *la République ne reconnaît, ne salarie ni ne subventionne aucun culte* ».

Un concept aux règles variables

Depuis, d'autres textes sont venus [préciser](#) le terme, notamment son application à l'école et dans l'espace public. Ces lois émanent du débat public autour de la question des signes religieux dits « ostentatoires » que l'on est autorisé ou non à [porter](#) en fonction des [lieux](#) ou des cas.

L'école. [Depuis la loi de 2004](#), le port de signes religieux « ostentatoires » est interdit à l'école publique (maternelle, primaire, collège, lycée). Plus précisément, « *dans les écoles, les collèges et les lycées publics, le port de signes ou tenues par lesquels les élèves manifestent ostensiblement une appartenance religieuse est interdit* ». La jurisprudence de cette loi, conçue avant tout pour [répondre](#) au problème du port du voile islamique par des élèves, a quelque peu précisé la notion d'« ostensible » : un médaillon arborant une croix chrétienne, un croissant musulman ou une étoile juive est toléré, mais pas un [voile](#), ni une kippa, ni une grande croix portée sur les vêtements. On parle évidemment ici de l'école publique, non des établissements privés, où ces règles peuvent [varier](#).

La fonction publique. Autre cas distinct, celui des agents et des bâtiments publics. Concernant les fonctionnaires, une charte de la laïcité mise en place en 2006 requiert de tout agent public un « *devoir strict de neutralité religieuse* ». Il leur est donc interdit non seulement toute forme de prosélytisme, mais aussi de [manifester](#) de façon ostensible une appartenance religieuse par le port d'un signe distinctif (là encore, crucifix, kippa ou voile, par exemple).

L'espace public (la rue, un musée, le métro, un supermarché...). Ici, c'est encore un autre texte qui s'applique : [la loi de 2010 qui proscrit la dissimulation du visage](#). Prévu avant tout pour répondre au port du niqab (voile islamique recouvrant le visage à l'exception des yeux), ce texte interdit donc d'arborer tout vêtement dissimulant le visage, qu'il s'agisse d'un voile ou d'une cagoule de ski. Elle prévoit des exceptions pour certains cas (carnaval et autres manifestations culturelles, pratiques sportives impliquant un masque comme le [ski](#)...).

Le travail. La législation est plus complexe. L'affaire « Baby Loup », du nom d'une crèche, dont une employée avait été licenciée pour avoir porté le voile malgré un règlement intérieur le prohibant, a montré les fluctuations de la [justice](#) sur ces questions – il a fallu quatre années et de nombreux revirements avant que ce licenciement soit jugé légal –, et posé quelques principes. Plusieurs notions s'opposent : d'une part le principe de liberté de religion et de liberté vestimentaire ; ensuite le principe général de laïcité ; enfin le droit pour l'employeur d'imposer un règlement intérieur, et les limites de celui-ci.

Tout dépend donc de ce règlement et de ce qu'il autorise ou non ; mais aussi d'autres facteurs : l'entreprise est-elle gestionnaire d'un service public, et donc tenue au principe de neutralité ? Le salarié est-il en contact avec la clientèle ? Dans le privé, en effet, la nature de la tâche à [accomplir](#) par un salarié peut [justifier](#) une restriction de ses droits individuels (par exemple celui de porter un voile). Mais cette restriction peut être contestée. Et le droit n'a pas encore établi de principe général très clair à ce sujet.

Deux visions de la laïcité s'opposent

Et le débat sur les contours de la laïcité n'est pas clos. Aujourd'hui encore, une vision dite « fermée » du concept, c'est-à-dire attachée à la stricte neutralité religieuse dans l'espace public, s'oppose à une vision qualifiée d'« ouverte », au contraire opposée à [gommer](#) tout signe d'appartenance religieuse.

Manuel Valls a affirmé lundi soir quelle était la ligne du gouvernement. Le premier ministre juge qu'en s'opposant à l'interprétation combative, voire « *islamophobe* », d'Elisabeth Badinter, l'Observatoire de la laïcité « *dénature* » le concept :

« [Nicolas Cadène], un collaborateur d'une organisation de la République, ne peut pas s'en prendre à une philosophe comme Elisabeth Badinter ; pas parce qu'elle est philosophe ni parce qu'elle s'appelle Elisabeth Badinter, mais à partir de ses propos : c'est une défense intransigeante — que je partage d'ailleurs — de la laïcité dans bien des domaines. Et ça, ça doit être rappelé à chacun. »

Manuel Valls s'apprête d'ailleurs à rappeler les deux responsables de l'Observatoire à l'ordre sur ce point : « *Je verrai bientôt Jean-Louis Bianco. L'Observatoire de la laïcité, placé d'ailleurs sous ma responsabilité – je lui rappellerai –, ça ne peut pas être quelque chose qui dénature la réalité de cette laïcité* », a-t-il dit lundi soir. Le premier ministre reproche notamment à l'instance d'avoir signé une tribune intitulée « Nous sommes unis » dans *Libération*, alors que celle-ci avait également reçu le soutien de plusieurs personnalités, dont des militants réputés proches des Frères musulmans. Mardi, les signataires du collectif ont demandé à rencontrer Manuel Valls pour une « *explication* ».

Le président de l'Observatoire de la laïcité, Jean-Louis Bianco, a lui aussi réagi aux propos du premier ministre mardi, affirmant que le rapporteur général de l'instance, auteur du tweet au sujet d'Elisabeth Badinter, se « *born[ait] à rappeler le droit existant* ».

Dans un entretien accordé au *Monde* mardi, Jean-Louis Bianco précise sa vision de la laïcité, dictée, insiste-t-il, par la réalité du terrain :

« Nous défendons la laïcité en en faisant la promotion sur le terrain où nous sommes deux à trois fois par semaine. Nous sommes sollicités partout pour dire ce qu'est la laïcité, son histoire, son droit, son application concrète. Ce n'est pas un choix intuitif ou idéologique. Ceux qui dénaturent la laïcité, ce sont précisément ceux qui en font un outil antireligieux, antimusulman, qui prétendent, ce qui est une monumentale erreur sur le principe même de laïcité, que l'espace public est totalement neutre, comme si nous n'avions plus le droit d'avoir des opinions. »

About The Economist

Our history

It is not only The Economist's name that people find baffling. Here are some other common questions.

First, why does it call itself a newspaper? Even when The Economist incorporated the Bankers' Gazette and Railway Monitor from 1845 to 1932, it also described itself as "a political, literary and general newspaper".

It still does so because, in addition to offering analysis and opinion, it tries in each issue to cover the main events—business and political—of the week. It goes to press on Thursdays and, printed simultaneously in six countries, is available in most of the world's main cities the following day or soon after.

Readers everywhere get the same editorial matter. The advertisements differ. The running order of the sections, and sometimes the cover, also differ. But the words are the same, except that each week readers in Britain get a few extra pages devoted to British news.

Why is it anonymous? Many hands write The Economist, but it speaks with a collective voice. Leaders are discussed, often disputed, each week in meetings that are open to all members of the editorial staff. Journalists often co-operate on articles. And some articles are heavily edited. The main reason for anonymity, however, is a belief that what is written is more important than who writes it. As Geoffrey Crowther, editor from 1938 to 1956, put it, anonymity keeps the editor "not the master but the servant of something far greater than himself. You can call that ancestor-worship if you wish, but it gives to the paper an astonishing momentum of thought and principle."

Who owns The Economist? Since 1928, half the shares have been owned by the Financial Times, a subsidiary of Pearson, the other half by a group of independent shareholders, including many members of the staff. The editor's independence is guaranteed by the existence of a board of trustees; it formally appoints the editor, who can only be removed with its permission.

What, besides free trade and free markets, does The Economist believe in? "It is to the Radicals that The Economist still likes to think of itself as belonging. The extreme centre is the paper's historical position." That is as true today as when Crowther said it in 1955. The Economist considers itself the enemy of privilege, pomposity and predictability. It has backed conservatives such as Ronald Reagan and Margaret Thatcher. It has supported the Americans in Vietnam. But it has also endorsed Harold Wilson and Bill Clinton, and espoused a variety of liberal causes: opposing capital punishment from its earliest days, while favouring penal reform and decolonisation, as well as—more recently—gun control and gay marriage.

Lastly, The Economist believes in plain language. Walter Bagehot, our most famous 19th-century editor, tried "to be conversational, to put things in the most direct and picturesque manner, as people would talk to each other in common speech, to remember and use expressive colloquialisms". That remains the style of the paper today.

Established in 1843 to campaign on one of the great political issues of the day, The Economist remains, in the second half of its second century, true to the principles of its founder. James Wilson, a hat maker from the small Scottish town of Hawick, believed in free trade, internationalism and minimum interference by government, especially in the affairs of the market. Though the protectionist Corn Laws which inspired Wilson to start The Economist were repealed in 1846, the newspaper has lived on, never abandoning its commitment to the classical 19th-century Liberal ideas of its founder.

The Corn Laws, which by taxing and restricting imports of corn made bread expensive and starvation common, were bad for Britain. Free trade, in Wilson's view, was good for everyone. In his prospectus for The Economist, he wrote: "If we look abroad, we see within the range of our commercial intercourse whole islands and continents, on which the light of civilisation has scarce yet dawned; and we seriously believe that free trade, free intercourse, will do more than any other visible agent to extend civilisation and morality throughout the world - yes, to extinguish slavery itself."

Wilson's outlook was, therefore, moral, even civilising, but not moralistic. He believed "that reason is given to us to sit in judgment over the dictates of our feelings." Reason convinced him in particular that Adam Smith was right, that through its invisible hand the market benefited profit-seeking individuals (of whom he was one) and society alike. He was himself a manufacturer and wanted especially to influence "men of business". Accordingly, he insisted that all the arguments and propositions put forward in his paper should be subjected to the test of facts. That was why it was called The Economist.

Wilson was not The Economist's greatest editor in terms of intellect. That title probably goes to his son-in-law, Walter Bagehot (pronounced Bajut), who was the paper's third editor, from 1861 to 1877. Bagehot was a banker, but he is best remembered for his

political writing and notably for his articles on the British constitution. The monarch, he argued, was head of the "dignified" parts of the constitution, those that "excite and preserve the reverence of the population"; the prime minister was head of the "efficient" parts, "those by which it, in fact, works and rules." The distinction is often drawn, even today.

It was Bagehot who broadened the range of the paper into politics. He was also responsible for greatly strengthening the interest in America that The Economist has always shown. Under the editorship of Bagehot, who argued that "The object of The Economist is to throw white light on the subjects within its range", the paper's influence grew. One British foreign secretary, Lord Granville, said that whenever he felt uncertain, he liked to wait to see what the next issue of The Economist had to say. A later admirer of Bagehot's was Woodrow Wilson, president of the United States from 1913 to 1921.

The paper, however, had to wait nearly half a century before getting another remarkable editor. He came in 1922, in the shape of Walter Layton, whose achievement, in the words of The Economist's historian, Ruth Dudley Edwards*, was to have the paper "read widely in the corridors of power abroad as well as at home", even if critics said it was "slightly on the dull side of solid". That was certainly not a criticism that could be levelled at his successor, Geoffrey Crowther, who was probably The Economist's greatest editor since Bagehot. His contribution was to develop and improve the coverage of foreign affairs, especially American ones, and of business. Its authoritativeness had never been higher.

From the earliest days, The Economist had looked abroad, both for subjects to write about and for circulation. Even in the 1840s, it had readers in Europe and the United States. By 1938, half its sales were abroad although, thanks to world war, not for long. Crowther's great innovation was to start a section devoted to American affairs, which he did just after the Japanese attack on Pearl Harbour in December 1941. "American Survey" (renamed "United States" in 1997) was aimed not at Americans but at British readers who, Crowther believed, needed to know more about their new allies. In time, however, it earned a following in the United States that became the base for the great rise in American circulation that began in the 1970s.

For most of its existence The Economist has been content with a small circulation. When Bagehot gave up as editor, it stood at 3,700, and by 1920 had climbed to only 6,000. After the second world war, it rose rapidly, but from a base of barely 18,000, and when Crowther left it stood at only 55,000, not reaching 100,000 until 1970. Today circulation is over 1.4m, more than four-fifths of it outside Britain. The American circulation accounts for over half of the total.

A recent editor, Rupert Pennant-Rea, once described The Economist as "a Friday newspaper, where the readers, with higher than average incomes, better than average minds but with less than average time, can test their opinions against ours. We try to tell the world about the world, to persuade the expert and reach the amateur, with an injection of opinion and argument." With readers such as these, and aims such as these, The Economist was bound to find it progressively harder to increase its circulation in Britain. That became especially true in the 1960s and 1970s, when British daily papers started to carry more of the interpretive, argumentative and analytical articles that had traditionally been the preserve of the weeklies. The Economist has survived, and indeed prospered, by building on the internationalism of its outlook and by selling abroad.

In this it has been helped enormously by its coverage of business and economic affairs. Wilson believed that even statistics, so far from being dull, could "afford the deepest and often the most exciting interest." To this day, readers such as Helmut Schmidt, chancellor of West Germany from 1974 to 1982, agree. But few readers buy The Economist for one thing alone, and in recent years the paper has added sections devoted to Europe, Asia, Latin America, international issues, and science and technology. It has also expanded coverage of books and arts and introduced a new column on financial markets, Buttonwood.

Articles in The Economist are not signed, but they are not all the work of the editor alone. Initially, the paper was written largely in London, with reports from merchants abroad. Over the years, these gave way to stringers who sent their stories by sea or air mail, and then by telex and cable. Nowadays, in addition to a worldwide network of stringers, the paper has about 20 staff correspondents abroad. Contributors have ranged from Kim Philby, who spied for the Soviet Union, to H.H. Asquith, the paper's chief leader writer before he became Britain's prime minister, Garret FitzGerald, who became Ireland's, and Luigi Einaudi, president of Italy from 1948 to 1955. Even the most illustrious of its staff, however, write anonymously: only special reports, the longish supplements published about 20 times a year on various issues or countries, are signed. In May 2001, a redesign introduced more navigational information for readers and full colour on all editorial pages.

* Click to buy from Amazon.com: ["The Pursuit of Reason: The Economist 1843-1993"](#), by Ruth Dudley Edwards. Published by Hamish Hamilton (1993) and Harvard Business School Press (1995).

137,55

Alterung in Deutschland

Flüchtlinge lösen nicht unser Rentenproblem

Wer suggeriert, der Prozess der alternden und schrumpfenden deutschen Gesellschaft könne allein durch Zuwanderung gestoppt werden, agiert gefährlich. Und fahrlässig.

20.01.2016, von SVEN ASTHEIMER

Die Deutschen stehen der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin zunehmend kritisch gegenüber. Deshalb versucht die Regierung, vermeintliche Vorteile hervorzuheben. Andrea Nahles kokettiert dabei gerne mit ihrer Doppelrolle: Wenn sie als Arbeitsministerin viele Migranten in Beschäftigung bringe, profitiere sie davon als Rentenministerin durch die höhere Zahl von Beitragszahlern. **Asylbewerber springen in die Bresche für nicht geborene deutsche Kinder – demographischer Wandel, war da was?**

Wer suggeriert, der Prozess der alternden und schrumpfenden deutschen Gesellschaft könne allein durch Zuwanderung gestoppt werden, agiert gefährlich und fahrlässig. Gefährlich, weil es falsche Erwartungen weckt; fahrlässig, weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in falscher Sicherheit gewiegt werden. Denn wichtige Anpassungen an den fundamentalen Wandel, wenn die Generation der Babyboomer bald in Rente geht, könnten dadurch als überflüssig erachtet werden.

Dass die Zahl der alten Menschen in Deutschland bis zur Mitte des Jahrhunderts drastisch steigen wird, während die der Jungen erheblich schrumpft, wissen Demographen schon seit langem. Die große Variable in der Rechnung ist die Zuwanderung. Über die jüngste Flüchtlingswelle gibt es noch wenig belastbare Daten. Niemand weiß zudem, wie viele Menschen noch kommen werden. Unbekannt ist auch, wer dauerhaft in Deutschland bleibt (oder bleiben darf). **Doch selbst wenn der derzeit große Zustrom fort dauerte, würde die hohe Zuwanderung Deutschlands Fahrt in die Rentenrepublik allenfalls verlangsamen, aber nicht aufhalten.**

Die These vom Segen für die Sozialsysteme bewegt sich auf noch dünnerem Eis. Entscheidend ist, wie viele Zuwanderer einen ordentlich bezahlten Arbeitsplatz finden und Beitragszahler werden – die dann eigene Rentenansprüche für die Zukunft erwerben. Wer dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen bleibt, belastet die Sozialsysteme.

Für die meisten Flüchtlinge sind die Aussichten auf eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt mangels Sprachkenntnissen und Qualifikation schlecht. Selbst bei einem besonders günstigen Szenario, das schnelle Erfolge am Arbeitsmarkt unterstellt, hat der Rentenfachmann Axel Börsch-Supan ausgerechnet, würden bei einer Fortsetzung des hohen Zustroms nur die Belastungen der Rentenkasse durch Mütterrente und Rente mit 63 ausglich werden, welche die große Koalition als Wahlgeschenke zum Dienstantritt verteilt hat. Politik mit Weitblick sieht anders aus.

Quelle: F.A.Z.

137,56

Statistisches Bundesamt

Flüchtlinge lösen nicht das Demographieproblem

Deutschland altert. Hilft die derzeit hohe Zuwanderung, dies zu verhindern? Das Statistische Bundesamt ist skeptisch.
20.01.2016

Eine der großen Hoffnungen, die zumal Optimisten mit dem derzeit hohen Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik verbinden, lautet: Damit bekommt Deutschland sein Alterungsproblem in den Griff und die wachsende Schwierigkeit, dass immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner finanzieren müssen. Ganz sicher kann noch niemand abschätzen, ob das gelingt.

Zumindest die Ökonomen des Statistischen Bundesamtes sind pessimistisch und kommen zu dem Schluss, dass diese Hoffnung nicht aufgehen wird. „**Die aktuelle hohe Zuwanderung hat nur sehr eingeschränkte Auswirkungen auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung. Sie schlägt sich vor allem im kurzfristigen Anstieg der Bevölkerungszahl nieder. Der Trend zur zunehmenden Alterung der Bevölkerung kann dadurch nicht umgekehrt werden**“, schreiben die Amts-Statistiker in einer aktuellen Mitteilung von diesem Mittwoch.

1992 kamen beinahe 800.000 Menschen nach Deutschland

Die Alterung ist ihrer Ansicht nach so deutlich, dass Deutschland realistischere Weise nicht genügend Zuwanderer aufnehmen kann, schätzen die Experten aus Wiesbaden. **Für das Jahr 2040 sagen sie voraus, dass dann mindestens 21,5 Millionen Menschen in Deutschland 67 Jahre alt oder noch älter sind** – das wären mehr als 6 Millionen oder umgerechnet 42 Prozent mehr als momentan. Die Zahl der Bundesbürger, die zwischen 20 und 66 Jahre alt sind, werde dann hingegen kleiner sein als heute.

Die Größe und Entwicklung der jungen Altersgruppe hängt stärker von der Zuwanderung ab – daher kommen die Hoffnungen auf Renten-Entlastung durch die Migranten. Wenn keine Migranten nach Deutschland kämen, gäbe es in dreißig Jahren 13 Millionen oder ein Viertel weniger Menschen in Deutschland im mittleren Alter, schätzt das Statistische Bundesamt.

Um diesen Rückgang auszugleichen, müssten dauerhaft unter dem Strich mindestens 470.000 Menschen jährlich in Deutschland einwandern. Zwar wurden im vergangenen Jahr rund 1,1 Millionen Flüchtlinge in Deutschland registriert, **aber die Statistiker wollen sich offenbar nicht darauf verlassen, dass diese Zahl dauerhaft bleibt.** Die Statistiker vergleichen dabei die aktuelle Situation mit dem **Beginn der neunziger Jahre**, als ebenfalls über mehrere Jahre hinweg deutlich mehr Menschen nach Deutschland ein- als ausgewandert waren. **Auch damals hätte sich die Alterung der deutschen Bevölkerung bloß verlangsamt, nicht aber umgekehrt.**

Zugleich weisen die Statistiker allerdings daraufhin, dass ihre Prognosen und Szenarien keine unvorhersehbaren Ereignisse nicht adäquat berücksichtigen wie zum Beispiel Kriege oder Umweltkatastrophen. Dies gelte auch für den plötzlich angestiegenen Flüchtlingszustrom des vergangenen Jahres 2015. Sie schreiben aber: „**Für die langfristigen Wanderungsannahmen kann das Wanderungsgeschehen eines einzelnen Jahres nicht als Muster dienen.**“

In der Vergangenheit habe die Zuwanderung in die Bundesrepublik immer sehr stark geschwankt. **Während der neun Jahre von 1988 bis 1996 seien jährlich im Schnitt netto mehr als 500.000 Menschen nach Deutschland gekommen, im Jahr 1992 seien es beinahe 800.000 gewesen.** In der erste Dekade des neuen Jahrtausends sei dieser sogenannte Wanderungssaldo dann auf weniger als 100.000 Menschen gesunken.

Réfugiés : «L'Europe ne peut pas accueillir tout le monde»

Par Jean-Pierre Robin Publié le 20/01/2016 à 14:42



En l'absence d'Angela Merkel, c'est le président de la République fédérale Joachim Gauck qui tient la vedette au Forum de Davos. Cet ancien pasteur luthérien, surnommé «le président des cœurs» dans son pays, réclame une «limitation» du nombre de réfugiés en Europe.

De notre envoyé spécial à Davos

Au Forum de Davos, Joachim Gauck admet que l'Europe et particulièrement l'Allemagne doivent impérativement maîtriser l'afflux de migrants. Il en va de la survie de la construction européenne. En l'absence de la chancelière allemande, trop occupée actuellement par les affaires intérieures de son pays, c'est Joachim Gauck, le président de la République fédérale qui a tenu la vedette à l'ouverture du Forum de Davos. Cet ancien pasteur luthérien, militant des droits de l'homme et qui a activement œuvré à la chute du régime communiste d'Allemagne de l'Est en 1989-1990, n'a pas mâché ses mots. Parlant des réfugiés, il a déclaré: «Nous voulons certes protéger beaucoup de monde mais nous ne pouvons accueillir tout le monde».

Voilà qui rappelle étrangement les propos de Michel Rocard, alors qu'il était premier ministre en 1989: «La France ne peut accueillir toute la misère du monde, mais elle doit en prendre sa part». Surnommé dans son propre pays «le président des cœurs», Joachim Gauck ne saurait être accusé d'hostilité à l'immigration et aux réfugiés. La première ne peut qu'être favorable à la prospérité économique d'un pays selon lui, et de noter qu'«aux Etats-Unis les prix Nobel venus de l'immigration sont trois à quatre fois plus nombreux que ceux qui y sont nés». Quant aux réfugiés, il rappelle «que la convention de Genève» qui oblige à accueillir des personnes chassées de leur pays a été reprise dans la loi fondamentale de l'Allemagne (Grundgesetz) qui fait office de Constitution. «L'accueil de ces personnes est un devoir», estime-t-il.

Mais en même temps, Joachim Gauck se veut réaliste: «Une éthique sociale qui ne peut s'appliquer dans la réalité n'est pas une éthique sociale», insiste-t-il. Après les **événements de Cologne** de la Saint-Sylvestre, qui ont également frappé d'autres «grandes villes» selon ses mots et bouleversé l'opinion publique allemande, il reconnaît qu'il faut regarder en face les problèmes d'intégration. Et de citer ce précédent: «Faute d'avoir bien expliqué aux réfugiés d'Allemagne de l'Est passés à l'Ouest dans les 25 années qui ont suivi la Seconde Guerre mondiale les règles économiques et sociales, on s'aperçoit que ces gens ont plus perdu leur emploi que les autres avec la crise des années 1970, et que même aujourd'hui leurs descendants sont encore fragilisés.»

«Les étrangers doivent se sentir chez eux (en Allemagne), mais il faut pas que les natifs se sentent étrangers chez eux»

Joachim Gauck, président de l'Allemagne

Il faut donc trouver un juste équilibre entre l'accueil des réfugiés et la défense des nationaux: «Les étrangers doivent se sentir chez eux (en Allemagne), mais il faut pas que les natifs se sentent étrangers chez eux», explique-t-il. Que faire? Tout en précisant qu'en tant que président de la République il n'a pas la responsabilité de «la politique opérationnelle» (qui est du ressort de la Chancellerie), la situation «exige de trouver des réponses de l'État de droit. Pour que l'on puisse continuer d'accueillir, il n'y a pas de formule magique ou arithmétique, c'est tout un processus bien plus profond qu'il faut trouver.» En clair, il faut savoir prendre son temps. Et alors que l'Allemagne a accueilli un million de personnes en 2015 et qu'elle risque d'en recevoir encore un million supplémentaire, voire plus, il convient «de mettre en place des stratégies de limitation. Notre gouvernement, avec les autres gouvernements et Bruxelles doivent travailler à cette limitation». Et loin d'être seulement une question d'aide financière et économique pour l'Europe, «il s'agit aussi d'intensifier les efforts pour la paix en Syrie.»

Pour l'Europe, l'enjeu est considérable. Car «qui dit limitation, dit protection des frontières vis-à-vis de l'extérieur», sinon le risque est de voir réapparaître les frontières nationales en Europe. Or, poursuit Gauck, «la renationalisation des frontières conduirait à remettre en cause la liberté de circulation (à l'intérieur de l'Europe) et ce serait une grande perte.» Pour cet ancien citoyen de l'Allemagne de l'Est sous tutelle soviétique, «jamais depuis sa fondation l'Union européenne n'avait été autant mise en difficulté que par la question des réfugiés... Peut-on accepter que le projet (de la construction européenne) se brise sur la question des réfugiés?»

Islamexperte Gilles Kepel

„Der Islamische Staat ist nicht die Rote Armee Fraktion“

Im Interview spricht der Islamwissenschaftler Gilles Kepel über den Dschihadismus in französischen Städten und erklärt, warum Frankreich mehr Dschihadisten hervorbringt als andere europäische Länder.

20.01.2016, von MICHAELA WIEGEL

Kann Frankreich den Krieg gegen den islamistischen Terrorismus gewinnen?



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Frankreich führt auf syrischem und irakischem Staatsgebiet Krieg gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) und wird dabei von europäischen Verbündeten wie Deutschland unterstützt. Aber auf französischem Boden kann nicht von einem „Krieg gegen den Terror“ gesprochen werden, wie [Francois Hollande](#) das getan hat. Das hieße, das Vokabular des IS zu übernehmen, der einen Bürgerkrieg in Europa heraufbeschwören will.

Frankreich muss sich Fragen zu einer besseren Polizei- und Geheimdienstarbeit stellen, zu den Zuständen in den Haftanstalten, die Brutstätten für radikale Dschihadisten sind. Wir sind gefordert, die soziale Inklusion der Einwanderer zu verbessern. Wir müssen die kulturelle Schlacht gewinnen. Krieg ist etwas anderes.

In Ihrem neuen Buch „Terror im Hexagon“ beschreiben Sie die Ursprünge des französischen Dschihads. Die Banlieue-Unruhen im Herbst 2005, die drei Wochen andauerten, hatten für Sie eine religiöse Dimension.

Die Medien haben diesen Aspekt damals verschwiegen. Die Ausschreitungen nach dem Unfalltod von zwei Jugendlichen in Clichy-sous-Bois waren schon abgeflaut, als bei einem Polizeieinsatz drei Tage später eine Tränengasbombe im Eingang der Moschee Bilal landete. Daraufhin entflammten Unruhen in fast allen Vorstädten. Der Zwischenfall wurde instrumentalisiert und zu einer Leidensgeschichte der Einwanderungsgenerationen stilisiert: Die französische [Polizei](#) greift die Muslime an, hieß es.



© PICTURE-ALLIANCE  Islamwissenschaftler Gilles Kepel: „Wir erleben heute die dritte Generation der

Dschihadisten.“

Warum aber mündeten die Unruhen in eine neue Dimension der Radikalisierung?

Wir erleben heute die dritte Generation der Dschihadisten, ein Dschihadismus von unten, ohne klare Hierarchie wie zuvor unter Bin Ladin. Die Geburtsstunde dieser Generation, die 2015 die Anschläge in Paris verübt hat, bildet der Aufruf des Syrers Abu Mussab al Suri zum „globalen islamischen Widerstand“. Al Suri forderte alle europäischen Muslime auf, sich in ihren Gaststaaten zu erheben. Sie sollen „Feinde des Islams“ wie die Zeichner von „Charlie Hebdo“, Juden und alle „Ungläubigen“ angreifen. Der Aufruf wurde im Januar 2005 ins Internet gestellt, wenige Wochen bevor [Youtube](#) ins Handelsregister eingetragen wurde. Über die neuen sozialen Netzwerke, über Youtube, Facebook und Twitter, hat sich dieser Aufruf sehr schnell verbreitet. Die Geheimdienste haben das damals nicht ernst genommen. Aber es gibt noch einen weiteren Faktor für den Erfolg des Dschihads in Europa, den Chefideologe al Suri nicht vorhergesehen hatte. Als Folge der gescheiterten arabischen Revolutionen sind rechtlose Zonen vor den Toren Europas entstanden, wo Dschihadisten den Waffengebrauch trainieren können. Ein Flugticket nach Istanbul kostet 150 Euro. Nach Libyen kommt man im Wohnmobil.

„Frankreich ist das größte arabische Land in Europa.“- FAZ-Interview mit Islamexperte Gilles Kepel.

„Der „Islamische Staat“ ist nicht die RAF“ - Islamexperte Gilles Kepel in der FAZ.

Warum bringt Frankreich mehr Dschihadisten hervor als andere europäische Länder?

Nehmen wir das Beispiel von Lunel, der 25.000-Einwohner-Stadt im Südwesten, aus der 15 junge Männer in den Dschihad gezogen sind. Der Ort ist von der Krise im Weinbau geprägt. Die einheimische Bevölkerung hat sich auf ihre lokale Identität zurückgezogen, feiert die typischen Stierkämpfe, den Muskatwein. Sie hat so gut wie keinen Kontakt zu den Einwanderern. In den von den Migranten bewohnten Altstadtvierteln von Lunel trifft man keine Frau mehr an, die nicht verschleiert ist. Genauso wie es in den Pariser Vororten Clichy-sous-Bois und Montfermeil für einen Franzosen mit Einwanderungshintergrund unmöglich geworden ist, während des Fastenmonats Ramadan in der Öffentlichkeit zu essen.

Der soziale Druck ist zu groß. Die Regeln des Islams sind allgegenwärtig in den Vierteln und Vorstädten mit hohem Einwandereranteil. In Lunel hat der konservative Bürgermeister den Bau einer riesigen Moschee gefördert, um sich sozialen Frieden zu erkaufen. Aber die Moschee ist viel zu groß, um von den örtlichen Verantwortlichen kontrolliert zu werden. So nisteten sich dort radikale Prediger ein, die Einfluss auf die Jugendlichen nahmen. Ein ähnliches Phänomen gab es in Paris in der früheren Moschee Stalingrad, in der die späteren Terroristen Chérif und Said Kouachi radikalisiert wurden.

Warum ist die Integration gescheitert?

Es hat mit dem „Marsch der Beurs“ 1983, 21 Jahre nach der Unabhängigkeit von Algerien, begonnen. Das war damals eine Art Prozession der arabischen Franzosen, die sich quer durch die Viertel des algerischen Frankreichs zog, in einer Spiegelung des verblichenen französischen Algeriens. Der Marsch begann in Marseille und zog sich über Lyon bis nach Roubaix, einer weiteren Hochburg der algerischen Einwanderer. Er endete am Elysée-Palast. Der damalige Präsident, [François Mitterrand](#), hatte als Innenminister zuvor den Spruch geprägt: Gegen die algerische Befreiungsbewegung FLN gibt es nur ein Mittel, den Krieg. Gegen die Forderungen der Kinder der FLN-Kämpfer nach politischer Emanzipation sah Mitterrand wieder nur ein Mittel: die List. So wurde eine Chance verpasst, Identifikationsfiguren für die nachfolgenden Einwanderergenerationen heranzuziehen.

Aber liegt der Algerien-Krieg jetzt nicht schon zu lang zurück, um die neue Generation der Dschihadisten zu beeinflussen?

Mohamed Merah hat die Kinder der jüdischen Schule in Toulouse am 19. März 2012 umgebracht, auf den Tag genau 50 Jahre nach dem Waffenstillstand im Algerien-Krieg. Der 19. März 1962 symbolisiert das Ende des Krieges, die Rückkehr der Soldaten und nationale Erleichterung. Über die Bedeutung des Tages gibt es aber Streit. Die Front-National-Bürgermeister sind dabei, die Straßen des 19. März 1962 umzubenennen. Sie sagen, es sei ein Tag der nationalen Schande gewesen. Frankreich hätte nie nachgeben sollen. Mohamed Merah wiederum war in einer Familie geboren, die Frankreich zutiefst hasste. Seine Mutter war im Grunde begeistert darüber, wie ihr Sohn Frankreich kurzzeitig auf die Knie zwang. Der im Algerien-Krieg entstandene Hass auf die französischen Kolonialherren wirkt in vielen Einwanderungsfamilien bis heute nach. Bis zu den Anschlägen im November waren die Terroristen ausschließlich Franko-Algerier, mit Ausnahme von Amedy Coulibaly, der aber unter dem Einfluss seiner franko-algerischen Lebensgefährtin Hayad Boumeddiene stand. Frankreich ist das größte arabische Land in Europa. Deutschland ist türkisch, Großbritannien indo-pakistanisch. Aber der Dschihad ist ein arabischer. Die französischen Dschihadisten schämen sich, Französisch zu sprechen, sie lernen Arabisch. Sie wollen ihre Bindung zu Frankreich kappen. Das liegt auch daran, dass Frankreich von allen europäischen Gesellschaften am wenigsten für die Eingliederung tut.

Ist das Einwanderungsland Frankreich gescheitert?

Frankreich wird von einer Aristokratie aus hohen Beamten regiert, die sich aus der Steuerkasse alimentiert. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, das Wirtschaftswachstum springt nicht an. Die gutausgebildeten Kinder der Mittelschicht wie auch meine eigenen verlassen das Land, wenn sie es können, und bereichern lieber

Großbritannien oder Amerika. Die Kinder aus der Einwanderungsgeneration haben kaum berufliche Aufstiegschancen. Das Versagen unserer Eliten ist auffallend.

Das klingt alles sehr pessimistisch.

Mein Buch ist dabei nicht pessimistisch. 2016 ist ein Schicksalsjahr für Frankreich. So interpretiere ich die Ergebnisse der Regionalwahl im Dezember. Im ersten Wahlgang haben 6,8 Millionen Wähler für den Front National gestimmt, aber nicht, weil sie Faschisten sind. Sie haben wie die Tunesier zum Ende der Herrschaft Ben Alis ihren Herrschenden zugerufen: Haut ab! Die größte Sorge der Franzosen ist das Unvermögen ihrer Regierenden. 75 Prozent der Franzosen wollen weder François Hollande noch Nicolas Sarkozy als Präsidenten. Wenn wir aus dem Horrorjahr 2015 die richtigen Lehren ziehen, dann kann sich das Blatt schnell wenden.

Welche Lehren müssen gezogen werden?

Wenn Wirtschaftsminister Emmanuel Macron von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise als Nährboden für den Terrorismus spricht, gehe ich noch einen Schritt weiter. Der Dschihadismus hat den Finger in die Wunde gelegt, die durch unsere Versäumnisse bei der Integration der Einwanderergenerationen entstanden ist. Unsere Kinder sind in den Heiligen Krieg gezogen. Der Premierminister sagt, dass höre sich nach Entschuldigung an. Er hat nichts kapiert. Es ist notwendig, nach den Gründen des Terrorismus zu suchen.

Der Islamforscher Olivier Roy behauptet, nicht der Islam sei für die Radikalisierung verantwortlich, sondern der Wunsch nach Radikalität einer gewissen Gruppe von schlecht integrierten Jugendlichen habe im Islamismus seine Verwirklichung gefunden.

Olivier Roy bietet den politischen Eliten die Thesen, die ihre eigene Faulheit rechtfertigen. Er lebt seit 15 Jahren in Florenz und weiß einfach nicht, wie es in vielen französischen Vorstädten heute aussieht, wie die Islamisierung sie verändert hat. Er hat Clichy-sous-Bois nicht ein einziges Mal betreten. Es ist bequem, sich zu sagen, dass es zu allen Zeiten Formen der Radikalisierung gegeben hat. Aber der „Islamische Staat“ ist nicht die „Rote-Armee-Fraktion“.

Gilles Kepel ist der führende französische Islam-Fachmann. Er lehrt am renommierten Institut d'Etudes Politiques („Sciences Po“) und am Institut Universitaire de France in Paris. In seinem neuen Buch „Terror im Hexagon“ untersucht der 60 Jahre alte Islamwissenschaftler die Fehler Frankreichs, die zum Entstehen einer neuen Generation von Dschihadisten beitrugen. Seine Analyse ist nach den Terroranschlägen des vergangenen Jahres auf ein großes Echo gestoßen. Kepel, der sich seit 30 Jahren mit dem Islamismus beschäftigt, konzentriert sich immer stärker auf den „hausgemachten“ Dschihad in Europa. (mic.)

Wenn die Freiheit ins Leere läuft

Unsere Wertegemeinschaft ist weder selbstverständlich noch unverrückbar. Gerade in Zeiten der Flüchtlingskrise bedarf sie der dauernden Verwirklichung und leidet durch Zögerlichkeit Schaden. Ein Gastbeitrag.

21.01.2016, von PAUL KIRCHHOF

Paul Kirchhof ist emeritierter Professor für öffentliches Recht und Steuerrecht der Universität Heidelberg; er war von 1987 bis 1999 Bundesverfassungsrichter.



© DPANicht mit Fäusten kämpfen, sondern mit Worten. Nicht Menschen herrschen im Land, sondern Gesetze und Institutionen. Das gilt für Neuankömmlinge wie gebürtige Deutsche

Wer die wertebasierte Welt ihres Fundaments entleert, führt unsere Gesellschaft in die Orientierungsarmut

Eine rein vernunftbestimmte Welt verspricht nicht Glück. Sie wäre inhuman.

Wir stehen nicht vor der Frage, ob wir unsere Hochkultur kulturneutral weiterentwickeln können.

Wenn öffentliche Konflikte und Gefahren wachsen, dürfen Recht, politischer Gestaltungswille und freiheitliches Selbstbewusstsein nicht weichen. Sie müssen die Konflikte vielmehr schlichten und die Gefahren abwehren. Wer, vermeintlich tolerant oder auch nur ängstlich, Konflikten ausweicht und die Gefahrenabwehr in eine ungewisse Zukunft verschiebt, schafft eine Leere, in der sich Gefahren steigern und Konflikte zu Gewalttätigkeiten werden. Wer die Gefahr toleriert, akzeptiert das Ungewollte.

Eine freiheitliche Gesellschaft baut darauf, dass die Menschen ihre eigenen Angelegenheiten selbstbestimmt gestalten, die im jeweiligen Recht angelegte Friedlichkeit achten und den Freiheitsrahmen einer Gleichheit aller Menschen im Recht anerkennen. Konflikte werden nicht durch Faust und Fehde ausgetragen, sondern allein in sprachlicher Auseinandersetzung geschlichtet und letztlich von den Gerichten entschieden. Der Kampf der Waffen weicht dem Streit der Worte. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Eltern verantworten die Entwicklung ihres Kindes. Verträge sind zu erfüllen. Das Gemeinwohl ist der Politik nicht vollständig vorgegeben, sondern wird in der öffentlichen Debatte gegenläufiger Erfahrungen, Lebenssichten und Interessen gesucht und gefunden. Die Medien berichten nach Aktualität, nicht nach subjektiv empfundener Opportunität. Jeder Mensch, der in dieser Gesellschaft lebt, hat, weil er Mensch ist, eine eigene Würde, ist willkommen.

Aus dem Arabischen Frühling ist ein Krieg geworden

Diese Prinzipien sind gefährdet, wenn die große Zahl von Flüchtlingen ein individuelles Willkommen nicht erlaubt, das Ideal der Begegnung in gegenseitiger Achtung und Anerkennung auf die Realität von Registrierungs- und Verteilungserfordernissen trifft. Aus dem Arabischen Frühling ist ein Bürger-, Wirtschafts- und Religionskrieg geworden. **Der Euro scheint in der Verantwortung europäischer Organe gefährdet. Das Vertrauen in bestimmte Unternehmen des Finanzmarktes und der Automobilindustrie, auch in Sportverbände ist erschüttert.** Einige Akteure suchen sich der Verbindlichkeit des Rechts zu entziehen. **Politiker setzen verbindliches Recht, das den Bürger bindet, ohne sich selbst an dieses Recht gebunden zu fühlen.** Diese in Europa vermehrt anzutreffende Grundeinstellung bricht mit einer Elementartradition des Verfassungsstaates, wonach keine Person, sondern das Gesetz herrscht.


Die noch heute geltenden Ideale der Französischen Revolution lauten Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Das ursprüngliche dritte Ideal, die Brüderlichkeit, wurde sehr bald vom Integrationsbegriff zum Ausgrenzungsbegriff, der insbesondere die Repräsentanten des alten Systems zu Feinden der Revolution erklärte. Aus den hohen Idealen der Menschenrechte wurden Guillotine, Terror, Diktatur. Diese Erfahrung lehrt uns heute, dass eine Idee die Wirklichkeit verfehlt, wenn die kulturellen Grundlagen des Rechts nicht mehr das gemeinsame Handeln prägen, die Sicherheit als Bedingung des Rechts in Vergessenheit gerät, ein nobles Ziel nicht mit Maß und Gelassenheit verwirklicht wird. Wir

verstehen das Sicherheitsanliegen der Flüchtlinge, dürfen von den Neuankömmlingen aber erwarten, dass sie die Voraussetzungen und Maßstäbe der Sicherheit in Deutschland achten.

Eine gediegene Freiheitspraxis

Recht antwortet auf Erfahrungen mit erprobten Werten und bewährten Institutionen, reagiert vor allem auf grobes Unrecht. Wer Krieg erlebt, sehnt sich nach Frieden. Wer unterdrückt wird, kämpft für Freiheit. Wer gedemütigt worden ist, hofft auf Gleichheit. Wer Hunger erlitten hat, sucht die Sicherheit des Sozialstaates. Die heutigen Bedrängnisse für Recht und Freiheit fordern weniger neues Recht oder ein anderes Freiheitsverständnis, sondern eine gediegene Freiheitspraxis, die sich ihrer kulturellen Voraussetzungen bewusst ist und diese verteidigt.



© DAPD  Paul Kirchhof war von 1987 bis 1999

Bundesverfassungsrichter.

Der Staat muss das Recht täglich als unverrückbare, unausweichliche Regel gewährleisten, als sichtbare, tatkräftige Ordnungsmacht den Frieden im Recht wahren oder wiederherstellen. **Die Demokratie entfaltet die öffentliche Auseinandersetzung in personellen und programmatischen politischen Alternativen, die jeweils gleichwertig sind, morgen Mehrheitsmeinung werden können, den Andersdenkenden nicht als Gegner oder minderwertigen Störer diffamieren.** Die Familie, die lebenslängliche Verantwortlichkeit der Eltern für ihre Kinder, gibt persönliche Geborgenheit statt bloßer Zugehörigkeit zum Kollektiv, verwandtschaftlichen Zusammenhalt statt Zufälligkeit der Gruppenbildung, Vielfalt der Individualität statt ökonomischer Abhängigkeit von Betrieb und Gewinnmaximierung. Die Schule vermittelt gemeinsames Wissen, erzieht zu Verantwortlichkeit, lehrt das Verstehen gewachsener Lebensbedingungen, fördert die Fähigkeit zum Teilen, Mitteilen, Verteilen. Das Arbeits- und Wirtschaftsleben entfaltet individuelle Leistungsfähigkeit, verbreitet die Freude am eigenen Werk, macht den beruflichen Erfolg zur Grundlage persönlichen Wohlstands. Die Kultur von Kunst, Wissenschaft und Religion veranlasst den Menschen, über sich selbst hinaus zu denken, im Erfahren und Ergründen der Welt das Geheimnisvolle zu erleben, im Wissen bescheiden zu bleiben, Verantwortlichkeiten jenseits des staatlichen und gesellschaftlichen Systems anzuerkennen.

Wenn Diskurs nur Abwertung des anderen bedeutet

Wer diese wertebasierte Welt rechtsvergessen oder freiheitsängstlich ihres Fundaments entleert, führt unsere Gesellschaft in die Orientierungsarmut. Der Mensch ist nicht mehr würdebegabter Partner, sondern gefährlicher Gegner. Diskurs, Wettbewerb und Streitkultur entfalten sich nicht in der Aufwertung seiner selbst, sondern in der Abwertung des anderen. **Die Grundbedingung menschlichen Denkens, das Vergleichen, drängt dann weniger zum Besseren, zur Selbstverbesserung, sondern fördert Geringschätzung und Entwertung des anderen Menschen.** Die Vielfalt des Meinens, Bekundens und Bekennens begegnet einem **Bestimmungsmonopol**. Die Idee der Rechtsgleichheit wäre verfehlt.

Eine freie Gesellschaft braucht deshalb den freien Bürger, der das Freiheitsangebot annimmt und durch selbstbestimmtes Leben zur freiheitlichen Gesellschaft beiträgt. Diese Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe kann nicht durch eine Vernünftigkeit der Herrschenden ersetzt werden. Zwar folgen Politik, Recht, Wirtschaftsleben und vor allem Wissenschaft den Prinzipien von Vernunft und Rationalität. Doch diese Vernunft ist insbesondere für politische Gemeinwohlsentscheidungen nicht allgemein und ersichtlich vorgegeben, sondern bedarf der legitimierten Entscheidung. **Der Amtsträger verfügt nicht kraft Amtes über höhere Vernunft oder bessere Moral. Er ist „Vertreter des ganzen Volkes“, hat nur einen Teil der Staatsgewalt inne, übt sein Amt auf Zeit aus, ist freiheitsverpflichtet und erlebt täglich, dass wesentliche Entscheidungen für das Gemeinwesen von der freiheitsberechtigten Gesellschaft getroffen werden.**

In diesem Entscheidungsverbund ist **die Ersteinschätzung neuer Aufgaben, insbesondere der Flüchtlingsfrage**, bei neuen Entwicklungen oder Einsichten für bessere Lösungen **offen. Zudem wird die Vernunft auch bewusstmachen,**

dass der Mensch, das Staatsorgan wie der betroffene Bürger, nicht nur vernünftig handelt. Der Mensch will auch feiern und sich begeistern, lachen und weinen, musizieren, malen und dichten. Er will staunen, verehren, lieben, sich verzaubern lassen. Er will hoffen und vertrauen.

Eine rein vernunftbestimmte Welt wäre inhuman

Der moderne Mensch wird sich dieses Glück der Vielfalt und Offenheit nicht durch Entzauberung der Welt nehmen lassen. Eine rein vernunftbestimmte Welt verspricht nicht Glück. Sie wäre inhuman. Deshalb ist es gut, dass es sie nie geben wird. **Der Rechtsstaat gewährleistet diesem in Vernunft reflektierenden und in Unvernunft verzauberten Menschen Frieden, wenn er Sicherheitsrisiken von den deutschen und europäischen Grenzen fernhält oder im Staatsinneren durch Präsenz und Einsatz von Polizeikräften abwehrt.** Die Außensicherheit entlastet die Aufgabe der inneren Sicherheit. Die Demokratie bestätigt ihr Vertrauen in die Freiheitsfähigkeit des Menschen, wenn sie die gegenwärtigen Konflikte aktuell berichtet und im Bild sichtbar macht, damit das Staatsvolk zu gegenwartsgerechten geistigen Auseinandersetzungen einlädt.

Fremdenfeindlichkeit wird nicht durch Verschweigen des Problems, sondern durch Aufklärung vermieden. Der europa- und völkerrechtsoffene Staat sollte in der internationalen Gemeinschaft darauf hinwirken, dass jeder Flüchtling Zuflucht in einer seiner Heimat ähnlichen Region findet und später seine Rückkehr durch veränderte Lebens- und Friedensbedingungen in seinem Herkunftsland möglich wird. Er wird unbeirrt daran arbeiten, dass ein Völkerrecht Menschenrechte, weltoffene Märkte, aber auch nachhaltig verbesserte Lebensbedingungen für alle Menschen sichert, dass Erwerbsstreben sich nicht der Religion bemächtigt, Wirtschaft und Militär getrennt werden, Legitimation und soziale Teilhabe nicht in ein Gegenseitigkeitsverhältnis geraten.

Mit welchen Kulturen wollen wir leben?

Der Bürger festigt das freiheitliche Fundament unseres Gemeinwesens, wenn er seine familiäre Gemeinschaft selbstbestimmt und selbstbewusst auch gegen Lenkungen des Staates und Bedrängnisse der Wirtschaft abschirmt, seine Wohnung nach eigenem Stil gestaltet, eine friedliche Nachbarschaft pflegt, das kulturelle Leben mitbestimmt, in seiner Freizeit Fitness und Fairness einübt. **Mit seiner Arbeit befriedigt er den Bedarf eines anderen; nur dadurch rechtfertigen sich Entgelt und Lohn.** Im Wettbewerb anerkennt der ehrbare Kaufmann auch bei der Gewinnmaximierung eine Kultur des Maßes, eine Verantwortlichkeit für Produkt, Arbeitnehmer und Umwelt, ein Handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Die Schule lehrt, erzieht, wirkt durch den Lehrer, der als Vorbild beobachtet und nachgeahmt werden und so den Humus erneuern will, aus dem der Verfassungsbaum erwächst. Das öffentliche Leben – der Straßenverkehr, die Versammlung und Demonstration, die Publikumsveranstaltung der Kultur, der Unterhaltung, des Marktes und des Sports – ist auf ersichtliche Friedlichkeit angelegt, weiß den Störer auszugrenzen, die Störung abzuwehren.

Diese Maximen sind Ideale, die der Mensch in seiner Unzulänglichkeit nicht alltäglich verwirklicht, aber als Ziel nicht in Frage stellt. **Würde er Entscheidungen ausweichen und die Verbindlichkeit des Rechts aus Zögerlichkeit und Ängstlichkeit lockern, so eröffnete er dort, wo bisher das Recht herrscht und die Freiheitsberechtigten bestimmen, einen Bereich der Leere. Er hat zu verantworten, dass andere Kräfte und Maßstäbe dieses Vakuum füllen. Eine Hochkultur des Rechts, der Wirtschaft, der Familien, der Künste und Wissenschaften muss ihr eigenes Selbstverständnis und ihre eigene Lebenssicht immer wieder neu behaupten.** Deswegen lehren wir unsere Kinder die deutsche Sprache, bringen ihnen unsere Rechenarten bei, führen sie in die hier gebräuchlichen Computer ein, lassen sie unsere Musik auf unseren Instrumenten spielen. So schaffen wir ein gemeinsames Fundament für Friedlichkeit, unbeschwerte Öffentlichkeit, individuell gelingendes Leben. **Wir stehen nicht vor der Frage, ob wir unsere Hochkultur kulturneutral weiterentwickeln können. Erheblich ist allein die Frage, mit welchen Kulturen wir leben wollen. Für diese sollten wir uns bewusst entscheiden.**

Unsere Rechtsgemeinschaft antwortet auf die gegenwärtigen, neuartigen Anfragen an das Recht mit der Erwartung, die Staatsgewalt werde mit ersichtlicher Entschiedenheit, der Bürger in beherzter Freiheit für das Recht eintreten. Dieses Recht ist in der Sicherheit bewährter Erfahrungen in Kernaussagen fest, in den Prinzipien des Parlamentarismus und der individuellen Freiheit auf stetige Erneuerung angelegt. Dieses Konzept verlässlicher Freiheit begründet Hoffnung, das Zukunftsprinzip der Humanität.

137,64

Fillon dénonce la passivité de Hollande face au "délitement" de l'Europe

Pour l'ancien Premier ministre, le président devrait initier "un nouveau projet européen qui doit être resserré autour de quelques stratégies essentielles".

SOURCE AFP

Publié le 21/01/2016 à 09:52 | Le Point.fr



L'ancien Premier ministre François Fillon, photo d'illustration. © AFP/ JEAN-SEBASTIEN EVRARD

Invité d'Europe 1, l'ancien Premier ministre François Fillon (Les Républicains), candidat à l'Élysée en 2017, a déploré jeudi le « délitement » de l'Union européenne dans tous les domaines et a dénoncé la « passivité » de François Hollande, occupé à faire des « discours de sous-ministre du Travail ». François Fillon a dénoncé « la passivité avec laquelle on assiste au délitement européen ». « L'Europe se défait et personne ne dit rien, personne ne fait rien, et surtout pas la France. »

« L'Europe se couche devant les États-Unis sur le traité Atlantique. L'Europe est incapable d'avoir une politique de réfugiés, les frontières se referment les unes après les autres. L'Europe laisse partir les Britanniques sans même faire le moindre effort pour les conserver. L'Europe accepte la situation inqualifiable de la Pologne. Et, cerise sur le gâteau, l'Europe vient d'enclencher toute seule une négociation avec la Chine pour reconnaître l'économie chinoise comme une économie de marché, ce qui serait dramatique pour l'économie européenne et ce que les Américains ont refusé », a-t-il énuméré.

« On n'a jamais été aussi menacés »

François Fillon réclame des « initiatives françaises ». « La chancelière allemande (Angela Merkel) est affaiblie, l'Allemagne est en crise notamment à cause de la politique qu'elle a conduite s'agissant des réfugiés. Le seul endroit d'où peut venir un espoir de réforme du système européen, c'est la France. Pour cela, il faudrait que le président de la République se bouge, qu'il fasse autre chose que les discours de sous-ministre du Travail qu'il a fait au Conseil économique et social cette semaine. » Pour le député de Paris, la France doit initier « un nouveau projet européen qui doit être resserré autour de quelques stratégies essentielles ».

« On a besoin d'une monnaie pour s'opposer au dollar, d'une politique de l'énergie pour ne pas être totalement dépendants de la Russie, d'une politique des frontières et d'une politique d'immigration, d'une politique de défense parce qu'on n'a jamais été aussi menacés, en tout cas depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale » et « d'une grande stratégie en matière de numérique et d'innovation. Que l'Europe s'occupe de cela et qu'elle laisse le reste aux États », a-t-il conclu. L'ancien Premier ministre de Nicolas Sarkozy est candidat à la primaire de la droite et du centre (20-27 novembre) en vue de l'élection présidentielle de 2017.

137,65

- WORLD
- EUROPE
- EUROPE FILE

Italy's Recovery Key to Europe's Fortunes

Prime Minister Renzi's policies have helped spur a comeback, but building on the momentum may prove difficult

By **SIMON NIXON**

Jan. 20, 2016 4:53 p.m. ET

Perhaps the most important question hanging over the European economy this year is whether Italy's recovery is for real.

Statistics show that Italy last year emerged from its seven-year slump, growing by 0.8% in 2015 and is widely forecast to grow by 1.5% this year, and unemployment has fallen from a peak of 13% to 11.3%. Surveys show business and consumer confidence has rebounded—indeed, consumer confidence is at its highest levels in more than a decade.

But is this simply a cyclical bounce resulting from European Central Bank money-printing, a devalued euro, cheap oil and looser fiscal policy? And to what extent is it attributable to long-term structural shifts, aided by Prime Minister Matteo Renzi's reform program?

These questions matter because if the fourth-largest economy in the European Union is genuinely in the midst of a sustainable recovery, that could have positive spillovers for the rest of the continent. **But if the country with the heaviest public debt burden in Europe, at 133% of gross domestic product, is at risk of a slide back into recession, that could reignite doubts about Italy's long-term debt sustainability, with could destabilize the whole eurozone.**

The good news is that whether the recovery is structural or cyclical, it is primarily domestically driven and doesn't appear to hinge on the fortunes of the global economy.

The Bank of Italy, for example, last week kept its 2016 forecast of 1.5% growth unchanged in the expectation that a stronger-than-expected recovery in consumer spending will offset any weakness in exports. Its models suggest little direct impact from slower growth in China on the Italian economy.

The bad news is that growth of 1.5% is hardly the robust recovery that one might expect in an economy that has lost nearly 10% of GDP since 2008. Spain and Ireland bounced back much quicker from their crises. Italy's weaker recovery reflects deep structural problems accumulated over two decades, resulting in years of stagnation even before the global financial crisis.

Mr. Renzi has made more progress in tackling these structural problems in the past two years than his predecessors managed over the past 20.

True, many of his reforms haven't gone as far as many would have liked. For example, a new labor contract introduced last year as part of a flagship labor reform designed to encourage employers to create more permanent jobs only applied to new employees and excluded public sector workers.

Similarly, the government has cut spending through efficiency savings and pay freezes, **but balked at cutting jobs.**

Nonetheless, Mr. Renzi's reforms are already having some impact. The Bank of Italy's analysis concludes that about half the increase in permanent jobs can be attributed to government action. And the spending freezes have

created the fiscal space for tax cuts, which have for the most part been well-targeted on reducing payroll taxes, creating incentives for new hirings and corporate investment.

There have also been other less headline-grabbing but still economically important reforms, including moves to speed up the process of civil justice, cut trial times, reform insolvency law, simplify licensing procedures and remove legal obstacles to banking consolidation.

Even so, it could be years before the full impact of Mr. Renzi's reforms becomes apparent. The experience of countries such as Germany and Spain is that reforms work with a lag. Meanwhile, the task of overhauling Italy's stagnant economy—and changing attitudes and behaviors—is sure to be the work of a generation, not two years.

In the near-term, the greatest contribution of the reforms to the current recovery has been the impact on confidence, convincing both international investors and domestic spenders that there really is a political commitment to reform.

But that points to risks ahead. It suggests that **sustaining the recovery hinges on sustaining that confidence.** **That, in turn, puts the spotlight on Italian politics in what is going to be a busy year.**

Mr. Renzi's Democratic Party, which has slipped in the polls since it won 40% of the votes in the 2014 European Parliament elections, is likely to face **a strong challenge from the populist 5 Star Movement in this spring's municipal elections.** Mr. Renzi has also promised a referendum in October on a package of constitutional reforms designed to transform the capacity of the Italian political system to take and implement decisions.

If he loses, he's promised to quit politics; if he wins, many expect he will call a general election in the spring of 2017.

Can Mr. Renzi keep up the reform momentum—and thereby maintain the confidence necessary to sustain the recovery—ahead of so many electoral challenges? **He talks the reform talk but is he really willing to risk the inevitable clashes with vested interests?**

To the alarm of some observers, he has instead in recent weeks turned his fire on the European Commission, demanding it relax Italy's budget targets to allow Rome to run a bigger deficit to pay for politically popular tax cuts, which risks raising questions about Italy's commitment to cutting its debt burden.

Mr. Renzi has proved on many occasions that he isn't a politician to be underestimated. More than his own fortunes are riding on how successfully he navigates the challenges of the next year.

137,67

• WORLD

Austria to Set Limit on Migrants Entering the Country

Dutch Prime Minister Mark Rutte says EU is 'running out of time' to address migrant crisis

By [ANDREA THOMAS](#) in Berlin and [VALENTINA POP](#) in Strasbourg, France

Updated Jan. 20, 2016 2:51 p.m. ET

BERLIN—Austria said Wednesday it would cap the number of refugees it will take in this year, leaving Germany increasingly isolated in its open-door refugee policy and raising the pressure on Berlin to change course as migrants continue to stream into the continent.

Austrian Chancellor Werner Faymann called the upper limit of 37,500 new refugees this year an “emergency solution” and a “wake-up call” for the European Union.

The move comes amid growing frustration in Austria, Germany and other countries that have been relatively open to refugees, about the EU's failure to redistribute the migrants more equally across the region and to better police the bloc's external borders.

The Austrian decision will have little immediate impact on the flux of migrants since the bulk of the newcomers have sought to settle in Germany, which received more than 1 million asylum seekers last year. But it adds pressure on German Chancellor Angela Merkel to follow suit.

A decision by Germany to close its borders to newcomers, or even limit the number of asylum seekers it will take this year, would leave other countries on the migrant trail—starting with Greece, most migrants' first port of entry in the bloc—struggling to absorb the thousands who are transiting through their territories daily.

A closure of Germany's borders to migrants would also require stringent controls at its borders, putting another nail in the coffin of Europe's Schengen border-free travel area.

“The single most important factor for Schengen is what happens in Germany, not what happens in Austria,” said Mujtaba Rahman of the Eurasia Group consultancy. “Once Germany implements a ceiling, it has to enforce it, and that means closing the borders.”

Dutch Prime Minister Mark Rutte said Wednesday that Europe had six to eight weeks to reduce the number of migrants crossing its borders from the Middle East and North Africa.

“Let me be clear: The current numbers aren't sustainable, we are running out of time,” Mr. Rutte, whose country took over the rotating presidency of the European Union on Jan. 1, said. Without a sharp reduction in the migrant flow, he added, the bloc risked seeing a “proliferation of initiatives like Austria made today.”

European Commission President Jean-Claude Juncker said that while the Austrian move was allowed under EU rules, “it is dangerous to go into a direction where we suddenly have complete border closures. I want to warn against this development and its possible consequences.”

In a sign of tightening conditions on the migrant trail into northern Europe, Serbia said on Wednesday migrants who don't wish to seek asylum in Austria and Germany would no longer be able to enter the country.

A Greek police official said Macedonian police temporarily closed the border on Tuesday because bottlenecks of migrants were forming further north in Slovenia. Greece currently expects Macedonia to reopen the border on Thursday, the official said. On Wednesday, about 650 migrants were blocked at the Greek-Macedonian border crossing near the town of Idomeni.

Ms. Merkel is facing mounting pressure from government and opposition parties to put an end to Germany's open-arms refugee policy amid rising crime and terror concerns and mounting logistical difficulties in accommodating the steady flow of new arrivals.

Alexander Gauland, deputy chairman of the small anti-migration Alternative for Germany, urged Berlin to follow Austria's example, saying “when will the German government finally come to its senses? It's high time to act.”

Christian von Stetten, lawmaker with Ms. Merkel's Christian Democratic Union, said Vienna's decision showed Berlin's push for a European solution to the migrant crisis was failing.

"This shows once more that a European-wide solution as favored by many can't be implemented in the near term," he said. "That's why Germany must also take national measures. We will certainly not set an upper limit but apply our law and reject individuals at the border."

Some 55% of Germans support closing the country's borders to illegal migrants, with 40% against, according to a Forsa opinion survey for weekly magazine Stern and broadcaster RTL. The findings, published on Wednesday, are based on a survey of 2,501 people from Jan. 11-15, with a margin of error given at 2.5 percentage points.

Even before Austria's decision, about a third of lawmakers in Ms. Merkel's conservative parliament group had called for a reversal of her open-door policy. The state of Bavaria, the main entry point for migrants into Germany, wants the government to set a limit of 200,000 refugees this year. This week, a cabinet minister for the first time called for the borders to be closed.

Yet the chancellor so far has refused to put a limit on how many refugees it will accept this year or to start turning back people seeking asylum in Germany. At current rates, it will face another 1 million arrivals this year, a rate few experts think the country can sustain.

"We agree that we want to reduce the number of refugees notably and sustainably," said Ms. Merkel on Wednesday during a visit to her conservative sister party in Bavaria. But she insisted this could only be done through "a European solution."

Germany's vice chancellor and minister for economic affairs, Sigmar Gabriel, warned that closing borders in Europe would lead to an "economic catastrophe" and the loss of many jobs. Still, he expressed understanding for Austria's move to impose a limit on the number of asylum seekers entering the country.

"Austria has sent a cry for help to Europe, and this is more than justified," Mr. Gabriel said at the [World Economic Forum](#) in Davos, Switzerland.

Under Wednesday's decision, Austria will take a maximum of 127,500 refugees by 2019, or 1.5% of the country's population, after [accepting 90,000 last year](#) and 28,064 in 2014, according to preliminary data from the [Austrian interior ministry](#).

The government also commissioned two legal opinions on how it should proceed if the limit, which Mr. Faymann called a "guideline," is exceeded.

- REVIEW & OUTLOOK (Editorial)

• **Making Britain's Muslims British**

• 21 janvier 2016

• The Wall Street Journal (Asia Edition)

David Cameron unveiled a new plan on Monday to speed the assimilation of immigrants, Muslims above all, into British society. The clear and present danger of homegrown terrorism inspired by Islamic State and other jihadist outfits makes this an urgent matter.

The Prime Minister's most controversial proposal is to require recent immigrants to demonstrate significant progress in learning English as a condition of their visas. The measure is meant to prevent the isolation and segregation of Muslim immigrant women, some 190,000 of whom speak little or no English. By boosting funding for language instruction for these women and effectively requiring their husbands or fathers to send them to classes in order to stay in the U.K., Mr. Cameron hopes to boost their economic and social opportunities.

The idea faces an uphill battle in Parliament -- already, there are dark warnings that it will result in "deporting mothers" -- and it's unclear how effectively it could be imposed in practice. But Mr. Cameron's basic insight is right. So is his effort to prevent schools and local councils from surrendering to demands from some immigrant groups for gender segregation in public settings such as school-board meetings.

Another promise is a review of the role of religious bodies, particularly so-called Sharia councils. Such councils can interfere with the administration of civil family law -- for instance, by requiring a woman who has obtained sole custody of her children during a civil divorce proceeding to share custody with an abusive ex-husband in exchange for a religious divorce.

The proposals are already meeting resistance from the usual left-wing quarters, but the bigger worry should be that such a debate about liberal values and assimilation is coming too late. As we learned in 2005 from the supposedly assimilated 7/7 bombers, and again with the case of University of Westminster-educated Mohammed "Jihadi John" Emwazi, even integration and economic success is no guarantee against terrorist radicalization. What most needs to change is the way in which Islam is too often preached by clerics or other community leaders.

Still, the Prime Minister is right that the state can demand that its immigrants learn Britain's language and adopt its basic political values. We hope he inspires more timid politicians to follow his lead.

France to overhaul secularism teaching to help stop radicalisation

Education minister says pupils should be taught that separation of church and state is there to protect them, accusing rightwing politicians of twisting principle

[Angelique Chrisafis](#) in Paris

Thursday 21 January 2016 06.00 GMT Last modified on Thursday 21 January 2016 09.00 GMT

The French principle of secularism has been twisted by politicians and so often wrongly used to attack [Islam](#) that schoolchildren have been left baffled, the French education minister has warned.

[Najat Vallaud-Belkacem](#) told the Guardian that after last year's devastating jihadi [attacks in Paris](#), France was overhauling the teaching of secularism and civic values as part of the country's drive against terrorism and radicalisation.

"We have to reappropriate the concept of *laïcité* [secularism] so we can explain to our young pupils that whatever their faith, they belong to this idea and they're not excluded. Secularism is not something against them; it protects them," she said.

Since last January's attacks on the [satirical weekly magazine Charlie Hebdo and a Paris kosher supermarket](#), when 17 people were killed, and November's attacks that killed 130, French schools have taken centre-ground in the nation's soul-searching on how young French men could take up guns against their fellow citizens.

Much of the soul-searching has been painful. There were more than 200 incidents of disruption in schools during the minute's silence after the attack on Charlie Hebdo, a magazine that published the [Muhammed cartoons](#). In turn, the government launched an action plan against inequality and what the prime minister called France's "territorial, social and ethnic apartheid". Since then, more than 800 children have been flagged up by schools over potential radicalisation.

In an interview with the Guardian as she travelled to London to look at how UK schools tackle social inequalities and to discuss digital education, Vallaud-Belkacem said the principle of secularism was central to the anti-radicalisation struggle in [France](#).

France is a secular republic built on a clear separation of church and state, intended to foster equality for all private beliefs. The state remains neutral in terms of religion but must safeguard everyone's freedom to practise their own faith. In 2004, France banned girls from wearing Islamic headscarves in state schools – along with banning all other religious symbols such as crosses or turbans – arguing schools must be free of all religion.

Najat Vallaud-Belkacem said: 'Secularism is not something against [pupils]; it protects them.' Photograph: Stephane de Sakutin/AFP/Getty Images

But Vallaud-Belkacem said France was overhauling how it teaches secularism because the concept had been twisted by rightwing politicians in recent years.

She said: "*Laïcité* is about saying we're in a country where individuals can have whatever beliefs, or lack of beliefs, they choose and the public powers must be neutral towards them. That's why in schools, we ask pupils not to wear distinctive religious symbols, because schools should be indifferent to beliefs and everyone must be

treated equally. But there had been a growing sense of incomprehension among pupils over what this meant, with some pupils feeling it was an aggressive attack on who they were.”

She added: “If a big number of young pupils felt secularism was an attack on them, it was because the term had been misused and deformed in the public debate for years by the extreme-right and the right as an attack on Islam. The term had often been misused to point out how Muslims were different to others, and that is clearly problematic.”

She said: “So we really wanted to work on that concept of secularism and specially train teachers on it.”

In an unprecedented initiative, more than 5,000 “citizen volunteers” aged 18-94, including retired lawyers, journalists and business leaders, offered to go into schools to talk about secularism. Many volunteers have complained they have not yet been called upon. But Vallaud-Belkacem said the project was increasingly being rolled out. “On certain, delicate subjects, bringing in outsiders to talk about values is pertinent because pupils listen to them more attentively,” she said.

French schools have been the target of what the government called “clear” threats of fresh terrorist attacks. Security has been stepped up and emergency plans put into place. The volatile situation was hammered home last month when [a preschool teacher attacked himself with a knife](#), pretending he had been struck by an assailant from Islamic State.

Meanwhile, France is struggling to deal with deep inequalities and failings in its school system. According to the Organisation for Economic Cooperation and Development, the French education system is one of the least egalitarian in the world. Only 5% of children with working-class parents reach university doctorate level and only 4% reach the elite graduate schools known as *grandes ecoles*.

Vallaud-Belkacem, who was born in rural Morocco, arrived in France aged four and grew up on a poor estate in the northern town of Amiens, said: “Equality in education is my number one battle.”

France faced street protests last year over her reforms to give more autonomy to France’s struggling middle schools. She refused to accept the longstanding quip that French education is unreformable and said the changes would take place this year.

<http://www.atlantico.fr/decryptage/coup-tabac-bourses-recession-mondiale-en-vue-pourquoi-france-risque-apprendre-durement-lecon-echec-quinquennat-hollande-nicolas-2550750.html>

137,72

Retomber malade avant d'avoir été guéri p2 ??????????????????????

Publié le 21 Janvier 2016

Read more at <http://www.atlantico.fr/decryptage/coup-tabac-bourses-recession-mondiale-en-vue-pourquoi-france-risque-apprendre-durement-lecon-echec-quinquennat-hollande-nicolas-2550750.html#E3GG4zjgy3GD96I2.99>

Chute des bourses, récession mondiale en vue : pourquoi la France risque d'apprendre durement sa leçon sur la réalité de l'échec du quinquennat Hollande

Ralentissement chinois, effondrement des prix du pétrole, chute des indices boursiers, les dirigeants européens et français ne semblent pas vouloir prendre la mesure d'un nouvel épisode de crise qui aurait des conséquences désastreuses pour une France déjà fortement affaiblie par la Grande récession de 2008.

: Depuis le mois d'avril 2015, le CAC 40 a perdu plus de 20%, traduisant ainsi une méfiance de plus en plus grande des investisseurs vis-à-vis des perspectives économiques. Quels sont les autres signes permettant d'étayer la réalité d'une menace pesant sur l'économie du pays ?

Nicolas Goetzmann : Le Cac 40 suit la même trajectoire que les autres indices boursiers européens. L'Allemagne a perdu 25% dans le même temps ; en raison de sa plus grande exposition aux marchés extérieurs à la zone euro qui sont la principale source d'inquiétude actuellement. Et les raisons de se méfier s'accumulent largement. Les taux d'intérêts américains à 10 ans viennent de repasser sous le seuil de 2%, ce qui traduit un abaissement des prévisions de croissance et d'inflation de la plus grande économie mondiale.

Ne parlons pas des taux longs européens qui sont toujours à des niveaux préoccupants, soit 0.8% pour la France et 0.5% pour l'Allemagne, ce qui en dit long sur la faiblesse des espérances de croissance de la zone euro sur le long terme. Peut-être faudrait-il également se préoccuper du fait que le secteur bancaire européen est en chute libre depuis le début de l'année 2016, et ce, après avoir baissé tout au long du second semestre 2015.

Ce qui explique également la révision à la baisse des anticipations de croissance mondiale de la part du FMI, de 0.2 point, à 3.4%. Le FMI s'inquiète d'ailleurs de la possibilité d'un déraillement économique à l'échelle mondiale.

Il est donc nécessaire de prendre au sérieux ces informations qui nous viennent des marchés financiers ; car ils jouent ici le rôle du canari dans la mine. Comme ils l'ont fait en 2008. Que les causes soient extérieures ; entre la Chine et le pétrole, ne signifie pas que les dirigeants européens ne peuvent rien y faire. L'objectif d'une politique économique reste quand même de faire le nécessaire pour se prémunir des risques, que ceux-ci soient endogènes ou exogènes.

Le Brésil et la Russie sont en récession, La Chine ralentit, la Turquie et l'Afrique du sud sont en difficulté, les pays exportateurs de pétrole sont proches du collapse, et les réponses qui sont aujourd'hui apportées par ces différents pays ne permettent pas encore d'espérer une stabilisation de la conjoncture. L'Europe n'est pas dans une situation suffisamment solide sur le plan intérieur pour se permettre d'ignorer ce qui se passe à l'extérieur. D'autant plus que la zone euro exporte 26% de son PIB, ce qui marque une importante vulnérabilité aux évolutions de l'économie mondiale. Le point positif, cependant, est que la baisse du prix du pétrole a pour le moment permis à l'Europe d'absorber une partie de ce choc. Cependant, la forte baisse des marchés financiers européens a bien une cause. Et celle-ci est plus à chercher du côté du silence des autorités face à une crise potentielle, de leur manque de réaction, que des causes de la crise elle-même.

Quels sont les risques de voir le pays sombrer dans une nouvelle crise alors qu'il n'est pas encore débarrassé des effets de la "Grande récession" de 2008 ?

La France est particulièrement vulnérable en cas de survenance d'une nouvelle crise, et ce, pour deux raisons principales. D'une part, le taux de chômage est encore très élevé, soit 10.1% de la population active. Or, plus le temps passe, plus les chômeurs s'éloignent de l'emploi, les entreprises ne les regardent plus. Le temps transforme un chômage conjoncturel en chômage structurel, dont il est bien plus difficile de se défaire. De la même façon, plus la crise perdure, plus l'outil de production français se réduit. Les investissements sont faibles, l'innovation n'est plus une priorité, ce qui vient détruire le potentiel à long terme du pays. Il s'agit d'un processus d'adaptation du pays à la crise permanente. C'est ce qui est en jeu aujourd'hui. Un nouvel événement de ce type réduirait une nouvelle fois la capacité du pays à générer de la croissance.

Read more at <http://www.atlantico.fr/decryptage/coup-tabac-bourses-recession-mondiale-en-vue-pourquoi-france-risque-apprendre-durement-lecon-echec-quinquennat-hollande-nicolas-2550750.html#E3GG4zjgy3GD96I2.99>D'autre part, le niveau d'inflation est aujourd'hui très faible, 0% si l'on regarde les chiffres HICP, et 0.8% si l'on s'attarde sur le chiffre d'inflation sous-jacente. Dans cas ou une nouvelle crise économique viendrait frapper le pays, ce taux d'inflation pourrait rapidement baisser et installer le pays dans une situation de déflation, ce qui aurait des répercussions énormes. Emballement de la dette, forte hausse du chômage, et une probable crise financière. C'est donc la situation d'extrême vulnérabilité du pays face à une nouvelle crise économique qui est spécialement préoccupante.

La France, comme l'Europe, ne peut pas se le permettre.

Comment évaluer la responsabilité politique de cette situation, aussi bien au niveau national qu'europpéen ?

Les responsabilités politiques nationales et européennes n'ont que peu à voir avec cette nouvelle crise en provenance des pays émergents. Le contexte actuel découle principalement de l'incapacité de ces pays émergents à s'adapter au changement de cap de la politique monétaire américaine, c'est ce qui explique ce ralentissement, et, par effet de dominos, la baisse du prix du pétrole etc... Les européens n'y peuvent pas grand-chose, en dehors du fait que la "demande" européenne reste faible. Depuis l'entrée en crise, les européens ne participent que très faiblement à la relance mondiale, et le continent a plutôt eu tendance à profiter de la situation. Ce qui n'est pas tenable dans le temps. Les européens pourraient jouer le rôle d'un relai au sein de l'économie mondiale, mais le niveau de croissance du continent est encore insuffisant pour jouer ce rôle.

La responsabilité politique se joue ainsi à deux sous-niveaux. L'Europe est incapable de se remettre en question malgré son parcours calamiteux durant la crise, et, d'autre part, les dirigeants européens n'ont pas l'air de prendre au sérieux la menace actuelle. C'est l'absence de réaction des autorités qui devient inquiétante.

Au niveau national, la responsabilité reste lourde pour le chef de l'Etat. Suite à son élection en 2012, François Hollande n'a jamais semblé prendre la mesure de la crise qui frappait le pays. Les mêmes vieilles recettes inefficaces ont été menées au niveau national, sans que la question européenne ne soit jamais posée. Or, seul le cadre européen est pertinent pour répondre à une telle crise et pour protéger le pays d'un nouvel épisode. La défaillance du chef de l'Etat se révèle par cette inaptitude à élever le débat à l'échelle du continent. L'idée même du couple franco-allemand a disparu. Pourtant, un réel effort de réorientation économique européenne aurait pu voir le jour, notamment vers un modèle à l'américaine, tourné vers le renforcement de la demande intérieure, ce qui aurait permis d'être moins dépendant des marchés extérieurs à la zone euro.

N'est-il pas illusoire de considérer que la France peut, à elle seule, influencer sur un contexte ayant des racines mondiales, entre le ralentissement de l'économie chinoise et la baisse du prix du pétrole ?

Il est illusoire de considérer que la France peut à elle seule modifier le contexte économique mondial, mais il ne faut pas sous-estimer son potentiel à pouvoir, au moins, protéger le continent européen. Si le rôle politique de la France au sein de la zone euro était assumé, il serait alors possible d'imaginer un renversement du modèle européen. Les arguments permettant d'isoler la stratégie allemande ne manquent plus, après 8 années d'inefficacité à remettre le continent en état de marche, et ce, sans parvenir à atteindre aucun des objectifs fixés. Il existe une brèche, d'autant plus qu'une proposition de réformes vers un modèle économique basé sur la demande intérieure serait facilement soutenu par de nombreux pays de l'ensemble. L'Italie en tête, Matteo Renzi ayant d'ores et déjà lancé une offensive en ce sens. L'impulsion politique peut et doit venir de la France, il s'agit du seul pays ayant la taille nécessaire pour porter une proposition de refonte de la doctrine économique du continent. En cas de succès, ce serait l'ensemble européen qui modifierait ses perspectives, soit un marché intérieur gigantesque, même aux yeux du monde. Il s'agit là de l'échec le plus flagrant de François Hollande. Non pas qu'il ait échoué. Mais parce qu'il n'a même pas essayé.

Read more at <http://www.atlantico.fr/decryptage/coup-tabac-bourses-recession-mondiale-en-vue-pourquoi-france-risque-apprendre-durement-lecon-echec-quinquennat-hollande-nicolas-2550750.html#6XriWG6a1lCteOWQ.99>

137,74

Laïcité : définition d'une notion ambiguë

Par Louis Manaranche

Publié le 21/01/2016 à 16:50



FIGAROVOX/ANALYSE - Alors que le torchon brûle entre Manuel Valls et le président de l'Observatoire de la laïcité Jean-Louis Bianco, Louis Manaranche tente de définir un principe souvent mal compris.

Louis Manaranche est agrégé d'histoire et président du laboratoire d'idées Fonder demain. Son livre [Retrouver l'histoire](#) vient de paraître aux éditions du Cerf.

Le débat qui oppose Manuel Valls et Jean-Louis Bianco, malgré la complexité des enjeux qu'il soulève, mérite que l'on s'intéresse de près **aux sens multiples du mot «laïcité» dans notre pays.**

Il convient en premier lieu d'en rappeler les racines. Si l'on distingue une sphère de la religion et une sphère de la cité, c'est parce que la tradition chrétienne a posé une différenciation nette, en grec, entre le laikos, membre du peuple (laos) chrétien, et le klerikos, le clerc. Employer le mot «laïc» revient donc, originellement, **à reconnaître l'existence - pas nécessairement l'autorité ou le magistère - d'un clergé. Par définition, celui-ci porte une parole publique.**

Or, c'est précisément là que naît l'équivoque fondamentale qui est comme un fil rouge de notre histoire **républicaine. La proclamation de la laïcité est-elle une manière de faire taire la parole cléricale - et même religieuse - dans tout l'espace public, ou bien consiste-t-elle en une distinction entre la parole commune à tous, la parole politique, et la parole religieuse?**

Les deux visions cohabitent en France. D'un côté, on trouve, entre autres, Émile Combes, attaché au tout début du XXe siècle à maintenir le concordat, contre l'idée de séparation, car il permet de mieux cantonner curés, rabbins et pasteurs dans leurs églises, synagogues ou temples. **Seule la République, et la mystique unificatrice qu'elle porte, est considérée comme légitime dans la sphère publique. Seule la République est une communauté autorisée, vectrice d'émancipation de la raison de ses membres. Les religions, surtout la catholique, sont vues comme des forces de dilution de l'esprit républicain, d'enfermement intransigeant et exclusif dans le dogme et le rite. La République, une et indivisible comme l'est l'Église concurrente, lui succède dans la revendication du monopole de la parole publique.**

De l'autre côté, on trouve, par exemple, Michel Debré. En 1959, ce gaulliste acharné porte une loi reconnaissant que **les écoles religieuses**, tout en ayant un «caractère propre» que la République ne subventionne pas mais reconnaît, **contribuent, de concert avec l'école publique, à l'effort d'éducation nationale. Ainsi, la sphère religieuse est reconnue comme ayant un rôle social légitime. La laïcité permet de dessiner un espace commun dans la discussion politique et dans l'acte d'enseignement, crucial pour honorer la liberté de conscience, mais ne chasse pas le religieux comme un danger en soi.** La République refuse ainsi la fiction selon laquelle elle serait le seul motif d'appartenance commune mais s'efforce d'être le bien commun, qui ordonne et couronne, dans l'ordre civique, les autres appartenances. **Elle fixe un cadre pour que le rôle public des religions soit paisible et profitable, mais n'entend pas l'éradiquer.**

L'islam radical a intérêt à réveiller un intransigeantisme laïciste, qui est certainement une des pires réponses aux défis posés.

Aujourd'hui, il faut choisir entre ces deux visions. Il n'y a pas le compromis d'un côté et la clarté de l'autre. **L'islam radical a intérêt à réveiller un intransigeantisme laïciste, qui est certainement une des pires réponses aux défis posés.** La caricature de l'Occident irrespectueux et impie, chassant, au fond, la possibilité même d'une appartenance religieuse, n'en sera que plus facile à diffuser auprès de nos concitoyens s'interrogeant sur leur identité. Au contraire, le mépris de la dignité humaine commune, l'atrophie de l'esprit critique, la confusion entre le politique et le religieux, exigent que s'expriment haut et fort, dans la Cité, des forces religieuses sereines. Une saine laïcité veille à ce qu'elles sachent se placer sur un terrain commun, sans volonté de domination fondée sur une loi religieuse appelée à devenir la loi commune.

La crise migratoire fait implorer l'espace Schengen

Par Jean-Jacques Mevel

Mis à jour le 21/01/2016 à 22:27

Le piège se referme sur les réfugiés, mais aussi sur Berlin et le reste de l'UE. L'Autriche, alliée d'Angela Merkel depuis le début de la crise, trahit la cause: **elle va plafonner les entrées de demandeurs d'asile**, déclenchant une onde de choc qui retentit déjà de la chancellerie allemande jusqu'à la mer Égée. **Les 8,5 millions d'Autrichiens ont recueilli plus de 90.000 réfugiés en 2015, soit à proportion presque autant que les Allemands.** Vienne, submergée, a décidé de faire chuter les entrées de 60 % dès cette année (37.500), alors que la pression ne donne aucun signe de baisse, même au creux de l'hiver. «Nous ne pouvons pas accueillir tous les demandeurs d'asile», dit le chancelier social-démocrate Werner Faymann.

La Suède, membre elle aussi du trio des grands pays d'accueil, avait tiré le signal d'alarme dès l'automne. **La défection de l'Autriche est trois fois plus parlante. Elle prive la politique d'ouverture de Merkel de son dernier vrai soutien dans l'UE.** Elle installe une barrière à la sortie du couloir des Balkans, emprunté par plus d'un million de réfugiés et migrants depuis le printemps. **Pour finir, elle risque de sceller le sort d'une zone de circulation de moins en moins libre. L'entonnoir se resserre au Nord et, coup sur coup, la Macédoine puis la Serbie ont annoncé qu'elles fermeront leur porte aux réfugiés qui se destinent à d'autres pays que l'Autriche et l'Allemagne. Les Balkans, eux non plus, ne veulent pas être submergés.** Au sud-est de l'Europe, les écoutilles se referment automatiquement comme celle d'un navire en perdition.

«Un nouveau déferlement au printemps»

La Grèce, plaque tournante de l'exode, pourrait se transformer en impasse, à défaut d'être exclue de la zone de «libre circulation» comme le souhaitent certains de ses détracteurs. Pour la bonne mesure, le gouvernement Tsipras parle maintenant de contrôler les sorties vers la Macédoine, mais c'est un peu tard. **Le cul-de-sac grec aurait tout d'une mauvaise solution: à une crise tous azimuts, l'UE ajouterait un désastre humanitaire centré sur le pays le plus affaibli du club.**

Le constat s'impose. Neuf mois après le premier sommet «de crise» sur les réfugiés, les vingt-huit capitales n'ont accouché d'aucune solution viable et l'Europe s'apprête à revivre la même tragi-comédie qu'en 2015. À Davos, Manuel Valls s'inquiète d'un danger de «dislocation dans les mois qui viennent». Au nom de la présidence tournante de l'UE, le Néerlandais Mark Rutte juge qu'il «reste deux mois pour maîtriser la situation, avant un nouveau déferlement au printemps». Depuis Strasbourg, Jean-Claude Juncker et Donald Tusk fixent eux aussi des lignes rouges et des derniers délais. **Angela Merkel espère des résultats dès la mi-février, au prochain sommet européen.**

Chou blanc pour les «hotspots»

L'ennui? Depuis le printemps, les Européens comme les demandeurs d'asile ont entendu bien d'autres ultimatums et calendriers, jamais respectés. En juin, les 28 ont promis de se partager 40.000 réfugiés, objectif rehaussé à 160.000 en septembre. À ce jour, seuls 331 ont ainsi été «relocalisés» à travers l'UE.

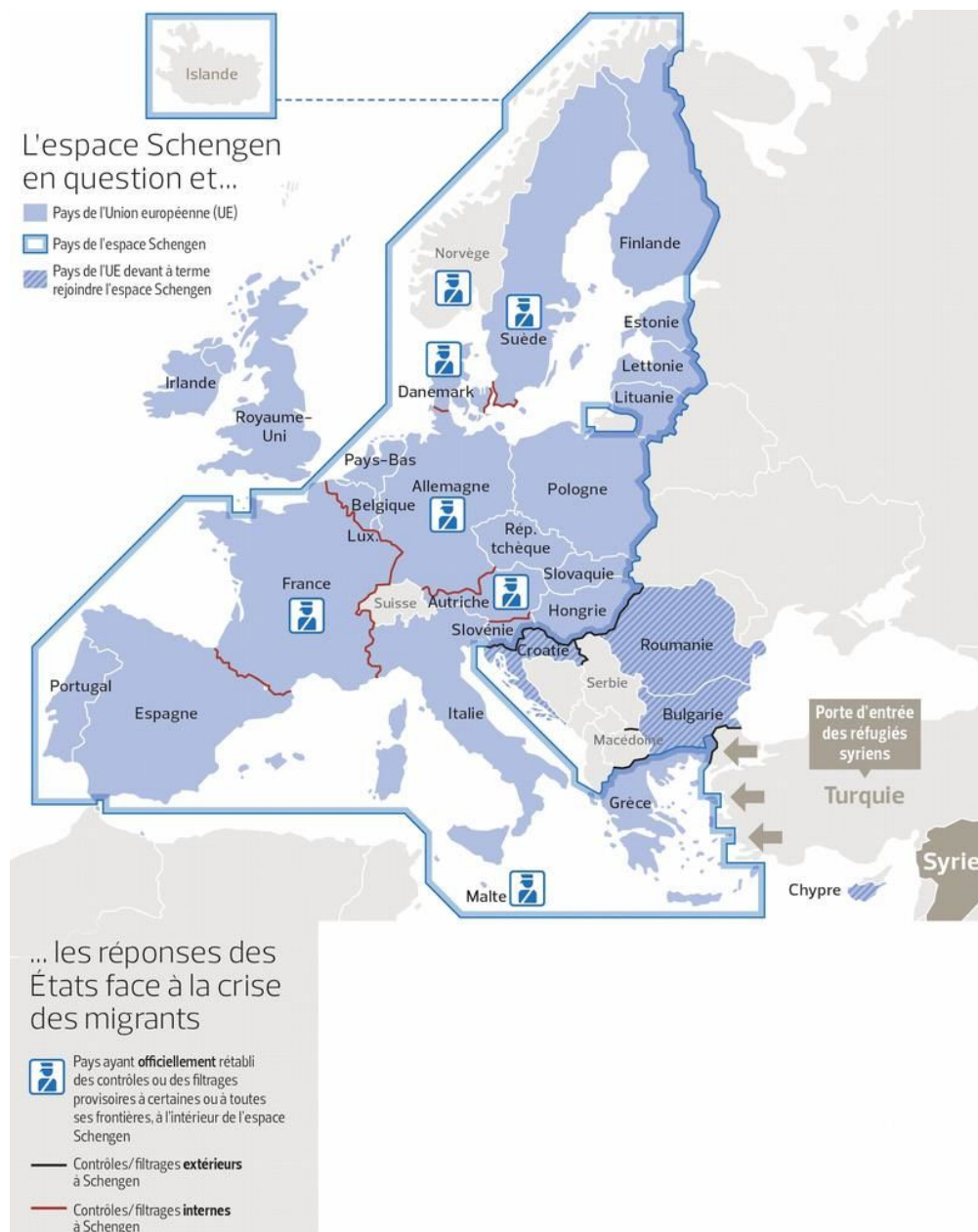
Chou blanc aussi pour les «hotspots», ces centres d'accueil censés enregistrer les nouveaux arrivants: **quatre sont ouverts (dont 3 en Italie) avec une capacité totale d'à peine 2.000 personnes.** De son côté, l'agence européenne **Frontex** devait prendre le taureau par les cornes et orchestrer l'expulsion à grande échelle des recalés du droit d'asile. Il n'y a eu que 4 vols de «retour» depuis l'Italie (153 personnes), le dernier fin

octobre, d'après les chiffres de la commission. Et aucun depuis la Grèce...

L'idée de quotas nationaux refleurit

Faute d'une gestion décente des réfugiés de guerre, **l'Europe parie désormais sur un coup d'arrêt à l'exode.** Les outils annoncés en novembre, lors d'un autre sommet ad hoc à Malte, sont jusqu'ici décevants. **L'UE a promis 3 milliards d'euros afin de «fixer» 2 millions de Syriens réfugiés en Turquie. Mais avec Ankara, c'est la course de lenteur, sur l'argent comme sur le résultat concret.** L'autre parade voulue à Paris comme à Berlin - **la mobilisation d'un vrai corps européen de gardes-frontières - soulève d'intraitables questions de souveraineté. Elle va prendre des mois, sinon des années.**

La question des réfugiés emprunte désormais à la quadrature du cercle. **La Suède, l'Autriche et bien sûr l'Allemagne ne peuvent plus supporter seules le fardeau.** La question d'un partage revient, comme un boomerang, au plus mauvais moment, après les attaques à Paris et les violences à Cologne. L'idée - qui avait déchiré les Vingt-Huit tout l'été - refleurit de quotas nationaux, permanents cette fois. Faute de mieux, l'UE tourne en rond.



[Cliquez ici pour agrandir l'infographie](#)

In Europa ist Deutschland plötzlich isoliert

In der Flüchtlingspolitik steht Berlin zum ersten Mal in der Geschichte der EU allein da. Die Kanzlerin ist mitverantwortlich dafür. Europa ist in Gefahr, wenn Merkel weiter Adenauers Lehren übergeht.

Von [Jacques Schuster](#) Chefkommentator

Mancher Zeitgenosse seufzte erleichtert auf, als die [österreichische Regierung](#) verkündete, ihre Grenze ab sofort härter als üblich zu kontrollieren und künftig eine Obergrenze für Asylbewerber einzuführen. Etwas Besseres könne Deutschland gar nicht passieren, frohlockten einige Beobachter in Berlin sogar: Die Bundesrepublik dürfe edel, hilfreich und gut ihre Schranken und Schlagbäume oben halten, während die Nachbarn zur Tat schritten. Auf diese Weise bleibe Deutschland der Weltmeister im Schwergewicht der Gesinnungsethik, während Österreicher und Schweden mit den verschwitzten Mienen der Verantwortungsethiker in die Kamera blicken.

Doch seltsam: Gleich, nachdem die Nachricht aus Wien über die Alpen nach Deutschland zog, erklärte die Bundeskanzlerin Österreichs Wende für anstößig und der europäischen Sache nicht dienlich. Irgendwie kommt einem die lächelnde Frechheit Julia Klöckners in den Sinn. Warum soll das Donnerwort zur Flüchtlingskrise ("einfach mal die Klappe halten"), das die CDU-Spitzenkandidatin aus Rheinland-Pfalz ihren Parteifreunden in der täglichen Orgie wechselseitiger Anschuldigungen entgegenschleuderte, nicht auch einmal für die Kanzlerin gelten?

Angela Merkels Ärger ist verständlich. Im Kreis der europäischen Regierungschefs hat die Bundeskanzlerin ihren letzten Verbündeten verloren. Nun steht Deutschland allein da, sieht man von dem polternden Zwischenrufer in der Gestalt des europäischen Parlamentspräsidenten ab, der seinen beschränkten Einfluss durch dröhnende Lautstärke zu übertönen sucht. Künftig wird es die Kanzlerin noch schwerer haben, die Partner auf ihren europäischen Kurs zu bringen. Doch was ist "europäisch"? Sollte Angela Merkel plötzlich an der deutschen Krankheit leiden?

27 EU-Mitglieder gegen eins

Zwischen Rhein und Oder, Ost- und Bodensee hat sich seit vielen Jahren der Irrwahn verbreitet, all das für europäisch zu halten, was den deutschen Interessen entspricht. Wer anderer Ansicht ist, wird hierzulande schnell als Nationalist verunglimpft. Er gehört abgestraft, weil er es wagt, das angeblich große europäische Ganze aus den Augen zu verlieren und der Ichsucht zu frönen. Sind Berlins Überzeugungen in der Flüchtlingsfrage europäischer als die Frankreichs, Großbritanniens, Schwedens, Dänemarks, Polens, Österreichs und Ungarns (um nur einige zu nennen)?

Gibt es nicht längst eine gemeinsame europäische Haltung, die – überspitzt gezeichnet – wie folgt aussieht: Die Europäische Union hat 28 Mitglieder; der Großteil davon kann sich auf einen eher beschränkenden Zugang von Flüchtlingen mit schärferen Grenzkontrollen einigen, doch eines davon – Deutschland – stellt sich dagegen. 27 Staaten halten ihren Kurs für einen der Stabilität der Union angemessenen, den der Deutschen hingegen für moralisch überspannt und dem Gefüge der EU abträglich. Ist die Haltung dieser Mehrheit uneuropäisch, die der Deutschen europäisch?

Das Verhältnis 27 zu eins in der Flüchtlingsfrage mag den einen oder anderen Deutschen piesacken. Doch es ist viel schlimmer als ein bloßes Ärgernis. Mit Merkels Starrsinn ist etwas eingetreten, was sämtliche Regierungschefs seit Konrad Adenauer mit aller Kraft zu vermeiden suchten: Erstmals seit Inkrafttreten der [Römischen Verträge vom 25. März 1957](#) steht Deutschland im europäischen Bündnisgefüge einsam da.

”

Ich möchte die Deutschen nicht zu Nachbarn haben

“

Konrad Adenauer

Nie wieder wollte sich das Land in eine Lage begeben, in der es wie im Ersten Weltkrieg, von einigen kleineren Partnern gestützt, allein gegen ein großes Bündnissystem streitet. Nie wieder wollte es versuchen, Napoleon oder Hitler zu spielen, sprich, den Kontinent zu beherrschen und ihm seinen Willen aufzudrücken.

"Ich möchte die Deutschen nicht zu Nachbarn haben", erklärte Konrad Adenauer mit Blick auf das 20. Jahrhundert dem Historiker Golo Mann bei einem Spaziergang am Comer See. Die Lehre, die der Kanzler daraus zog, wurde zur Staatsräson der Bundesrepublik: Nur in der Gemeinschaft mit den europäischen Partnern, wenigstens aber mit den Franzosen und einigen anderen, lasse sich deutsche Politik verwirklichen, werde Vertrauen aufgebaut, das dem Land bei weiteren Projekten in der Zukunft helfen werde.

In der Flüchtlingsfrage schreibt die Kanzlerin Adenauers Grundsätze ganz bewusst in den Wind. In ihrer protestantischen Dickköpfigkeit missachtet sie darüber hinaus eine weitere Lehre der deutschen Geschichte, die sich dem Kundigen mindestens seit 1871 offenbart: Deutschland ist in Europa zu groß, um übergangen zu werden, aber zu klein, um den Kontinent allein zu führen. Versucht es dies, holt es sich eine blutige Nase – ob in der Julikrise von 1914 oder in der Flüchtlingsfrage der Gegenwart.

Eine riskante Partie aus Furcht

Bis heute rätseln Historiker, ob die deutsche Politik im Juli 1914 offensiv oder defensiv gewesen sei. In einem Brief an Theodor Wolff bezeichnete der Diplomat [Kurt Rietzler](#) sie 1930 als beides zugleich: "Eine riskante Partie aus Furcht."

Ähnlich lässt sich die Politik der gegenwärtigen Regierung beschreiben: ein Gemisch aus Gesinnungsethik und Angst vor dem eigenen Mut, ein bockiges "Wir schaffen das" und Mitziehen notfalls ganz Europas und der Türkei bei gleichzeitigen Drohgebärden, was alles geschehen würde, wenn die gute, so willige wie warmherzige Tante Bundesrepublik die Grenzen schließt und das Schengen-Abkommen sprengt.

Als Führungsmacht in Europa habe Deutschland eine ganz eigene Verantwortung, hört man in diesem Zusammenhang. Recht haben diejenigen, welche den Einwurf zu bedenken geben.

Europa bewahren – mit allen Mitteln

Doch gerade, weil sie richtig liegen, gilt Folgendes: Als eine der Führungsmächte Europas hat Deutschland zunächst und vor allem die Pflicht, die Europäische Union in ihrem Bestand zu erhalten und zu stärken. Stets muss es dafür sorgen, eine Mehrheit für seine Politik zu finden. Gleichzeitig muss es in der Lage sein, den eigenen Kurs anzupassen, wenn er auf breiten Widerstand stößt und nicht aufzulösen ist.

Härter formuliert: Europa ist "ein Laboratorium über einem riesigen Friedhof" (Tomás Masaryk), das nach wie vor einstürzen und im Chaos versinken kann. Es mit allen Mitteln zu halten, zu bewahren und auszubauen, ist die erste Pflicht einer europäischen Führungsmacht. Sie ist wichtiger, als alle Flüchtlinge der Welt aufzunehmen. Von ihr nämlich hängt Wohl und Wehe, Krieg oder Frieden des Kontinents ab.

137,80

Molenbeek : des zones de non droit au coeur de la capitale européenne

Par Alain Destexhe

Publié le 20/01/2016 à 15:15

Alain Destexhe est sénateur belge. Ex-Secrétaire Général de Médecins Sans Frontières et ex Président de l'International Crisis Group, il est, entre autres, l'auteur de [Le Mouvement flamand expliqué aux francophones](#) et [Lettre aux progressistes qui flirtent avec l'islam réac.](#) Lire également ses chroniques sur son [blog](#).

L'agression de journalistes de France 3 et de la chaîne belge RTL-TVI est révélatrice de la conception du territoire qu'ont de nombreux "jeunes" de Molenbeek.

Cet incident est le plus grave d'une longue série. Il y a longtemps que les caméras ne sont plus les bienvenues dans plusieurs quartiers de Bruxelles. Depuis que Molenbeek est devenue mondialement connue comme le Chicago du terrorisme, la tension avec les médias n'a cessé d'augmenter. Jean-Pierre Martin, le journaliste belge fauché et tabassé, est un grand reporter familier des situations de conflits qui, depuis 30 ans, parcourt l'Afrique et le Moyen-Orient. Il y a quinze jours, il était en reportage dans les environs de Raqqa en Syrie. Mais c'est à ... Molenbeek que, pour la première fois de sa vie, il a été touché physiquement. Tout un symbole.

Insultes, crachats, coups de pied sur leurs voitures, menaces, font désormais partie du lot quotidien de policiers qui, souvent, reçoivent des consignes de modération afin de ne pas "jeter de l'huile sur le feu".

Certains quartiers de Bruxelles - douze selon un journal local - sont devenus peu à peu des zones de non-droit. Où la police ne va plus qu'en force. Où les agents des compagnies de gaz ou d'électricité hésitent à couper les compteurs des mauvais payeurs. Où les contrôleurs de la STIB - la RATP bruxelloise - se font régulièrement attaquer. Dernièrement, ce fût le cas à Laeken - un quartier autrefois huppé qui jouxte Molenbeek, où, dans son château entouré d'un vaste parc à la Downton Abbey, le roi des Belges vit à deux pas de ses nouveaux sujets d'origine immigrée. Cinq des agents qui se livraient la semaine dernière à une opération à hauts risques de contrôle des titres de transports, se sont retrouvés à l'hôpital. L'année dernière, c'était le commissariat du quartier qui était attaqué avec des cocktails Molotov.

Les estocades contre des policiers à Anderlecht, Bruxelles, Molenbeek, Saint-Gilles, ressemblent de plus en plus à un scénario bien rodé de défi des forces de l'ordre. Insultes, crachats, coups de pied sur leurs voitures, menaces, font désormais partie du lot quotidien de policiers qui, souvent, reçoivent des consignes de modération afin de ne pas "jeter de l'huile sur le feu". En novembre 2015, un rapport de l'organisme chargé de contrôler les services de police évoquait «une police ayant peur de l'environnement dans lequel elle évolue».

Lors de la nuit du réveillon, de jeunes délinquants ont fait dévaler une voiture dans les escaliers du métro et ont filmé leur exploit, dévoilant ce spectacle étrange d'une automobile sur le quai d'une station. Comme récemment en Corse, il y a quelques années, des jeunes de Molenbeek avaient caillassé des pompiers qui tentaient de maîtriser l'incendie spectaculaire d'une boulangerie industrielle «chez eux». La police avait dû s'interposer entre les hommes du feu et les lanceurs de pierre.

Ces incidents graves ne sont cependant que la partie émergée de l'iceberg. Sous le radar de la presse et du monde politique, dans les territoires perdus du royaume de Belgique, ce sont les valeurs démocratiques qui souffrent en silence dans ces quartiers. La liberté élémentaire d'aller et venir portant une tenue de son choix n'existe plus, sauf si comme plus de la moitié des femmes, on porte le voile. Pas plus que celle de se promener en amoureux avec son partenaire. La liberté d'exposer des œuvres de nus est inconcevable.

Les professeurs et habitants identifiés comme juifs ont dû partir.

Celle d'exprimer ouvertement une opinion dissonante de la majorité sociologique non plus. Sexisme et homophobie sont omniprésents. Un antisémitisme virulent, généralisé, y sévit: les professeurs et habitants identifiés comme juifs ont dû partir. Suite aux intimidations de leurs «camarades de classe», les derniers enfants juifs ont quitté les écoles de la Ville de Bruxelles et l'histoire de la Shoah n'y est plus enseignée depuis longtemps. Force doit rester à la loi dit l'adage, mais c'est désormais souvent la loi du milieu et celle du silence qui s'imposent aux habitants.

Malgré la menace terroriste et ce phénomène de bandes urbaines, la Belgique demeure le pays du surréalisme. Situation unique au monde, la capitale belge est divisée en six zones de police, sans hiérarchie ou véritable coordination. Chaque zone a son chef de corps, son Etat-major, son administration, son porte-parole et son site Internet. Les partis politiques flamands, unanimes mais minoritaires à Bruxelles, préconisent par efficacité le regroupement en une seule zone de police. Les 19 bourgmestres, tous francophones, tiennent beaucoup à leur tutelle sur la police et s'y opposent fermement. Pour réduire le nombre de zones de 19 à 6, il avait fallu le choc de l'affaire Dutroux à la fin des années 1990 qui avait mis en exergue les déficiences de l'organisation policière belge.

Officiellement, les statistiques de la criminalité sont en baisse, mais presque chaque jour, la presse populaire rapporte des «faits divers» horribles, dignes de ceux recensés par Laurent Obertone dans La France orange mécanique. La capitale de l'Europe est devenue un ensemble de quartiers séparés - certains disent des ghettos - dont les populations ont peu de contacts entre elles, malgré le dogme officiel du vivre ensemble. Le monde des Français expatriés et des eurocrates, répartis autour de la cossue place Brugmann entre Uccle et Ixelles, et celui de «Downtown Molenbeek», d'où proviennent la majorité des terroristes identifiés, appartiennent ainsi à des univers aussi différents et distants que les planètes de Star Wars.

C'est en étant gratifié d'un «Retourne chez toi, tu n'as rien à faire ici», lors d'une campagne électorale en 2009 que je pris brutalement conscience de l'extraterritorialité de certains quartiers de Bruxelles, ou plutôt de ce sentiment étrange de ne plus être vraiment chez soi dans son propre pays.

<http://www.theguardian.com/world/2016/jan/22/french-pm-manuel-valls-says-refugee-crisis-is-destabilising-europe>

137,82

VIDEO: French PM Manuel Valls says refugee crisis is 'destabilising' Europe

Speaking at the Economic Forum in Davos, Valls fears the flow of those fleeing war zones is placing the concept of Europe in grave danger

Larry Elliott and Jill Treanor in Davos and agencies

Friday 22 January 2016 07.18 GMT

The French prime minister, Manuel Valls, has said Europe cannot take in all the refugees fleeing wars in Iraq and Syria and that the crisis was putting the concept of [Europe](#) itself in grave danger.

[Speaking to the BBC](#) at the economic forum in Davos, Valls said Europe needed to take urgent action to control its external borders. "Otherwise," he said, "our societies will be totally destabilised."

Asked about border controls inside Europe, which many fear put the passport-free Schengen zone at risk, Valls said the concept of Europe was in jeopardy. "If Europe is not capable of protecting its own borders, it's the very idea of Europe that will be questioned," he said.

He said a message to refugees that says "Come, you will be welcome", provoked major shifts in population.

"Today, when we speak in Europe, a few seconds later it is mainly on the smartphones in the refugee camps," Valls said.

On Thursday in Davos the [Dutch prime minister, Mark Rutte](#), said Europe was close to breaking point and needed to come up with a common response or run the risk that one of the European Union's founding principles would start to unravel.

"We need to get a grip on this issue in the next six to eight weeks", Rutte said.

He said in the first three weeks of this year 35,000 people had crossed the EU's borders and this would quadruple once the spring arrives. "We can't cope with the numbers any longer. We need to get a grip on this."

Rutte said that before the Schengen agreement was killed off, the EU had to try to make the [Dublin regulation](#) – under which refugees should seek asylum in the first country they reach – work. "No one wants to kill Schengen, but if it is only a fairweather system then it cannot survive."

Sweden's prime minister, Stefan Löfven, expressed doubts about whether the tight timetable set by Rutte could be met. "I'm not naive," he said. "My argument to the countries that are not willing to accept refugees is that if we can't handle this the European Union is at risk. If we cannot do it there is a risk to Schengen."

Austria had announced on Wednesday that it planned to limit the number of people allowed to apply for asylum to 1.5% of its population over the next four years. For this year, the government said in a statement, the number would be capped at 37,500.

Germany's finance minister, Wolfgang Schäuble, said he did not even want to contemplate whether Germany, which accepted more than 1 million refugees in 2015, could cope with a similar number this year. He said Europe had to be prepared to spend billions on a crisis that would cost a lot more than envisaged.

Jim Yong Kim, the president of the World Bank, said the refugee problem had intensified and he had been asked by the UN chief, Ban Ki-moon, to rethink the humanitarian response to the crisis so that emergency assistance formed part of a long-term development plan.

Speaking to the Guardian in Davos, Kim said the bill for refugees was soaring and a new approach was needed. "People are attached to staying where they are but there has to be hope of finding work. "We have to build up the productive capacity of countries with large numbers of refugees. We have to make it attractive to stay in these countries."

Gordon Brown called for governments, business and charitable foundations to provide the money to put every Syrian refugee child in school, as he warned that the greatest humanitarian disaster since the second world war risked creating a lost generation.

The former British prime minister, now the UN special envoy for education, told the Davos economic summit that the current market turmoil should not be used as an excuse for inaction.

He said: "Whatever the difficulties in financial markets and whatever difficulties countries have with their individual aid budgets, we have to come together in the face of this great humanitarian crisis."

137,83

EUROPE

Stance on Migrants Leaves Merkel Isolated at Home and in Europe

By ALISON SMALEJAN. 22, 2016



Chancellor Angela Merkel in Brussels in December. Ms. Merkel is under increasing pressure to change course as doubts grow over the refugee policy that she championed. CreditDean Mouhtaropoulos/Getty Images

BERLIN — Dozens of lawmakers from her own conservative party signed open letters against her this week. A nationalist right-wing party is gaining in strength. Speculation, building since the fall, now runs rife that she should even be replaced. On Sunday, the top circulation Bild Zeitung headlined an eight-page spread on her political troubles: [“Is Merkel Still the Right One?”](#)

After a year in which Chancellor [Angela Merkel](#) welcomed more than a million asylum seekers, that decision has left her more embattled and isolated, at home and in Europe, than perhaps at any other time in her 10 years in office.

It is a change that threatens not only Ms. Merkel’s position, but the cohesion of an already deeply troubled [European Union](#), where her strength and that of [Germany](#) — the Continent’s No. 1 economy — has served as the linchpin for the 28-member bloc through more than a half decade of economic crisis.

“The state of leadership in Europe is such that the future of the E.U. currently rests on Merkel’s strength, or weakness,” said Constanze Stelzenmüller, a fellow at the Brookings Institution in Washington. “Last year, we thought Europe could unravel over the euro. Now, it could be border security.”

As doubts grow over the refugee policy that Ms. Merkel championed, she is now under increasing pressure to change course, particularly in the weeks since asylum seekers were linked to sexual assaults on New Year’s Eve in Cologne.

This week, a lengthening string of allies at home and abroad abandoned her on the issue, including neighboring [Austria](#), which said it would set a cap of accepting 37,500 migrants this year — less than half the 90,000 it received in 2015.

So far, while promising a “palpable reduction” in asylum seekers this year, Ms. Merkel has refused growing demands — most prominently by [Germany](#)’s president on Wednesday — to set a limit.

That insistence has left the chancellor irrevocably associated with a policy on refugees that has sown enormous disquiet, even anger, both in Germany for the financial costs and cultural clashes it has invited, and across Europe, where the Continent’s cherished system of open borders now verges on collapse.

The difference with other crises, the leading liberal daily Süddeutsche Zeitung noted on Thursday, “is that this time it concerns the chancellor. Above all, the chancellor.”

While Ms. Merkel is likely to survive politically — unseating a chancellor is immensely complex, and there are no obvious alternative candidates — the anger and rebellion she faces are rare in Germany’s orderly politics, and a watershed in her political life.

Most dangerous for the chancellor: Her weakened position leaves her with narrowing room to maneuver on the refugee issue and reduces her leverage with unhappy European partners.

That is so even as European Union leaders increasingly sound the alarm that time is running out to forge a strong policy on borders and migration before the surge of refugees resumes in the spring from wars in Iraq, Syria and Afghanistan that show no signs of abating.

This week, Donald Tusk, the president of the European Council, warned, **“We have no more than two months to get things under control”** — a relative blink in the bloc’s sluggish decision-making. **Short of that, Mr. Tusk told the European Parliament in Strasbourg, the union would “fail as a political project.”**

In previous crises, in particular over a third debt-relief package for Greece last year, Berlin could count on support from other Europeans. On the euro and Ukraine crises, Ms. Merkel was “an indispensable leader,” said Jan Techau of Carnegie Europe, a Brussels think tank.

On migration, however, Ms. Merkel’s allies have been chagrined by what they see as **her flip-flopping** as it suits her, Mr. Techau said. Ms. Merkel first defended the European Union practice of trying to turn back or intercept migrants “when it was undefendable, and gave it up when it didn’t suit the Germans any longer,” Mr. Techau noted. As a result, he said, **“she is not as strong as she used to be.”**

Now Germany stands increasingly alone in the migrant crisis, exemplified by Austria’s decision this week to set a cap, which Ms. Merkel’s government called “not helpful.”

That was an understatement in a week in which conservative lawmakers signed two open letters balking at Ms. Merkel’s refusal to similarly set a cap, and the transport minister, Alexander Dobrindt, became the first cabinet member to openly criticize her policy as questionable for Europe.

Germany’s president, Joachim Gauck, whose office carries moral authority, cast the need to set limits on the number of arriving migrants as a moral as well as a political imperative, a deliberate counterpoint to the arguments Ms. Merkel herself had used to justify her refugee policy.

“There is no magic mathematical formula to determine how many people we take in,” Mr. Gauck told business leaders Wednesday at the World Economic Forum in Davos, Switzerland.

“A limitation strategy may even be both morally and politically necessary in order to preserve the state’s ability to function,” he added. “Limiting numbers is not in itself unethical; it helps to maintain acceptance in society. Without acceptance, a society is not open and willing to take in refugees.”

In addition, Mr. Gauck warned, **“if democrats refuse to talk about limits, they leave the field to populists and xenophobes.”**

That warning was clearly a nod to the Pegida movement and the right-wing Alternative for Germany party, which has risen in polls well above the 5 percent threshold that secures representation in Parliament, **said Josef Joffe, publisher of the weekly Die Zeit, who was at the forum.**

He viewed Mr. Gauck's speech as both a caution and an attempt to throw a political lifeline to the chancellor, whose conservative Bavarian allies and center-left Social Democratic coalition partners have distanced themselves from her.

“Without mentioning Angela Merkel, and while maintaining very polite, statesmanlike language, he essentially told her, ‘This has got to stop,’ ” Mr. Joffe said in a telephone interview.

Ms. Stelzenmüller of the Brookings Institution, in a separate interview, concurred with Mr. Joffe's assessment.

“He is trying to build a bridge,” she said, referring to Mr. Gauck, “over what many in the media see as an increasingly unbridgeable chasm between a high-minded chancellor, who is demanding the impossible, and institutions buckling under the strain.”

It is not only Germany that could buckle, but the European Union itself. While Ms. Merkel, as ever, insists on the need for a European solution to the migrant crisis, time is not on the side of the bloc's cumbersome policy-making apparatus.

This week, Jean-Claude Juncker, president of the European Commission, warned that he, too, was “rather worried that we won't have enough time to tackle the refugee question in sufficient depth.” He called on European Union leaders to devote more time to the issue at their next summit meeting in mid-February, when the agenda is expected to be dominated by how to keep Britain from abandoning the bloc.

Ms. Merkel has acknowledged that the union's lack of unity on the migrant problem leaves the Continent vulnerable. But for the embattled chancellor, urgency may take second place to the imperative of navigating political troubles at home.

Her government will present more proposals to tackle the refugee crisis at the next summit meeting, she said on Wednesday, “then we can draw another interim conclusion, and then we will see where we stand.”

137,86

INTERNATIONAL BUSINESS

European Central Bank Says It's Ready for New Stimulus — but Not Yet

By JACK EWINGJAN. 21, 2016

[Continue reading the main story](#)Video

FRANKFURT — The [European Central Bank](#)'s president, [Mario Draghi](#), issued a stronger-than-expected signal on Thursday that his policy team could step up its stimulus program as early as March in response to stubbornly low inflation and turbulence in the financial markets.

“Conditions have worsened” since the central bank’s Governing Council met in December, Mr. Draghi said at a news conference after the central bank announced that it would leave key interest rates unchanged. He indicated that the Governing Council had been surprised by the extent of recent market turmoil as well as by plummeting oil prices, which are a factor in the eurozone’s dangerously low inflation. Mr. Draghi and the council would meet again on March 10.

Mr. Draghi emphasized on Thursday that the [European Central Bank](#) was poised to take further actions in the future if necessary. “There are no limits to how far we are willing to deploy our instruments,” he said.

Buoyed by the hope of more monetary policy intervention sooner than most analysts had expected, investors drove up eurozone stocks even as Mr. Draghi was still speaking. And the euro headed lower against the dollar — a potential positive sign for the eurozone, whose exports could become cheaper on the global market as a result.

The central bank left its benchmark rate at 0.05 percent on Thursday, already a record low. The rate on deposits held at the central bank remained at negative 0.3 percent, a penalty rate intended to encourage banks to lend rather than hoard cash.

The bond-buying [stimulus program the central bank began last March](#), along with record-low interest rates, have failed so far to nudge inflation — the European Central Bank’s main metric — any closer to the official target of just below 2 percent. That is the level the central bank has designated as most conducive to growth without overheating the economy.

For the eurozone, sustaining meaningful economic growth has been hard to achieve in recent years. And inflation has remained so low that at times the bigger concern has been that the economy might slip into a downward, deflationary spiral.

More recently, the eurozone has been buffeted by the worldwide stock sell-off prompted by uncertainty in China, worries about global growth and plunging oil prices. The main stock indexes in France, Germany, Italy and Spain have all fallen 10 percent or more over the past month.

Mr. Draghi expressed concern about data indicating that investors are pulling money out of China in response to market turbulence there. But he added: “The Chinese authorities have a reputation for acting responsibly. What they have done in the last few weeks shows that they are gaining control over their policy making.”

Mr. Draghi said on Thursday that the central bank's decision at its [December meeting](#) to extend its stimulus program — monthly purchases of government bonds and other assets — by an additional six months was “fully appropriate.” The bank also changed a crucial interest rate at that same meeting.

But he said that conditions had changed significantly since then. “The Governing Council is open to using all the necessary instruments to cope with a situation that is materially different than the beginning of December,” he said.

Inflation in the eurozone has been hovering near zero since late 2014, and it was 0.2 percent in December. Such low inflation makes central bankers and economists nervous because it is dangerously close to deflation, a self-reinforcing downward price spiral that is poisonous to growth and job creation.

Slumping oil prices, which the European Central Bank cannot control, are a big reason for the low inflation. Slow economic growth and 10.5 percent unemployment in the eurozone are also factors, because they make it hard for companies to raise prices.

Mr. Draghi noted at the news conference that plunging oil prices alone would not necessarily be something the central bank would worry about, as they could also be a stimulus for the economy in helping businesses and households that consume energy. The problem, he said, is when low oil prices feed into a bigger downward price spiral.

“We’ve got to be very vigilant about that,” he said. “We don’t have many reasons to be optimistic about that.”

In December, the central bank said it would extend its purchases of eurozone government bonds and other assets through March 2017. The asset purchases, at a rate of [60 billion euros a month](#), or about \$65.3 billion, are a way of pumping money into the financial system and trying to stimulate inflation.

In addition, in December the central bank increased the interest penalty it charges banks to hold money in its vaults to 0.3 percent from 0.2 percent. In normal times, banks earn interest on their deposits at the central bank. But the current so-called negative deposit rate, which the central bank first put into effect in June 2014, is intended to prod banks to lend money.

Referring to mounting signs of weakness in eurozone banks, most notably at Deutsche Bank, which [reported a record loss](#) on Wednesday, Mr. Draghi said on Thursday: “So far, we have not seen signs of potential financial instability” of the sort that led to the global financial crisis in 2008.

The measures the central bank announced in December were seen by many analysts as too timid and led to a sell-off of eurozone shares as investors had expected more aggressive action.

Mr. Draghi said the expression of resolve on Thursday had the unanimous support of the 25 members of the Governing Council.

Recently released [minutes of the council's December meeting](#) showed that a significant faction argued that the eurozone economy was resilient and that there were signs inflation was picking up. But Mr. Draghi said the differences of opinion were not a sign of discord.

“One should not have any doubt that the Governing Council not only has the power and the willingness and the determination but also the cohesion that’s necessary to take the actions that are needed,” he said.

137,88

• OPINION

• REVIEW & OUTLOOK EDITORIAL

Mario Saves the Afternoon

Draghi continues his lonely attempt to save Europe's economy.

Jan. 21, 2016 6:55 p.m. ET

Markets rallied on Thursday from a dreadful **week after the European Central Bank signalled more monetary heroics may be on the way, and who can fault this lonely agent of good cheer? Amid China's economic tremors, political uncertainty in the U.S. and policy sclerosis in Europe, ECB President Mario Draghi is the only policy maker in town who seems determined to keep the party going.**

The ECB left its policy rates and asset-purchase program, or quantitative easing, unchanged. Markets expected this inaction. But Mr. Draghi advised investors that the ECB's policy board now thinks it will be "necessary to review and possibly reconsider our monetary policy stance at our next meeting in early March."

Translation: Another rate reduction and an expansion of QE may be on the way at the next meeting, sooner than some had expected. Investors were pleased, after Mr. Draghi disappointed them last month by not delivering a bigger expansion on the ECB's existing policies. The euro fell against the dollar, and stock markets in Europe and the U.S. turned up after several days of precipitous declines.

Maybe Mr. Draghi will fulfill the hopes he dashed last month, most likely by increasing monthly QE asset purchases to 80 billion euros (\$87.39 billion) from 60 billion euros and reducing the ECB's deposit rate to -0.4% from -0.3%. **Just don't ask what comes next. As Mr. Draghi keeps trying to remind everyone, monetary policy alone can't revive growth. Only liberalizations of labor, product and service markets across the eurozone can do that, and such reforms aren't much in evidence.**

The problem for Mr. Draghi is that the more his monetary exertions allow politicians to postpone reforms, the more pressure he'll be under to redouble his own efforts. Meantime, voters in Spain and Portugal have failed to give their backing to leaders who have done the hard work of reforming their economies -- **a dismaying signal of the political unreality in which too much of Europe still lives. Central bankers can't save the eurozone, but at least on Thursday Mr. Draghi gave investors a few happy hours.**

Britain's Place in EU a Big Question Mark in Davos

A 'Brexit' would have substantial financial and economic consequences

By [CHARLES FORELLE](#) in Davos, Switzerland, and [JENNY GROSS](#) in London

Updated Jan. 21, 2016 9:21 a.m. ET

DAVOS, Switzerland—A year ago, few gave much credence to the notion that the United Kingdom, Europe's second-largest economy, might leave the [European Union](#).

But today, the prospect of a British exit, or "Brexit," ranks as one of Europe's chief macroeconomic question marks, and a source of concern for many of the delegates at the [World Economic Forum](#) here.

Britain's departure from the union would be a remarkable rupture socially and politically, and would also have substantial financial and economic consequences.

Prime Minister [David Cameron](#), who has pledged to [renegotiate Britain's relationship with the bloc](#) and then hold a referendum as early as this summer on whether to leave, has said he wants the U.K. to stay in a reformed Europe.

On Thursday, he urged business leaders in Davos to speak out in favor of his push to change the U.K.'s relationship with the [EU](#), saying Europe is lagging in technology and productivity and needs to cut tape red tape and reduce bureaucracy.

In a sign of the challenges Mr. Cameron faces, there were indications his timetable might slip further after the French and Dutch prime ministers warned he might struggle to secure a deal in February as he had hoped.

London is Europe's [principal financial](#) center, and many global banks use it as a base to operate in Europe. That is eased by European principles of free movement, which generally prohibit discriminating against companies based on their residence—so long as they are based in the [EU](#).

Indeed, last year, the U.K. won a case in the EU's General Court against the [European Central Bank](#), which had proposed a policy requiring that clearing houses that handle trades in euros be based in the 19-nation eurozone.

Proponents of the U.K. leaving the [EU](#)—including some politicians and business leaders—say the U.K., the world's fifth largest economy, would flourish outside the 28-member bloc, as it would save billions of pounds a year in payments into [EU](#) coffers and would be free to ink its own trade deals with the rest of the world.

But many economists believe a British exit would also lead to prolonged economic weakness. Senior figures [at some large international firms](#) with a presence in the U.K., including [Goldman Sachs Inc.](#), have argued for the U.K.'s continued membership.

Non-European banks with substantial London operations will likely be most affected by a split, as will Britain's own banks—although many of them have been increasing their focus on their home market in the wake of the financial crisis.

One substantial question is what would happen to clearing houses and other firms that operate the vital plumbing of the financial system. The [EU](#) is phasing in rules that require more securities transactions to be cleared through [EU](#)-based firms, or ones that are certified to meet equivalent standards.

U.K. firms might find themselves shut out if the U.K. leaves and no deal for certification is reached, said Harry Eddis, a lawyer at [Linklaters LLP](#) in London. "In this particular context there's no grandfathering process," he said.

The economic consequences could also be unpredictable.

"The sheer uncertainty for the two or three years after a 'yes' vote, if it did come, would be difficult for the U.K.," said [Martin Gilbert](#), chief executive of Aberdeen Asset Management, in an interview here.

Still, he said he wasn't advising his fellow Britons on how to vote. "I'm a great believer in letting people make their own decision," he said.

Mr. Gilbert said Aberdeen, and many other U.K. asset managers, already use EU-member Luxembourg as a base for selling funds into the [EU](#), and would be less affected.

Mr. Cameron has hoped to reach a deal with Brussels on changes by next month, though French Prime Minister Manuel Valls on Thursday said discussions had not reached the stage where there were concrete proposals under consideration.

French officials said Mr. Valls wasn't ruling out an agreement in February, just pointing out that it would be difficult. The trickiest issues would be the U.K.'s wish not to be disadvantaged by eurozone decisions and its desire to deny social benefits to workers from other EU countries for a four-year period.

Mr. Cameron appeared to pave the way for the possibility a deal would take longer. "If there isn't the right deal, I'm not in a hurry," he said in his address. "It's much more important to get it right than to rush it."

Mr. Cameron was expected to have bilateral meetings with Mark Rutte of the Netherlands and Xavier Bettel of Luxembourg to discuss EU changes.

Last week, Mr. Cameron said he didn't think a vote to leave would be the "right answer" for Britain, but that the government would do everything it could to make it work if the public does back an exit.

Most polls show Britons are slightly more in favor of staying in the EU than leaving, though the gap has narrowed over the past six months.

An average of six polls from late November and December showed 42% said they would vote to remain in the EU, 40% would vote to leave and 17% didn't know, according to data compiled by the NatCen Social Research, the U.K. largest independent social research agency.

Pierre Moscovici, the EU's economic and financial affairs commissioner, said in an interview that he was optimistic the EU could find a solution to the U.K.'s demands.

"We are used to managing that," he said, referring to U.K. concerns about the eurozone's efforts to build a "banking union."

Asked about potential consequences of a U.K. exit for the City of London as a financial center, Mr. Moscovici said the commission hadn't done any detailed assessment of such a scenario.

"We don't want 'Brexit,'" he said. "That doesn't mean that we are not firm and strong negotiators. We are."

Pulling Europe Back from the Brink

By Martin Schulz

Martin Schulz is President of the European Parliament.

Read more at <https://www.project-syndicate.org/commentary/populism-europe-political-crisis-by-martin-schulz-2016-01#0P8v8TbkD65wgjrl.99>

DAVOS – In 2007, the United States caught a serious – and highly contagious – economic cold. Eight years later, it is finally making a convincing recovery – so convincing that last month the US Federal Reserve raised the country's base interest rate for the first time in almost a decade. Europe, however, remains in bad shape. Not only has it not recovered from its post-2008 cold; beset by multiplying crises, it is now on the verge of developing pneumonia.

The best defense against pathogens is a strong immune system. And that is what Europe lacks today, in the form of political leaders who provide an inspiring and forward-looking vision to their people. With political disenchantment reaching levels not seen since the continent's darkest times in the 1930s, the risk that Europe will succumb to the destructive forces of populism looms ever larger.

But it is too soon to give up hope; on the contrary, Europe is well positioned to succeed in the long term. To secure that future, Europe's political class, rather than struggling to cope with crises as they arise, must begin to look at the big picture, anticipate and address challenges, and inspire people once again.

Is this too much to ask? History tells us that the answer is an emphatic no. Sixty years ago, with Europe's economy reeling from the destruction caused by World War II, Europe's leaders lifted their eyes above daily hardships to shape a more hopeful future, underpinned by European integration. That same vision and foresight is needed today, and the European Union, with its unmatched ability to facilitate regional cooperation, will remain essential. Of course, there are some key differences between the circumstances that drove the EU's creation and those that Europe's leaders face today. Most notably, thanks to the EU, Europeans today have largely not endured war and absolute economic deprivation. With the dangers of demagoguery not embedded in their living memories, they are far more vulnerable to fear-mongering and false promises – illustrated in the growing influence of nationalist narratives and populist movements. Even worse, faced with an erosion of their voter base, many mainstream parties are playing catch-up with these destructive forces, engaging in EU-bashing of their own.

Clearly, the EU needs a new impetus that reflects twenty-first-century challenges and opportunities. But this will be virtually impossible to establish – and use to inspire people – until the EU and its member governments get a handle on the crises that are threatening to overwhelm them. That is why it is so urgent that Europe puts its economic house in order once and for all.

Such a reckoning will not be quick or easy, not least because it will require us to address the many issues that have been swept under the carpet over the years, as half-baked projects were foisted on the EU to implement. The foremost example of this is the partial economic and monetary union that has been around for nearly two decades, and that must now become a full union if it is to be successful and deliver results.

It is time for Europe's leaders to break the decades-old habit of pursuing half-baked projects that blunt the symptoms of crises, and to implement real reforms that address the root causes. Only with a new approach – and tangible progress – can solidarity within Europe be regained.

My call for a renewed commitment to the EU does not stem from some federalist mantra. I would be the first to emphasize that political actors at all levels have a role to play in Europe, to the extent that they are able to implement policy effectively. And I would also recognize that EU institutions need reform, so that they manage the big picture, instead of the details.

Nonetheless, the EU and its institutions remain integral to efforts to respond to challenges that require a united front – challenges like those that Europe faces today.

If Europe's leaders are to inspire their people to build a shared future, they must demonstrate an understanding of what that future has in store – and how to make the most of it. They should start by changing their attitudes and committing to working together to face present and future crises head-on. While we cannot know for certain what the next 10-20 years will bring, we have a few important clues. For one thing, there is the Fourth Industrial Revolution, which [promises to transform](#) our economies and societies in fundamental ways. Plenty of other transnational challenges – from addressing the root causes of the Middle East refugee crisis to implementing last month's Paris agreement to mitigate climate change – are also in the cards. It would be ironic if Europeans, enthralled by illusory promises of blissful national self-containment, threw away 60 years of deep cooperation at a moment when such cooperation is needed more than ever. Of course, self-destructive national behavior is not new. But, more often than not, leaders have managed to pull back from the brink. The key for Europe will be to deliver a coherent and compelling vision that justifies our need for cooperation in the decades ahead.

Read more at <https://www.project-syndicate.org/commentary/populism-europe-political-crisis-by-martin-schulz-2016-01#0P8v8TbkD65wgjrl.99>

En Europe, les nations ne veulent pas mourir

LA CHRONIQUE D'ÉRIC ZEMMOUR - L'enthousiasme du siècle dernier pour le libéralisme bute désormais sur la volonté des peuples de se préserver dans leur identité.

Par Eric Zemmour

Mis à jour le 22/01/2016 à 08:44

Publié le 21/01/2016 à 12:31

Les grands mots ont été tirés. Coup d'Etat pour les uns, souveraineté pour les autres. Les menaces aussi. La commission de Bruxelles dira en mars si elle prive la Pologne de son droit de vote européen au titre de l'article 7 du traité d'union. « L'arme nucléaire », préviennent les technocrates bruxellois. Même pas peur, semblait rétorquer le patron du parti Droit et Justice polonais, Jaroslaw Kaczynski, lorsqu'il rencontrait, au début de l'année, dans un petit hôtel à la frontière slovaque, le Premier ministre hongrois Viktor Orbán. Comme un pied de nez à Bruxelles. Comme un axe Varsovie-Budapest. Comme un effet d'imitation.

Que reproche Bruxelles à Varsovie? Une reprise en main par l'Etat du parquet et des médias audiovisuels. Au nom de la souveraineté et de la « repolonisation » du pays. A Bruxelles, on crie à la « dictature ». Ces décisions ressemblent pourtant à un pays qu'on connaît bien. La France d'avant, la France de toujours, colbertiste, culturellement protectionniste et se méfiant du gouvernement des juges. La France du général de Gaulle dans les années 1960. **Mais voilà, l'Europe a pris un virage que de Gaulle avait justement rejeté : à la fois libéral et fédéral. Dépouillant les pouvoirs démocratiquement élus au profit d'organismes technocratiques : Commission, Banque centrale européenne ou Cour européenne de justice. C'est ce qu'on appelle aujourd'hui l'Etat de droit.**

Le droit des individus, sans conteste; mais pas le droit des peuples. C'est le coeur de la querelle. La querelle avec les Polonais et les Hongrois, mais aussi avec l'Angleterre qui se prépare au référendum sur le Brexit. Même la docile Italie se rebelle contre les diktats de Bruxelles : « Le temps où l'Italie devait faire ses devoirs à la maison est fini », déclare Matteo Renzi. **L'affaire grecque a montré que l'appartenance à l'euro impliquait une « souveraineté limitée » chère à l'URSS d'antan avec la monnaie en guise de chars. L'arrivée massive de migrants venus de Syrie a montré que l'Allemagne de Merkel prétendait imposer ses décisions à tout le continent au nom de la loi du plus fort économiquement. Parce qu'ils ont subi la fêrule communiste, les pays de l'Est refusent et l'un et l'autre.**

Le libéralisme des années 1990, accepté d'enthousiasme par tous les Européens, bute désormais sur la volonté des peuples de se préserver dans leur être. Schengen part en lambeaux et l'euro n'est sauvé que par la planche à billets de la BCE, que les Allemands supportent de moins en moins.

La logique fédéraliste et technocratique de l'Union européenne est en train de s'écraser sur l'impensé de sa conception : il n'y a pas de peuple européen. Les nations sont des réalités ancestrales qui ne veulent pas mourir. De Gaulle encore : « On ne fait pas d'omelette avec des oeufs durs. »

<http://www.lefigaro.fr/actualites/2016/01/21/01001-20160121QCMWWW00174-libre-circulation-des-personnes-faut-il-abandonner-les-accords-de-shengen.php>

137,93

Libre-circulation des personnes : faut-il abandonner les accords de Schengen ?

• -----

○ Mis à jour le 21/01/2016 à 15:05

Publié le 21/01/2016 à 12:51

38867 Votants

87%oui 13%

137,94

Les créances douteuses des banques italiennes inquiètent les marchés

LE MONDE | 21.01.2016 à 11h28 | Par **Philippe Ridet** (Rome, correspondant) et Jade Grandin de l'Eprevier

Nouvelle journée noire, mercredi 20 janvier à la Bourse de Milan. Une fois encore, ce sont **les banques** qui ont entraîné " Piazza Affari " dans la tourmente. Le secteur a reculé de presque 5 %. Réputée la plus vieille banque du monde, Monte dei Paschi di Siena (BMPS) a plongé de 22,2 %. Plusieurs autres établissements ont été chahutés : Banca Carige a baissé de 18 % et Banco Popolare de 11 %.

Le 17 janvier, la Banque centrale européenne (BCE) avait publié une note dans laquelle elle se fixait comme objectif, pour 2016, de s'attaquer aux créances douteuses des banques en Europe. Or, elle a demandé à six établissements transalpins, dont BMPS, de lui fournir davantage d'informations sur leurs propres **créances** de ce type, apprenait-on ensuite. **Dès** lundi matin, plusieurs valeurs bancaires se sont effondrées à l'ouverture de la Bourse, avant d'être suspendues. La dégringolade s'est poursuivie mardi. **La BCE et le ministre italien des finances ont tenté de calmer le jeu en affirmant que l'Italie n'était pas seule en cause et que la demande d'information de la BCE concernait aussi d'autres pays. Trop tard.**

Suicide d'un épargnant

On sait depuis fin 2014, grâce au bilan de santé **des banques** européennes, que de nombreux groupes italiens sont plombés par **des créances douteuses. La somme est estimée par la Banque d'Italie à 201 milliards d'euros, soit 10 % des crédits accordés par le secteur.** " *Les banques sont rentrées dans les normes de la BCE en augmentant leur capital et en faisant des provisions, mais cela n'a pas réglé le problème* ", commente Pascal Decque, analyste au Crédit agricole CIB. **La note de la BCE n'a fait que relancer l'alarme.**

Les raisons d'être inquiet ne manquent pas. Ces derniers mois, le secteur a suscité plusieurs alertes. D'abord sur sa capacité à se refinancer. **Les grandes banques** peuvent le faire sur **les marchés** de capitaux, **mais l'Italie compte énormément de petites et moyennes banques. Ces dernières placent une partie non négligeable de leur dette (270 milliards d'euros au total, selon l'agence de notation Standard & Poor's) auprès de particuliers, pas toujours informés du risque associé.** Fin 2015, **le suicide d'un épargnant retraité ayant perdu toutes ses économies dans des montages sophistiqués a souligné les dysfonctionnements et la fragilité du système.**

Changer de modèle? Pas facile. Le gouvernement italien a lancé en 2015 une réforme censée encourager **les** regroupements et consolider ce secteur historiquement très fragmenté. Or **les** fusions tardent à arriver. **Monte dei Paschi di Siena, sauvée en juin 2015 grâce à un prêt de 3 milliards d'euros de la part de l'Etat, attend toujours un repreneur.**

Malgré ces vicissitudes, la chute boursière semble exagérée aux yeux **des** analystes. " *Il faut différencier les banques* ", proteste Luigi Motti, directeur pour le secteur bancaire chez Standard & Poor's. " *Certaines ont des profils plus solides, des sources de revenus diversifiées.* " **Matteo Renzi, le chef du gouvernement italien, a assuré jeudi matin que le système bancaire était " beaucoup plus solide " que ne le pensaient les investisseurs.**

Jade Grandin de l'Eprevier et Philippe Ridet (à Rome)

137,95

Guerre de religion dans la chapelle socialiste

LE MONDE | 22.01.2016 à 06h49 • Mis à jour le 22.01.2016 à 12h22 | Par Françoise Fressez

Le débat sur la déchéance de nationalité n'est pas clos, qu'un nouveau vient d'exploser à la figure du président de la République, et dit l'ampleur du malaise à gauche : la laïcité face à l'islam. Autrement posé, **L'Etat laïc et républicain a-t-il trop concédé à l'islam ?**

A sujet tabou attaque foudroyante. Sans crier gare, le premier ministre, Manuel Valls, s'en prend à Jean-Louis Bianco, le président de l'Observatoire de la laïcité, auquel il reproche de se montrer trop conciliant.

Jean-Louis Bianco est un socialiste posé, respecté. A vrai dire, il n'en revient pas de la violence de la charge et réagit du tac au tac, en évacuant, d'emblée, les questions théologiques et historiques. Peu lui chaut d'être dans la lignée **d'un Jaurès plutôt que d'un Clemenceau.**

On se souvient que les deux hommes de gauche s'écharpaient, en 1905, sur la conception de la laïcité : plus ouverte pour l'un, plus fermée pour l'autre. Mais ce n'est pas le sujet. M. Bianco se veut pragmatique. Il assure être de plain-pied dans la réalité : « Nous sommes deux à trois fois par semaine sur le terrain », fait-il valoir dans *Le Monde* daté jeudi 21 janvier. **Et, fort de ce qu'il entend et de ce qu'il voit, il n'en démord pas : l'application d'une laïcité apaisée, respectueuse de la liberté d'autrui, demeure, à ses yeux, la façon la plus responsable d'éviter la résurgence d'une de ces guerres de religion qui ont déchiré le pays.**

Un pays assis sur une poudrière

Mais l'ex-secrétaire général de l'Elysée compte de solides détracteurs, un peu partout. Au sein même de l'Observatoire de la laïcité, parmi les intellectuels, parmi les féministes et parmi les hommes politiques, qui bouillent de voir l'Etat, bras ballants face au prosélytisme à l'oeuvre dans certains quartiers, au mépris des droits de la femme, des principes républicains et de la sécurité.

Leur colère est si forte que la philosophe Elisabeth Badinter appelle désormais à défendre la laïcité, « sans avoir peur de se faire traiter d'islamophobe ». Elle reçoit, dans la foulée, l'appui du premier ministre, qui défendait naguère l'interdiction du port du voile à l'université, et se dit désormais partisane d'une « *défense intransigeante* » de la laïcité.

Tant mieux que le débat éclate au grand jour. Il couvait depuis des années et empoisonnait le pays aussi sûrement que celui de l'identité nationale. La présidente du Front national, Marine Le Pen, s'en était emparée et en faisait son moteur.

Simplement, maintenant que tout est sur la table, il faut avoir la force de le maîtriser, et ce n'est pas le meilleur moment, car le pays, au maximum du risque terroriste, est assis sur une poudrière. **Le nombre d'actes antimusulmans a plus que triplé en 2015 . La communauté musulmane se sent stigmatisée. Qu'on la pousse encore et une partie plus importante peut basculer dans l'islamisme radical. ??????????**

C'est la raison pour laquelle M. Bianco appelle inlassablement au dialogue et que Bernard Cazeneuve, le ministre de l'intérieur, adresse, dans *La Croix*, le 18 janvier, une mise en garde à tous ceux qui « voudraient lancer une déclaration de guerre aux religions ». **Mais il manque une voix, celle qui garantit l'unité nationale, celle qui compte. Qu'en pense le président de la République?**

137,96

Le Monde.fr

Jeudi 21 janvier 2016

Matteo Renzi, ou le retour du risque italien

Editorial du «Monde». Depuis deux ans, l'Italie était devenue un modèle. Son premier ministre en bleu-jean, Matteo Renzi, 41 ans, avait donné un coup de jeune au pays. Il l'avait enfin débarrassé du berlusconisme. Et s'était lancé dans de courageuses réformes, qu'il s'agisse de la restriction des pouvoirs du Sénat ou de la réforme du code du travail, érigée en modèle par de nombreux économistes à Paris.

Cela reste vrai, mais la magie Renzi s'estompe. Dans une Europe au plus mal, l'Italie est en réalité d'une grande fragilité. Et les relations du premier ministre avec ses partenaires européens se dégradent dangereusement, comme en témoignent ses récentes déclarations acrimonieuses.

« Il est fini le temps où quelqu'un pouvait imaginer télécommander l'Italie depuis Bruxelles. Nous ne pouvons plus continuer de vivre dans une situation subalterne vis-à-vis de l'Europe et de l'Allemagne. Nous avons accompli nos réformes et nous demandons à tous le respect. »

L'Italie a été trop souvent méprisée. Elle est la deuxième puissance industrielle d'Europe, après l'Allemagne, et a droit au plus grand respect. **Mais le respect n'interdit pas d'exprimer une triple inquiétude. Sur l'euro, sur les réfugiés, sur le populisme.**

Un endettement à hauteur de 135 % du PIB

L'Italie reste une bombe à retardement financière. En dépit de ses efforts, elle est endettée à hauteur de 135% de son produit intérieur brut. **Si elle fait faillite, c'est toute l'Europe qui sombrera.** La Grèce n'aura été qu'une bagatelle. Le problème, c'est que Matteo Renzi ne veut plus faire d'austérité, et invoque, de façon un brin suspecte, l'accueil des migrants pour laisser dériver ses finances. (comme la France !!!!!!!!!!!!!!!)

Surtout, ces revendications surviennent **alors que le système bancaire est affaibli par 200 milliards d'euros de créances douteuses.** Après quatre petites banques renflouées en catastrophe à l'automne, c'est au tour de la banque Monte dei Paschi di Siena de s'effondrer en Bourse. **L'Europe ne peut se permettre une dérive italienne.**

A deux ans des élections, le président du conseil italien ne doit pas céder à la tentation du dénigrement d'une Europe trop mal en point pour supporter les jeux politiques

Le deuxième risque porte sur les migrants. L'Italie a accueilli l'an dernier 9% de réfugiés de moins qu'en 2014, mais le pays reste la deuxième porte d'entrée d'Europe, avec 170 000 réfugiés. Les relations s'enveniment entre Rome et ses partenaires : **le gouvernement Renzi est accusé de ne pas identifier les migrants à leur arrivée en Italie et de les laisser filer par le nord.** Il s'en défend et accuse ses partenaires de ne pas respecter leurs engagements : seuls 250 migrants ont quitté l'Italie en vertu des accords de répartition... sur 40 000 départs promis. **La mise en oeuvre des accords européens est urgente, si l'on veut éviter que l'Italie soit débordée au printemps, lorsque les réfugiés reprendront la mer et que ses voisins - France, Autriche, Slovénie - ne ferment leurs frontières.**

Ces tensions nourrissent un dangereux populisme. Au lendemain du premier tour des régionales en France, en décembre, qui virent la poussée du FN, Matteo Renzi tira le signal d'alarme. *« L'Europe doit changer... Sans une vision stratégique, surtout en matière d'économie et de croissance, les forces populistes vont gagner. »* **Curieusement, M. Renzi jugeait son pays immunisé. Faux.** Après vingt ans de berlusconisme, **l'Italie connaît une double poussée, celle de la Ligue du Nord à l'extrême droite et celle du Mouvement 5 étoiles de Beppe Grillo.** A deux ans des élections, M. Renzi ne doit pas céder à la tentation du dénigrement d'une Europe trop mal en point pour supporter les jeux politiques.

Wieder Lagarde? Lieber nicht.

Christine Lagarde geht für eine weitere Amtszeit an der Spitze des IWF ins Rennen. **Doch wer bewirbt sich da eigentlich um den Chefposten?**

Eine klare Advokatin staatlicher Einmischung in die private Wirtschaft!

22.01.2016, von HEIKE GÖBEL



© REUTERSKandidiert ein weiteres Mal: Christine Lagarde

Christine Lagarde hat ihre Kandidatur für eine zweite Amtszeit an der Spitze des Internationalen Währungsfonds gut vorbereitet. Bevor die Französin ihren Hut nun öffentlich in den Ring warf, **hatten sich der deutsche und britische Finanzminister für sie ausgesprochen**, auf Rückhalt ihres Heimatlandes kann sie ebenfalls zählen, **auch des Wohlwollens der Vereinigten Staaten und selbst der Chinesen scheint sie sich sicher.**



Autorin: Heike Göbel, Verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik, zuständig für „Die Ordnung der Wirtschaft“. Folgen:

Kommt ihr nicht noch eine alte Finanzaffäre juristisch in die Quere, könnten die Schwellenländer wie 2011 das Nachsehen haben: Deren gewachsenes Wirtschaftsgewicht schlägt sich bisher weder in der Machtverteilung im Fonds noch in der Vergabe des Chefpostens nieder, die die Europäer mit Hilfe der Amerikaner als Hauptfinanziers stets unter sich ausgemacht haben.

Lagarde dürfte die Frucht ihres Euro-Engagements ernten. Sie hat dafür gesorgt, dass der IWF zur Rettung Griechenlands seine Regeln überdehnt und mehr Risiko übernommen hat als zulässig. Im Gegenzug müssen sich die Europäer, gerade auch die Deutschen, immer wieder unerbetene Ratschläge anhören.

Lagarde bleibt eine Advokatin staatlicher Einmischung in die private Wirtschaft. Wieder Lagarde? Lieber nicht.

The Problem With “Illiberal Democracy”

By Jan-Werner Mueller. He's Professor of Politics at Princeton University. His most recent book is *Contesting Democracy: Political Ideas in Twentieth-Century Europe*.

Since coming to power in October, Jarosław Kaczyński's Law and Justice party (PiS) has attacked the country's Constitutional Court, politicized the judiciary and the civil service, and launched an assault on media pluralism.

Critics of the PiS government, which is led by Prime Minister Beata Szydło (with Kaczyński, ruling from behind the scenes as he holds no official post), have described its actions as a blitz to [install “illiberal democracy,”](#) similar to what Hungarian Prime Minister Viktor Orbán has done in his country over the past six years. But to call what is being constructed in Poland illiberal democracy is deeply misleading – and in a way that undermines efforts to rein in would-be autocrats like Kaczyński and Orbán. After all, it is not just liberalism that is under attack, but democracy itself.

The concept of “illiberal democracy,” attributable to a 1997 [essay](#) by the American foreign-policy thinker Fareed Zakaria, was an effort to describe regimes that held elections, but did not observe the rule of law and regularly overrode their political systems' constitutional checks and balances. It was an idea born of disillusion. In the heady days after the fall of communism, a kind of democratic ecstasy prevailed (at least in the West). The “end of history” had been achieved, and elections, representative institutions, and the rule of law would, it seemed, always go neatly together.

Soon, however, newly empowered electorates were voting in majorities that used their power to oppress minorities and violate fundamental rights. The implication was clear: Democracy on its own was not enough. Liberalism – the protection of minorities and individual civil liberties – had to be strengthened.

The word “liberalism,” however, does not mean the same thing to all people. In many circles, it came to be used to describe unfettered capitalism and full freedom of choice in personal lifestyles. And it was the alternative meanings that initially allowed politicians like Orbán and the Turkish leader [Recep Tayyip Erdoğan](#) to make the case for a different form of majoritarian democracy.

Erdoğan, emphasizing traditional Islamic morality, started to present himself as a “conservative democrat.” Orbán, in a controversial [speech](#) in 2014, declared his desire to create an “illiberal state.” More recently, during the refugee crisis, Orbán announced the end of the era of what he called “liberal blah blah” and predicted that Europe would come around to his “Christian and national” vision of politics.

To be sure, the phrase “illiberal democracy” is not necessarily a contradiction in terms. Throughout the nineteenth and twentieth century, many European Christian Democrats would have called themselves “illiberal.” In fact, they might have been offended if one questioned their staunch anti-liberalism.

What this did not mean, however, is that they failed to understand and recognize the importance of minority rights in a functioning democracy (after all, minorities can become the majority in the next election). Nor did it mean that they believed unelected institutions like constitutional courts were somehow undemocratic. They associated “liberalism” with individualism, materialism and, very often, atheism; but being anti-liberal did not mean rejecting the importance of rights or independent institutions.

What governments like those in Poland, Hungary, and Turkey are proposing is something very different. It is one thing to criticize materialism, atheism, or even individualism. It is something else altogether to attempt to

limit freedom of speech and assembly, media pluralism, or the protection of minorities. The first is a disagreement about different political philosophies that can justify democracy. The second is an attack on democracy's very foundations.

An election, after all, can be undemocratic even if the ruling party refrains from stuffing ballot boxes. If opposition parties have been hindered in making their case to the electorate, and journalists do not dare to report on the government's failures, the ballot boxes have already been stuffed. It is no accident that many of the democracies that emerged after the fall of communism established constitutional courts to protect rights and preserve pluralism. These institutions ultimately secure and sustain democracy.

As long as critics keep using the phrase "illiberal democracy" to describe what is happening in countries like Poland, leaders like Kaczyński will simply say, "Exactly!" Far from being received as a criticism, the phrase reinforces such leaders' image as opponents of liberalism, while allowing them to continue to refer to their actions as "democratic" – which, for all the disappointments over the last quarter-century, is still the most important prerequisite for inclusion in the geopolitical "West."

Furthermore, the expression "illiberal democracy" confirms the narrative that democracy is the domain of national governments – and that it is the European Union that is pushing undemocratic liberalism. This allows figures like Kaczyński and Orbán to paint the EU as the agent of rampant capitalism and libertine morality.

The fact that Europe's new authoritarians have come to power through free and fair elections does not lend democratic legitimacy to their efforts to transform entire political systems to their own advantage. **Instead of describing them as "illiberal" we should be calling them what they really are: "undemocratic."**

Grenzkontrollen werden teuer

Zehn Milliarden Euro pro Jahr durch Staus und Lagerhaltung: Grenzkontrollen verstopfen „die Lebensader der deutschen Wirtschaft“, die offenen Binnengrenzen.

21.01.2016



© DPAGrenzkontrolle an der österreichisch-deutschen Grenze: Wirtschaftsexperten erwarten hohe Kosten durch Staus.

Dänemark hat sie, Österreich hat sie und vorerst bleibt auch Deutschland bei seinen **Grenzkontrollen**. **Doch nun warnen Vertreter der deutschen Wirtschaft vor den hohen Kosten bei einer Einführung intensiver Grenzkontrollen in Europa.** „**Durch Staus und Wartezeiten, zusätzliche Bürokratie oder die Umstellung von Just-In-Time-Lieferung auf deutlich teurere Lagerhaltung können sich die Kosten für die deutsche Wirtschaft schnell auf zehn Milliarden Euro pro Jahr summieren**“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben, der „Rheinischen Post“.

#DIHK: Grenzkontrollen könnten teuer werden für die deutsche Wirtschaft. #Fluechtlingskrise

Grenzkontrollen verstopfen die „Lebensadern der europäischen Wirtschaft“, die offenen Binnengrenzen.

„**Europa braucht den freien Grenz- und Warenverkehr**“ sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. **„Die Konsequenzen von Behinderungen oder gar geschlossenen Grenzen für die europäische Wirtschaft mit ihrer ausgeklügelten Arbeitsteilung und Logistik sind nicht auszudenken“**, sagte der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH).

Auch der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, warnte vor einer Abschottung der EU-Staaten in der Flüchtlingspolitik. **„Die offenen Binnengrenzen sind die Lebensadern der europäischen Wirtschaft. Die dürfen nicht verstopft werden“**, sagte Hoffmann. **Angesichts der hoch integrierten Wirtschaft in Europa mit Just-in-time-Produktion seien Wartezeiten von fünf, sieben oder neun Stunden an den innereuropäischen Grenzen „Gift“**, sagte der DGB-Chef.

Angesichts der Flüchtlingskrise fordert die CSU verschärfte Grenzkontrollen. Deutschland hatte im September erstmals wieder vorübergehende Grenzkontrollen eingeführt, nachdem über Österreich tausende Flüchtlinge nach Bayern gekommen waren. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte dem Sender MDR Info am Donnerstag, er wolle die Grenzkontrollen über Februar hinaus verlängern. Er sehe keinen Zeitpunkt voraus, an dem die Kontrollen wieder aufgehoben werden könnten.

137,101

Espagne : Rajoy renonce à former un gouvernement pour l'instant

Par Mathilde Golla Publié le 22/01/2016 à 21:46



L'Espagne est en pleine crise politique. En l'absence de majorité, le conservateur et président sortant Mariano Rajoy, a renoncé provisoirement à former un gouvernement. De son côté, le chef du parti de gauche radicale Podemos a proposé d'accomplir cette tâche.

L'Espagne ne parvient pas à se doter d'un gouvernement. De fait, après **les élections législatives du 20 décembre**, aucune majorité claire ne s'est dégagée au Parlement espagnol. En principe, Mariano Rajoy, en tant que **chef du parti ayant recueilli le plus de voix**, pouvait espérer prendre la tête du nouveau gouvernement. Mais le conservateur qui tentait depuis plusieurs semaines de former une nouvelle équipe a préféré renoncer à demander la confiance du Parlement.

De fait, il s'est dit pratiquement certain de ne pas obtenir l'aval des députés. Le chef de parti a toutefois indiqué qu'il restait candidat à sa propre succession et qu'il va poursuivre les discussions avec les autres partis pour trouver une majorité. «Je suis toujours candidat (au poste de président du gouvernement) mais je ne peux pas me présenter maintenant parce que je ne dispose pas du soutien nécessaire», a-t-il dit lors d'une conférence de presse.

Le roi Felipe VI a mené vendredi des consultations avec les différents partis avant de désigner un candidat pour former un gouvernement. A l'issue de son entretien avec le souverain, le dirigeant conservateur a déclaré qu'il n'était pas actuellement en mesure de demander la confiance du Parlement. Le souverain aura la semaine prochaine de nouveaux entretiens sur la formation du gouvernement.

Un rassemblement de la gauche

De son côté, la gauche, tente de s'organiser pour prendre les rênes du pays. Le numéro un du parti de la gauche radicale Podemos, Pablo Iglesias, s'est dit prêt à participer à un gouvernement d'union de la gauche. «J'ai dit (au roi) que nous étions prêts à former un gouvernement d'alternance avec les socialistes et Izquierda Unida (ex-communistes)», a-t-il déclaré, ajoutant qu'il briguerait le poste de vice-premier ministre. «L'Espagne ne peut pas se permettre d'attendre Rajoy», a ajouté le leader du mouvement anti-austérité arrivé troisième aux élections législatives. «Nous allons discuter de gouvernement, d'équipes et de tâches à mener (avec les socialistes) et nous discuterons sans ligne rouge».

Parallèlement, Pedro Sanchez, le dirigeant du Parti socialiste (Psoe), a refusé l'idée d'une grande coalition droite-gauche à l'allemande et s'est dit favorable à un rassemblement des forces de gauche. Selon lui, «les électeurs socialistes ne comprendraient pas que Pablo Iglesias et moi ne tentions pas de nous entendre. Le Parti socialiste fera ce qui est nécessaire pour former un gouvernement de changement, progressiste et réformiste», a-t-il dit après sa rencontre avec le roi.

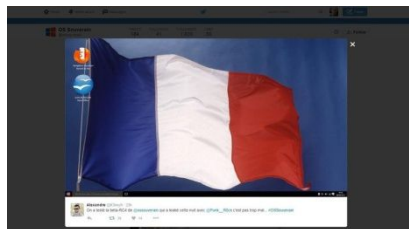
Les anciens communistes d'Izquierda Unida ont annoncé qu'ils étaient prêts à se joindre à une coalition de gauche. Le Psoe, Podemos et Unida comptent ensemble 161 sièges sur les 350 du Parlement, ce qui ne leur assure donc pas une majorité absolue. Pour franchir barre des 176 élus, il leur faudrait composer avec les formations régionalistes du Pays basque et de Catalogne. Les positions de ces partis politiques pourraient ainsi être au centre des débats politiques en Espagne.

137,102

Les députés votent en faveur d'un Windows à la française

Par Benjamin Ferran

Publié le 22/01/2016 à 17:33



Un amendement au projet de loi pour une République numérique, adopté mercredi, pourrait conduire à la mise en place d'un «système d'exploitation souverain», objet de sarcasmes.

Windows, Mac OS, Linux et pourquoi pas un jour «France OS»? À l'Assemblée nationale mercredi soir, les députés ont adopté une surprenante disposition qui pourrait conduire à la création d'un système d'exploitation national pour les citoyens et les entreprises.

Cette idée a pris germe par surprise la semaine dernière en plein cœur des débats sur le projet de loi pour une République numérique. La députée socialiste Delphine Batho a fait adopter en commission des Lois **un amendement** par lequel les députés demandent au gouvernement de lui remettre dans les trois prochains mois «un rapport sur la possibilité de créer un Commissariat à la souveraineté numérique rattaché aux services du Premier ministre». Parmi les travaux dévolus à cette nouvelle institution figure en toutes lettres l'éventuelle «mise en place d'un système d'exploitation souverain».

Pour Delphine Batho, le développement d'un système d'exploitation franco-français permettrait à la France de défendre sa souveraineté numérique. «Le cyberspace est dominé par des oligopoles soumis à un droit étranger, à une souveraineté étrangère», a dit la députée des Deux-Sèvres à l'Assemblée, rejoignant une cohorte d'accusations portées contre les «géants du Web». Les révélations sur l'espionnage de masse mené par les États-Unis, ainsi que les découvertes de portes dérobées dans des équipements de réseau, ont montré à quel point les logiciels et les matériels pouvaient être perméables aux intérêts des États. La députée socialiste reprend les idées de Pierre Bellanger, fondateur de la radio Skyrock, cité dans son amendement. Elles avaient déjà été portées en son temps par Arnaud Montebourg, ministre du Redressement productif.

«L'idée d'un OS Souverain est ridicule»

Les débats à l'Assemblée nationale autour de l'«OS souverain» ont été accueillis par un déferlement de moqueries et de sarcasmes. La France du Minitel, du plan Calcul, du cloud souverain et du moteur de recherche Quaero se pique à nouveau d'indépendance technologique, a-t-on rappelé ici ou là. Le projet d'«OS souverain» a été comparé au système d'exploitation national développé en Corée du Nord, ou à un projet de développement similaire en Russie. Un compte parodique **@OSSouverain**, imaginant les fonctions et les bugs dont pourrait souffrir ce logiciel bien français, a été créé sur Twitter. «L'idée d'un OS Souverain est ridicule et ne fait que révéler l'incompétence de ses initiateurs», a commenté Gilles Babinet, ambassadeur numérique de la France à Bruxelles.

La secrétaire d'État chargée du Numérique, Axelle Lemaire, a tempéré les ardeurs des députés. «Je ne crois pas à la possibilité d'un système d'exploitation souverain, qui serait peu opérant», a-t-elle dit durant les débats. Il faut avoir des connaissances bien sommaires du marché informatique pour penser que la France va pouvoir concevoir et encher un système d'exploitation pour PC, tablette ou smartphone, puis convaincre les entreprises et les particuliers de l'adopter. Axelle Lemaire n'a toutefois pas écarté la réflexion plus large sur la souveraineté numérique souhaitée par Delphine Batho. «Qui dit souveraineté numérique dit aussi cyberdéfense, sécurité des systèmes d'information, sécurité des opérateurs d'importance vitale, protection des données personnelles et souveraineté sur celles-ci, citoyenneté numérique, etc - la liste des sujets couverts est potentiellement longue», a expliqué la secrétaire d'État. Ce qui laisse toujours la porte ouverte à cet «OS souverain».

La proposition de développer un système d'exploitation spécialisé, pour équiper des infrastructures françaises «d'importance vitale», pourrait recouvrir un certain intérêt, si elle vise à protéger les intérêts de la France et reste confinée à des secteurs spécialisés. Comme le souligne le site **Numerama**, un projet d'OS souverain dédié aux administrations existe d'ailleurs déjà. Porté par l'Agence nationale de la sécurité des systèmes d'information, fondé sur un noyau Linux et **baptisé CLIP**, il est supposé être plus résistant contre les attaques informatiques, l'une des préoccupations des députés qui ont voté l'amendement de Delphine Batho. Il reviendra à ce futur Commissariat à la souveraineté numérique de décider de son sort.

Migrants : Merkel rejoue la carte turque

Par Nicolas Barotte

Publié le 22/01/2016 à 19:10

Débordé par l'afflux de réfugiés, Berlin promet de nouveau 3 milliards et des visas de l'Europe à Ankara.

En première ligne dans la crise des réfugiés, Angela Merkel n'a pas pour autant «l'impression d'être seule». «En tout cas pas en ce moment», a-t-elle éludé, en répondant à la question d'un journaliste. À côté d'elle, le premier ministre turc, Ahmet Davutoglu, acquiesce: «L'Allemagne et Angela Merkel ne sont pas seules.»

Mais à l'issue des premières consultations gouvernementales germano-turques qui se sont tenues vendredi à Berlin sur fond de crise migratoire brûlante, il semble bien que la chancelière soit plus que jamais en difficulté. «Je sais que beaucoup de citoyens se demandent comment les choses vont continuer», a-t-elle reconnu, en promettant d'avancer «pas à pas» vers une solution.

Dans leur communiqué commun, **Berlin et Ankara assurent que la Turquie «va tout faire pour réduire le nombre de réfugiés» qui veulent rejoindre l'Europe.** «Les deux gouvernements considèrent les migrations irrégulières dans la région comme une menace pour la stabilité régionale et qu'elles doivent être traitées dans la plus grande urgence», selon **le texte germano-turc, qui plaide pour un «partage du fardeau».** Il n'en demeure pas moins que, **malgré l'hiver, il est arrivé encore depuis le début de l'année 3500 personnes par jour en Allemagne, soit trois fois plus qu'en janvier 2015.**

Quelles que soient leurs différences, **Ahmet Davutoglu et Angela Merkel ont un intérêt commun: faire progresser les négociations entre la Turquie et l'Europe sur la question des réfugiés.** **L'accord, conclu en novembre, peine toutefois à devenir réalité.** La chancelière allemande a promis, comme si elle brandissait une menace, «de faire un bilan» lors du prochain sommet européen, le 18 février. **Fidèle à sa position, elle a toutefois mis en garde contre «des solutions nationales» à la crise migratoire qui «ne résoudre rien».**

La chancelière veut réduire le flux à son origine. La Turquie compte sur son sol environ 2,5 millions de réfugiés syriens. Leurs conditions de vie se dégradent. À Berlin, en coulisses, il a été question d'argent. L'Europe a promis 3 milliards d'euros d'aide à la Turquie. Angela Merkel a une nouvelle fois «assuré» que la somme serait versée, même si le flou demeure sur qui paiera combien en Europe, et quels «projets» seront financés. Mais ce n'est pas le seul enjeu pour Ankara. «Nous ne quémardons pas», a précisé Ahmet Davutoglu à l'agence DPA. «S'il y a une volonté sérieuse de partager le fardeau, alors nous devons nous asseoir et parler de tous les détails de la crise.»

Sur les détails, Angela Merkel et Ahmet Davutoglu sont demeurés aussi flous que possible, en se contentant d'annoncer «la poursuite des discussions». **Le temps presse pourtant. La chancelière allemande voudrait transformer une part du flux des réfugiés en immigration légale. Mais elle se heurte à l'opposition d'une majorité de pays européens, qui refusent d'entendre parler de contingents.** Pour fixer les Syriens en Turquie, elle s'est félicitée que le gouvernement turc ait décidé d'accorder des autorisations de travail aux réfugiés.

Reçu avec tous les honneurs à Berlin, le premier ministre turc cherche aussi à obtenir un brevet de respectabilité de la part de l'Europe. **Angela Merkel et Ahmet Davutoglu ont notamment convenu de faire avancer les discussions «pour lever l'obligation des visas pour les citoyens tures dans l'espace Schengen d'ici à octobre 2016».** C'est une vieille exigence d'Ankara, brandie désormais comme une contrepartie. Mais pour obtenir l'aide de la Turquie dans la crise des réfugiés, Angela Merkel est prête à aller loin.

137,104

EUROPE

Spain's Acting Prime Minister Declines Invitation to Form Government

By RAPHAEL MINDERJAN. 22, 2016

MADRID — [Spain](#)'s acting prime minister, Mariano Rajoy, on Friday turned down an invitation by King Felipe VI to try to form a new government, prolonging the country's political deadlock after inconclusive elections in December.

Mr. Rajoy said at a news conference that he wanted to remain as the head of the next government, but that “at this time I am not in a condition to do so,” because his conservative Popular Party lacks the required support in Parliament.

Mr. Rajoy's decision came at the end of an unfruitful week of consultations between the monarch and the leaders of Spain's main parties. It means that King Felipe will have to begin a second round of consultations, starting next Wednesday. The monarch, who has to nominate a politician to form a government, is now expected to call instead upon the leader of the main opposition Socialist party, Pedro Sánchez, to try to form a left-wing governing coalition.

Mr. Sánchez also faces an uphill struggle to secure a parliamentary majority, but he was presented with an unexpected opening on Friday from Pablo Iglesias, leader of the upstart Podemos Party, who said that he could envisage a Socialist-led coalition in which he could serve as deputy premier to Mr. Sánchez. “If the Socialist party wants, there could be a government of change,” Mr. Iglesias said.

Still, Mr. Sánchez would first need to convince other heavyweights within his own party that an alliance with Podemos would not end up backfiring for the Socialists by raising instead the legitimacy of Podemos as a party able to govern Spain. Furthermore, an alliance between the Socialists and Podemos would in itself not be sufficient to win a parliamentary vote and would also require the backing of other smaller parties.

Spain entered a period of political uncertainty and party fragmentation after December elections in which Mr. Rajoy's Popular Party won the most seats but lost its parliamentary majority. The Socialists came in a relatively distant second, ahead of Podemos. A fourth emerging party, Citizens, fell short of the result that polls had anticipated, but still won enough seats to play an important role in the formation of Spain's next government.

The negotiations are also complicated by divergences over Catalonia, where a newly formed separatist regional government is pushing ahead with plans to set up an independent nation within 18 months.

Citizens was founded as a Catalan party fiercely opposed to secession. Podemos, on the other hand, won the most votes in Catalonia in December after promising to hold a Catalan independence referendum if it gained power in Madrid.

Mr. Rajoy's announcement on Friday came only a day after the prime minister had instead argued that he should be allowed by King Felipe to form the next government. But the decision, he insisted, should not be interpreted as a sign that he was considering making way for another candidate. “**I have not said no to my appointment,**” Mr. Rajoy said during the news conference.

137,105

Investing in 2016: 'The Only Winning Move Is Not to Play the Game'

From Davos, investors say the world's central banks need to step back and stop distorting markets

By DENNIS K. BERMAN

Jan. 22, 2016 1:05 p.m. ET

The world's central banks can't save us anymore. That was the message from some of the world's most prominent investors at the World Economic Forum in Davos, Switzerland, on Friday.

Their mood here was irritated, bordering on affronted, with what they say has been central-bank intervention that has gone on too long. From this anecdotal sampling, at least, that has created growing distortions in nearly all asset prices—from stocks to bonds to real estate.

Each was resistant to putting on fresh positions and expected asset prices to head downward. **In short, they say, the only winning move is not to play the game.**

"The trade now is to hold as much cash as possible," said Nikhil Srinivasan, chief investment officer for Generali, a European insurer with \$480 billion in assets. **"Equity markets could go down 15% to 20%."**

From Mr. Srinivasan's view, **there isn't an existential worry about financial assets. It's just that they are priced too high.**

He said the central banks in the U.S. and Europe have done all that is possible, bringing rates to historic lows, and in Europe weakening the Euro to help sustain exports. Markets need to "stop expecting miracles," he said, "now it's time for the fiscal side to do its job."

The sentiment was the same for Axel Weber, the chairman of UBS AG. He said in a panel at Davos that:

There may be no limit to what the ECB is willing to do but there is a very clear limit to what QE can and will achieve.

Axel Weber, UBS AG Chairman

"There may be no limit to what the ECB is willing to do but there is a very clear limit to what QE can and will achieve," he said, referring to the European Central Bank. **"The problem is that monetary policy has largely run its course."**

Elliott Management chief **Paul Singer**, who runs a \$26 billion hedge fund, said, **"If central banks double down on their policies of QE, ZIRP and NIRP, it could cause a loss of confidence in central bankers, paper money in general, or one or more currencies, and lead to a collapse in bonds and stock prices."**

Added one other CEO of a major global financial firm: **"The sickness is not inflation, it's the mispricing of assets."**

The realization that Western economies will be growing slowly—and there was little that the central banks may do to aid—put financial executives here in something of a stupor.

The Netherlands, for instance, is experiencing negative interest rates.

“We have limited opportunities to lend on the other side” of customer deposits because of those negative yields, said Ralph Hamers, the chairman of Dutch bank ING NV. **“The only thing we can do is extend credit we would normally not do, and that leads to an accident waiting to happen.”**

For Mr. Hamers and others, a shift in sentiment seemed to be taking hold. **Annual growth of the old order—3% to 4% for the U.S. and other Western economies, is far away. Absent structural changes led by governments, there was little reason to be cheered.**

“There may be a paradigm shift we have to accept with demographics in Europe: It's not that bad to have zero-percent inflation. We were preoccupied with 2% inflation, but just because it's been that way for 40 to 50 years doesn't mean it has to remain that way,” Mr. Hamers said.

For him, “we call it the new abnormal and we better get used to it.”

The same thought came from the financial-company CEO who asked not to be named. **“We plan our future with the Japanese environment in mind. That is our base scenario.”**

Draghi Sees Major Central Banks Pursuing Divergent Monetary Policies 'For a While'

U.S. recovery is more advanced than what is happening in euro area and Japan, ECB president says

By **TOM FAIRLESS**

Updated Jan. 22, 2016 10:52 a.m. ET

Major central banks will pursue divergent monetary policies “for a while,” ECB President Mario Draghi said, underlining the bank’s willingness to provide additional stimulus if needed.

European Central Bank President [Mario Draghi](#) said Friday that major central banks would pursue divergent policies for some time, underlining [the ECB's](#) readiness to provide additional stimulus to the euro area economy even after the [Federal Reserve](#) began raising interest rates last month.

“It’s entirely natural that monetary policies do differ and they will be on a diverging path for a while, and this will be reflected in different interest rates,” Mr. Draghi said.

The comments, at the [World Economic Forum](#) in Davos, Switzerland, come a day after Mr. Draghi sent a strong signal that [the ECB](#) is prepared to launch additional monetary stimulus in March in order to combat [stubbornly low inflation](#).

They highlight the challenges that major central banks face as they take different paths to meet their inflation targets amid turbulence in emerging markets and slumping oil prices.

Mr. Draghi said the [Federal Reserve's](#) [decision to hike rates in December](#) was appropriate given the “more advanced” economic recovery across the Atlantic, and “flawlessly executed.”

But he reiterated his concerns over ultra-low inflation in the euro zone.

“On the growth, on the output side, I don’t see any reason to think that perspectives have changed,” Mr. Draghi said. “But on inflation things are different. Certainly the situation gives less reason to be optimistic for the time being.”

Data published Friday backed up those concerns. A regular survey of professional economic forecasters, published by [the ECB](#) on Friday, showed a significant [downward revision in their expectations](#) for inflation in 2016. The forecasters now see inflation at just 0.7% this year, down from a previous estimate of 1.0%. [The ECB](#) is tasked with keeping inflation just below 2% over the medium term.

Meanwhile surveys of purchasing managers published Friday [suggested that the eurozone economy got off to a slow start in the new year](#). A headline measure of activity based on surveys of 5,000 companies across the bloc fell to an 11-month low in January, data provider Markit said.

“This adds more pressure to [the ECB](#) to follow up on its latest hints with action in March,” said Jack Allen, an economist with [Capital Economics](#) in London.

Several members of [the ECB's](#) 25-strong governing council spoke out on Friday in support of considering additional stimulus.

[Ewald Nowotny](#), the head of [Austria's central bank](#), told reporters in Vienna that [the ECB's](#) Governing Council was “[unanimous about looking at the situation again in March](#).”

He declined to speculate as to whether some members might oppose taking further action. Previous major [ECB](#) decisions to ease policy have faced some opposition, including the move last March to buy €60 billion of mostly government bonds each month, and a decision in December to extend that program.

Also at Davos, [ECB](#) executive board member Benoit Coeure said [the ECB's](#) bond-purchase program, known as Quantitative Easing, had been “[extremely effective](#)” at lowering the cost of borrowing in the euro area.

Under its QE program, launched in March last year, the ECB is purchasing about €60 billion a month in mostly government bonds using newly created money, in hopes of boosting lending and spending.

“We've not given up" on the ECB's inflation target of just below 2%, Mr. Coeure said, echoing Mr. Draghi. “We stand ready to reconsider our monetary policy stance next month.”

His comments prompted a back-and-forth with former Bundesbank President Axel Weber, a fellow panelist, who left the German central bank in early 2011 following a disagreement over the ECB's plans to buy government bonds

Mr. Weber, who is now Chairman of UBS AG, said that additional easing by the ECB would be less effective than it had been in the past at driving down borrowing costs, and might even increase the cost of borrowing.

“The side effects of this medicine, the longer it has been applied, are becoming stronger and stronger, and the curative effects of this medication [are] becoming weaker and weaker," Mr. Weber said. “I'm quite sure banks will find it more difficult in this environment to do normal business.”

Mr. Coeure said he agreed with Mr. Weber's general assessment, but that it was up to other authorities to guard against such risks.

“We need good structural policies, we need coordinated investment policies, and that's becoming more urgent by the day," Mr. Coeure said.

"Wer dem IS folgt, ist vor allem ein Loser"

Für das Pentagon hat der Bayreuther Forscher Johannes Siebert untersucht, was die Terrormiliz Islamischer Staat für Anhänger attraktiv macht. Dabei ist er über einen unterschätzten Aspekt gestolpert.

Von Anja-Maria Meister

"Wer die Ziele des Gegners kennt, kann ihn besser bekämpfen", sagt der Bayreuther Wissenschaftler Johannes Siebert. Er hat als einziger Deutscher mit US-Kollegen im Auftrag des Pentagons, des US-Verteidigungsministeriums, untersucht, welche Ziele die Terrormiliz [Islamischer Staat](#) (IS) und seine Anhänger verfolgen. Und dabei einen völlig unterschätzten Aspekt herausgearbeitet.

Die Welt: Herr Siebert, wie kommt man vom Lehrstuhl für Produktionswirtschaft und Industriebetriebslehre in Bayreuth zur Forschung im Auftrag des Pentagons?



Foto: privat Der Wirtschaftswissenschaftler Johannes Siebert von der Universität Bayreuth hat sich auf Entscheidungstheorie spezialisiert. Dabei untersucht er, wie Führungskräfte ihre Ziele erreichen – mit seinem Fachwissen hat er untersucht, welche Ziele die Anführer und Anhänger des "Islamischen Staats" verfolgen

Johannes Sieber

Berater und Wissenschaftler

Johannes Siebert: Ich habe mich auf die Entscheidungstheorie spezialisiert. Da untersuche ich normalerweise, wie Führungskräfte Entscheidungen treffen, indem ich ihre Ziele identifiziere und strukturiere. Als der IS zu wüten begann, fragte ich mich, ob mein Fachwissen helfen könnte, den IS zu bekämpfen. Am CREATE, dem Center for Risk and Economic Analysis of Terrorism Events der University of Southern California, gibt es diese Möglichkeit. Dort wird das Know-how von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen – Sozial- und Ingenieurwissenschaften, Ökonomie und Informatik – zusammengeführt, um den Schutz der Zivilbevölkerung vor terroristischen Angriffen zu erhöhen. Und zufällig hat CREATE an meinem ersten Arbeitstag vom Oberkommandierenden der US-Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten den Auftrag erhalten, herauszufinden, warum der IS so attraktiv für seine Anhänger ist, welche Ziele die Anführer, die Organisation und die Anhänger verfolgen.

Die Welt: Welcher Gedanke steckt dahinter?

Johannes Siebert: Man kann nur geeignete Gegenmaßnahmen identifizieren, wenn man weiß, was der andere möchte.

Die Welt: Und was haben Sie herausgefunden, was sind die Ziele des IS?

Johannes Siebert: Da ist die Staatsgründung und -erhaltung, also das Einrichten eines Kalifats in Syrien und im Irak. Das ist das militärische Ziel. Und das religiöse heißt: den [sunnitischen](#) Islam zu verbreiten. Es geht hier also nicht nur um eine Sekte, die eine Religion missbraucht, sondern tatsächlich um eine Organisation, die einen Führungsanspruch territorial erhebt. Zur Durchsetzung dieser Ziele müssen andere, weitere Ziele erreicht werden, also: Geld und Anhänger generieren und die sogenannten "Ungläubigen" töten.

Die Welt: Das ist ja aber nicht neu, dass die IS-Kämpfer das alles wollen.

Johannes Siebert: Aber es hat einen wichtigen Aspekt für die Gegenmaßnahmen: Wer eine Sekte führt, hat weniger Chancen, Unterstützer zu finden. Wer einen Staat vertritt, ist attraktiver, der kann viel eher Sponsoren gewinnen, also auch Geld bekommen, um seinen Terror zu finanzieren. Also ist die klare Herausforderung, "die wollen ein staatsähnliches Gebilde" gründen. Das ist immens wichtig, um potenzielle Geldgeber von der Unterstützung abzuhalten oder Geldströme unter die Lupe zu nehmen.

Die Welt: Welche Daten und Quellen haben Sie bei Ihrer Arbeit ausgewertet?

Johannes Siebert: Mein Kollege wertete standardisierte Interviews aus, die das Pentagon für diese Studie mit 59 vornehmlich schiitischen Experten führen ließ. Die waren geheimdienstlich klassifiziert, die durfte ich gar nicht sehen. Ich wertete alles aus, was zu dem Zeitpunkt für mich aus öffentlichen Quellen zugänglich war und Relevanz hatte. Allem voran die Reden der beiden [Führungsfiguren](#) des IS, Abu Bakr al-Baghdadi und Abu Mohamed al-Adnani. Die ziehen wie Manager knallhart ihre Ziele durch. Und ich stellte sehr bald fest, dass es sich nicht nur um [religiöse](#) Fanatiker und Verrückte handelt, die diesen beiden Wortführern nach Syrien folgen.

Die Welt: Sondern?

Johannes Siebert: Wer dem IS folgt, ist, so er aus Zentraleuropa stammt, vor allem ein Loser, fühlt sich ausgeschlossen, hat hier keine Perspektiven. Er geht zum IS, weil er dort Macht ausüben, Zugehörigkeit fühlen, das Selbstwertgefühl stärken will. Es gibt religiöse Ziele: spirituelle Erlebnisse, den reinen Koran leben, für Gott kämpfen. Wir haben außerdem – und das wird hierzulande und auch in den USA bisher nicht ausreichend beachtet – Anhänger mit humanitären Zielen: den Krieg in Syrien beenden, die Unterdrückung durch die Schiiten beenden. Es sind nicht nur religiös fanatisierte [Bombenleger](#). Es sind auch junge Ärzte und Anwälte dabei. Aber die werden meist enttäuscht und kehren nicht selten traumatisiert zurück.

Die Welt: Was bedeutet das konkret für den Kampf gegen den IS?

Johannes Siebert: In den 59 Experteninterviews fand sich, wenn überhaupt, nur sehr wenig dazu. Das lag daran, dass fast alle muslimischen Experten Schiiten waren. Für die Entwicklung von Gegenmaßnahmen ist dieser Unterschied aber von erheblicher Bedeutung. Beispielsweise kann hier Aufklärung darüber, wie der IS tatsächlich agiert und auch seine Rekruten behandelt, verhindern, dass Personen zu Anhängern werden. Und noch mehr: Wir können versuchen, frustrierte Heimkehrer, die sich vom IS [losgesagt](#) haben, aktiv in die Aufklärung über die Taten des IS in unserer Bevölkerung und insbesondere bei potenziellen Anhängern einzubeziehen.

Die Welt: Hätte man die Attentatsserie in [Paris](#) mit Ihren Erkenntnissen verhindern können?

Johannes Siebert: Ich finde es immer schwierig, im Nachhinein so etwas zu sagen. Ein Jahr später ist man immer schlauer. Aber langfristig helfen unsere Erkenntnisse, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Bevölkerung besser geschützt werden kann. Und vor allem: Wenn wir die Ziele kennen, können wir verhindern, dass der IS diese Ziele erreicht.

Die Welt: Ziehen Sie aus Ihren Auswertungen Schlüsse für die deutsche Politik?

Johannes Siebert: Für mich persönlich bedeutet das jetzt, nach Paris, dass die Ressourcen für Terror in Europa vorhanden sind und dass [Deutschland](#) sicherlich auch in den Fokus der Terroristen gerückt ist. Ich sehe aber auch einen Bezugspunkt zur Flüchtlingssituation.

Die Welt: Weil Terroristen sich unter die Flüchtlinge mischen?

Johannes Siebert: Nein, ich will auf die Entscheidungstheorie hinaus: Wir müssen uns erst einmal klar werden, welche Ziele verfolgen wir als [Gesellschaft](#)? Und wie erreichen wir die? Unter welchen Bedingungen? Gibt es Alternativen? Und dann sollten wir fragen: Welche Ziele haben die Flüchtlinge in Bezug auf ihr eigenes Leben in Deutschland, beispielsweise in Bezug auf Bildung oder Erziehung von Kindern? Mit diesen Erkenntnissen können wir dann konstruktiv Maßnahmen erarbeiten, mit denen wir unsere Ziele erreichen können. Darüber sollten wir uns unterhalten, nicht über Zahlengrenzen. Wenn wir nämlich weder die Ziele unserer Gesellschaft im Umgang mit Flüchtlingen noch deren Ziele berücksichtigen, dann wird die gegenwärtige Zuwanderung möglicherweise zu einem Problem werden.

137,111

VIDEO

Ist das noch Europa? Unterwegs im "Jungle" von Calais

Kaum zu glauben, dass dieses Slum mitten in Europa liegt: In Calais leben Tausende Flüchtling in einer Zeltstadt mit Restaurants, Kirchen und Friseuren. Erleben Sie diesen "Dschungel" - in 360°.

"Ich glaube nicht, dass wir hier in Europa sind. Denn wie wir hier leben, das ist genauso wie in Afrika", sagt Mohammed, der aus Darfur geflohen ist. Mit Tausenden anderen Flüchtlingen lebt er in einem riesigen Camp in Calais und hofft darauf, einen Weg nach England zu finden. Die Zeltstadt ist ein Slum, mitten in Europa. Machen Sie sich selbst ein Bild vom Leben im "Dschungel", wie das Camp genannt wird - in dieser 360°-Videoreportage.

<http://www.welt.de/politik/ausland/article151338733/Warum-Merkel-in-Bruessel-nicht-viel-ausrichten-kann.html>

137,112

Warum Merkel in Brüssel nicht viel ausrichten kann

Highnoon in Brüssel: Die EU hat viele Ideen, wie die Flüchtlingskrise zu lösen wäre – nur mitmachen will lieber niemand. Statt Pioniergeist gibt es vor allem Zorn und Häme gegen Deutschland.

23. Januar Von Christoph B. Schiltz, Brüssel

Nachdem Österreich eine Obergrenze für Flüchtlinge beschlossen hat, ziehen auch andere Länder der Balkanroute nach: Sie wollen nur noch Flüchtlinge passieren lassen, die als Ziel Deutschland oder Österreich angeben. Quelle: Die Welt

Sie ähneln einem alten Ehepaar, in ihrer Beziehung geht es mal aufwärts, mal abwärts. Im Moment passt kein Blatt zwischen Angela Merkel und Jean-Claude Juncker. Vor gut einer Woche besuchte der Chef der EU-Kommission die Kanzlerin in Berlin. Er erklärte ihr haarklein, was Brüssel alles tut, damit die Registrierungszentren für [Flüchtlinge](#) in Griechenland endlich funktionieren.

Die Kanzlerin hörte gespannt zu – und sicherte dem Luxemburger volle Unterstützung in der Flüchtlingspolitik zu. "Wir müssen das schaffen", sagte Juncker. Das Gespräch mit Merkel machte Juncker Mut. Er kann in der Flüchtlingskrise weiter auf die Kanzlerin zählen.

Aber wie lange noch? In den ersten 17 Tagen dieses Jahres sind nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) bereits mehr als 30.000 Migranten aus der Türkei nach Griechenland gekommen – trotz schlechten Wetters.

Seit Monaten versuchen die Europäer die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Es gibt viele gute Rezepte aus Brüssel – aber die meisten Mitgliedsländer wollen nicht mitziehen.

Sie fürchten zu Hause hohe Kosten, weniger Sicherheit und kulturelle Spannungen, wenn die Flüchtlinge erst einmal im Land sind. Griechenland wiederum pocht auf nationale Souveränität und will sich beim Schutz seiner Grenzen nicht so richtig helfen lassen.

Die Folge: Eine Sicherung der EU-Außengrenzen, eine ordnungsgemäße Registrierung der Migranten in so genannten Hotspots, ausreichende Aufnahmeplätze und eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf 28 EU-Staaten – alles Fehlanzeige.

Dringend gesucht: Pioniergeist

Unordnung überall. Juncker spricht von "Polykrise" und fordert den "Pioniergeist" aus den frühen Tagen Europas zurück. Inzwischen haben Ultimaten Hochkonjunktur. "Wir haben nur zwei Monate, um die Dinge in den Griff zu bekommen", sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte spricht von "sechs bis acht Wochen".

Highnoon in Brüssel. Alle wissen: Wenn sich das Wetter im März wieder bessert und dann noch mehr Flüchtlinge kommen, muss eine Lösung gefunden sein.

Die Flüchtlinge sollen europäischen Boden möglichst nicht erreichen. Wenn sie es doch schaffen, müssen sie fair verteilt und ordentlich registriert werden.

Der EU-Gipfel Mitte Februar soll die Wende einläuten. "Dann wird der Handlungsdruck so groß sein, dass etwas in Richtung einer europäischen Lösung der Flüchtlingskrise passieren wird", sagt ein langjähriger EU-Diplomat. Das sind jedenfalls die Hoffnungen in der Brüsseler Galerie.

Es spricht aber wenig dafür. Der "Leidensdruck" der Europäer, wie [Österreichs](#) Außenminister Sebastian Kurz es beschreibt, scheint immer noch nicht groß genug zu sein.

Auch Kanzlerin Merkel kann – ganz anders als in der Griechenland Krise – nicht viel ausrichten. Sie ist im Kreis der EU-Regierungschefs [weitgehend isoliert](#). Das hat mehrere Gründe.

Anders als in der Eurokrise kann sie keine Milliarden-Hilfen verteilen. Sie ist nicht mehr die unumstrittene Nummer 1 in Europa. Hinzu kommt, dass viele EU-Staaten Merkel immer noch ihre Härte gegenüber Griechenland ankreiden, weil sie einen strikten Reformkurs von Athen verlangte. "Jetzt spürt die deutsche Kanzlerin, was es heißt, wenn andere unsolidarisch sind", sagt ein Vertreter eines südlichen EU-Landes.

Häme über deutsche Willkommenskultur

Es ist viel Häme im Spiel, aber auch Zorn. Das gilt auch für die deutsche "Willkommenskultur". Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico sagte in Anspielung auf die Ereignisse in der Silvesternacht: "Wir wollen nicht, dass in der Slowakei etwas Ähnliches wie in Köln passiert".

Sollten sich die EU-Regierungen nicht bald einigen, wird das Europa im Mark treffen. Spitzenpolitiker malen düstere Bilder. "Die Europäische Union kann auseinanderbrechen. Das kann unheimlich schnell gehen", sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Dieses Szenario ist unrealistisch, es soll lediglich politischen Druck aufbauen.

Was wirklich droht, ist aber schon schlimm genug. Sollten die Flüchtlingszahlen im Frühjahr nicht spürbar sinken, dann wird Schengen teilweise ausgesetzt – will heißen, der grenzenlose Reiseverkehr für Griechenland vorübergehend aufgehoben.

Die Europäer sehen in der Unfähigkeit der griechischen Behörden zur Sicherung der EU-Außengrenzen einen Hauptgrund der Misere. Sie werfen dem Land massive Verletzungen der Schengen-Regeln vor. Mit der Folge, dass Slowenien und Kroatien einspringen müssen und faktisch die EU-Außengrenze schützen.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Mazedonien, Kroatien und Slowenien in der Folge nichts anderes übrig bleibt, als die eigenen Grenzen dauerhaft mit gigantischen Zäunen zu schließen. Es kommt zu einem Domino-Effekt auf dem Balkan.

"Es kann sein, dass sich dann Hunderttausende Menschen vor den Grenzen stauen und jedes Land nur noch um sich selbst kümmert", sagt die CSU-Innenexpertin im EU-Parlament, Monika Hohlmeier. "Das kann bei den historischen Spannungen in der Region eine explosive Mischung werden."

Das Risiko sei unkalkulierbar, heißt es in Brüsseler Diplomatenkreisen. Gleichzeitig werden Schlepperbanden auf dem Westbalkan wieder Hochkonjunktur haben. Sie dürften beispielsweise versuchen, die Flüchtlinge über das Kosovo zu schleusen.

Griechenland könnte zum Flüchtlingsdepot werden

Für Griechenland wären diese Entwicklungen dramatisch. Das Land würde zum "Depot für Flüchtlinge", wie es ein hoher Beamter der EU-Kommission kürzlich ausdrückte. Das kann im schlimmsten Fall zum Zusammenbruch des ohnehin fragilen Griechenlands führen – ein ungeheures Risiko für die Europäische Union.

Parallel zum Rückstau auf dem Balkan werden die Flüchtlinge dann wieder verstärkt versuchen, über Libyen auf dem Wasserwege nach Italien zu gelangen. Rom plant jetzt schon vorsorglich neue Aufnahmezentren. Gleichzeitig dürfte der Druck auf Bulgarien steigen. Je nachdem wie gut es Bulgarien, Ungarn und den Ländern auf dem Westbalkan gelingt, die EU-Außengrenzen zu schützen, werden sich auch die Länder weiter im Norden verhalten.

Sollte der Flüchtlingsstrom in die Schengen-Staaten Deutschland, Österreich, Dänemark und Schweden weiter anhalten, so werden auch diese Länder langfristig Grenzkontrollen verfügen. "Dann werden wir auch über einen Einsatz der Bundeswehr an den Grenzen nachdenken müssen", sagt Hohlmeier. Weitere Staaten könnten folgen. Damit wäre der freie Grenzverkehr in Europa nicht beendet, aber an wichtigen Stellen erheblich eingeschränkt. Das hätte gravierende wirtschaftliche Folgen, es entstünden laut Experten Milliarden-Kosten im zweistelligen Bereich.

Der EU-Kommission geht davon aus, dass allein Verzögerungen für die täglich rund 100.000 Pendler auf der Öresund-Brücke zwischen Dänemark und Schweden pro Jahr einen Schaden von 300 Millionen Euro verursachen könnten. Warenhandel und Arbeitnehmermobilität in Europa würden eingeschränkt. Das kostet Wachstum und Beschäftigung, es wird Einkommensverluste geben. Das wäre zwar noch nicht das Aus für den Binnenmarkt und den Euro. Aber Europa würde im globalen Wettbewerb stark an Bedeutung verlieren.

„Wir wollen führende Rolle beim Aufbau eines stärkeren Europas“

Polens Außenminister Witold Waszczykowski verteidigt die umstrittenen Mediengesetze in seinem Land - und skizziert sein Verständnis einer Europäischen Union. Ein Gastbeitrag.

23.01.2016, von WITOLD WASZCZYKOWSKI

Ein Gastbeitrag von Polens Außenminister Waszczykowski: „Die Demokratie in Polen ist nicht in Gefahr.“

Polen hat lange und hart gegen ausländische Besatzung und gegen ein kommunistisches Unterdrückungsregime gekämpft, um seine heutige stabile demokratische Ordnung zu erreichen. Doch seine neue Regierung, gerade einmal zwei Monate im Amt, seit sie ein überzeugendes demokratisches Mandat errang, sieht sich unter Beschuss von EU-Institutionen und überaufgeregten Medienkommentatoren, die kaum innegehalten haben, um die Fakten über unser ehrgeiziges Reformprogramm zu prüfen. Statt sich der dringenden Probleme anzunehmen, mit denen der Kontinent konfrontiert ist – der instabilen Südgrenze der EU und dem kriegführenden Russland im Osten –, hat sich die Europäische Union in einen völlig sinnlosen Konflikt mit Warschau begeben.

Lassen Sie uns also die Geschichte zurechtrücken. Erstens ist unser Versuch, den Verfassungsgerichtshof einer Revision zu unterziehen, kein Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit. Wir versuchen, die Deformationen zu korrigieren, die in den letzten Tagen der vorherigen Regierung durchgepeitscht wurden. Durch die Veränderung der Zusammensetzung des Gerichtshofs – 14 der 15 Richter waren von der damaligen Regierungskoalition vorgeschlagen worden – wurden die Grundprinzipien einer pluralistischen Gesellschaft verletzt.

Standards der Venedig-Kommission

Wir können eine Lösung für dieses Patt finden, aber es handelt sich um ein komplexes und seiner Natur nach nicht nur juristisches Problem. Ein politischer Kompromiss ist erforderlich, aber Druck von außen aus Brüssel macht es für uns nur schwieriger, zu Hause zu einer Verständigung zu gelangen. Natürlich glauben wir, dass ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Gerichtshofs für die Rechtsstaatlichkeit in Polen unverzichtbar ist. Deshalb hat unsere Regierung auch die Venedig-Kommission des Europarates angerufen, ihre Meinung dazu abzugeben.

Zweitens sind auch die Versuche der Regierung, den öffentlich-rechtlichen Mediensektor Polens wieder instand zu setzen, zu einem unnötigen Zankapfel geworden. Es gibt ein klares Ziel: Gesetze zu erlassen, die in den öffentlich-rechtlichen Medien das Verständnis für ihren Auftrag wiederherstellen und gleichzeitig Pluralismus, Unabhängigkeit und Objektivität garantieren. Polens Nationaler Rundfunk- und Fernsehrat, unsere Rundfunkaufsicht, wird alle seine Macht behalten, und die neuen Gesetze werden den EU-Regelungen entsprechen. Unsere Novellen versuchen, die richtige Balance zwischen der nationalen Aufsichtsbehörde und den öffentlich-rechtlichen Medien wiederherzustellen, um den Standards der Venedig-Kommission gerecht zu werden. Wie können diese Maßnahmen als eine Absage an Europa ausgelegt werden?

Wir suchen weiter eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und unterstützen ihre aktive Rolle bei der Gestaltung der europäischen Politik. **Zugleich halten wir es allerdings für sehr wichtig, dass alle EU-Institutionen ihre Aufgaben so erfüllen, wie es die Gründungsverträge verlangen. Eine der wichtigsten Regeln im Hinblick auf die Arbeit der EU ist das Subsidiaritätsprinzip. Eine bessere Einhaltung dieser Regel ist in den letzten Jahren zu einer der wichtigsten Aufgaben für die europäischen Institutionen geworden.**

Künstliche Auseinandersetzung mit Warschau

Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip brauchen wir keine Einbeziehung der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments in unsere inneren Angelegenheiten. Das Memorandum der Europäischen

Kommission vom 13. Januar, das zur Einleitung eines Dialogs im sogenannten Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips aufruft, hat keine wirklichen rechtlichen Konsequenzen für Polen. Es ist eine interne Entscheidung der Kommission. Dennoch bleiben wir dem Dialog mit Brüssel trotz der Haltung der Kommission verpflichtet. Unsere Dialogbereitschaft wurde durch die Teilnahme von Ministerpräsidentin Szydlo an einer Sitzung des Europäischen Parlaments und ihrer Beteiligung an der Debatte erneut demonstriert.

Diese künstliche Auseinandersetzung mit Warschau ist eine unnütze Ablenkung. Die Schlüsselfrage ist, wie kompetent die EU den aktuellen Herausforderungen begegnet und wo Polen in die europäischen Lösungen hineinpasst. Die Mitgliedstaaten sind noch immer erschüttert von den Auswirkungen der Finanzkrise, und die Zukunft der Eurozone steht noch längst nicht fest. Die EU ist verunsichert wegen der beispiellosen Migrationsströme, die Fragen nach der Offenheit der europäischen Grenzen und der inneren Sicherheit innerhalb der Union aufwerfen. Großbritannien könnte beschließen, die Union in naher Zukunft zu verlassen. Hinzu kommen die ernsthaften geopolitischen Bedrohungen an den Grenzen Europas, die sich leicht ausweiten und Konflikte und Chaos verursachen können.

Die Priorität für die Mitgliedstaaten sollte daher darin liegen, die Geschlossenheit innerhalb der Union aufrechtzuerhalten und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Es ist an der EU, wirksame Lösungen für diese Herausforderungen zu liefern. Das ist, was die Bürger erwarten. Wir müssen gemeinsam die Probleme angehen, die unseren Kontinent gefährden. Eine Eskalation des Streits mit Polen über Fragen der Innenpolitik wird die EU nur weiter schwächen und ihre Fähigkeit einschränken, sich um die ernststen Herausforderungen zu kümmern.

Demokratie nicht bedroht

Es liegt in Polens Interesse, dass die EU ein sicherer Ort ist, in dem unser Land seine Belange verankern kann. Unmittelbare Priorität hat die Förderung und Modernisierung der europäischen Wirtschaft. Die Krise hat viele junge Menschen ihrer Chancen und Hoffnung für die Zukunft beraubt. Wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Gesellschaft veranlasst Menschen, das Vertrauen in die europäische Integration zu verlieren. Wenn wir diese Trends nicht umkehren, dann riskieren wir den Zusammenbruch des gesamten europäischen Projekts, dessen Vorteile die Polen nach wie vor sehr schätzen.

Die EU muss ein Teil der Lösung und darf nicht die Quelle des Problems sein. Mit diesem Ziel wird Polen ein aktives und verantwortungsbewusstes Mitglied der EU zu sein. Wir unterstützen die Stärkung der internen Solidarität und Verantwortung – doch damit keine Missverständnisse aufkommen: **Wir werden auch für das Recht der einzelnen Länder eintreten, Entscheidungen zu fällen, die ihre Bürger unmittelbar betreffen. Wir sagen „nein“ zu einem supranationalen, föderalistischen Europa, denn das ist nicht, was unsere Länder und unsere Bürger brauchen.**

Die Demokratie in Polen ist nicht bedroht. Wir wenden uns auch nicht von Europa ab. Im Gegenteil, wir wollen eine führende Rolle beim Aufbau eines stärkeren, flexibleren und solidarischen Europas spielen.

137,116

Islam et Occident : une petite histoire du «choc des civilisations»

Par Claude Sicard

Mis à jour le 21/01/2016 à 12:51

FIGAROVOX/ANALYSE - Face à l'afflux de migrants en Europe, Claude Sicard analyse les possibles répercussions sur «civilisation occidentale» de sa confrontation à la «civilisation musulmane».

*Claude Sicard est l'auteur des livres **Le face à face islam chrétienté: quel destin pour l'Europe?** et **L'islam au risque de la démocratie**, préface de Malek Chebel, Ed F.X de Guibert*

L'arrivée massive en Europe de nouveaux immigrants tout au cours de l'année 2015, et les agressions sexuelles du 31 Décembre à Cologne qui s'en sont suivies, marquent, soudain, très fortement les esprits des Européens. Chacun à présent s'interroge sur le problème du «choc des cultures», et les articles dans la presse se multiplient, les médias selon leurs options politiques se voulant les uns rassurants, les autres alarmistes. Dans le Figaro du mercredi 20 janvier, **le sociologue Mathieu Bock-Coté nous dit, à propos de la politique de la chancelière allemande: «On ne fait pas entrer dans un pays des centaines de milliers de personnes aux mœurs différentes sans provoquer un choc culturel, si on préfère, un choc de civilisation, avec une partie d'entre eux».** Le mot est donc lâché: **choc de civilisation!** A-t- on affaire, ou pas, à un choc de culture, ou plus précisément de civilisation? Telle est, effectivement, la question qui se pose, **et alors le recours aux enseignements des anthropologues s'impose.** L'anthropologie est, en effet, la discipline qui se propose d'étudier comment des êtres humains vivent ensemble, comment des groupes dans une société interagissent les uns sur les autres.

Malheureusement, cette branche des sciences humaines est trop peu enseignée encore en France, et les commentateurs de l'actualité en souffrent. **Avec le développement de l'islam dans nos sociétés, c'est une nécessité, aujourd'hui, de se pénétrer profondément des enseignements des chercheurs dans cette passionnante discipline, une discipline qui permet de jeter sur les événements actuels un éclairage incomparable..**

On assiste, en effet, à la confrontation difficile, à présent, dans les pays de la vieille Europe, de deux civilisations distinctes, l'une que l'on nomme la civilisation occidentale, l'autre la civilisation musulmane. Ce sont deux civilisations qui s'opposent: elles ont chacune leurs spécificités, leur identité, leur façon de penser et de voir le monde, et leur propre histoire. Deux civilisations qui n'ont pas cessé, si l'on veut bien se le remémorer, de se combattre depuis près de 14 siècles.

Il faut, tout d'abord, bien **se pénétrer de la signification profonde du mot «civilisation»**, puis prendre conscience de ce qui oppose profondément ces deux mondes. **Le concept de civilisation est extrêmement difficile à appréhender: on se borne généralement aux signes extérieurs, des signes aisément appréhendables comme l'architecture, la musique, la gastronomie, les modes vestimentaires, etc...La réalité est bien plus profonde, bien plus subtile, car il y va des façons même de penser et de voir le monde.**

Et tous les anthropologues, unanimement, nous disent que, à la base de chaque civilisation, il y a une religion

L'anthropologue mexicain Rodolfo Stevenhagen nous dit **qu'une civilisation c'est «L'ensemble des traits distinctifs spirituels et matériels, intellectuels et affectifs qui caractérisent une société: cela englobe les modes de vie, les façons de vivre ensemble, les systèmes de valeur, les traditions et les croyances».** Et tous les anthropologues, unanimement, nous disent que, **à la base de chaque civilisation, il y a une religion:** le judéo-christianisme pour la civilisation occidentale, et l'islam pour la civilisation musulmane.

Il faut bien voir que dès **la mort du prophète Mahomet, en 632**, le monde de l'islam et le monde de la chrétienté se sont combattus: pour des raisons doctrinales, pour des raisons de territoire, et finalement pour des raisons psychologiques, voire à présent psychanalytiques!

Les raisons doctrinales tiennent à l'enseignement même du Prophète dans le Coran, **Mahomet ayant révélé à ses disciples que les chrétiens sont totalement dans l'erreur: Jésus n'est pas le fils de Dieu, il n'est pas mort sur la croix, et le concept de Trinité relève du polythéisme. Les chrétiens**, encore qualifiés de «Gens du livre», seront admis dans la société, puisqu'ils ont le mérite de croire en Dieu, mais **on les traitera en citoyens de second rang, et on leur appliquera une fiscalité spécifique, particulièrement dissuasive.**

Au plan historique, on note que les cavaliers d'Allah, sitôt après la mort du Prophète, se sont élancés avec fougue à la conquête de l'Empire romain qui avait depuis plus de trois siècles pour religion officielle le christianisme. Ils ne furent arrêtés que seulement à Poitiers, et 732, par le fameux Charles Martel, après avoir conquis toute l'Afrique du Nord et la péninsule ibérique. Ce fut, **ensuite, pour tenter de reconquérir une partie des territoires perdus, l'épisode des Croisades, avec les atrocités commises à Jérusalem qui marquèrent profondément jusqu'à nos jours les esprits des musulmans.** Puis il y eut Saladin qui chassa les chrétiens de Palestine. On assista, ensuite, à l'invasion de toute l'Europe orientale par les Turcs qui arrivèrent à progresser jusqu'à Vienne, et ce par deux fois. **Il fallut aux chrétiens plusieurs siècles pour les en chasser, et cela se termina par le démantèlement de l'empire ottoman.**

Au XIX^{ème} siècle, le mouvement repartit, mais cette fois dans l'autre sens, avec la colonisation par les puissances européennes de bon nombre de pays musulmans. Cela donna lieu, au siècle suivant, c'est-à-dire au XX^{ème} siècle, aux luttes, sous l'impulsion des religieux et de Gamal Abdel Nasser, de tous ces pays colonisés pour se dégager de la tutelle de leurs colonisateurs. **Les musulmans furent cette fois les triomphateurs.** Ils s'enorgueillissent aujourd'hui de tous ces succès, leurs exploits étant illustrés tout particulièrement par la confiscation par Nasser du canal de Suez et par les succès remportés en Algérie par le FLN qui permit à ce pays qui était devenu juridiquement une terre française de recouvrer en 1962 son indépendance.

Tous ces conflits, tant d'ordre théologique que militaire, ont évidemment très profondément marqué les esprits, et les musulmans qui arrivent en Europe les ont, d'une manière plus ou moins consciente, présents à l'esprit. Il s'agit **d'un inconscient collectif qui les conduit à revendiquer, à juste titre d'ailleurs, leur identité musulmane, et ce au-delà de leur adhésion plus ou moins marquée à leur religion.** Le problème de l'identité, pour tout individu, il faut en prendre conscience, est tout à fait fondamental, cette notion rejoignant **ce que Platon en son temps avait appelé le thymos.** On voit donc mal comment les musulmans qui viennent...

On voit donc mal comment les musulmans qui viennent s'implanter aujourd'hui en Europe renonceraient à leur identité.

...s'implanter aujourd'hui en Europe renonceraient à leur identité: d'ailleurs, **la Convention Européenne des Droits de l'Homme veille au grain: elle interdit aux pays membres de mener une quelconque politique qui viserait à s'opposer à ce que tous ces immigrés conservent leur culture. Une politique d'assimilation exigerait de la part d'un pays membre de la Convention Européenne des Droits de l'homme qui voudrait l'appliquer qu'il dénonce son adhésion à ce traité.** Et l'on sait que le Conseil de l'Europe est extrêmement vigilant, ne manquant pas d'adresser en permanence aux pays membres des recommandations à cet effet.

De cette confrontation **entre les deux civilisations sur un même territoire**, le célèbre anthropologue **Claude Levi Strauss** nous dit **qu'il en résultera, inévitablement, à terme, une nouvelle civilisation. C'est ainsi que meurent les civilisations.** Face à cette triste perspective, nous pensons qu'il est bon de rappeler la pensée de ce brillant esprit du XX^{ème} siècle que fut Arnold Toynbee: **«Les civilisations ne sont pas assassinées: elles se suicident».**

Claude Sicard

Cologne: un choc des cultures

Par Mathieu Bock-Côté

Publié le 20/01/2016 à 12:10

RIBUNE - Les agressions de Cologne démontrent le danger du multiculturalisme, plaide l'intellectuel québécois **Mathieu Bock-Côté**.*.

Sociologue, chargé de cours aux HEC de Montréal, **Mathieu Bock-Côté est chroniqueur au «Journal de Montréal» ainsi qu'à Radio-Canada. Collaborateur régulier du site FigaroVox, il a notamment publié «Fin de cycle. Aux origines du malaise politique québécois» (Boréal, 2012).*

L'information sur les agressions sexuelles massives perpétrées à Cologne a été d'abord retenue, aseptisée ou censurée. Cela confirme la tendance du complexe médiatico-politique à filtrer les mauvaises nouvelles idéologiques. **Pour éviter que le peuple ne développe de mauvais sentiments à l'endroit du «vivre-ensemble» diversitaire, on traitera les mauvaises nouvelles le concernant en les désamorçant le plus possible et en multipliant les mises en garde contre les amalgames.**

On est loin du traitement de la photo déchirante du petit **Aylan Kurdi** mort sur la plage qui avait suscité une émotion immense dans les pays occidentaux, d'autant plus que **les médias se livrèrent alors sans gêne à une séance de culpabilisation massive, comme si ce petit être au destin atroce représentait à lui seul l'ensemble de la crise migratoire.** À ce moment, **l'amalgame était non seulement permis mais encouragé: tous les migrants étaient Aylan.** Chaque segment de la société devait céder à l'impératif humanitaire, ce qui n'est pas sans rappeler Élie Halévy, qui voyait dans «l'organisation de l'enthousiasme» une marque distinctive du totalitarisme.

Les agressions de Cologne représentent l'envers absolu du grand récit de l'ouverture à l'autre, chanté à la manière d'un rédempteur. **On somme les sociétés occidentales d'embrasser une diversité qui pourrait les régénérer de l'extérieur. On voit désormais qu'elle peut aussi prendre le visage d'une barbarie agressive, où des bandes entendent imposer leur présence sur le territoire, avec la plus archaïque et la plus primitive des techniques. C'est une régression civilisationnelle épouvantable qui heurte nos valeurs les plus intimes.** La femme, ici, redevient une prise de guerre, comme un bien à prendre. On leur indique qu'un nouveau pouvoir s'installe et qu'il s'exercera d'abord sur elles.

Faire porter la responsabilité des agressions sexuelles de masse commises à Cologne à l'ensemble des migrants serait aussi faux que cruel et imbécile. **Mais manifestement, parmi ceux-ci, on trouve un nombre significatif de jeunes hommes qui arrivent en Europe avec une attitude conquérante et prédatrice.** Le déni des cultures, qui laisse croire qu'il suffirait de quelques règles juridiques fondées sur les droits de l'homme pour permettre aux gens de toutes origines de cohabiter, pousse à une politique d'une irresponsabilité criminelle. Qu'on le veuille ou non, toutes les cultures ne sont pas interchangeables et elles peuvent entrer en friction. Une communauté politique est aussi une communauté de mœurs. **On ne fait pas entrer dans un pays des centaines de milliers de personnes aux mœurs différentes sans provoquer un choc culturel ou, si on préfère, un choc de civilisation avec une partie d'entre eux.**

Devant cette agression, un désir de soumission avilissant se fait entendre. La mairesse de Cologne a invité les femmes à adapter leurs comportements aux nouveaux venus. Elles devraient garder «plus d'un bras de distance» pour ne pas exciter des hommes qui ne sont pas encore habitués à la liberté sexuelle caractérisant la modernité occidentale. Les femmes sexuellement libérées sont-elles responsables de l'agression qu'elles subissent?

À bon droit, même si elles le font quelquefois avec une brutalité dérangeante, certaines petites nations d'Europe centrale préfèrent fermer leurs frontières devant cette immigration incontrôlée. Mais on connaît la doctrine de la souveraineté limitée, qui, sous **Brejnev**, accordait une certaine autonomie aux pays sous sa domination sans leur permettre de s'affranchir du bloc de l'Est. **L'Allemagne la réinvente à l'endroit des pays d'Europe centrale qui ne veulent pas se plier à l'impérialisme humanitaire germanique, comme si l'Allemagne voulait laver son passé en s'immolant au présent.** Chaque nation, apparemment, devrait être entraînée dans cette mutation identitaire majeure. **Or, le régime multiculturaliste n'accouche pas d'un paradis diversitaire.** Nous voilà ramenés à la question première de la philosophie politique: assurer la sécurité élémentaire des sociétés - et en particulier des femmes.

Lassen Sie uns über Sex reden

Die arabische Gesellschaft ist von der Gleichheit der Geschlechter weiter entfernt als die Sonne vom Mond. Wie konnte es so weit kommen? Ein Blick zurück nach vorn.

23.01.2016, von KAREN KRÜGER



© JORDIS ANTONIA SCHLÖSSER/OSTKREUZ Der klassische Islam betonte Sinnlichkeit und Erotik weitaus mehr als heutige Auslegungen des Korans es tun. Hoffentlich sind unsere beiden Turteltäubchen sich dessen bewusst.

Der World Values Survey untersucht regelmäßig die Wertvorstellungen in verschiedenen Ländern der Welt. **Was die Menschen in der islamischen Welt dieser Studie zufolge am meisten vom Westen trennt, ist nicht ihre Einstellung zu demokratischen Werten, sondern ihre Vorstellungen von Geschlechterrollen und Sexualität.** Die Silvesternacht von Köln war im Grunde eine szenische Umsetzung dieses Befunds: Männer, die hierher kamen, weil sie in Freiheit leben wollen, zeigten überdeutlich, dass ihre Vorstellungen von Frauen und Sexualität nicht zu unserer Realität passen.



Autorin: Karen Krüger, Redakteurin im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin. Folgen:

Wie tief der Graben ist, offenbaren aber auch das Entsetzen und die Ratlosigkeit, die auf diese sexuellen Übergriffe folgten. **In arabischen Ländern hätte es ein solches Ereignis vermutlich nicht mal in die Zeitung geschafft. Sexuelle Belästigungen durch Männergruppen kommen vor allem in Ägypten ständig vor, nur Frauenorganisationen schreien deshalb auf.**

Als Ursache für die sexuelle Kluft gelten patriarchale Denkstrukturen und der Islam. Von einer Kultur, in der eine Frau nur dann eine gute ist, wenn sie dem Mann folgt (in jeder Hinsicht, nicht nur auf der Straße), ist gleichberechtigte Sexualität natürlich nicht zu erwarten. **Was aber meint in diesem Zusammenhang „der Islam“?**

Im duftenden Garten des Vorspiels

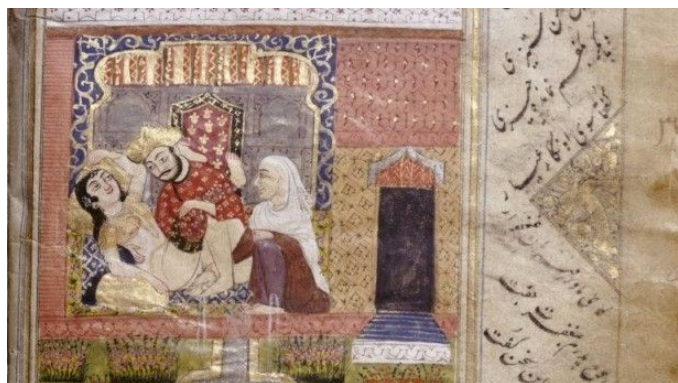
Der Islam ist eine Religion der Möglichkeiten. „Den Islam“ gibt es nicht, und schon gar nicht gibt es „den Islam“ im Bett. Man macht es sich zu einfach, wenn man die islamische Religion als Ganzes in die Verantwortung nimmt. **Die Denkweise, dass Frauen Sexobjekte seien, ist vielmehr das Resultat einer politischen Instrumentalisierung der Religion und bei weitem kein Erbe des klassischen Islam. Wer einen Blick in alte Schriften wirft, versteht das sofort.**


Vom neunten Jahrhundert an verfassten religiöse Schriftsteller in der arabischen Welt Schriften, bei deren Lektüre man bisweilen glaubt, in einen Artikel des Playboy oder eines anderen Artefakts der westlichen sexuellen Revolution geraten zu sein. In „Der duftende Garten zur Erbauung des Gemüts“ aus dem frühen 15. Jahrhundert heißt es beispielsweise: „Das Vorspiel hilft der Frau, Lust zu empfinden; ohne Vorspiel erlangt die Frau keine Befriedigung und kann keine Wollust empfinden. Wenn Du deine Lust gestillt hast, dann steh nicht plötzlich auf, sondern erhebe Dich langsam von der rechten Seite.“

Im Abassiden-Reich, dessen goldenes Zeitalter vom achten bis zum zehnten Jahrhundert andauerte und in dessen Zeit auch die Übertragung von „1001 Nacht“ aus dem Persischen ins Arabische fällt, tauchten immer mehr religiöse Persönlichkeiten in muslimischen Schreibstuben auf, die in der Erotologie ihre Berufung sahen. Ihren Federn entfloß ein wahres arabisches Kamasutra, ein Einmaleins für die Glückseligkeit im Bett: Wissenswertes über die Beschaffenheit der Sexualorgane, psychologische Tipps für das Entfachen und die Steigerung der Lust, minutiöse Beschreibungen von Sex-Stellungen und ausgefallenen Praktiken.

Beim Orgasmus ist man Gott näher

Die Liebeshandbücher wurden in Hülle und Fülle produziert und fanden eine spektakuläre Verbreitung in der muslimischen Welt. **Christliche Gelehrte griffen die Sichtweisen der muslimischen Kollegen auf und verwiesen vorsichtig darauf, dass „natürliches“ doch eigentlich nicht anstößig sei. Sie fanden wenig Gehör, das Christentum akzeptiert Sex nur als Mittel der Fortpflanzung.**



© ROLAND AND SABRINA MICHAUD / AKG  Es ging schon auch mal anders - kopulierendes Paar auf einer indo-persischen Miniatur aus dem 18. Jahrhundert.

Sicherlich speisten die Erotologen in ihre Schriften auch eigene, männliche Phantasien und Erfahrungen ein. Letztendlich entwickelten sie aber nur weiter, was im Koran und der Sunna, den prophetischen Überlieferungen, steht: **Wenn es im klassischen Islam um Sex geht, stehen Genuss und Sinnlichkeit im Vordergrund. Womöglich hat es im Islam auch deshalb nie das Zölibat gegeben.**

Darauf hat vor allem der tunesische Soziologe Abdelwahab Bouhdiba in „La Sexualité en Islam“ hingewiesen: „Die Ausübung der Sexualität war ein Gebet, ein sich Schenken, ein Akt der Nächstenliebe“, schreibt er über die Anfänge des Islam in seinem 1975 erschienenem Buch. Auch der Britin Habeeb Akande, der nach einem Filmstudium in London in Kairo Islamische Rechtswissenschaft und Geschichte studiert hat, folgt in „A Taste of Honey: Sexuality and Erotology in Islam“ (2015), dieser Spur. Anhand des Korans und der Hadithe zeigen beide Autoren, dass Sinnlichkeit und Sexualität mit dem Islam vereinbar sind, und beschreiben sie sogar als wesentliche Quellen des Glaubens: **Beim Orgasmus ist man Gott näher als beim Gebet.**

Auch Verhütung ist erlaubt

Lust und Sexualität begreift der klassische Islam als Möglichkeit der persönlichen Entfaltung und als Gottesgeschenk, als Vorgeschmack auf die Freuden des Paradieses. **Vorausgesetzt, der rechtliche Rahmen ist erfüllt und Mann und Frau im Hafn der Ehe angekommen.**

Die Lust der Frau kommt dann keineswegs zu kurz, im Gegenteil. **In zahlreichen Überlieferungen betont der Prophet das Anrecht der Frau auf sexuelle Befriedigung: „Wenn ein Mann Sex mit seiner Frau hat, dann sollte er sich darum bemühen, sie zu befriedigen. Wenn er seine eigenen Bedürfnisse gestillt hat, sollte er nicht aufstehen, bevor nicht auch sie zufrieden ist.“**


Eine andere Hadithe berichtet, Mohammed habe zu einem Gefolgsmann gesagt: „Deine Frau hat ein Anrecht auf Dich“. Der Hintergrund: Der Adressat hatte sich vor lauter Askese dem Sex verweigert. **Dazu passt auch, dass der Koran der Frau die Scheidung erlaubt, sollte ihr Gatte impotent sein. Auch Verhütung ist erlaubt.**

Die emanzipatorische Botschaft erodierte

Das alles klingt eigentlich zu schön, um wahr zu sein. Der Koran ist schließlich ein männerorientierter Text und von Geschlechtergleichheit spricht er nur in religiöser Hinsicht. In der 30. Sure betont er, dass es bei der Erschaffung der Geschlechter um die Seele geht, um Zuneigung und Gegenseitigkeit. **Auch von Liebe und Barmherzigkeit ist die Rede.**

Doch noch bevor einen die Lektüre zu dieser Stelle führt, liest man die vierte Sure, die Gewalt in der Ehe erlaubt. Vertreter der soziohistorischen Lesart der Schrift plädieren dafür, dem Koran solche Manifestationen von Ungleichheit nicht vorzuwerfen oder schlimmer noch: sich in ihnen zu verbeißen. Eine göttliche Botschaft könne die gesamte Ordnung nun einmal nicht auf den Kopf stellen, wenn sie von den Hörern akzeptiert werden soll.



© AP  Alle haben Sex, niemand redet darüber: Eine Frau begutachtet ein Brautkleid in Riad, Saudi Arabien.

Tatsächlich war die arabische Gesellschaft, als der koranische Dialog mit Mohammed und seiner Gemeinschaft begann, von starken Unterschieden zwischen den Geschlechtern geprägt. Reformtheologen wie **der 2010 verstorbene Ägypter Nasr Hamid Abu Zaid haben gezeigt, dass der Koran dennoch einige Aspekte enthält, die in Richtung Geschlechtergleichheit gehen – und somit über das damals Bestehende hinaus. In den Händen muslimischer Rechtsgelehrter erodierte diese emanzipatorische Botschaft in den folgenden Jahrhunderten allerdings.**

Alle haben Sex, keiner redet darüber

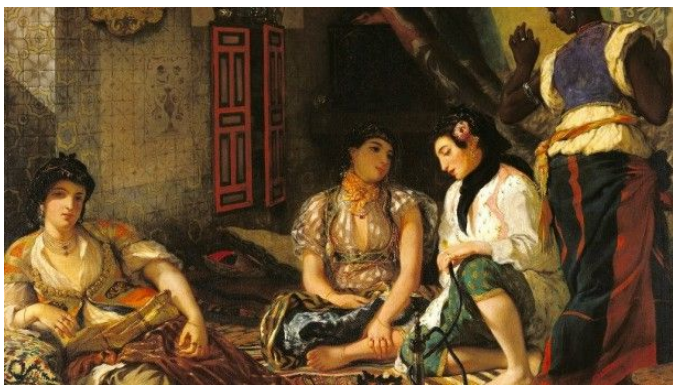
Anstatt die Impulse aufzunehmen, zementierten sie die Ungleichheit von Mann und Frau. Es verblüfft, dass zur selben Zeit die Literatur der Liebeskunst zur Blüte kam. Womöglich waren die Schriften ja ein Versuch, die im Koran postulierte religiöse Gleichheit in die soziale Wirklichkeit zu verlängern – pochten sie doch gleichermaßen auf die Lust von Mann und Frau.

Heute ist die arabische Gesellschaft von Geschlechtergleichheit weiter entfernt als die Sonne vom Mond. Sex haben zwar alle (sofern sie verheiratet sind), aber offen darüber zu sprechen oder zu schreiben, ist ein Tabu. Die Erotika sind aus den Schlafzimmern verschwunden und auf dem arabischen Buchmarkt nicht mehr zu bekommen. In „Honigkuss“, einem Roman der syrischen Autorin Salwa Al Neidi, der 2008 für gehörigen Wirbel in der muslimischen Welt sorgte, entdeckt eine namenlose muslimische Bibliothekarin die sündigen Schriften zwischen verstaubten Schinken an ihrem Arbeitsplatz.

Genussvoll setzt sie mit Zufallsbekanntschaften um, was die heimliche Lektüre sie lehrt. An einer Stelle des Romans heißt es: „Der Scheich al-Sujuti schrieb im dreizehnten Jahrhundert ein Buch über die Kunst der Liebe eigens für die Frauen. Wenn die Leserinnen es heute läsen, würden sie kein Wort davon verstehen. Ebenso gut könnte man einem Neandertaler ein Informatikbuch in die Hand drücken.“ Wahrscheinlich ist das nicht einmal übertrieben. **Der politische und intellektuelle Niedergang der arabischen Welt bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts war auch ein sexueller.**

Der erhitzte Blick der Kolonisateure

Die arabischen Intellektuellen nahmen sich immer mehr durch den orientalistischen Blick der europäischen Kolonisateure wahr, die mit erhitzten Gesichtern vom Harem und von den sexuellen Ausschweifungen schwärmten, sie gleichzeitig aber verdammt. Viele Araber machten sich das europäische Argument zu eigen, der politische Niedergang der arabischen Gesellschaften habe etwas mit ihrer sexuellen Freizügigkeit zu tun.



© DDP IMAGES  Und so stellten sich die europäischen Maler den Orient vor - Ferdinand Victor Eugene Delacroix' Gemälde „Die Frauen von Algier in ihrem Wohnraum“ aus dem Jahr 1834.

Die Muslimbruderschaft, die sich im Ägypten Ende der Zwanziger Jahre als eine Art religiöser Antiimperialismus gründete und schnell Ableger im gesamten Nahen und Mittleren Osten fand, griff die These von der Sittenlosigkeit auf, attestierte ihr aber andere Ursachen. Schuld an der arabischen Libertinage sei der Einfluss der westlichen Welt.

Nur die Rückbesinnung auf den traditionellen Islam könne gegen die vermeintlichen Übel des Abendlands immunisieren. Die Muslimbruderschaft hatte allerdings ganz eigene Vorstellungen vom „traditionellen Islam“. Anstatt die emanzipatorischen Ansätze des Korans weiterzuentwickeln und damit die patriarchalen Strukturen aus vorislamischer Zeit aufzuweichen, propagierte sie religiöse Dogmen und sexuelle Prüderie. Salafisten und Wahabiten bliesen mit ihren wortgetreuen Auslegungen des Korans ins gleiche Horn. Von allen Seiten wurde auf sexuelle Regression gedrängt. Während in Europa die sexuelle Revolution die Körper aus ihrem Korsett befreite, legten die Islamisten ihnen mit ihren Interpretationen des Korans Fesseln an.

Kleine Mädchen werden auf Jungfräulichkeit getrimmt

Das Kopftuch und der Schleier wurden das islamistische Parteisymbol. Aus dem politischen und moralischen Zwang seiner Anhängerinnen, eines zu tragen, wurde mit der Zeit ein Bedürfnis. Die Disziplinierung und Politisierung des Körpers betraf aber auch den Mann, denn die Islamisten nahmen die Sexualität als solche ins Visier. In ihrer Sicht auf die Welt ist sie Skandal und Katastrophe, Mann und Frau schäumten derart über vor sexueller Energie, dass Absturz ins gesellschaftliches Chaos droht. Damit der Mann seine Triebe zügeln kann, muss die Frau sich bedecken.

Vor allem in der einfachen Landbevölkerung, die von der Entwicklung in den geistigen Zentren des Nahen Ostens seit jeher abgehängt war, fand der politisierte Islam breite Zustimmung. Das gesellschaftspolitische Engagement und der revolutionäre Anstrich traf dort einen Nerv. Mit der Landflucht diffundierte die islamistische Ideologie in die Städte. Das vergleichsweise freie Leben dort wirkte sich nicht modernisierend auf die Leute aus, sondern verstärkte die sexuelle Regression.

Der Jungfräulichkeit besitzt in der patriarchalen-arabischen Kultur einen sehr hohen Stellenwert. Als gehöre der Körper der Frau nicht ihr allein, sondern der Familie, dem Clan, hängt an ihrer Jungfräulichkeit die Ehre der ganzen Familie. Schon ganz kleine Mädchen werden darauf getrimmt, dass sie „da unten“ etwas haben, das „heilig“ ist und unter allen Umständen geschützt werden muss.

Entjungferung „nach ländlicher Art“

Eine bestimmte Strategie zum Schutz der familiären Ehre schildert Shereen el Feki in ihrem großartigen Buch „Sex und die Zitadelle“ am Beispiel einer bestimmten Form der Entjungferung. „Dukhla baladi“ bedeutet übersetzt Entjungferung „nach ländlicher Art“. Bei ihr erfolgt die Entjungferung der Braut nicht als ein intimer Akt der Zweisamkeit, sondern vor versammelter Mannschaft; also in Anwesenheit des Bräutigams, der Mütter und einer Daya (das ist eine Frau, die sowohl Hebamme als auch Beschneiderin ist). Die Daya oder der Bräutigam durchstechen das Jungfernhäutchen mit dem Finger oder mit einem mit weißem Tuch umwickeltem Rasiermesser.



© REUTERS  Schon kleinen Mädchen wird

beigebracht, sie hätten „dort unten etwas Heiliges“: Schülerinnen in Kairo.

Danach wird das blutbefleckte „Ehrenlaken“ den Angehörigen gezeigt – Ehre der Familie bewiesen, alle glücklich, die Party kann losgehen. Wie der Name des Brauchs andeutet, wurde er früher vor allem auf dem Land praktiziert. Mittlerweile ist er jedoch auch in Kairo üblich. Schließlich erhebt er die junge Frau über jeden Zweifel, was ihr voreheliches Leben angeht, denn im Wirrwarr der Stadt lassen Töchter sich weniger leicht überwachen.

Viele Frauen in der arabischen Welt haben genug von alldem. Feministinnen wie Monah Eltahawy und Wedad Lootah fordern eine sexuelle Revolution. Nicht in dem Sinn, dass in den Straßen von Kairo und Tunis auf einmal freie Liebe herrschen soll. Sie wollen Aufklärung, das Schweigen über Sex ist für sie der größte Skandal. Sie haben es satt, dass Sexualität eine Quelle der Schande ist und damit ein mächtiges Werkzeug der Unterwerfung. Sie wollen Freiheit, Würde, Gleichheit im Bett und den Schutz der Privatsphäre – universelle Werte, die man auch im Kontext des Islams findet, die der politische Islam aber als westliche Degeneration abtut. Einige der Wortführerinnen verweisen auf die alten Erotika.

Reformtheologen eine Chance geben

Nicht, weil sie denken, dass das, was man im Mittelalter unter sexueller Erfüllung verstanden hat auch heute noch weiblichen Ansprüchen genügt. Sie erinnern an die alten Schriften, um den islamischen Gelehrten etwas entgegen zu können, wenn diese behaupten, die Frauen verkaufte sich an westliche Vorstellungen.

Die arabische Sexkrise ist für viele Frauen auch eine religiöse. Ähnlich sehen das auch Abdelwahab Bouhdiba und Habeeb Akande. Ihre Forschungen über Sex im Islam sollen Muslimen die Augen für den Sinn von Sexualität neu öffnen. Das erhoffte Resultat: Mehr Spaß und Zufriedenheit und die Erkenntnis, was Gott wirklich will.

Was folgt daraus für uns und den Ereignissen von Köln? Die deutsche Politik hat aus Fehlern gelernt und weiß mittlerweile, dass echte Integrationsbemühungen patriarchales Denken und archaische Vorstellungen von Sexualität aufweichen können. Und was das Hindernis der religiösen Prägung angeht: Es gibt in Deutschland genügend islamische Reformtheologen, die Leute, deren Einstellungen zur Frau und zu Sexualität auf einseitigen Koraninterpretationen fußen, über die emanzipatorische Haltung des Korans aufklären können. Man muss ihnen nur die Möglichkeiten dazu geben.

Es darf keine Scheu herrschen, nur weil es um Intimitäten geht – sonst tritt man in die Falle der islamistischen Schweigemoral. Folgen wir also dem revolutionärem Ruf muslimischer Feministinnen, die sexuelle Übergriffe genauso verurteilen wie wir: Reden wir mit Muslimen über Sex.

Quelle: F.A.S.

Troublemaker

Italy's prime minister is picking fights with Germany and the EU

Jan 23rd 2016 | ROME | [From the print edition](#)



ITALY, a cabinet minister mused recently, was seen in the past as a country that did not make trouble. But that was in the past. Lately the left-right coalition of the prime minister, Matteo Renzi has provoked a succession of acrimonious disputes with the European Commission and Germany. This week, in the latest sign of Mr Renzi's determination to be the bad boy of Brussels, he sacked Italy's permanent EU representative, Stefano Sannino, a former Commission official who was seen as too accommodating. His replacement is the junior trade minister, Carlo Calenda, a member of Mr Renzi's Democratic Party.

The conflict burst into the open on January 15th, when Jean-Claude Juncker, president of the commission, accused Mr Renzi of attacking his institution at every turn. Mr Renzi replied that the days when Italy let itself be "remote-controlled" from Brussels were over. Four days later Manfred Weber, the German who leads the centre-right group in the European Parliament, said Italy's prime minister was jeopardising the EU's credibility.

Mr Weber was referring to the sharpest of all the current disputes: Italy is blocking refugee aid funds the EU had promised Turkey as part of a deal to crack down on smuggling of migrants into Europe. Germans are especially bitter because Italy has been accused of failing to process migrants who arrive on its soil, instead hurrying them on to other EU states. Ministers in Rome say they doubt that paying the Turks to hold back Syrian refugees will work. But Mr Weber claimed Italy's real motive is to secure concessions on other issues.

Talks with the commission over the sale of Italian banks' daunting inventory of non-performing loans are also bogged down. The urgency of the issue was underlined by a run on the shares of Monte dei Paschi di Siena, Italy's third-biggest lender. Rome wants to guarantee minimum prices for the loans. But the commission has yet to rule on whether that would constitute state aid. Here again, an extra ingredient sours the mix: many Italian officials believe the commission applies EU rules less strictly to Germany.

The bad loans reflect more than a decade of stagnation and Italy's slower-than-expected recovery from the euro crisis. In December, parliament in Rome approved an expansionary budget aimed at speeding the recovery. But it would also slow Italy's reduction of its budget deficit and the repayment of its public debt, which in the euro zone is second only to Greece's as a proportion of GDP. Mr Renzi's ministers argue they are entitled to flexibility as a reward for structural reform, notably of the labour market. But Brussels may yet ask for adjustments. The budget's centrepiece, a €3.6 billion (\$3.9 billion) cut to taxes on first homes, looks more likely to woo middle-class voters than boost GDP.



Economist.com

The view in Berlin is that Mr Renzi's belligerence is intended to burnish his image at home. The Italian prime minister's personal ratings have fallen sharply since mid-2015 and in June he faces mayoral elections in several important cities. After a string of corruption scandals in Rome, there is a chance the capital could fall to the populist Five Star Movement (M5S).

This is where the issues at stake in Italy's rows with the EU become fuzzier. Seen from the Italian government's standpoint, Mr Renzi's electoral interests and those of the EU are identical. The alternatives to his left-leaning coalition are either the intermittently euro-sceptic M5S, or a conservative government—led this time not by Silvio Berlusconi's centre-right Forza Italia party, but by the virulently euro-sceptic Northern League and its populist leader, Matteo Salvini. Polls show barely half the population favours the single currency any longer. In an article this week in the *Guardian*, a British newspaper, Mr Renzi argued that EU austerity fuels the rise of his populist rivals. According to this view, self-interest would counsel the authorities in Brussels and Berlin to do all in their power to help Mr Renzi. That was also the view of Mr Renzi's predecessor, Mario Monti. But whereas the urbane Mr Monti, a former EU commissioner, opted mostly for quiet persuasion (sweet-talking the German chancellor, Angela Merkel), the swaggering Mr Renzi likes nothing better than a scrap.

An ill wind

In Europe and at home, Angela Merkel's refugee policy is being blown away

Jan 23rd 2016 | [From the print edition](#)



IN BERLIN they speak of “Plan B”; in Brussels the fear is of the U-turn. Whatever the term, the prediction is the same: that Angela Merkel is on the brink of reversing the generous policy towards asylum-seekers that saw more than a million of them reach Germany last year. For now, Mrs Merkel sticks to her well-worn line: *Wir schaffen das* (“We will handle this”). Over the past six months she has slowly assembled a hard-headed, coherent migration strategy. But each of its elements is starting to give way.

First, numbers. The winter weather has dented the refugee flows to Greece from Turkey, but not as quickly as hoped. Over 1,600 a day have reached Greece this month, a higher rate than last July when the crisis was already in full swing. Border controls erected along the migratory route since then complicate the journey, but determined migrants still make it to Germany. Wrong-footed by the explosion in arrivals last autumn Mrs Merkel’s government tightened asylum rules, but few were put off. A growing number of Moroccans and Algerians, hailing from poor but peaceful countries, are coming to Germany, exploiting the trail blazed by Syrians and Afghans. Meanwhile the howls from regional officials who must house and feed the arrivals grow ever louder: last week a mayor bussed 31 Syrians to the federal chancellery in Berlin, saying his small town could no longer cope.

To cut the numbers reaching Europe, Mrs Merkel has turned to *realpolitik*. German officials aim to strike deals with countries in the Maghreb and Asia to make it easier to return failed asylum-seekers, and are prepared to use development aid as a weapon. Their main hopes, though, lie in an “action plan” the EU cooked up with Turkey in October, which promised money and other prizes in exchange for efforts to stem the migrant flows. Mrs Merkel believes that Turkey can help by disrupting people-smuggling networks and stepping up coastal patrols. But, despite the incentives, there is little sign of Turkish action so far. Without it, the refugee numbers will start to climb again once spring arrives.

To deal with the influx Mrs Merkel has backed an EU plan to register asylum-seekers arriving in Italy and Greece and to relocate them around the club, with national quotas calculated in Brussels. A million asylum-seekers should be no great burden for a union of 500m people. But the relocation scheme has flopped too: many countries want nothing to do with refugees, and refugees have no interest in most countries. So the Germans are changing tack, seeking allies willing to help them resettle hundreds of thousands of Syrians directly from

Turkey. France is among the countries prepared to take in the same number of resettled refugees it agreed to take under the relocation scheme. But this will work only if the illegal flows fall dramatically, which means the Turkey deal must kick into gear.

In the meantime, Germany is beginning the difficult work of integrating hundreds of thousands of newcomers. The new-year horrors of Cologne, when hundreds of women were sexually assaulted by marauding groups of men, many of them Muslim asylum-seekers, focused minds on cultural differences. But bringing refugees into the workforce, the main engine of integration, represents at least as big a challenge. The assumption that Germany's tight labour market was tailor-made for job-hungry migrants has given way to the grim realisation that most are an ill fit for an economy mainly seeking highly skilled workers. The head of one business group reckons almost 80% of refugees have next to no skills at all.

Mrs Merkel is racing against time. Her Christian Democratic Union and its coalition partners are increasingly restive. Cabinet ministers have openly challenged the chancellor's position. The anti-immigration Alternative for Germany party is notching up double-digit polling results for the first time. Refugees languish in supposedly temporary accommodation months after arriving in Germany. Mrs Merkel continues to insist that there can be no cap on the number of refugees Germany accepts, and the constitution agrees with her. But increasingly, reality does not.

Very well, alone

What if nothing works? Despite the pressure Mrs Merkel is unlikely to shut Germany's borders, because she wants to preserve the EU's passport-free Schengen zone. But other plans are being drawn up inside the chancellery, including a sealing of the Greece-Macedonia border across which most refugees travel to reach Germany. Once refugees see that Greece has become a dead end, says one German official, they will think twice about setting sail from Turkey. Other routes will no doubt emerge, perhaps across the Black Sea. But the plan might at least buy time.

Such schemes show how far Germany has travelled since its "welcome culture" lifted European liberals' hearts last summer. Back then Mrs Merkel's model presented an inspiring alternative to the small-minded xenophobia of leaders like Hungary's Viktor Orban. Now, after the chaos and trauma of the past six months, Mr Orban feels vindicated and the chancellor looks increasingly isolated. Germany has tried to lead in Europe, but others will not follow. To Mrs Merkel's immense frustration, other EU countries agree to policies like relocation and then ignore them. **While German officials try to knit together the geopolitics of the crisis, from Iraq to Turkey and Russia, most other countries would prefer it simply to go away. As for the European Commission, which sometimes looks like the chancellor's last ally, it has gamely advanced common policies but is too weak to enforce them. "The European dream is vanishing," sighs one of its senior officials.**

Mrs Merkel, to her credit, is desperate to keep it alive. But time is running out. Germany has perhaps two months to hope that the jigsaw pieces fall into place before the refugee flows pick up again, and each part of the job gets harder every day. Can Germany still handle this? We will continue to make the case, says a government official. "But nobody believes it."

From the print edition: Europe

137,129

WIRTSCHAFT

ÖKONOMISCHE FOLGEN

24. Januar 15:50

Warum Flüchtlinge eine Last für die Wirtschaft sind

Ja, ein Staat muss Menschen aus humanitärer Verantwortung aufnehmen. Aber aus ökonomischer Sicht gibt es keine Argumente für offene Grenzen: Deutschland droht über die Hilfe die Zukunft zu verspielen.

Von [Thomas Exner](#) Ressortleiter Wirtschaft, Finanzen, Immobilien



• Video teilen

Flüchtlinge werden oft als Chance gegen den Facharbeitermangel und die Überalterung der Gesellschaft gepriesen. Laut Experten wird ihr wirtschaftliches Potenzial dabei aber stark überschätzt. Quelle: Die Welt

"Im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden", orakelte [Daimler-Chef Dieter Zetsche](#) im vergangenen September. Und der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, [David Folkerts-Landau](#), jubelte: "Das ist eine Riesenchance für das Land, die die Position Deutschlands in der Weltwirtschaft und innerhalb Europas in den kommenden Jahrzehnten stärken kann." Vielleicht hatte manch einer das Gefühl, dass die Hilfsbereitschaft der Deutschen möglicherweise nicht von Dauer sein könnte, wenn sich dafür nicht auch rationale Gründe finden lassen.

Konzernlenker und Ökonomen waren schnell mit Prognosen bei der Hand, wie sich die massive Zuwanderung junger Flüchtlinge positiv auf das Land auswirken werde. Auf einen Schlag schienen sich Probleme wie der Facharbeitermangel oder die zunehmende Vergreisung unserer Gesellschaft zu lösen. Inzwischen fallen die Einschätzungen allerdings durchweg deutlich differenzierter und nüchterner aus.

Doch der Reihe nach. Wer wirtschaftlich über die Flüchtlingskrise diskutieren will, kommt um die Frage der Kosten nicht herum. Und wie immer in der Ökonomie gibt es die unterschiedlichsten Berechnungen. So veranschlagt das Ifo-Institut allein die im vergangenen Jahr aufgelaufenen Kosten für die Flüchtlingshilfe [auf 21 Milliarden Euro](#). Und auch der Noch-Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Clemens Fuest, kommt zu jährlichen [Ausgaben in einer ähnlichen Größenordnung](#), wenn man die Zuwanderung von rund 800.000 Menschen unterstellt.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), betont dagegen die [Chancen der Flüchtlingskrise](#). "Die zentrale Frage ist nicht, ob die Flüchtlinge langfristig einen wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland bedeuten, sondern lediglich, wie schnell die Leistungen der Flüchtlinge die zusätzlichen Ausgaben übertreffen", schreibt er in einer Studie. Doch eine langfristige Betrachtung, wie Fratzscher sie anstellt, braucht natürlich jede Menge Annahmen. Beispielsweise jene, wie lange es dauern wird, bis die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Verteilungsdiskussionen drohen

Sicherer sind deshalb Berechnungen der kurzfristigen Kosten. Und die sind nicht unerheblich. Für jeden Flüchtling muss der Staat zunächst rund 1000 Euro pro Monat ausgeben, für die Unterkunft, die Versorgung und die Betreuung in einem Aufnahmelager. Erhalten die Neuankömmlinge ein Bleiberecht, ändert sich zwar ihr rechtlicher Status. An den Ausgaben des Staates ändert sich aber zunächst wenig, wenn ein Flüchtling nicht rasch eine Arbeitsstelle findet.

Die Leistungen erfolgen dann nur nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sondern nach dem Sozialgesetzbuch. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) werden in diesem Jahr ungefähr 1,2 Millionen Flüchtlinge Sozialleistungen beziehen. Allein das summiert sich voraussichtlich auf rund 14 Milliarden Euro, weitere fünf Milliarden Euro dürften nach IW-Schätzungen hinzukommen für Kurse zur Sprachförderung, Integration und Qualifizierung. Das macht unter dem Strich rund 19 Milliarden Euro – eine Summe, die ungefähr der Hälfte der gesamten Hartz-IV-Ausgaben des Jahres 2014 entspricht.

Die meisten Experten glauben zwar, dass Deutschland diese Summe auch 2016 weitgehend ohne zusätzliche Neuverschuldung aufbringen können wird, spätestens ab dem kommenden Jahr dürfte es aber eng werden. Der IWF beispielsweise erwartet, dass die Verschuldung Deutschlands im Jahr 2020 wegen der Flüchtlingskrise um knapp 0,8 Prozentpunkte höher ausfallen wird. Auch dies wäre angesichts der vergleichsweise soliden Finanzsituation des Landes kein Beinbruch, zeigt aber, dass es über kurz oder lang zu einer Verteilungsdiskussion kommen wird.

”

Die Haushaltsüberschüsse, die in die Bewältigung der Flüchtlingskrise gesteckt werden, stehen für Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und den digitalen Umbau des Landes nicht zur Verfügung

“

Schon jetzt warnt der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, davor, die Zukunftsfähigkeit des Landes aus den Augen zu verlieren: "Wir dürfen nicht nur an die Finanzierung der Flüchtlingskrise denken." Denn die Haushaltsüberschüsse, die in die Bewältigung der Flüchtlingskrise gesteckt werden, stehen für Investitionen in die Infrastruktur, die Bildung und den digitalen Umbau des Landes eben nicht zur Verfügung. Der renommierte Ökonom Thomas Straubhaar sieht zudem die Gefahr, dass die Bewältigung der Flüchtlingskrise möglicherweise auf Jahre hinaus sämtliche politische Kraft absorbiert.

Problem im Niedriglohnsektor

Unwahrscheinlich ist dies nicht angesichts der gewaltigen Dimension der Aufgabe und der zunehmenden gesellschaftlichen Konflikte. Für die ökonomische Zukunft des Landes insgesamt wäre dies eine Katastrophe. Denn die Weltwirtschaft erlebt gerade einen disruptiven Wandel. Am Ende könnten die Dinge, die man nicht getan hat, sogar wesentlich gravierendere wirtschaftliche Folgen haben als die direkten Kosten der Flüchtlingshilfe.

Auch die Hoffnung, dass der Flüchtlingszustrom die bestehenden Engpässe am Arbeitsmarkt merklich und rasch lindern könnte, zerschlägt sich mehr und mehr. Wer davon ausgehe, angesichts des Fachkräftemangels werde die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt quasi zum Selbstläufer, sei naiv, erklärt etwa die IWF-Ökonomin Enrica Detragiache. Das hängt auch mit der Herkunft der in Deutschland ankommenden Menschen zusammen.

Immigranten aus Afghanistan, dem Iran, Irak, Syrien, Somalia, Eritrea und dem ehemaligen Jugoslawien sind nach Angaben einer aktuellen Studie des Internationalen Währungsfonds im Schnitt schlechter qualifiziert als die heimische Bevölkerung oder andere Migranten. Gerade für die deutsche Wirtschaft, die in besonders hohem Maße Fachkräfte benötigt, ist das ein Problem. Schon jetzt stehen 1,2 Millionen Arbeitslosen, die einen einfachen Job suchen, nur 110.000 offene Stellen mit niedriger Qualifikation gegenüber.

Legt man die in Schweden gemachten Erfahrungen zugrunde, werden zunächst nur etwa 20 Prozent der im vergangenen Jahr zugewanderten erwerbsfähigen Flüchtlinge einen Arbeitsplatz finden. Nach Berechnungen des IW bedeutet dies, dass in diesem Jahr lediglich 100.000 Flüchtlinge einen Arbeitsplatz finden werden – und dies trotz einer historisch günstigen Situation am deutschen Arbeitsmarkt. Die Mehrzahl wird für längere Zeit arbeitslos bleiben.

Mehr als ein Schönheitsfehler

In den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wird sich dies, aufgrund der langen Bearbeitungszeiten der Asylfälle, aber erst ab dem zweiten Halbjahr 2016 bemerkbar machen. BA-Chef Frank-Jürgen Weise geht im Jahresschnitt derzeit von 130.000 zusätzlichen arbeitslosen Flüchtlingen aus.

”
Dass der feine Unterschied zwischen Flüchtlingen und einer gesteuerten Zu- oder Einwanderung oft übersehen wurde, ist mehr als ein kleiner Schönheitsfehler

“
Das IW rechnet hingegen in diesem Jahr mit 280.000 zusätzlichen Arbeitslosen, 2017 sollen es dann 235.000 arbeitslose Flüchtlinge mehr sein – wenn die Zahl der Neuankömmlinge, wie in der Studie unterstellt, in diesem Jahr tatsächlich auf 600.000 zurückgehen sollte.

Sollte sich die bislang stabile wirtschaftliche Situation in Deutschland verschlechtern, wären natürlich auch alle Berechnungen Makulatur. Betroffen wären von einer schwächeren Konjunktur überproportional häufig [gering qualifizierte Jobs](#). Die Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern dürfte dann merklich höher ausfallen.

Dass der feine Unterschied zwischen Flüchtlingen und einer gesteuerten Zu- oder Einwanderung oft übersehen wurde, ist mehr als ein kleiner Schönheitsfehler. Denn Flüchtlinge kommen aufgrund von Bedrohungen oder existenzieller Gefahr, nicht weil sie aus eigenem Antrieb ein neues Leben anfangen wollen oder für ihre Qualifikation und persönliche Berufsplanung bessere Möglichkeiten in einem fremden Land sehen. Sie sind weder von ihrem Wissen noch mental vorbereitet auf das Leben an einem anderen Ort oder gar in einer fremden Kultur.

Und das hat erhebliche ökonomische Folgen. So kommt der IWF in einer Studie zu dem Ergebnis, dass Flüchtlinge in Australien "in den ersten zehn bis 15 Jahren netto einen negativen finanziellen Einfluss auf ein Land" haben, während Wirtschaftsflüchtlinge – über die in Deutschland oft mit einer negativen Konnotation gesprochen wird – "einen positiven Beitrag leisten". Auch die in Deutschland gemachten Erfahrungen geben Anlass zu einer gehörigen Portion Skepsis. In keinem anderen Land der Industrieländerorganisation OECD war in der Vergangenheit der negative Finanzeffekt von Flüchtlingen so groß wie in Deutschland. Wir sind in der Integration von Neuankömmlingen eben keine Weltmeister.

Mindestlohn muss durchdacht werden

Dies hat auch damit zu tun, dass die Politik, aber auch die Bürger bisher nicht anerkennen wollen, dass sich bei einer Zuwanderung solchen Ausmaßes für alle etwas ändern muss. Wenn möglichst viele Flüchtlinge möglichst rasch in Lohn und Brot gebracht werden sollen, müssen die Einstiegshürden für sie gesenkt werden. Das stellt zum Beispiel den gerade eingeführten Mindestlohn infrage. Würde man ihn nur für die Flüchtlinge aussetzen, wären Verdrängungseffekte für bisher in Niedriglohnjobs Beschäftigte unausweichlich.

Die Marktlogik verlangt, dass der Mindestlohn für alle neu durchdacht werden muss. Wahrscheinlich müsste er für alle sinken, auf jeden Fall dürfte er aber nicht weiter steigen. Nur, das will niemand. Schon allein deshalb, weil es die Stimmung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen wahrscheinlich weiter verschlechtern würde. Was aber passiert, wenn man seine starren Regeln trotz des millionenfachen Zustroms neuer Arbeitskräfte einfach beibehält, haben wir nach der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland sehen können. Das Resultat waren fünf Millionen Arbeitslose.

Wenn wir ehrlich sind, wissen wir noch nicht einmal, wie lange die Neuankömmlinge tatsächlich bei uns bleiben wollen und werden. Die Gefahr von Fehlsteuerungen ist in einer solchen Situation groß. Das gilt zum Beispiel für den Bau von Wohnungen für Flüchtlinge. Die vielen Flüchtlinge brauchen schnell Unterkünfte, die dann zwangsläufig schnell geplant und mit einem eher rudimentären Ausstattungsstandard versehen sind.

Nur Moral und Menschlichkeit

Doch wer möchte in diesen Wohnungen leben, wenn ein Großteil der Flüchtlinge nach einigen Jahren vielleicht doch wieder geht? Wer übernimmt dann die Arbeitsplätze, für die wir möglicherweise jahrelang mit großem Aufwand Flüchtlinge geschult und ausgebildet haben? Alternative Bewerber könnten Mangelware sein. Denn wer sorgt noch für ein modernes und an den Bedürfnissen Deutschlands ausgerichtetes Einwanderungsrecht, wenn die Akzeptanz von Neuankömmlingen angesichts des Flüchtlingsstroms und der verbundenen Probleme mehr und mehr schwindet?

Um kein Missverständnis entstehen zu lassen: Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aus humanitären Gründen aufzunehmen ist Pflicht eines jeden demokratischen Staates – ganz nach seinen Kräften. Die Begründung hierfür kann jedoch nur in der Moral und der Menschlichkeit liegen.

Sich ökonomische Vorteile aus einer solchen Fluchtbewegung auszurechnen täuscht über die Realitäten hinweg. Vor allem aber lenkt es davon ab, die Weichen für ein weiterhin prosperierendes Land richtig zu stellen. Dies wäre aber nicht nur für den Wohlstand der Bürger, sondern auch für die Fähigkeit Deutschlands fatal, künftig Kriegsflüchtlinge aufzunehmen.

137,133

EUROPE

French Jews Fear a New Strain of ISIS-Inspired Anti-Semitism

By ADAM NOSSITERJAN. 24, 2016

Photo



Benjamin Amsellem survived an attack by using his Torah. Credit Anne-Christine Poujoulat/Agence France-Presse — Getty Images

MARSEILLE, France — It was the heavy leather-bound volume of the Torah he was carrying that shielded Benjamin Amsellem from the machete blows.

His attacker, a teenage fanatic who the police say was inspired by the Islamic State, was trying to decapitate Mr. Amsellem, a teacher at a local Jewish school. But Mr. Amsellem used the Torah — the only defense at hand — to deflect the blade and save himself.

It was the third such [knife attack](#) since October on a Jew in Marseille, where the Jewish population, around 70,000, is the second largest in [France](#) after Paris. And it was the latest example of how [France](#) is confronting both the general threat of terrorism, especially after two [large-scale attacks in Paris](#) last year, and a particular strain of anti-Semitism that has left many French Jews deeply unnerved.

“This was something claimed by an individual who invoked Daesh, who wanted to kill a Jew. It is extremely serious,” said Marseille’s top police official, Laurent Nunez, in an interview. “Daesh” is an Arabic acronym for the Islamic State, which is also known as [ISIS](#) or ISIL.

Among Jews here, the attack on Mr. Amsellem, 35, has been met with a mix of anger and resignation, a response conditioned by the history of [anti-Semitism in France](#), along with the recognition that global jihadism has made French Jews choice targets.

Mr. Amsellem said it took him only seconds to understand what was happening to him on that Monday in mid-January: a stranger was attempting to kill him because he was wearing a Jewish skullcap.

That instinctive wariness, combined with the green-leather Torah — there are now deep gashes in the book — saved him. “It is thanks to this book that I avoided some very serious blows,” he said quietly, sitting in his lawyer’s office here.

Mr. Amsellem, a father of five, was strolling to work in the north Marseille district where he grew up, attended school and now works and lives. Suddenly he felt “violent blows” on his back.

“It took me a moment to realize what was going on, that he was hitting me because I was a Jew,” Mr. Amsellem said. “I turned around and realized it was somebody I didn’t know. I realized he was there to kill. I said, ‘Stop, stop, stop!’ but he heard nothing.”

Deflecting the blows as best he could, Mr. Amsellem tried to run. He stumbled and fell. “And when I was on the ground, I felt I was not going to survive,” he said. “I really saw his eyes. And I saw someone very cold.”

Passers-by heard his cries, saw what was occurring, and gave chase. The attacker fled, and the police caught him at a nearby Métro stop.

The episode soon reverberated throughout the country. From the president on down, French officials condemned it. The interior minister came to Marseille to express solidarity. Supporters of the beloved local soccer club said they would wear a hat to the next match in sympathy. An anti-racism march was organized.

Even so, this is a country that continues to grapple with its complicated history with Jews, and to balance its ideal of a secular public society against the beliefs and identities of its religious and ethnic minorities.

A wall inscribed with the names of thousands of Jews who were deported to their deaths by the Nazis — the French police assisted in the roundup — stands, largely hidden from public view, in the courtyard of the Grand Synagogue here.

In the wake of the attack on Mr. Amsellem, a top community official here called on Jews to stop wearing skullcaps in public, provoking a furious backlash from other community leaders in Paris. “It was my duty,” said the official, Zvi Ammar, who was startled by the outcry. “My only goal was to preserve human life.”

The teenager being held for the attack hardly fits the conventional profile of a radical Islamist: He is a Turkish Kurd, a group at war with the Islamic State.

The suspect — whose name is being withheld because of his age — has “very good marks in school,” said Mr. Amsellem’s lawyer, Fabrice Labi, and lives with his immigrant family in well-maintained if drab apartments north of the city center. His father, who brought the family to France five years ago, is a tile-setter with a solid income.

On a recent frigid morning, the suspect’s older brother was speaking anxiously into a cellphone outside the family’s apartment. His mother, wearing a head-covering, came to the door of the apartment. Both slammed it shut when asked for comment.

Officials here said the suspect has no known connection to radical groups, has no police record and appears to have self-radicalized — without the knowledge of his parents — while sitting in front of his computer connected to jihadist websites, for hours on end.

The case has been transferred to Paris-based antiterrorism prosecutors, a measure of how seriously officials have taken it.

Yet the young man’s connection to the perpetual undertow of anti-Semitism that exists here as elsewhere — “dirty Jew” yelled at people leaving the synagogue, conspiracy theories among Muslim youth in the city’s tough housing projects — appears tenuous to nonexistent.

“It is not the anti-Jewish discourse that formed this young man who went out to kill,” said Yamina Benchenni, a teacher who has heard plenty of such talk from her years of working in Marseille’s northern precincts. “He was in solitude. He did it alone. He was in front of a computer. He wasn’t with those youths,” Ms. Benchenni added, in reference to radical students whose views she has tried to change over the years.

At the Grand Synagogue after the morning services on a recent Saturday, the atmosphere was jovial at the kiddush, the post-prayer collation. Skullcaps were de rigueur, and while there was some talk of the attack, it was hardly laden with anxiety.

“It doesn’t shock us that much,” said Michele Allouche, who lives in the old downtown neighborhood near the 19th-century synagogue. “We’re waiting for it. There’s huge anti-Semitism in France.”

But the attack’s bloodthirsty undertones — the deadly blade, the will to decapitate, the coldness of the would-be killer — continued to stir unease.

“The machete, that evokes something barbarous,” said Hagay Sobol, a prominent doctor here.

“And this boy, he’s the opposite of any image one might have of the terrorist. He’s not marginalized. And that tells us any boy could do this.”

137,135

• WORLD
• EUROPE

European Leaders Weigh Options to Halt Migration Flow

Greece could face temporary exclusion from border-free Schengen zone in bid to stem migrant influx
By VALENTINA POP

Jan. 24, 2016 6:00 a.m. ET

BRUSSELS—European governments are weighing options that could temporarily seal off Greece from the border-free Schengen area and prolong border controls for up to two years, in reaction to the migration crisis, according to two European Union officials familiar with the talks.

At a meeting on Monday in Amsterdam, EU interior ministers will discuss steps that could be taken against Greece in the coming months allowing for the extension of border checks within the 26-nation Schengen area, **if all other measures to stem the influx of migrants fail, the EU officials said.**

More than a million refugees and migrants from countries such as Syria, Iraq and Afghanistan arrived in Europe last year, mostly via Turkey and Greece and then continued their journey through the Balkans to Austria, Germany and the Nordic countries.

Security concerns about the identity of some of the migrants have increased following the revelation that at least two of the terrorists in the Paris attacks in November traveled on the migrant route through Greece and posed as Syrian refugees. A series of sexual assaults and robberies carried out in several German cities on New Year's Eve by men of North African or Middle Eastern origin, some of whom were registered asylum seekers, have added to those concerns.

In November, EU governments piled pressure on Greece and floated the prospect of suspending the country from Schengen if it doesn't step up registration for incoming migrants. They also insisted on EU border patrols to be deployed both at Greece's sea border with Turkey and on land at Greece's northern border with Macedonia.

Greece did step up registration and EU patrols were deployed, but to some EU governments, notably Austria, the efforts are still insufficient.

On Saturday, Austrian Interior Minister Johanna Mikl-Leitner told German newspaper *Welt am Sonntag* that "if the Greek government doesn't finally do more to secure the external borders, then we need to talk openly about Greece's temporary suspension from the Schengen area."

In the past few months, Austria, Germany, Sweden, Denmark and Slovenia have all put in place border checks, in a bid to slow down the migration influx within the Schengen area and better control who is entering their territory.

Under current rules, internal border checks can be kept only for a limited period. The deadline for Austria and Germany, which were the first to introduce border checks in September, runs out in May. The only way to extend them for up to two years is if there is a systemic failure at one of the bloc's external borders, meaning in Greece.

If ministers agree to go down that road, the European Commission, the bloc's executive, would need to publish a report in the coming two weeks saying that Greece isn't properly guarding the borders, said one EU official familiar with the talks.

Greece would then have three months' time to remedy the situation. If by then, the migrant influx continues at its current pace and the Commission finds Greece isn't properly guarding its borders, ministers would have to approve the suspension of Greece, and Germany and Austria could continue their border checks beyond May, the official said.

A spokeswoman for the German interior ministry said that since no reduction of the refugee influx is foreseeable, the [German government](#) seeks to prolong existing border controls in line with the Schengen rules. She said border controls "are required to register refugees, send back those who don't qualify for asylum and to ensure public safety."

Slovenian Prime Minister Miro Cerar, whose country would become the first Schengen country on the migrant trail if Greece were to be suspended, insists on the need to secure Greece's northern border with Macedonia—so that migrants don't cross through the Balkans in the first place.

In an open letter sent to fellow [EU](#) leaders on Jan. 18, Mr. Cerar urged the [EU](#) to help Macedonia with policemen, technical equipment and money to stop the migrants at the border with Greece. By securing that border, Austria, Germany, Denmark and Sweden would no longer need to put up border checks and the measure would also eliminate the risk of renewed tensions in the Balkans, he said. His proposal will also be discussed on Monday.

In November, Macedonia erected a fence at its border with Greece and has since filtered migrants by nationality, sending back to Greece anyone who isn't Syrian, Iraqi or Afghan.

Greek Prime Minister [Alexis Tsipras](#) in the past months has repeatedly warned against turning Greece into a massive refugee camp and insisted that the problem lies in Turkey, not Greece.

[EU](#) leaders in November struck a deal with Turkey and pledged to pay €3 billion (\$3.2 billion) and offer visa-free travel for Turkish citizens, in return for Turkey stemming the flow. But so far, arrivals have remained at around 2,000 a day, according to the [International Organization for Migration](#). Three [EU](#) commissioners traveled to Turkey on Sunday to renew pressure on Ankara to stick to its part of the deal. But their leverage is modest after Italy last week blocked the final green light on where the €3 billion should come from, as it seeks to get more money from the [EU](#) budget.

Another [EU](#) initiative, a program to redistribute asylum seekers more evenly across the bloc, has also failed so far: Only 331 refugees have been moved from Italy and Greece to other [EU](#) countries, out of the 160,000 that should be redistributed over two years.

Senior EU officials in the past few days have warned that border-free travel may be abolished across the bloc if the bloc doesn't manage to slow the influx, register everyone and return those who don't qualify for asylum. Dutch Prime Minister [Mark Rutte](#) said the bloc has six to eight weeks before it will have to start thinking about a Plan B.

European Commission President [Jean-Claude Juncker](#) warned of catastrophic consequences for the European economy and even questioned the rationale for the common currency, the euro, if borders were to be put up again between European countries.

Italian Finance Minister Calls for Caution on Eurozone Financial Reforms

In Davos interview, Pier Carlo Padoan challenges eurozone bond-cap proposal

By [GABRIELE STEINHAUSER](#)

Jan. 24, 2016 4:20 a.m. ET

DAVOS, Switzerland--**The eurozone shouldn't make unilateral moves to cap the amount of government bonds its banks can hold, Italy's finance ministers said, urging caution as the currency union adapts to new rules for its financial system.**

The comments by Pier Carlo Padoan, made in an interview on the sidelines of the [World Economic Forum](#) here, **highlight the stark disagreements that still exist between eurozone members over what the currency union needs to do to plug risks and boost still-sluggish growth. So-called exposure limits on government bonds--backed by fiscally hawkish countries such as Germany, the Netherlands and Finland--would deal a painful blow to Italy and its lenders, which own more than 70% of the country's debt.**

"Let's be very careful about translating into practice rules that look nice on paper," said Mr. Padoan, a former official at the [International Monetary Fund](#) and the [Organization for Economic Cooperation and Development](#).

Jeroen Dijsselbloem, the Dutch finance minister, who presides over the talks between his eurozone counterparts, wants the currency union to agree on caps on banks' government bond holdings this year--with the full limits coming into effect in 2024. That would ensure that lenders can survive a restructuring of their government's debt, Mr. Dijsselbloem said.

But Mr. Padoan said that rather than mitigating risks in Europe's financial system, **caps on such bonds would raise funding costs for governments** and could destabilize international markets as banks are forced into a rushed selloff.

"This would again be possibly a source of policy-induced instability," he said, adding that any exposure limits would need to be agreed and implemented on a global level.

Under international capital rules, sovereign bonds are considered zero risk, allowing lenders to stock up on them without holding extra safety buffers. In 2014, the average eurozone bank owned bonds from its home country valued at 118% of total capital--much more than U.S. banks, whose average exposure to U.S. bonds was 14% of equity.

According to a 2014 analysis from [Fitch Ratings](#), major eurozone banks would have to shed around EUR1.1 trillion (\$1.19 trillion) in government bonds if they were required to reduce their holdings to 25% of capital--in line with **exposure limits on other assets**. If exposure was capped at 50% of capital, the selloff could reach EUR800 billion.

Rome has repeatedly clashed with Brussels and Berlin in recent months, on topics ranging from energy policy to the influx of refugees. On Tuesday, Mr. Padoan will meet with the [European Union's](#) competition commissioner, Margrethe Vestager, **to resolve a monthslong dispute over a mechanism to help Italian banks deal with billions of euros in bad loans that have clogged their balance sheets and are preventing them from writing new loans. The commission has so far rejected proposals from Italy for such as mechanism, arguing that they would have used taxpayers' money to subsidize struggling lenders.**

Mr. Padoan said the government was now looking at selling guarantees to private investors to encourage them to pay higher prices for portfolios of bad loans. "The guarantee changes the behavior," he said.

Mr. Padoan declined to comment on the amount of guarantees the government might end up offering. **Italian banks have some EUR300 billion in bad loans on their books and have been much slower to write off nonperforming assets than their rivals in other countries.**

Claims that the guarantees could amount to a backdoor bailout of the Italian banking system were misguided, Mr. Padoan said, **pointing out that other countries such as Germany spent hundreds of billions of euros on saving their banks in the early years of the global financial crisis.**

"This is not wasting taxpayers' money," he said.

Because new EU banking rules now require a bank's investors--including senior bondholders and uninsured depositors--if a bank is on the verge of failing, Italy has to work out problems in its financial systems with much tighter restraints.

"We suddenly woke up in a world, which is different from the one our colleagues could exploit," he said, adding that, "I can do much less."

137,139

Interview with German Finance Minister Schäuble: 'We Are Running Out of Time for Refugee Solutions'

Interview Conducted by [David Böcking](#) and [Stefan Kaiser](#) in Davos



REUTERS

German Finance Minister Wolfgang Schäuble says that Europe needs to invest as much money as possible as quickly as it can in the Middle East and North Africa to slow migration.

Thus far, Europe has failed to agree on a joint approach to the refugee crisis. In an interview in Davos, Germany's finance minister warns that time is running out. If Schengen collapses, he warns, the European Union is in trouble.

SPIEGEL ONLINE: Mr. Schäuble, the Austrian government recently announced plans to introduce upper limits to the number of refugees it will accept. Do you sympathize with their decision?

Schäuble: I had to gasp for breath a bit when I heard that we were not closely consulted on the decision. In recent months, the German chancellor has always made an effort to consult closely with Austria. But we know that the abilities of European Union member states are not infinite. As such, it makes little sense for us to criticize each other. All of us accepted Sweden's decision to introduce border controls too. And that is a country that was for decades the most open to immigration.

SPIEGEL ONLINE: Will **Germany soon be completely alone with its refugee policies?**

Schäuble: **No. In the EU, we agree that the pressures causing migration must be reduced. If the Schengen system (of border-free travel) is destroyed, Europe will be seriously endangered -- politically and economically. That is why we Europeans have to invest billions in Turkey, Libya, Jordan and other countries in the region as quickly as possible -- everybody as much as they can.**

SPIEGEL ONLINE: Your proposal for the introduction of a fuel tax to finance such aid was recently rebuffed. It wasn't even welcomed among your conservative allies in Germany.

Schäuble: At the moment, we are lucky to have a budgetary surplus and don't need such a tax. But Germany cannot handle this task on its own, that much is clear. That is why I suggested that countries with tighter finances think about such a tax. We don't have the time at the moment for months of discussion.

SPIEGEL ONLINE: But wouldn't it be easier to win support for a system with **clear quotas for distributing the burden**? Such a system already exists when it comes to financial aid for countries like Greece.

Schäuble: **We are running out of time for such solutions. EU Council President Donald Tusk said we have until February.** I had always hoped that the European Commission would come up with a plan before then. But I know that Commission President Jean-Claude Juncker is doing all he can.

SPIEGEL ONLINE: There was also a shortage of time when it came to bailing out the banks and some euro-zone member states. Nevertheless, provisional solutions were soon replaced by structures involving clear burden sharing. Shouldn't that be the case in the refugee crisis as well?

Schäuble: **Yes, of course. But in contrast to the euro crisis, some of our EU partners this time think that the problem has no effect on them. I think they are wrong, but that is what they think.**

SPIEGEL ONLINE: **You just recently set aside the €12 billion budget surplus to take care of the costs associated with the refugee crisis. Where will all that money go?**

Schäuble: About half of it has already been included in the 2016 budget -- **to assist states and municipalities in providing shelter, for example. And it is clear to us that we will have to become more involved in our neighboring regions so that the migration pressures aren't so high there. Of course the budget negotiations will be difficult, as they always are. I think we will have to spend more on defense, for infrastructure, for extension of the broadband network and also for domestic security.**

SPIEGEL ONLINE: Do you believe that [the sex attacks committed in Cologne](#) on New Year's Eve make it more urgent to invest in security?

Schäuble: It has been clear for some time now that we have to do more for domestic and external security. I am prepared for that. And I was prepared even prior to Cologne.

SPIEGEL ONLINE: **You have twice managed to submit a balanced budget.** When looking ahead to continuing that trend, what worries you more: The possible effects of a crisis in China on Germany or the end of extremely low interest rates, which currently allow Germany to save billions?

Schäuble: **I would actually rather have slightly higher interest rates.**

SPIEGEL ONLINE: But that would make it difficult for you to balance your budget.

Schäuble: **Yes, but at their current levels, interest rates are not fulfilling their economic function.** That leads to extreme fluctuations. At the moment we are facing a whole collection of difficult to forecast developments -- from the situation in China and the oil-price crash to the worrying news from some banks in Europe and the US. All of that is linked: **Worldwide company debt is high and there is a lot of money in circulation. That is why necessary structural reforms are not being made.** I don't know how many resolutions from the IMF or G-20 we have already written saying that such reforms are necessary for new growth.

SPIEGEL ONLINE: The current situation on the markets reminds legendary US investor George Soros of the last large financial crisis.

Schäuble: Soros has earned a lot of money throughout his career with such rumors.

SPIEGEL ONLINE: So you aren't worried about a new crisis?

Schäuble: I just said that we are facing a whole collection of crisis-like developments that we have to watch closely. But we also have to be careful what we point to as crisis indicators. In China, it was always said that a double-digit rate of growth would be dangerous. Now, the country has a growth rate of 6.9 percent and suddenly that is supposed to be a catastrophe for the global economy. The significant collapse of oil prices also shows that it was previously way too high. Financial policy has to be careful not to constantly be driving such exaggerations. **Our balanced budget has an important psychological function. It is a signal that we can't continue to constantly take on debt.**

